

# SPRACHE DER GEGENWART

Herausgegeben

im Auftrag des Instituts für deutsche Sprache von

Joachim Ballweg, Inken Keim, Hugo Steger

und Rainer Wimmer

Schriftleitung: Eva Teubert

BAND LXV

Colin H. Good

PRESSE  
UND  
SOZIALE WIRKLICHKEIT

Ein Beitrag zur „kritischen Sprachwissenschaft“

SCHWANN

*CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek*

**Good, Colin H.:** Presse und soziale Wirklichkeit: e. Beitr. zur „Krit. Sprachwiss.“

Colin H. Good. – 1. Aufl. – Düsseldorf : Schwann, 1985

(Sprache der Gegenwart ; Bd. 65)

ISBN 3-590-15665-1

NE: GT

© 1985 Pädagogischer Verlag Schwann-Bagel GmbH Düsseldorf

Alle Rechte vorbehalten · 1. Auflage 1985

Umschlaggestaltung Paul Effert

Herstellung Lengericher Handelsdruckerei,

Jürgen Bossemeyer GmbH + Co KG, 4540 Lengerich/Westf.

ISBN 3-590-15665-1

# INHALT

VORWORT	7
ERSTER TEIL	9
Sprache — Ideologie — Presse	9
1. Einführung	9
2. Aspektkatalog zur Texterschließung	19
ZWEITER TEIL	47
Analysen	47
1. Ein Prozeß — sieben Darstellungen	47
2. 'The Cambridge Rapist'	63
3. Der Tod von Katharina Hammerschmidt	68
4. Geistesgestörter oder Penner?	78
5. Reagan-Besuch in Berlin	82
6. Die Geschichte eines 'Ölunfalls'	105
7. Eine Abhöraffaire	109
8. Attentat auf Benda	119
ZUSAMMENFASSUNG	126
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS ZEITUNGEN	128
ANHANG	129
ANMERKUNGEN	154
LITERATUR	162



## VORWORT

Die vorliegende Arbeit ist entstanden aus meiner langjährigen Lehrtätigkeit an der University of East Anglia. Vielen Studenten habe ich für ihr intensives Interesse an der Analyse von Presstexten der deutschen Gegenwartssprache sowie für zahlreiche Anregungen zu danken.

Die Arbeit ist einem Forschungsinteresse der praktischen Semantik verpflichtet, das an der University of East Anglia vor Jahren besonders durch Roger Fowler, Bob Hodge, Gunther Kress, Tony Trew u.a. vertreten wurde. Dieses Interesse geht zusammen mit sprachwissenschaftlichen Tendenzen, die in den siebziger Jahren ebenfalls in der Bundesrepublik Deutschland sichtbar wurden: praktische Anwendung linguistischer Analysen; Fragen nach der Relevanz solcher Analysen; Sprachkritik, Kritik besonders des öffentlichen Sprachgebrauchs.

Besonders fruchtbar war für mich in den letzten Jahren der Kontakt zum Institut für deutsche Sprache in Mannheim. Dank schulde ich Rainer Wimmer, der mir viele Ratschläge und Hinweise gegeben hat und der mich dazu ermutigt hat, meine Gedanken zur Sprachkritik aufs Papier zu bringen.

Ohne zwei Stipendien der British Academy wären meine Forschungsaufenthalte am Institut für deutsche Sprache sowie im Pressearchiv des Deutschen Bundestags (Bonn) nicht möglich gewesen. Ich danke den Herausgebern von "Sprache der Gegenwart" für die Aufnahme der Arbeit in die Reihe. Einen besonderen Dank schulde ich der Schriftleiterin Eva Teubert für die kritische Durchsicht meines Manuskripts.

Colin Good



## ERSTER TEIL

### Sprache — Ideologie — Presse

#### 1. Einführung

Diese Arbeit versteht sich primär als Beitrag zu einer methodisch fundierten Sprachkritik. Die Sprachwissenschaft ist zwar nicht mehr in einem Stadium, in dem unter denen, die sich berufsmäßig mit der Linguistik beschäftigen, die Ansicht vorherrschte, die Sprachkritik gehöre nicht zur Sprachwissenschaft.<sup>2</sup> Jedoch die Änderung der Situation, die sich Peter von Polenz durch die Anwendung von Erkenntnissen aus solchen neuen "Teildisziplinen wie Soziolinguistik, Textlinguistik, Satzsemantik, Sprachpragmatik und Argumentationslehre"<sup>3</sup> erhofft, läßt m.E. in der Forschung noch weitgehend auf sich warten. Das Erscheinen einiger relativ neuen Werke zum Thema Sprache in der Politik / Sprache in der Presse, in denen teilweise noch mit einem völlig überholten und daher wenig aufschlußreichen Begriffsinstrumentarium gearbeitet wird — dieser Vorwurf wird weiter unten in Bezug auf einige Titel zu erhärten sein — war also maßgebend für vorliegendes Unternehmen, in dem der Versuch unternommen wird, den Sprachgebrauch in der deutschen Presse kritisch zu durchleuchten.

Ein solches Vorhaben bedarf der Erläuterung. Insbesondere muß der Begriff 'Sprachgebrauch in der Presse' genauer eingegrenzt werden. Je nach Forschungsinteresse bzw. -standpunkt ist es selbstverständlich möglich, das Phänomen Pressesprache von verschiedenen Seiten anzugehen. Wir wollen z.B. die Frage, ob es wirklich so etwas wie die Pressesprache als Unikum gibt, auf sich beruhen lassen<sup>4</sup> und ordnen sie der m.E. wichtigeren Kategorie öffentlicher — man könnte auch sagen politischer — Sprachgebrauch zu. Mit anderen Worten, Gegenstand unseres Interesses sollen nicht etwa die verschiedenen Textsorten (z.B. Leitartikel, Nachricht, Kommentar) sein, die in der Zeitung realisiert werden; ausgespart wird auch die sprachkritische Tradition, in der Zeitungssprache nach Anzeichen des sog. Sprachverfalls durchforstet wurde<sup>5</sup>, — eine Tradition, die bekanntlich bis heute nicht abreißt! — sondern hier wird der Zeitungsartikel in erster Linie als Text aufgefaßt, d.h. als sprachliche Gestaltung eines Sachverhalts, den es als 'Gebrauchstext' zu analysieren gilt.<sup>6</sup> Dabei kommt es nicht auf eine formale Einordnung an, sondern vielmehr auf



die Analyse eines gegebenen Textes "im Hinblick auf Inhalt und Wirkung".<sup>7</sup>

### Überlegungen zur Methode

Es gibt leider kein allgemein anerkanntes Kategorienschema, mit dem sich 'Texte' analysieren ließen. Ein Blick in die einschlägige Literatur zum Thema 'Politik und Sprache' im weitesten Sinne bestätigt diese Behauptung. Die wenigsten Autoren scheinen eine Einsicht zu beherzigen, die eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein müßte, daß nämlich jede Beschreibung eines gegebenen Sachverhalts ein 'Vorverständnis' auf seiten des Forschers voraussetzt, das seine Analyse grundsätzlich steuert. In der kritischen Sprachbetrachtung gesellt sich dieser prinzipiellen Schwierigkeit eine weitere zu: Es gibt nicht *e i n e* Theorie der Sprache — geschweige denn des Sprachgebrauchs — sondern es bestehen sehr viele, die zudem noch höchstens als 'theoretische Ansätze' bezeichnet werden können. Das Fehlen einer allgemeingültigen Theorie bringt es mit sich, daß in sprachkritischen Veröffentlichungen die Frage nach dem Begriffsapparat entweder stillschweigend übergangen wird, oder, was häufiger der Fall sein dürfte, Begriffe, die sich aus den traditionellen Lehren der Grammatik und der Stilistik, bzw. der Rhetorik herleiten, als absolut gesetzt werden. Mit Recht erhebt Alberts z.B. den Vorwurf gegen Mittelberg, er "... atomisierte die Bild-Ideologie in Sprachpartikel, um sie in seine Tabellen einordnen zu können".<sup>8</sup>

Die Kritik läuft hier auf den Vorwurf des Positivismus hinaus, d.h. der Forscher arbeitet mit nur schlecht oder gar nicht begründeten Kategorien, die irgendwie für sich sprechen sollen. Wie bei der sogenannten 'Inhaltsanalyse' ('content analysis') wird so "Objektivität mit Quantifizierung"<sup>9</sup> verwechselt.

Eine ähnliche Kritik kann auch an viele Neuerscheinungen zum generellen Thema 'Sprache (in) der Presse' gerichtet werden. Das 1979 erschienene, für die Schulpraxis gedachte Werk "Stundenblätter — Boulevardpresse" enthält ein typisches Instrumentarium, das dem Lernenden ermöglichen soll, "die Sprache der Straßenzeitung zu *c h a r a k t e r i s i e r e n*"<sup>10</sup> (Hervorhebung von mir: C.G.). Es werden sodann einige besonders typische stilistische Merkmale aufgeführt, z.B.:

"schockierende Antithesen, willensbildende Imperative, ... stimulierende Superlative, plastische, sinnfällige Bilder, Vergleiche, Metaphern, sensationelle, beunruhigende, an den einzelnen Käufer gerichtete Fragen, Wir-Stil, ... Begriffe, die Skandal und Sensation suggerieren, die gleichzeitig kaufanregend sind ..." usw.<sup>11</sup>

Welche Funktion etwa die 'Anschaulichkeit' haben soll, warum SZ-Journalisten eine Vorliebe für eine metaphorische Sprache haben, das erfahren wir nicht, denn die Zuordnung der im Text aufgefundenen Einheiten zu diesen vage anmutenden Begriffen ist offensichtlich zum Selbstzweck geworden.

Ähnlich dürftig fallen auch die Arbeiten von Pelster und – wenigstens unter diesem Aspekt – Weisgerber<sup>12</sup> aus. Pelster bleibt uns bezeichnenderweise eine befriedigende Antwort auf die von ihm aufgeworfenen Fragen zur Presseanalyse schuldig:

"Wie ist der Artikel sprachlich gestaltet?"

"Wie ist die Reportage sprachlich geformt?"

"Wie sind die Artikel sprachlich gearbeitet?"<sup>13</sup>

Aber die Einheiten, an die bei der Analyse offenbar gedacht werden soll, sind den folgenden Teilfragen zu entnehmen: Es geht etwa um:

"die Art der Sätze, die verwendet werden", "die durchschnittliche Länge der Sätze", "den Zusammenschluß mehrerer Sätze zu einem Abschnitt", "die Wahl von Metaphern"

und dergleichen mehr, also, ähnlich wie bei Mittelberg (s. oben) um die Identifizierung oberflächlicher – jedenfalls theoretisch nicht expliziter – Größen. Weisgerbers Diskussion, der, ähnlich wie vorliegender Arbeit, eine Sammlung themenähnlicher Zeitungstexte zugrundeliegt, und bei der es, ähnlich wie in unserem Falle, auf "das Vorhaben kritischer Text- und Sprachanalyse"<sup>14</sup> ankommt, schlägt zum Zweck der syntaktischen Analyse drei Möglichkeiten des methodischen Vorgehens vor: Man solle die "Wortzahl pro Satz" untersuchen, die "Type-Token-Ratio" berechnen, und eine Untersuchung nach "Satzfiguren" unternehmen.<sup>15</sup> Es ist sogar bezüglich dieses letztgenannten Aspekts eine gewisse Verzweiflung aus Weisgerbers Text selbst herauszuhören: Entgegen dem Vorwurf, die Satzfiguren hätten nur einen geringen Erkenntniswert, weil "ihnen kein einheitliches Grammatikmodell zugrundeliegt"<sup>16</sup>, will er geltend machen, daß

"Satzfiguren ... zwar nur eine begrenzte grammatische und quantitative Analyse ermöglichen (etwa im zahlenmäßigen Vergleich von Haupt- und Gliedsätzen), ihre Vorteile für den Sprachunterricht in der Schule ... aber bedenkenswert [sind]".<sup>17</sup>

Im zweiten Vorteil, der genannt wird, schließt sich dann der positivistische Kreis: Die Satzfiguren-Analyse gewährleiste: "Übersichtlichkeit und Anschaulichkeit der Ergebnisse".<sup>17</sup>

Sind Pressebeschreibungen durch eine deutliche Unzulänglichkeit ihres linguistischen Apparats gekennzeichnet, so sind Kommentare zur politischen Sprache dies im gleichen Maße.

„Der Popularität gesellschaftlicher Reflexion erfreut sich die Sprache heutzutage zunehmend in der Kritik ihrer Nivellierung und Verdinglichung. Ein Nachteil dieses Booms ist die größtenteils unsystematische und teils stark ästhetisierende Darstellungsweise.“<sup>18</sup>

Die Kritik richtet sich an Adorno, dem auch Beutin vorwirft: „Eine wissenschaftliche Erläuterung der Grundbegriffe fehlt hier gänzlich“.<sup>19</sup> Die Schärfe dieser Äußerungen verwundert nicht angesichts der Art von Urteilen, die, im Kontext von 'Kulturdiagnosen', über den Anteil, den die Sprache am Kulturzustand hat, gefällt werden. Was soll man z.B. mit Marcuses Begriff einer „functionalised, abridged and unified language“<sup>20</sup> anfangen, wenn man sich anschickt, konkrete Sprechakte zu beschreiben? Oder mit folgenden Analysen eines sprachlichen Merkmals, das von sehr vielen für kritikwürdig befunden worden ist und im allgemeinen einen sehr schlechten Ruf genießt, der sogenannten 'Nominalisierung'?:

Bei Winckler lesen wir, sie [die Nominalisierung] sei:

„... eine Folge der zunehmenden Funktionalisierung des Lebens – notwendiges Ergebnis des ständig abnehmenden Spielraums freier Entscheidung und spontaner, phantasiebegabter Aktion im technischen Zeitalter“.<sup>21</sup>

Nach Uhlig dienen die Nominalisierungen: „der Verschleierung der Sozialrealität der Gesellschaft“.<sup>22</sup> (Vgl. Marcuse:

„Das Substantiv regiert den Satz auf autoritäre und totalitäre Weise, und der Satz wird zu einer Behauptung, die angenommen werden muß – er weist Demonstration, Quantifikation und Negation erklärter Bedeutung ab.“<sup>23</sup>)

Die Reihe solcher und ähnlicher Beispiele ließe sich beliebig erweitern (vgl. z.B. die bekannten Aufsätze von Karsch und Schumann).<sup>24</sup> Insgesamt gesehen kennzeichnet die Behauptung Weisgerbers – der sie allerdings nur auf syntaktische Analysen bezieht – die oben kurz umrissene Situation treffend:

„Das [daß die syntaktische Analyse ein ebenso interessantes wie schwieriges Vorhaben ist: C.G.] liegt einmal an der Vielzahl unterschiedlicher sprachwissenschaftlicher Theorien..., die schon die Wahl des linguistischen wie des didaktischen Ansatzes zu einer nicht unproblematischen Entscheidung macht“.<sup>25</sup>

Beklagt wird also eine allgemeine Theorielosigkeit in Fragen der kritischen Sprachbetrachtung. Das tatsächliche 'Vorverständnis', das insbesondere auf dem Gebiet des Sprachgebrauchs in der Presse manchmal mit im Spiel zu sein scheint, leitet sich aus einigen wenigen Ausnahmen über das Intelligenz- bzw. Leseniveau einer gegebenen Leserschaft ab (so bei Mittelberg und Weisgerber). Folglich gestaltet sich die Analyse eines Textes als Suche nach sprachlichen Entsprechungen der vermeintlichen

Aufnahmefähigkeit der Leser mit dem Erfolg eben, daß Einfachheit (= Kürze) und Komplexität (= Länge/Kompliziertheit) in Wortwahl und Satzbau im Mittelpunkt der Analyse stehen. Dies hat wiederum Folgen für den Erklärungszusammenhang, in den die so beschriebenen sprachlichen Eigentümlichkeiten hineingestellt werden: "Die BZ [Bild-Zeitung: C.G.] präsentiert dem Leser wirklich einen 'Häppchenstil', der ihm keinerlei geistige Anstrengung abnötigt".<sup>26</sup> "Die Syntax der BZ nötigt also dem Leser keinerlei geistige Anstrengung ab".<sup>27</sup> Dazu Alberts: "Er [Mittelberg: C.G.] bot dies als weitestgehende Erklärung an".

Ähnlich verweist Weisgerber in seiner Diskussion über die relativ einfache Syntax der Bild-Zeitung auf den in der Psycholinguistik festgestellten Zusammenhang zwischen syntaktischer Elaboriertheit und Intelligenz.<sup>28</sup> Diesen und Dutzenden von Kommentaren zum öffentlichen Sprachgebrauch ist gemeinsam, daß sie die Sprache von dem Kontext, in dem sie gesprochen wird, loslösen, und das Unterfangen von vornherein zum Scheitern verurteilen:

"Jede sprachliche Untersuchung, die diese Trennung versucht, muß notwendig scheitern, da sie keinerlei oder nur einen oberflächlichen Erklärungszusammenhang herstellen kann".<sup>29</sup>

Fazit: not tut eine Beschreibungssprache, die der Tatsache gerecht wird, daß 'Sprache' immer und unumgänglich in Situationen eingebunden ist!

Das Fehlen eines angemessenen Apparats ist besonders bezüglich der Syntax zu verzeichnen. Es soll hier daher kurz auf diesen Problembereich eingegangen werden. Die Syntax mag der in der strukturell ausgerichteten Linguistik am intensivsten erforschte Aspekt der Sprache sein; in der kritischen Sprachbetrachtung sieht es ganz anders aus. Die Sprachkritik ist vor allem lexikalisch orientiert gewesen, so daß der Syntax häufig keine Achtung gezollt wurde.<sup>30</sup> Das Spektrum reicht von einer Leugnung der Relevanz syntaktischer Kommentare überhaupt:

"Der semantische Kode schließt also die Beziehung zum politischen Akteur mit ein, während die syntaktische Ebene nur die Beziehungen der Zeichen untereinander und die phonologische Ebene nur die Regeln zur Kombination von Lauten zu Phonemketten behandelt, also keinen direkten Bezug zur Konfliktforschung haben kann".<sup>31</sup>

bis hin zu einem vorsichtigen Tasten:

"Das Verhältnis von Sprache und Ideologie wird für gewöhnlich unter dem lexikalischen, weniger unter einem syntaktischen Aspekt untersucht. Weil unsere Gedanken und Äußerungen aber nicht nur vom Lexikon sondern auch von der Syntax, von den Satzstrukturen abhängen, stellt sich die Frage, ob es neben der Ideologie konkreter Sätze ... eine Ideologie der Satzstruktur gibt".<sup>32</sup>

Die Frage, die hier aufgeworfen wird, läßt sich so formulieren: Wie erfaßt man einen Gedanken, der, unter dem Begriff 'sprachliche Relativität' firmierend, auch außerhalb der sprachwissenschaftlichen Fachwelt eine gewisse Popularität genießt und der hinsichtlich der Analyse politischer Sprache von Laing wie folgt zusammengefaßt wird: "Die Wahl von Syntax und Vokabular ist ein politischer Akt; er definiert und umschreibt, wie 'Fakten' erfahren werden sollen. In einem gewissen Sinne schafft er sogar erst die Fakten, die untersucht werden".<sup>33</sup>

Angesichts des gegenwärtigen Standes der Kunst braucht man kaum zu erwähnen, daß es auf diese Frage keine einfache Antwort geben kann. Ich werde im folgenden Wimmers Vorschlag gemäß versuchen, "... ein möglichst breites Spektrum von linguistischen Theorien zu überschauen"<sup>34</sup>, d.h. ganz eklektisch einige der von von Polenz – siehe oben – erwähnten Gebiete zu untersuchen, und zwar unter besonderer Berücksichtigung der Anwendbarkeit (in der Beschreibung des politischen Gebrauchs der Sprache) der Begriffe und der beschreibenden Ansätze, die diese Gebiete entwickelt haben. Wir können in diesem Unterfangen aus mehreren Quellen Ermutigung schöpfen:

1. Obwohl das Bild im allgemeinen so schwarz ist, wie es in diesem Teil soweit gemalt worden ist, gibt es eine Reihe interessanter isolierter Beobachtungen über ideologische Sprache, die sporadisch in der Literatur aufzufinden sind. Diese werden im folgenden entsprechend berücksichtigt;
2. Es gibt zwei weitere bedeutende Reihen von Literatur, die über dieses Thema geschrieben worden sind: dies sind auf der einen Seite die von einigen deutschen Wissenschaftlern entwickelten und mit dem Term 'kritische Sprachwissenschaft' assoziierten Ideen – siehe Heringers Band "Holzfeuer im hölzernen Ofen"<sup>35</sup>, insbesondere den dritten Teil seines Werkes – und auf der anderen Seite die Bücher und Artikel, die von einer Gruppe junger Leute geschrieben worden sind, die innerhalb eines allgemein funktionellen Ansatzes in Anlehnung an die britische kontextuelle Linguistik insbesondere die Ideen von Michael Halliday<sup>36</sup> neu formuliert und bearbeitet und hiermit eine Anzahl bedeutender Fortschritte in der Forschung der Language as Ideology und Language and Control gemacht haben.<sup>37</sup> Bei beiden Gruppen von Wissenschaftlern bestand eindeutig der gleiche Wunsch nach einer 'relevanteren' Linguistik: die Verfasser der englischen Veröffentlichungen haben ihr Unternehmen ebenfalls als 'Critical Linguistics' bezeichnet.

Der zweite Teil dieser Einführung besteht aus einer Art Katalog sprachlicher Merkmale, die meines Erachtens häufig nähere Aufmerksamkeit hinsichtlich der Funktion, die sie erfüllen können, verdienen, und zwar

besonders in solchen Texten, deren Zweck darin besteht, die Wirklichkeit auf eine besondere Weise darzustellen und zu interpretieren. Es wäre tollkühn zu behaupten, daß der Katalog eine Theorie darstelle oder daß die Sammlung von Vorschlägen vollständig sei. Aber sein Zweck ist erfüllt, wenn er dazu beiträgt, Sprachkritik auf eine etwas solidere methodologische Basis zu stellen. Während der vom Institut für deutsche Sprache in Mannheim im März 1984 organisierten Jahrestagung über "Sprachkultur" wies ein Sprecher darauf hin, daß "ein Grundbestand an ideologisch relevanten, sprachlichen Gesichtspunkten sich herauszuschälen beginnt"; der Hauptzweck der vorliegenden Arbeit ist, das analytische Material derjenigen, die sich kritisch über diese Dimension des deutschen Sprachgebrauchs äußern wollen, erneut zu überprüfen und zu erweitern. Bevor der Katalog jedoch vorgestellt werden kann, sind im Zusammenhang mit der Art des Materials, das für die praktische Analyse im zweiten Teil unserer Arbeit gewählt wurde, einige Bemerkungen notwendig.

Wie oben schon erwähnt, ist unser Herangehen an die Zeitungsartikel vor allem durch das Interesse daran gesteuert, daß sie Beispiele sind für die Art und Weise, in der sie 'Wirklichkeit' vermitteln; die analytischen Methoden, die wir vorstellen, zielen darauf aufzudecken, was an den gewählten Texten irgendwie 'ideologisch' ist. Letztere müssen daher als Texte angesehen werden, die vor dem Hintergrund besonderer 'Diskurswelten' geschrieben wurden. Wir definieren Diskurs hier also nicht im interaktionellen Sinn von Dialog oder Gespräch, sondern im Sinn linguistischer Realisation eines Gegenstücks zu einer mehr oder weniger systematischen Wahrnehmungs- und Vorstellungsweise. Unser Ansatzpunkt ist daher wie folgt:

"In dem Maße, in dem Konzepte in einem Diskurs als System zusammenhängen, sind sie Teile einer Theorie oder Ideologie, d.h. eines Systems von Konzepten und Vorstellungen, die die Art und Weise darstellen, in der man sieht und wahrnimmt, und in der man interpretiert, was man sieht, hört oder liest. Wahrnehmung beinhaltet Theorie oder Ideologie – es gibt keine 'reinen', uninterpretierten, theorieleeren Fakten".<sup>38</sup>

Theorie oder Ideologie in diesem Sinn schließt u.a. die "Interessen, Rechtsansprüche, Normen und Werte einer Gruppe"<sup>39</sup> ein.

Wir haben acht Textgruppen für unsere Analyse gewählt. Jede Gruppe enthält eine Anzahl von Zeitungsberichten über dasselbe 'Ereignis', das einer Vielfalt von Zeitungen entnommen wurde. Es scheint mir – ebenso wie anderen: wenn die Linguistik einen echten Beitrag zur Untersuchung der, im weiten Sinne, Beziehung zwischen Sprache und Ideologie liefern will, dann muß sie bescheiden anfangen und ihre Aufmerksamkeit auf Texte konzentrieren, die vielleicht die Weise leichter zugänglich

machen, in der Sprache eine Rolle spielt in dem, was wir 'Transformation' von 'Wirklichkeit' nennen — in diesem Falle ist 'Wirklichkeit' die soziale Wirklichkeit, über die die Zeitungen ihre Leserschaft informieren. Eine Methode, mit der dies erreicht werden kann, scheint das Besprechen von Texten zu sein, deren Grundvergleichbarkeit als selbstverständlich betrachtet werden kann, und deren Unterschiede deshalb offensichtlich und bedeutsam sind:

"Alternative Ideologien und die verschiedenen sprachlichen Strukturen, die sie enkodieren, sind in vergleichbarer verschiedener Formulierung auffallend sichtbar. Gute Beispiele sind selten und können nur durch gewissenhafte Untersuchung von Nachrichten oder Übersetzungen entdeckt werden. Es ist anzunehmen, daß die Welt des Sprachgebrauchs so reguliert ist, daß die 'Sprachkonsumenten' nicht routinemäßig vergleichbare Formulierungen finden, denn diese verraten alles: wenn der Leser sehen kann, daß ein Gedanke auf eine andere Art und Weise ausgedrückt wird, dann kann er sich diesen Gedanken durch einen anderen Gedanken ersetzt vorstellen. Der Vergleich bringt die Relativität der Darstellung zum Ausdruck". (Siehe Anm. 1)

Wir haben verschiedene Zeitungen gewählt, die sich zeitweise in ihrer Interpretation von Ereignissen gravierend voneinander unterscheiden. Manchmal sind die Unterschiede geringer, insbesondere in Texten, die auf demselben Agenturbericht basieren. In mehreren Fällen waren entsprechende Agenturberichte zur Hand, die daraufhin zur 'Aufdeckung unterschiedlicher Versionen' des jeweiligen Ereignisses hinzugezogen wurden. Die Bild-Zeitung ist in jedem einzelnen Fall in die Analyse mit einbezogen worden. Im Kontext der bundesdeutschen Zeitungswelt und der weiten Leserschaft der Bild und anderer vom Springer-Verlag herausgegebenen Zeitungen braucht diese Wahl kaum gerechtfertigt zu werden. Wichtiger als dieser quantitative Aspekt ist jedoch die Tatsache, daß die Interpretation von Wirklichkeit, die von der Bild-Zeitung vermittelt wird, in der Bundesrepublik vom ideologischen Gesichtspunkt her von hoher Bedeutung ist. Aus Platzgründen können wir dieses Phänomen hier nur berühren.<sup>40</sup>

Die vorliegende Arbeit ist wahrscheinlich der erste Ansatz zur Beschreibung von Sprache und Ideologie, der dem Prinzip des Vergleichs durchweg folgt. Eine Reihe anderer ähnlicher Veröffentlichungen enthalten einige Sammlungen von thematisch eng verwandten Texten, jedoch beschränken sich die sie begleitenden Erörterungen im allgemeinen auf Vermutungen oder sind einfach ziemlich unergiebig.<sup>41</sup> In der vorliegenden Sammlung ist zu beachten, daß die Themen nicht immer bedeutende gesellschaftliche Ereignisse widerspiegeln; es ist auch eine Herausforderung, 'Ideologie' in scheinbar unpolitischen Texten zu entdecken.

Viele Aspekte der Vermittlung gesellschaftlicher Ereignisse können in der vorliegenden Arbeit nicht berücksichtigt werden. Zeitungen wählen aus, und das ohnehin erst, nachdem einzelne und Institutionen – einschließlich der Nachrichtenagenturen – schon Entscheidungen darüber getroffen haben, was (oder was nicht) berichtet werden soll.<sup>42</sup> Sprache in den Brennpunkt stellen bedeutet, daß wir dies als selbstverständlich betrachten oder es "aussimplifizieren" müssen; ebenso müssen wir die meisten der Faktoren außer acht lassen, die mit der gesamten endgültigen Darstellung eines Berichts zu tun haben, Faktoren, die die Placierung des Artikels, der Begleitbilder usw. einschließen.

In der Gesellschaft gibt es nicht e i n e Sprache – homogene Sprachen sind theoretische Fiktionen –; ebensowenig gibt es eine 'ideologische' oder 'politische' Sprache als solche (außer im trivialen Sinn einiger weniger lexikalischer Punkte, die in den Augen vieler mit einer der beiden Sphären assoziiert sind). Sprache ist immer Sprache im Kontext. Die Art und Weise, in der wir sie beschreiben, muß dies berücksichtigen. Obwohl wir möglicherweise eine Anzahl von Strukturen finden könnten, die hinsichtlich des Ausdrucks – oder des Eindrucks – bestimmter – ideologischer – Bedeutungen besonders nützlich erscheinen mögen, ist es eine axiomatische Annahme jeder funktionellen Sprachwissenschaft und auf jeden Fall der 'Critical Linguistics', daß 'Bedeutung' nicht von 'Stil' oder 'Ausdruck' getrennt werden kann, und daß:

"Sprache in dieser Sicht direkt Modelle reflektiert, die mit Formen gesellschaftlicher Organisation durch perzeptive und kognitive Strategien aufs engste verbunden sind".<sup>43</sup>

Ebenso:

"Interpretation ist der Prozeß der Aufdeckung gesellschaftlicher Bedeutungen, die im Diskurs ausgedrückt werden und zwar durch die Analyse sprachlicher Strukturen innerhalb ihres ... weiteren Zusammenhangs".<sup>44</sup>

Jedes Stück Sprache kann in der Vermittlung gesellschaftlicher Wirklichkeit funktionell werden. Ein Beispiel: das englische Wort *women* wurde in seiner Bedeutung sehr negativ, als es vor kurzem in die Weltanschauung des rechten Flügels der britischen konservativen Partei aufgenommen und als Bestandteil des Ausdrucks der negativen Einstellung gegenüber der Friedensbewegung im allgemeinen und der Assoziation von Frauen mit dieser Bewegung im besonderen übernommen wurde. Hieraus läßt sich schließen, daß keine Erörterung eines Textes erschöpfend sein kann; dies trifft zweifellos auch auf unsere Analysen zu.

Die Annahme, daß man in einem 'funktionellen' Ansatz – der Definition gemäß – Sprache im Gebrauch untersuchen und seine interpretie-



rende Strategie dementsprechend entwerfen muß, bedeutet, daß eine Reihe von Unterscheidungen, die gemeinhin in Diskussionen über Sprache gemacht werden, irrelevant sind. So können wir z.B. die Unterscheidung 'langue/parole' außer acht lassen. Angesichts der Tatsache, daß Sprache außerhalb des Gebrauchs eine Fiktion ist, war Beutins Widerlegung von Borks Behauptung, daß die Sprache des Nationalsozialismus ein "illegitimer Eingriff in den Sprachmechanismus" gewesen sei, unerheblich.

Beutin sagt wie folgt:

"Hiernach würde sich Sprachlenkung dem System der Sprache zuwenden. Tatsächlich handelt es sich um die Ausnutzung stilistischer (rhetorischer) Mittel der Sprache".<sup>45</sup>

Und angesichts der Stellung, die im funktionellen Ansatz eingenommen wird, — nämlich daß jeder beliebige Sprechakt eine besondere Wahrnehmung der Dinge darstellt — ist die Unterscheidung, die von einigen zwischen primärem und sekundärem Inhalt<sup>46</sup> gemacht wird, ebenso unnötig. Dieser Standpunkt kann auf die Inhalt/Stil-Unterscheidung verzichten — da ja Stil Gebrauch ist und Gebrauch Bedeutung einschließt —, und er braucht nicht darüber zu entscheiden, ob eine sprachliche Form *b e w u ß t* oder *u n b e w u ß t* gebraucht wird. Dies schließt natürlich nicht die Tatsache aus, daß Sprache bewußt gebraucht werden *k a n n* — dies ist normalerweise mit 'Manipulation' gemeint — sondern sie ist ein wichtiges Mittel in der Interpretation und damit der Vermittlung von gesellschaftlichen Fakten, eben weil sie ist, wie sie ist, und weil sie die Interpretation an einzelne oder, noch interessanter, an Gruppen vermittelt.<sup>47</sup> "Gesellschaftliche Strukturen stellen die Ressourcen und Einzelne vermitteln ihre Realisierung".<sup>47</sup> Kurz gesagt:

"... es ist unnötig anzunehmen, daß ein Sprecher oder ein Autor [z.B.: C.G.] analytisch eine Verwirrung schaffende Syntax wählt oder konstruiert".<sup>48</sup>

Dieser Punkt wird im zweiten Teil dieser Einleitung noch erweitert. Erwähnt werden muß hier noch ein letzter Punkt hinsichtlich des Theorieproblems von 'Wirklichkeit' und der Beziehung, die zwischen ihr und Sprache besteht, oder besser zwischen ihr und den Sprachen, die wir gebrauchen, um uns auf sie zu beziehen. Vor allem viele linksgerichtete Interpreten argumentieren wie Winckler: "... die Wirklichkeit faschistischer Sprache besteht im Verschweigen der gesellschaftlichen Wirklichkeit".<sup>49</sup>

Arnold, der uns viele interessante Einblicke in den Sprachgebrauch der Börsennachrichten gewährt, basiert seine Definition ideologischer Sprache auf dieselbe Annahme:

“Er [der Sprachgebrauch der Börsennachrichten: C.G.] wird ideologisch erst dadurch, daß er die realen wirtschaftlichen Strukturen und Prozesse falsch wiedergibt und dadurch die falsche Wiedergabe stabilisiert und reproduziert”.<sup>50</sup>

Selbstverständlich kann die Linguistik nicht auf die Lösung der elementaren phänomenologischen Frage bezüglich der Wirklichkeit warten, aber ich glaube nicht, daß sie sich darauf festzulegen braucht, daß es nur eine einzige wahre Version gesellschaftlicher Phänomene gibt. (Selbst, wenn die Linguistik dies tun sollte, wäre es doch zweckmäßig, Wimmers<sup>51</sup> Vorschlägen zu folgen und den eigenen Standpunkt klarzustellen, damit andere verständig auf die Sprache reagieren können, die man gebraucht, um eben über sie zu sprechen.)

Vielleicht ist es möglich, eine ‘wahrere’ oder ‘weniger wahre’ Beschreibung der Vorgänge und der Akteure zu determinieren, die die soziale Wirklichkeit ausmachen, und dies mit dem Sprachgebrauch in Zusammenhang zu bringen; jedoch würde die kritische Sprachbetrachtung schon etwas sehr Nützliches tun, wenn sie den Versuch unternähme, durch die Analyse verschiedener Formen von ‘Sprache(n) in Situationen’ verschiedene – sprachlich vermittelte – Versionen desselben – oder eines sehr ähnlichen – Phänomens aufzuzeigen. Zeitweise wird eine Art ‘Urtext’ – eine einzige Version, die verschiedenen späteren Versionen zugrunde liegt – bei dieser Aufgabe eindeutig besonders nützlich sein.

## 2. Aspektkatalog zur Texterschließung

Meyn weist darauf hin, daß “... es noch keine Kombination von produktiven und praktischen Verfahren zur Analyse der politischen Tendenzen in den Berichterstattungen überregionaler Zeitungen”<sup>52</sup> gibt.

Der folgende Katalog von Sprachformen, die aus verschiedenen Gründen ideologische Bedeutung annehmen können, soll praktikabel und aufschlußreich sein.

Zu Anfang muß jedoch folgendes wiederholt werden: Es gibt

“keine voraussagbare eins-zu-eins Assoziation zwischen einer beliebigen sprachlichen Form und einer beliebigen spezifischen Bedeutung. Sprecher wählen systematisch auf der Basis von Ideen – Ideologien – und aller Arten von komplexen Absichten aus”.<sup>53</sup>

Ich habe schon erwähnt, daß jedes Stück Sprache ideologisch bedeutsam werden kann. Es wäre jedoch erstaunlich, wenn nicht bestimmte sprachliche Formen, die, wegen des Erfahrungsbereichs, den sie enkodieren – mit anderen Worten, ihrer Semantik – sich mehr als andere Formen dazu anböten, Ideologien Ausdruck zu verleihen, und die man deshalb in die-

sem Zweck dienenden Äußerungen und Texten anzutreffen erwartet. Brown und Gillman haben gezeigt, wie die 'Du/Sie'-Unterscheidung im Hinblick auf Macht und Solidarität<sup>54</sup> analysiert werden kann: Es ist anzunehmen, daß sowohl rechts- als auch linksstehende Politiker der Behauptung zustimmen würden, daß unsere westliche Zivilisation in verschiedenen Aspekten hierarchisch ist, d.h. in einer Weise strukturiert ist, die unterschiedliche Macht und Verantwortung mit sich bringt; es wäre wiederum erstaunlich, wenn Widerspiegelungen dieses Zustandes nicht in der Sprache aufzufinden wären, die in der Kommunikation innerhalb und bezüglich dieser Zivilisation gebraucht wird.<sup>55</sup>

Es gibt natürlich nicht nur eine funktionelle Sprachtheorie. Folglich werden die verschiedenen Arten und die Anzahl von Funktionen den verschiedenen angenommenen Ansätzen entsprechend vorausgesetzt.

Ich glaube jedoch, daß man allgemein darin übereinstimmen wird, daß die drei von Halliday postulierten Funktionen — er nennt sie 'ideational' (Ideen formend), 'interpersonal' (zwischenmenschlich) und 'textual' (textuell) sich an wichtige Aspekte des Sprachgebrauchs richten. Wir werden diese Dreiteilung im folgenden übernehmen, obwohl wir einige Aspekte, die Halliday nicht berührt, hinzufügen. Da es keine 'eins-zu-eins Assoziation' zwischen sprachlichen Formen und Funktionen gibt — eine Form kann mehrere Funktionen haben usw. — wird es Fälle geben, in denen die Besprechung eines Stückes von Sprache einer anderen Kategorie als der gewählten zugeordnet werden kann:

#### A. 'The ideational Function'

'The ideational Function' — andere ähnliche Termini wären referentiell oder kognitiv —, so postuliert Halliday, erklärt die Art und Weise, in der Sprache Wirklichkeit 'organisiert'. Sowohl Syntax als auch Wortwahl spielen in dieser Organisation eine Rolle. In diesem Abschnitt beginnen wir damit, die Syntax unter den Gesichtspunkten transitive Funktion und Transformation zu betrachten. Anschließend untersuchen wir einige relevante Aspekte der Bedeutung auf Wort- wie auch auf Satzebene.

##### i) Syntax

In den vielen von der Fachliteratur unternommenen Versuchen, sprachliche Formen im Zusammenhang mit Ideologie zu sehen, hat sich die syntaktische Struktur als das hartnäckigste Problem erwiesen (siehe vorhergehende Bemerkungen). Mithilfe eines Arguments Lübbes können wir noch einmal auf die Art hinweisen, in der sich das Problem darstellt; er richtet sich hier an einen Text, der in der nationalsozialistischen Denkweise geschrieben ist:

“Aber ist er [der Feind: C.G.] als Feind auch an der Syntax erkennbar, in der er seine schlimmsten Thesen entwickelt...? Verrät ihn seine Syntax? Ich sehe nicht, daß ‘Mein Kampf’ in dieser Hinsicht anderes verriete, als daß es sich bei dem Buch, gemessen an anerkannter, vergleichbarer Literatur, nicht um ein gutes Buch handelt”.<sup>56</sup>

Diese Behauptung ist nichts anderes als eine irreführende Ästhetisierung des Themas, irreführend, weil die einzige festgestellte Beziehung nicht die zwischen sprachlichem Gebrauch und (gesellschaftlichem) Kontext ist, sondern die zwischen Sprache und einem geschlossenen Satz oder Kanon literarischer Kriterien (die ohnehin höchst problematisch sind.)

Ein funktioneller Ansatz in diesem Gebiet sprachlicher Struktur ist der, der die

#### a) transitive Funktion

betrifft, d.h. inwiefern Sprache “... den Ausdruck von Prozessen, Handlungen, Vorgängen, Zuständen und Beziehungen und der mit ihnen assoziierten Personen, Objekte und Assoziationen”<sup>57</sup> ermöglicht.

(Hier, ebenso wie an anderer Stelle, können nur sehr flüchtige Beobachtungen über die von Halliday und anderen Linguisten, die innerhalb eines in groben Zügen ‘funktionellen’ Rahmens arbeiten, gemacht werden. Für eine ausführlichere Diskussion müssen wir uns auf die Arbeiten dieser Wissenschaftler beziehen.<sup>58</sup> Unser Hauptziel ist es, darauf hinzudeuten, wie einige der betreffenden analytischen Kategorien in der Beschreibung der Beziehung zwischen Sprache und Ideologie von Nutzen sein können.)

Transitive Funktion bezieht sich auf die Weise, in der in einer beliebigen Sprache Ereignisse oder Zustände der Wirklichkeit eine sprachliche Struktur bekommen. Auf Zustände, Beziehungen, Handlungen, Ereignisse und auch auf die gesamte geistige Wahrnehmung wird als Prozesse Bezug genommen, die daran teilnehmenden Personen oder Dinge werden als Teilnehmer bezeichnet, d.h. konkrete oder abstrakte Wesen, die an den Ereignissen teilnehmen. Prozesse werden häufig als Verben und Teilnehmer als Substantive realisiert, jedoch ist dies nicht immer der Fall (Substantive können ‘verbal’ sein, wie z.B. *Kampf*). Verschiedene Klassen oder Typen von Sätzen können aufgrund der Anzahl von Teilnehmern unterscheidbar sein, die notwendigerweise mit dem sie enthaltenden ‘Prozeß-Wort’ assoziiert sind (Hallidays Bezeichnung ist hier “inhärente Teilnehmer”):

“Ein inhärenter Teilnehmer ist immer mit einem bestimmten Satztypus assoziiert, selbst wenn dies nicht in der Struktur aller Sätze dieses ‘Typus’ ausgedrückt ist”.<sup>59</sup>

Ein einfaches Beispiel hierfür wäre *töten* mit zwei 'inhärenten Teilnehmern' und *sterben* mit nur einem. Die Darstellung eines außersprachlichen Prozesses, der einen, zwei oder drei Teilnehmer umfaßt, ist offensichtlich selbst ein Akt, der vom ideologischen Gesichtspunkt her höchst bedeutsam sein kann – 'Y starb' beinhaltet eine vollkommen andere Wahrnehmung als 'X tötet Y'. Oder, um ein anderes Beispiel zu nehmen, die Formulierung desselben Stücks Wirklichkeit als 'Zustand' – z.B. 'Y ist tot' – kann eine vollkommen andere Interpretation dessen, was erfahren wird, implizieren, denn:

"... Prozesse, die ja von 'Agenten' kontrolliert werden, implizieren die Möglichkeit der Modifikation und Entscheidung, wogegen Zustände als unveränderlich wahrgenommen werden, und mit denen man sich folglich abfinden muß".<sup>60</sup>

Es ist möglicherweise von noch größerer ideologischer Bedeutung, daß die Wahl eines 'Satztypus' und somit eines gegebenen Prozesses und seiner dazugehörigen Teilnehmer zwangsläufig Implikationen beinhaltet, die vor allem die Frage der Urhebererschaft und des 'Interaktionstypus' betreffen. Das heißt, daß je nach der Anzahl der an einem Prozeß beteiligten Teilnehmer – und wir sprechen hier natürlich von 'sprachlicher Wirklichkeit' und nicht von der 'Wirklichkeit' selbst – dieser Vorgang als von einem gegebenen Teilnehmer verursacht (und möglicherweise von einem anderen gelenkt) gesehen wird. Trew bemerkt:

"... die Verteilung dieser Bezugnahmen [auf Teilnehmer: C.G.] und insbesondere die Verteilung von Bezugnahmen auf Teilnehmer als Agenten, als Betroffene, Aktive oder Passive [wobei letztere mit der traditionellen Verbform nichts zu tun haben: C.G.] in Prozessen von kausalen Handlungen liegt im Kern des Ausdrucks einer Ideologie".<sup>61</sup>

Sätze mit nur einem inhärenten Teilnehmer – wie *sterben* oder *sich ergeben* – sind interessant, weil das 'Wirklichkeitsmodell', das sie zum Ausdruck bringen, eine Version von Kausalität ausdrückt, die "... eine implizite oder inhärente Kausalität ist, spontan und selbst verursacht".<sup>62</sup>

Dies trifft besonders auf Verben zu, die im Deutschen reflexiv sind, z.B. *sich entwickeln*.

Das ideologische Potential von Sätzen, die 'geistige Vorgänge' beinhalten, wie z.B. *sehen*, *beobachten* und – mit unterschiedlichen Erfordernissen hinsichtlich des Subjekts und des Objekts – *auffallen*, *beeindrucken* usw. liegt in der Tatsache, daß der in seiner Muttersprache Sprechende "... dazu neigt, Wahrnehmung als eine Aktivität zu interpretieren, die von einem 'Agens' zu einem 'Ziel' weitergeht".<sup>63</sup>

Es ist eindeutig, daß es in jemandes Interesse sein könnte, eben eine solche Interpretation eines Ereignisses darzustellen!

Diese wenigen Erläuterungen des Systems der transitiven Funktion sollten darauf hinweisen, wie komplex die Semantik von Handelndem und Kausalität ist. Es gibt eine Reihe anderer Möglichkeiten, die die Einkodierung dieser Semantik noch komplexer machen; diese können hier nur kurz berührt werden:

- Prozesse selbst können als teilnehmende Wesen erscheinen (z.B. 'Gewalttätigkeit entstand'):

"In diesem Fall hat der Prozeßterminus die Oberfläche eines Terms für ein teilnehmendes Wesen, eine Tatsache, die dem Terminus eine Doppelfunktion geben kann, die ideologisch bedeutsam sein kann".<sup>64</sup>

- Kausalität und Agens können durch eine Reihe von Präpositionen und Konjunktionen, die eine Reihe von Möglichkeiten beinhalten, transformiert werden. Mittelberg definiert die Möglichkeit des Verbergens und Verwirrens von Kausalität, die in solchen Strukturen liegt (obwohl er diese isolierte Beobachtung nicht auf das Thema Kausalität und Agens im allgemeinen bezieht), wie folgt:

"Konjunktionen oder Präpositionen werden verschleiern oder irreführend eingesetzt. ... In dem Satz 'Unter der Regierung Fischer steigen die Preise' läßt sich die Präpositionalfügung 'unter der Regierung Fischer' durch unterschiedliche Konjunktionalsätze ersetzen (während, weil, obwohl Fischer regiert,...). Erst eine genaue Prüfung des Kontexts ergibt, welche Substituierung der Journalist nahelegen will, ohne dies ausdrücklich zu sagen".<sup>65</sup>

Es lohnt sich, hier mindestens zwei weitere Punkte zu erwähnen:

1. Mittelbergs Beispiel enthält mindestens einen weiteren Fall ideologischen Gebrauchs von Sprache, und zwar in der Wahl des intransitiven *steigen* mit seinem Bedürfnis nach nur einem 'Teilnehmer':
2. Selbst "eine genaue Prüfung des Kontexts" könnte einen eventuell eben nicht in die Lage versetzen aufzuzeigen, was der Journalist tatsächlich 'impliziert'; die Version der Sachverhalte, wie er sie sieht oder wie er sie – bewußt oder unbewußt – vermitteln will, kann Ursachen und Handelnde betreffend höchst mehrdeutig sein:

Die verschiedenen Diskurswelten, vor dem Hintergrund derer 'Texte' geschrieben sind, die den gegenwärtigen Bergarbeiterstreik [zur Zeit meines Schreibens, Juli 1984: C.G.] interpretieren, sind gewiß durch sehr unterschiedliche Versionen dessen, was die wahre Ursache der Gewalttätigkeit angeht, für die sich die Medien so sehr interessieren, charakterisiert. Die BBC, die, zumindest oberflächlich, eine in etwa neutrale

Stellung einnimmt, gibt häufig Texte heraus, die voll von Präpositional-sätzen oder Fügungen sind wie *auf den Streikpostenkettten brach erneut Gewalt aus*, während der Vorsitzende der Bergarbeitergewerkschaft ständig eindeutig der Polizei die Schuld daran zuschiebt, indem er sie zum Handelnden in kausative Vorgänge ausdrückenden Sätzen macht.

Und schließlich kann eine Reihe syntaktischer Transformationen auf der Basis der schon besprochenen Sprachformen funktionieren. Diesen wollen wir uns jetzt zuwenden.

## b) Transformationen

Der Begriff der Transformation geht auf Chomskys Lehrer Harris zurück, der ihn jedoch, anders als Chomsky, auf Textzusammenhänge anwendet.<sup>66</sup> Einige der im Rahmen der 'kritischen Linguistik' arbeitenden Linguisten sind auf Harris' Ideen zurückgekommen und haben die Transformation als eine zwischen zwei wirklichen Stücken von Sprache bestehende Beziehung innerhalb desselben Diskurses oder in zwei verschiedenen 'Diskursen' neu definiert. Der Nachweis, wie sich eine bestimmte Formulierung von einem Text zum anderen verändert – wie z.B. in einer Reihe von Zeitungsartikeln, die sich im großen und ganzen derselben Ideologie anschließen – kann die Art und Weise nachvollziehen, in der eine schwierige Information allmählich in eine Form gegossen wird, die mit den Lehrsätzen dieser Ideologie übereinstimmt.

Solch ein Verständnis von Transformation scheint anzudeuten, daß eine Art 'Urtext' – ein Originaltext, mit dem andere – spätere – Texte verglichen werden können – in linguistischen Analysen wesentlich ist. Ich glaube nicht, daß dieser strikten Bedingung nachgekommen werden muß, wenn das Konzept Transformation nutzbringend bei Textbeschreibungen angewandt werden soll. Es ist in jeder Wissenschaft erlaubt, Hypothesen aufzustellen. In diesem Fall würden Hypothesen in der Annahme bestehen, daß es bestimmte sprachliche Formulierungen der 'Wirklichkeit' gibt, die bezüglich Kausalität, Agens, Zeit, Ort usw. maximal explizit sind – oder vielleicht einfach weniger mehrdeutig als andere Formulierungen. In einem wichtigen Essay bringt Kress einen ähnlichen Gedanken zum Ausdruck:

"Es ist entscheidend, daß die Basisstrukturen oder 'Ausgangspunkte' auf der Grundlage echter gesellschaftlicher Machtverhältnisse aufgestellt werden".<sup>67</sup>

Damit meint er, daß eine Theorie der Sozialstruktur uns vorschreibt, in wessen Händen wir Macht erwarten sollen und von welchen Mechanismen wir anzunehmen haben, daß sie existieren, um die Tatsache zu ver-

stärken oder zu verbergen, daß zwischenmenschliche Beziehungen auf jeder Ebene gewöhnlich eine ungleichmäßige Verteilung von Rechten und Privilegien mit sich bringen. Man mag die Gesellschaftsanalyse in solchen 'Konflikt'-Termini ablehnen, jedoch hat Kress' Argument einen großen Vorzug insofern, als es fordert, daß jede sprachliche Theorie oder Beschreibung eine theoretische Beschreibung der Gesellschaft, in der die Sprache, die man analysieren will, gebraucht wird, notwendigerweise nach sich ziehen muß. Was für den einen Wahrheit ist, ist für den anderen Verzerrung, ein Punkt, den wir oben schon berührt haben. Es mag jedoch nützlich sein, sich in diesem Dilemma noch einmal vor Augen zu stellen, daß man dazu berechtigt ist, den Begriff 'maximal explizit' unter dem Gesichtspunkt der Anwesenheit aller – nach Halliday – 'inhärenten Teilnehmer' in einem Text zu definieren. Wir wissen alle, in welchem Interesse ein Kind handelt, das zu seiner Mutter sagt, *der Stuhl ist kaputt gegangen* anstelle von *ich habe den Stuhl kaputt gemacht*. Unsere Annahme, wie die 'maximal explizite' Formulierung eines bestimmten Sachverhalts aussehen würde, bleibt natürlich hypothetisch. Jedoch macht sie die Analyse eines Textes etwas weniger subjektiv, als dies manchmal der Fall ist. Außerdem interessieren wir uns für gleichbleibende Gebrauchsmuster. Man wird beachten, daß der Gesichtspunkt, unter dem oben 'Transformationen' dargestellt wurden, andeutet, daß bestimmte Strukturen als von Transformationen hervorgebrachte Strukturen behandelt werden sollen, selbst wenn sie normalerweise nicht so behandelt werden.

### Passivierung

Beutin sieht im Gebrauch der passiven Verbform eine Möglichkeit, den Urheber dieses Geschehens auszublenden<sup>68</sup>; in der Zurückdrängung des Agens kann eine bestimmte Auffassung eines Sachverhalts liegen (Beutin nennt dies "eine Methode"). Es gibt verschiedene Spielarten der Passiv-Transformation, was ihren ideologischen Gebrauch betrifft. Im Gegensatz zur (frühen) TG, in der getilgte Strukturelemente 'rekonstruierbar' zu sein hatten, kann es in einer ideologisch motivierten Äußerung schwierig oder schier unmöglich sein, das eigentliche Agens zu identifizieren. Oder aber der Urheber einer an einer bestimmten Textstelle mittels eines Passivs ausgedrückten Handlung kann eventuell aufgrund anderer Strukturen im Text – z.B. durch lexikalische Kohärenz<sup>69</sup> – suggeriert oder nahegelegt werden.

### Nominalisierung

Vieles von dem, was bezüglich der Passivform gesagt wurde, trifft auch auf die sogenannte Nominalisierung zu: "Im Unterschied zu dem (im



Aktiv verwendeten) Verb bedarf die Ableitung ihrer Sättigung nicht, um sich in eine strukturell abgeschlossene Einheit einzugliedern".<sup>70</sup>

Nominalisierung ist, was die zweideutige Kaschierung bestimmter wahrer Verhältnisse angeht, in zweierlei Hinsicht wichtig, denn sie hat: "sowohl syntaktische als auch lexikalische Auswirkungen".<sup>71</sup> Das heißt, das Wegfallen der 'inhärenten Teilnehmer' gibt den Weg frei für die Wortung ganzer Sinnbereiche im Sinne des reduzierten Begriffs – durch Ableitungen, Zusammensetzungen usw. (Halliday nennt das Phänomen "lexicalisation").

### Reflexive Verben

Die potentielle Leistung solcher Bindungen wie *sich entwickeln*, *sich ergeben* usw. (vgl. auch oben) bei der Verhehlung realer Verhältnisse wird von Arnold wie folgt beschrieben: "... daß sie [die reflexiven Verben: C.G.] den Eindruck vermitteln, als geschähe, was geschieht, von selbst".<sup>72</sup>

### Unpersönliche Verben

Unpersönliche Verben sind eng verwandt mit den reflexiven Verben. Durch den Gebrauch unbestimmter Subjekte wird auch hier der eigentliche Täter ausgeschaltet. Arnold unterscheidet zwischen der unpersönlichen Aussage *es* und der indefiniten Sammelbezeichnung *man*; er zitiert die folgenden Beispiele: "Am Markt für Auslandsanleihen kam es ebenfalls zu einer Reihe von ausgeprägten Kursenkungen", "Von der Kapitalerhöhung der Commerzbank erwartet man eine Dämpfung des Interesses für Bankaktien".<sup>73</sup>

### Das Zustandspassiv

Das Zustandspassiv kann als letztes Glied in einer Reihe von Transformationen angesehen werden, die man so darstellen kann:

$X \text{ tötete } Y \rightarrow Y \text{ wurde von } X \text{ getötet} \rightarrow Y \text{ wurde getötet} \rightarrow Y \text{ ist getötet.}$

Diese letzte Struktur enthält eine bedeutsame Reduktion der ursprünglichen Aussage; dabei ist nicht nur der Urheber (X) verschwunden, sondern die Zeitlichkeit wird ebenfalls ganz anders gesehen. Das Zustandspassiv hat nichts mehr mit einer sich zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Vergangenheit abgespielten Handlung zu tun; stattdessen wird seine Handlung gleichsam als Attribut eines anderen ausgegeben. Das Partizip *getötet* erfüllt eine adjektivähnliche Funktion.

## Intransitiver Gebrauch transitiver Verben

Arnold interpretiert den Gebrauch solcher Strukturen in der Sprache der Börsennachrichten: "... in erster Linie als Folge der Kürzelsprache der Börsennachrichten".<sup>74</sup> Er übersieht dabei aber die m.E. viel wichtigere Funktion, die sie erfüllen können, indem durch Weglassen eines Objekts eine einmalige, auf einen bestimmten Gegenstand gerichtete Handlung gleichsam als dauerhaftes Attribut des Subjekts dargestellt werden kann; z.B. *Studenten plündern* (vgl. die Analyse der Zeitungstexte über den Reagan-Besuch (s. Analyse Nr. 5)).

## Die Verbindung Adjektiv + Nomen

Sie hat sowohl einen syntaktischen als auch einen 'modalen' Aspekt. In folgender Beschreibung Pelsters sind beide Aspekte angedeutet: "Der Gebrauch des Beiwortes kann ... meist als indirekte Stellungnahme gewertet werden, da hier der Urteilende nicht festzustellen ist".<sup>75</sup> Durch die transformationelle Ableitung der Adjektiv + Nomen-Verbindung (z.B. *der standhafte Mensch, die geprügelten Polizisten*) aus der Struktur Nomen + *sein* + Adjektiv (*der Mensch ist standhaft*) wird das urteilende Agens syntaktisch untergeordnet, während die 'modale' Funktion in der Tatsache zu sehen ist, daß häufig in der abgeleiteten Struktur ein subjektives Urteil als "integraler Bestandteil objektiven Inhalts"<sup>76</sup> erscheint. Eine solche Deskription scheint mir jedenfalls den potentiell ideologischen Charakter der Verbindung besser zu erfassen als etwa Mittelberg dies tut, indem er das Adjektiv der Kategorie "Propagandasprache in der Zeitung" zuordnet und dessen Wirkung als "wertend" und "Emotionen aktivierend" umschreibt.<sup>77</sup>

Zum Abschluß dieser Diskussion einiger ideologisch aufschlußreicher Strukturen sei daran erinnert, daß

"wir nicht vorschlagen, der Schreiber solle diese Sequenz syntaktischer Umwandlungen nachvollziehen. Was hier wichtig ist, ist, daß er die Wahl zwischen einem einzigen Wort [es geht hier um die Wahl eines verbalen Nomens: C.G.] und der ausführlichen syntaktischen Form hat".<sup>78</sup>

## c) Die 'Akteure'

Nicht nur die Wahl der Strukturen kann – wie oben nachgewiesen – interessenbedingt sein, auch die Art der 'Akteure', die die Rollen in diesen Geschehnissen und Zuständen besetzen, sind an der Deutung eines Sachverhalts beteiligt. Hodge beschreibt die Besetzung der Subjektstelle etwa durch Länder- oder Städtenamen (Bonn, Kampala, Peking usw.) als: "... einen Substitutionsprozeß, in dem eine bestimmte

Art von Person durch Nomen ersetzt werden kann, die sich auf größere Einheiten beziehen".<sup>79</sup> Die ideologische Funktion eines solchen Sprachgebrauchs besteht darin, daß der Eindruck entstehen kann, eine (Haupt)stadt sei irgendwie mit einem ganzen Land identisch, und beider Interessen oder Kompetenzen seien gleich. Tatsächliche Machtverhältnisse können dadurch verschleiert werden.

Es geht hier selbstverständlich nicht nur um die Wahl eines Städte- oder Ländernamens, sondern das Phänomen betrifft die Selektion 'abstrakter' Akteure überhaupt: "Die Akteure, die Urheber des Geschehens und deren Interessen, werden durch diese Kollektivsubstantive verdeckt, mit dem Erfolg, daß Uneingeweihte das Geschehen nicht durchschauen können".<sup>80</sup> Solche Abstrakta enthaltenden Aussagen wirken oft metaphor-ähnlich, so daß man leicht versucht wäre, sie als bloße stilistische Figuren abzutun. Ein solcher der traditionellen Rhetorik entstammender Begriff verfehlt jedoch gerade die ideologische Motivation, die in der Gleichsetzung eines Sachzusammenhangs mit einer Gruppe von Personen liegen kann; dies sei durch eine Äußerung der englischen Premierministerin, Frau Thatcher, veranschaulicht: "Keine Regierung hat mehr für den Bergbau getan als diese".<sup>81</sup> Sicherlich wüßten die durch die angesprochenen Sanierungsmaßnahmen Betroffenen — z.B. die nun Arbeitslosen — ein Lied davon zu singen. Den hier kommentierten Sprachgebrauch meint wohl Winckler, wenn er von der "Mystifizierung und Naturalisierung ökonomischer Prozesse"<sup>82</sup> schreibt. Im Kontext der sprachlichen Vermittlung gesellschaftlicher Realität begegnen wir auch dem umgekehrten Fall, d.h. häufig handeln und sprechen einzelne — etwa 'Richter X' —, während der eigentlich Verantwortung Tragende eine Institution ist.

## ii) Lexis und Klassifizierung

Mit einer zweiten Art der 'Klassifizierung' haben wir es im Falle der Erfassung der Realität durch Begriffe zu tun; hier geht es um die Zuordnung bestimmter Wirklichkeitsausschnitte zu gedanklichen Kategorien (bzw. um die Schaffung neuer Kategorien.):

"Eine Kategorisierung ist ein natürlicher Weg der Identifizierung von bestimmten Objekten oder Erfahrungen dadurch, daß sie einige Eigenschaften hervorhebt, anderen kaum Beachtung schenkt und wieder andere verbirgt".<sup>83</sup>

"Jedes Wort bedeutet die Einordnung eines Gemeinten in ein bestimmtes Begriffssystem".<sup>84</sup>

Daß diese Einordnung mitunter auch ideologisch bedingt ist, bedarf keines weiteren Kommentars. Sie ist als lexikalisches Äquivalent der durch die Wahl bestimmter syntaktischer Strukturen bewerkstelligten

Wirklichkeitsdeutung, die wir im Vorhergehenden geschildert haben, anzusehen. Sicherlich wird der Tragweite solcher 'Kategorisierung' nicht gerecht, wer darin nur die "Vermittlung einer bestimmten Gefühlslage" sieht, die eigentlich nur gegeben ist, wenn es sich um Substantive handelt, "die ihrem Wesen nach ... Wertungsbegriffe" sind.<sup>85</sup> Wer den "semantischen Streit"<sup>86</sup> in der deutschen Politik verfolgt hat, der müßte Edelmann rechtgeben, wenn es bei ihm heißt:

"Wahrnehmung setzt Kategorisierung voraus. Politische und ideologische Debatten bestehen größtenteils in der Bemühung, die Akzeptierung einer bestimmten Kategorisierung entgegen konkurrierender Bemühungen um eine andere Kategorisierung durchzusetzen".<sup>87</sup>

Die britische Regierung hat bei den gegen die Argentinier ergriffenen Maßnahmen sehr viel Wert darauf gelegt, die Deutung des Vorgehens als Krieg bei der Bevölkerung anzubringen. Darin ist vor allem – ganz gleich, wie man zur Sache der Falkland-Inseln steht – ein Rechtfertigungsversuch zu sehen, dessen – teilweise – Gelingen aber auch handfeste Folgen bezüglich der Bereitschaft zur Finanzierung der 'Maßnahmen' gehabt hat.

In solchen Kategorienkonflikten spielt bekanntlich der Gebrauch von Anführungszeichen eine große Rolle: Durch mit Anführungsstrichen versehene Begriffe distanziert man sich im eigenen Sprachgebrauch von der ideologischen Sprache des Gegners, indem man die Angemessenheit eines gegebenen Begriffs zur Bezeichnung eines – anders gedeuteten – Wirklichkeitsausschnittes in Zweifel zieht:

"Er [der Gebrauch von Anführungszeichen: C.G.] ist sowohl eine Bestätigung ... als auch eine Negation der Existenz der Ideologie ... Dies ist nicht nur ein Ausdruck von Ideologie, sondern ein explizites Eingreifen in den ideologischen Konflikt".<sup>88</sup>

Eine solche Kampfeserklärung wird in verschiedenen Diskursen nicht nur durch Anführungsstriche zuwegegebracht, sondern demselben Zweck dienen viele andere Techniken, die vom Gebrauch des Wortes *sogenannt* bis hin zur expliziten Auseinandersetzung reichen: vgl. den seit den letzten Bundestagswahlen nicht mehr abreißenden, in Zeitungen und politischen Debatten ausgetragenen Kampf um die Anwendung des Begriffs 'Wende' auf die schon vollbrachten oder noch ausstehenden Leistungen der Regierung: "Die halbherzige Steuerreform. Soll das die ganze Wende der Bonner Regierungskoalition sein?" (Zeit-Schlagzeile vom 29. Juni 1984).

### iii) Verschiedene semantische Aspekte

Die traditionelle Sprachkritik begnügte sich häufig mit der Kritik einzelner Begriffe ('Frieden', 'Freiheit' usw.); dabei war oft vom "Mißbrauch der Sprache"<sup>89</sup> die Rede, wobei uns solche Kritiken hier eine genaue Bestimmung dieses Begriffs schuldig blieben. Auch in einer kritischen Sprachwissenschaft geht es darum, "wie die Bedeutungen von Ausdrücken zu verstehen sind"<sup>90</sup>, jedoch kann inzwischen die Linguistik zur Präzisierung dieser Frage beitragen. Wir können im folgenden nur einige der verschiedenen Entwicklungen in der semantischen Theorie kurz daraufhin prüfen, ob sie nicht Impulse zur Erhellung des Verhältnisses 'Sprache – Ideologie' enthalten.

#### a) Die Referenzsemantik

Sie untersucht die Bedeutung von Wörtern oder Wortverbindungen bezüglich ihrer Bezeichnungsfunktion. Im Mittelpunkt eines solchen Ansatzes steht die Frage: Wie sind die Regeln zu bestimmen, "nach denen sie [die Sprachteilhaber: C.G.] in der Kommunikation auf Gegenstände ihrer Umwelt bezugnehmen".<sup>91</sup> Zur Beschreibung besagter Regeln ist es notwendig, diejenigen Eigenschaften – von realen oder imaginären Gegenständen und Prozessen – zu bestimmen, die in einer gegebenen Aussage gemeint sind. Dazu gehören u.a. Form, Farbe, Zeit, Ort usw. Was die Textanalyse angeht, interessieren nicht etwa die Mittel, derer sich Sprecher bedienen (können), um ein Gelingen ihrer referentiellen Akte zu sichern, sondern vielmehr die verschiedenen Arten der semantischen Vagheit, die charakteristisch sein dürften für Texte, in denen eine – häufig nicht deklarierte – Intention verfolgt wird. Wimmer und andere sehen Sinn und Aufgabe einer engagierten Sprachkritik darin, daß der Sprachteilhaber angehalten wird, "die Regeln seines eigenen Sprachgebrauchs zur Diskussion zu stellen".<sup>92</sup> Es liegt auf der Hand, daß in Texten, denen eine ideologische Tendenz innewohnt, gerade dieser Forderung nicht nachgekommen wird. Wimmer hat in einer sehr pragmatisch ausgerichteten Untersuchung anhand von Texten versucht festzustellen, mit welcher Berechtigung – eben nach welchen realen Merkmalen – jemand in einem konkreten Fall als 'Terrorist' bezeichnet wurde.<sup>93</sup> Es dürfte im ideologischen Sprachgebrauch in der Regel so sein, daß dem Rezipienten gar kein Zugang zu der Relativität solcher Bezeichnungspraktiken gewährt wird; z.B. wird im einzelnen Zeitungstext die Berechtigung einfach als gegeben angesehen. Oder aber, die Etablierung eines Sprachgebrauchs – genauer ausgedrückt, der für die Anwendung des Begriffs notwendigen 'Außenweltsfaktoren' – wird über einen unterschiedlich langen Zeitraum hinweg von der Zeitung

selbst vollzogen, d.h. die Zeitung fixiert die Semantik gewisser Begriffe in ihrem eigenen Sinne durch eine Art "Namengebungs- oder Referenzfixierungsakt".<sup>94</sup> (Durch solche Akte können nicht nur bestehende Begriffe semantisch festgelegt, sondern auch neue Begriffe geprägt und somit 'geistige Gegenstände' erst ins Leben gerufen werden.) Die Etablierung der jeweiligen Semantik kann in Form einer – durch eine der vielen in der Sprache gegebenen expliziten Formulierungen, wie etwa *Wir nennen das ...* bewerkstelligte – bewußten Begriffsbestimmung vonstaten gehen oder in Form einer sich langsam vollziehenden inhaltlichen Determination durch den Kontext.

Bei der ideologischen Textanalyse kommt es darauf an, diejenigen Stellen in einem Text aufzuspüren, an denen referentielle Unsicherheit herrscht und nach der Funktion der jeweiligen Unsicherheit zu fragen; z.B. steht in der Bild-Berichterstattung über den Tod von Katherina Hammerschmidt<sup>95</sup> folgender Satz: "Das Radikale an Katherina Hammerschmidt hatten schon ihre Lehrer erkannt". Durch die Art, in der dieser Satz in den Text eingebaut ist, läßt sich nicht einwandfrei feststellen, ob hier Bezug genommen wird auf eine wörtliche Aussage der (damaligen) Lehrer – haben diese das Benehmen von K.H. tatsächlich als 'radikal' bezeichnet? – oder entstammt der Begriff nicht eher der Diskurswelt der Zeitung selbst, wobei der Verfasser des Artikels eine frühere Lebensphase der Verstorbenen selber deutet und gleichzeitig politisiert. Fazit: auch der Sprachgebrauch (anderer) gehört zu den Gegenständen, auf die man sich referentiell beziehen kann, und auch hier stehen dem Textproduzenten verschiedene Kunstgriffe zur Verfügung, durch die Sachverhalte verschwommen dargestellt werden können. (Beutin macht auf die Verzerrung realer Tatbestände aufmerksam, die durch den Gebrauch von Komposita erreicht werden kann: Im Deutschen ist das semantische Verhältnis zwischen zwei Komponenten eines solchen zusammengesetzten Begriffs häufig recht mehrdeutig.)<sup>96</sup>

#### b) Die 'wahrheitsfunktionale' Semantik

In den verschiedenen, stark philosophisch beeinflussten Semantiktheorien, die im allgemeinen der Tarskyschen Maxime verpflichtet sind, die von Kempson so wiedergegeben wird: "... die Bedeutung eines Satzes kennen heißt wissen, unter welchen Bedingungen dieser Satz wahr wäre".<sup>97</sup> herrscht bezüglich vieler Probleme immer noch keine Übereinstimmung. So scheuen die einen vor der kontroversen Annahme zurück, die Wahrheitsbedingungen eines Satzes seien identisch mit der Menge der Sätze, die (oder deren Wahrheit) aus diesem ersten Satz (oder dessen Wahrheit) gefolgert werden können<sup>98</sup>, während die anderen sich

darum streiten, ob solche Folgerungen sich in 'entailments' und Präsuppositionen einteilen lassen.<sup>99</sup>

Ich meine, die kritische Textanalyse braucht den Ausgang der Auseinandersetzungen um solche spitzfindigen Differenzierungen nicht erst abzuwarten, sondern es gibt jetzt schon eine genügende Anzahl von den verschiedenen Ansätzen gemeinsamen, daher teilweise gesicherten Erkenntnissen, um eine empirische Anwendung des Begriffsapparates der wahrheitskonditionalen Richtung zu ermöglichen; schließlich ist die Einsicht, ein Sprecher könne über den propositionellen Inhalt einer Aussage hinaus auch noch mehr 'implizieren' – um einen gängigen Begriff zu gebrauchen – nicht erst der neueren Sprachwissenschaft zu verdanken.

In Linguistik und Philosophie hat das Phänomen unter der Bezeichnung 'Präsupposition' Schule gemacht:

"Unter Präsuppositionen versteht man im Allgemeinen bestimmte 'selbstverständliche Voraussetzungen' (Frege, 1892), die ein Sprecher mit einer Äußerung macht: sie werden nicht ausdrücklich behauptet, vielmehr als Annahme über den vorausgesetzten Hintergrund der Kommunikation mit in die Äußerung eingebracht. (...) Die Präsuppositionen sind ein Teil der Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit eine 'Äußerung' in einem gegebenen Kontext angemessen sein kann".<sup>100</sup>

(vgl. Wimmer: "... vorausgesetzte Behauptung, von der der Sprecher annimmt, daß sie der Hörer für wahr halten muß, damit er die Sprechhandlung des Sprechers verstehen kann".)<sup>101</sup>

Aufgabe der Sprachkritik ist nicht die Aufarbeitung und Formalisierung dieser sprachlichen Erscheinungen, wohl aber die Analyse von gesprochenen und geschriebenen Texten im Hinblick auf 'nicht-explizite' Aussagen, die in einer anderen Aussage enthalten sein können und, damit verbunden, die Frage nach der Funktion solcher impliziten Inhalte. Kann doch ein Sprecher durch solche mitschwingenden Bedeutungen es schaffen: "... alles zu sagen, ohne es zu sagen".<sup>102</sup>

Die Einsicht, daß: "Implizite Behauptungen ... sich der Kritik und Problematisierung leichter als explizite Behauptungen [entziehen]".<sup>103</sup> legt es nahe, sich besonders mit den Präsuppositionen in einem Text zu befassen. Hier sollen nur einige interessante Aspekte dieser sprachlichen Erscheinung angedeutet werden:

1. In einem Text kann jemandem etwas vorgeworfen werden, auch wenn dieser jemand vom rechtlichen Standpunkt gesehen vielleicht erst unter dem Verdacht steht, etwas begangen zu haben.
2. Die Position eines Gegners kann dadurch angegriffen werden, daß ich ihm durch Präsuppositionen Dinge unterstelle, die er weder getan

noch gesagt hat (etwa: *Haben Sie aufgehört, Ihre Frau zu schlagen – ja oder nein?*).

Mit dem Gedanken, daß: "... Sprecher die von ihnen gemachten Präsuppositionen nicht unbedingt für wahr zu halten brauchen"<sup>104</sup> treten wir in den Bereich der bewußten Wirklichkeitsverzerrung.

Die Rezeption gegebener präsupponierter Aussagen ist aufs engste mit dem jeweiligen Ausmaß des von Produzent und Rezipient geteilten (Alltags-) Wissens verschränkt, dieses wiederum schicht- oder gruppenspezifisch. Mit anderen Worten, die Aufnahme der Präsuppositionen eines Zeitungstextes wird oft von der Leserschaft abhängen. Heißt es z.B. von einem mutmaßlichen Verbrecher in einem Zeitungsartikel: "Gestanden hat er noch nicht"<sup>105</sup> so wird die Präsupposition 'er hat es gemacht' vermutlich für alle offen zutage liegen, während nur einige wenige – aufgrund ihrer kritischen Einstellung zu journalistischen Raffinessen – der Wahrheit der präsupponierten Aussage skeptisch gegenüberstehen werden. Diese ganze Problematik kann hier nicht weiter aufgerollt werden; es sei nur darauf hingewiesen, daß mit solchen Überlegungen der Unterschied zwischen 'analytisch wahr' und nur 'kontingent wahr'<sup>106</sup> – Kempson spricht von "Sprecherpräsuppositionen" und "logischen Präsuppositionen"<sup>107</sup> – angeschnitten ist.

### c) Die 'Sprechakt-Semantik'

Die 'Sprechakt-Semantik' – die vielleicht eher der Kategorie 'Modalität' (s. unten) zuzuordnen wäre, begreift die Bedeutung eines Satzes als die durch die Äußerung des Satzes vollzogene Handlung.<sup>108</sup> Die Theorie der Sprechakte findet seine wichtigste Anwendung im Bereich der 'Diskursanalyse' – 'Diskurs' wird hier nicht im Sinne einer 'Welt von Bedeutungen' verstanden, sondern im Sinne der Interaktion – etwa ein Gespräch – zwischen Sprachteilhabern – jedoch ist das von den Sprechakttheoretikern entwickelte Begriffsinstrumentarium auch bei der Analyse ideologischer Texte verwertbar. Eine solche Analyse dürfte besonders von einer Beschäftigung mit einer Realisierungsform von Sprechakten profitieren, die von Searle unter dem Begriff 'indirekte Sprechakte' in die linguistische Diskussion eingeführt wurde.<sup>109</sup> Eine Sprachkritik, die u.a. an dem Ausdruck von Machtverhältnissen in der Gesellschaft interessiert ist, wird sich z.B. damit beschäftigen wollen, daß "... Einverständnis als eine freie Handlung und nicht als das Befolgen eines Befehls dargestellt werden kann"<sup>110</sup> – oder, allgemeiner, damit, daß die von einem Sprecher/Schreiber intendierte Wirkung einer Äußerung auch indirekt – mehr oder weniger 'getarnt' – zum Ausdruck gebracht werden



kann. Wenn es z.B. in einem Text über Katherina Hammerschmidt, anscheinend rein deskriptiv, heißt, sie habe Mann und Kind in Berlin sitzen lassen, dann ist darin – aufgrund der 'präsupponierten' Vor-Urteile ('die Familie zu verlassen ist schlecht') – zugleich ein Vorwurf gegen K.H. zu sehen, dem sich auch der Leser anschließen soll. Die Anwendung der 'sprechakttheoretischen Semantik' auf die ideologische Textanalyse gestaltet sich daher als folgende Frage: welchen Akt vollzieht ein Textproduzent – bzw. zu welcher 'Handlung' seitens seiner Rezipienten lädt er ein –, indem er seine jeweilige Auswahl an 'Informationen' trifft?

#### d) Das Wertungs-Phänomen

Häufige Beachtung findet in Kommentaren zur Sprache der Politik das Wertungs-Phänomen, d.h. die Tatsache, daß durch Sprache auch wertende Positionen gegenüber Personen und Dingen bezogen werden können. Sogenannte 'Wertungen' können auf vielen verschiedenen Wegen in einen Text oder eine Rede einfließen; das Funktionieren des Phänomens kann teilweise durch die Anwendung der Theorie der konversationellen Implikaturen (Grice)<sup>111</sup> aufgehellt werden. Im Zusammenhang der Textanalyse wäre es vielleicht treffender, von Text-Implikaturen zu sprechen, die, ähnlich wie z.B. in einem Dialog, wo sie dadurch entstehen, daß der eine Sprecher durchblicken läßt, daß er sich nicht an das 'kooperative Prinzip' hält, auch in Texten durch Verstöße gegen eine der Griceschen Maximen ausgelöst werden. (Sehr viele Leser werden wohl der Überzeugung sein, daß das, was schwarz auf weiß gedruckt erscheint, unbedingt wahr sein muß, so daß auch in Bezug auf Zeitungstexte sinnvoll von einem 'kooperativen Prinzip' gesprochen werden darf.) Der genaue Ausgawert des gegebenen Verstoßes hängt damit zusammen, gegen welche Maxime verstoßen wird und ist sicherlich auch durch das vorausgesetzte Wissen auf Seiten des Lesers bedingt. Nichtbeachtung der Griceschen Maximen liegt vielen stilistischen Eigenschaften eines Textes zugrunde, u.a. denen, die auf unterschwellige Weise Wertungen ausdrücken, z.B. Ironie, Sarkasmus, aber auch rhetorische Züge, die eher aufwertende Funktion haben. Wir wollen hier nur zwei Beispiele anführen:

1. Wenn ich ein Zuviel (oder ein Zuwenig) an Information bringe – wobei sich der Leser fragen mag: "wieso erzählt er mir das (nicht) (an dieser Stelle)?" usw. – dann ist es nur 'logisch', daß im Text ein besonderes Ziel angestrebt wird (Gricesche Maxime der Relevanz).
2. Wenn etwa in einer rechtsgerichteten Zeitung über Helmut Schmidt steht, er sei "in der Welt als der große Lenker und Koordinator bewundert", dann verstehe ich dieses 'Lob' eben als Tadel, weil ich – aufgrund

meiner Vertrautheit mit der sonst üblichen Geringschätzung linksstehender Politiker in dem Blatt – begreife, daß hier ein Verstoß gegen die Wahrheits-Maxime – ‘sei wahrheitsgetreu’ – vorliegt.

Die Anwendung dieses handlungstheoretischen Ansatzes in der Beschreibung des ideologischen Sprachgebrauchs scheint mir sehr vielversprechend zu sein.

#### e) Die ‘modelltheoretische Semantik’

Hauptsächlich aus der Forschung zur künstlichen Intelligenz sind einige interessante Ansätze zur Beschreibung der ‘Struktur des Wissens’ – auch ‘Glaubenssysteme’ genannt – hervorgegangen.<sup>112</sup> In einem anregenden Versuch, die sogenannte ‘Frame-Semantik’ zur Herausarbeitung des Glaubenssystems (Englisch: ‘belief system’) des wegen seiner Hetze gegen Kommunisten berüchtigten Amerikaners McCarthy anzuwenden, hat Downes es sich zur Aufgabe gemacht, “über die strikte Bedeutung des Textes selbst hinausgehend”<sup>113</sup>, Aussagen aufzudecken, die “irgendwie im Text enkodiert sind”.<sup>113</sup> Downes stellt fest, die ‘wahrheitskonditionale Semantik’ sei dieser Aufgabe nicht gewachsen, denn: “... die Darstellung von Bedeutung als nur aus isolierbaren Folgerungen bestehend ist zu dürftig, als daß man so die Art und Weise, wie wir Texte verstehen, erklären könnte”.<sup>114</sup> Er geht zwar auch davon aus, daß die Bedeutung eines Satzes erklären gleichbedeutend mit der Angabe der Bedingungen sei, unter denen dieser Satz wahr wäre, jedoch schließen diese Bedingungen für ihn nicht nur logische, sondern auch kontingente Folgerungen ein, die er als ‘relative cultural beliefs’ auffaßt. Diesen allen zu kurzen Anmerkungen zu seinem Ansatz sei nur hinzugefügt, daß **a l l e** Präsuppositionen oder Implikationen, die in einer Aussage enthalten sind, in Beziehung zu einem institutionellen Faktum (‘institutional fact’) gesetzt werden. Die so eruierte Struktur des um einen solchen Sachverhalt wie Krieg gruppierten Wissens wird in der Forschung zur künstlichen Intelligenz ein ‘frame’ (etwa ‘Struktur’) genannt. Ein ‘frame’ ist nach Downes: “... ein höchst strukturierter Satz nicht notwendiger Folgerungen, die **w a h r s c h e i n l i c h** gelten, wenn der Satz wahr ist”.<sup>115</sup> (Hervorhebung von mir: C.G.). Er weist weiter darauf hin, daß: “Das endgültige Output [der Analyse: C.G.] ein Gebilde von Strukturen [ist]”.<sup>116</sup>

“Dies ist ein Satz miteinander in Beziehung stehender Strukturen, die aus Aussagen bestehen, von denen der Hörer annimmt (aufgrund seines Verständnisses dessen, was der Sprecher sagt), daß sie das Glaubenssystem des Sprechers ausmachen. In diesem Gebilde ist daher die kognitive Bedeutung des Textes abgebildet”.<sup>117</sup>

Wir müssen von einer weiteren Ausführung des Downseschen Ansatzes hier absehen. Für den 'Sprachkritiker' erwächst daraus die Aufgabe, auf die: "... vielen Möglichkeiten, wie ein frame sich dem Leser eines Textes erschließt"<sup>118</sup> zu achten. Als Beispiele werden in dem hier kurz referierten Aufsatz angeführt: 1. explizite Erwähnung des Begriffs 'Krieg' selbst; 2. das Behaupten e i n e r der Aussagen, die aus der Aussage 'Krieg' selbst folgern; 3. Das Präsupponieren von Aussagen der unter 1. oder 2. genannten Art.<sup>119</sup>

Bei der kritischen Betrachtung des ideologischen Sprachgebrauchs sind unter diesem Aspekt daher nicht nur logische Präsuppositionen aufschlußreich, sondern auch alle irgendwie verteilten und mitgeteilten Aussagen, die durch ihre lexikalische oder syntaktische Relation zu anderen im Text erwähnten Sachverhalten – Gegenständen des Diskurses – zum frame beitragen. Diesen Gedanken können wir anhand des letzten Satzes im Bild-Bericht über den Berlin-Besuch von Präsident Reagan<sup>120</sup> erläutern: "Und wieder fliegen die Steine!".

In der in diesem Zeitungsartikel entstehenden Struktur des Begriffs 'Demonstration' wird die Aussage 'Steine fliegen' zu einer – 'logisch' gesehen selbstverständlich nicht notwendigen – mit dem Bild-Begriff jedoch assoziierten Proposition. Zu den verschiedenen strukturellen Eigenschaften des Textes, die diesen 'relativen kulturellen Glauben' verstärken, gehören erstens, daß der oben zitierte Satz als letzter im Artikel erscheint und zweitens, daß er durch das Wörtchen *und* eingeleitet wird. Zur prototypischen Erscheinungsform der Demonstration, so will es der Text, gehört nun mal eben Gewalttätigkeit.

#### B. 'The interpersonal Function'

Mit der zweiten 'zwischenmenschlichen' – bezeichnenderweise auch 'sozial' genannten – Funktion der Sprache tritt sozusagen der Mensch als gesellschaftliches Wesen auf den Plan; hier geht es nicht um die gedankliche ('ideational') Ordnung, die der Realität aufgedrückt wird, sondern um: 1. die Organisation der Beziehungen der Sprachteilhaber – in einer Diskurswelt – zueinander, sowie um 2. den Ausdruck der verschiedenartigen Einschätzungen von Sprechern gegenüber ihren eigenen Aussagen, bzw. die Beeinflussung der Einstellungen anderer. Unter diesen beiden Aspekten können wir auflisten: Sprechakte; 'Benennungsnormen'; Modalverben und -adverbien; Pronomen. Diese Formen können, funktional gesehen, als Ausdruck der 'Modalität'<sup>121</sup> in der Sprache interpretiert werden, d.h. sie enkodieren: "... die Semantik persönlicher Teilnahme".<sup>122</sup>

“Modalität ist eine Form von Teilnahme des Sprechers am Sprechereignis”.<sup>123</sup>

“Durch Modalität assoziiert der Sprecher mit der These einen Hinweis auf ihren Status und ihre Gültigkeit in seiner eigenen Beurteilung; er greift ein und bezieht eine Position”.<sup>124</sup>

In einer funktional ausgerichteten Linguistik gilt es immer wieder zu bedenken, daß eine sprachliche Form meistens mehr als nur einer Funktion dient. Interessante Analysen in diesem Sinne haben z.B. nachweisen können, daß Strukturen, deren Semantik bisher sehr eindimensional gesehen wurde, häufig mehrdimensional sind. Die Wahl eines gegebenen Tempus kann z.B., in einem bestimmten Kontext, mitunter auch modalen Charakter haben; die Wahl einer bestimmten Form aus den Demonstrativpronomen kann ähnlich dazu dienen, die ‘Wahrscheinlichkeit’ einer Aussage als geringer erscheinen zu lassen. Wir müssen daher sehr vereinfachen und uns bei unseren Überlegungen zur ‘Modalität’ auf einige wesentliche Bereiche beschränken.

#### i) Sprechakte

Das Thema Sprechakte haben wir oben im Zusammenhang mit der Sprechaktsemantik berührt. Wir wollen hier die Sprechakttheorie noch einmal heranziehen, um zur Klärung eines sprachlichen Phänomens beizutragen, das immer wieder – besonders in Kommentaren zur Sprache der großen Ideologien (Nationalsozialismus, Kommunismus, Faschismus) – beobachtet wurde, dessen sprachliche Realisierungen jedoch m.E. noch nicht hinlänglich beschrieben wurden: z.B. behauptet Hofmann: “Ideologisches Denken verwischt den Unterschied zwischen den Urteilstypen”<sup>125</sup> und er fährt fort: “Deutungen werden als ... Feststellung von Tatsachen ausgegeben. (...) Werturteile kleiden sich in die Form von Seinsurteilen”.<sup>126</sup>

Ähnlich heißt es auch bei Jung: “Sachaussagen und Wertaussagen sind rein sprachlich nicht zu trennen. Wertungen und Handlungsanweisungen treten in den gleichen grammatikalischen Formen auf wie reine Darstellung”.<sup>127</sup> Das ideologische Potential, das solchen Strukturen wie Jungs: “Hyazinthen sind wohlriechend” innewohnt, ist oben besprochen worden. Wir können aber hier auch von der Sprechakttheorie profitieren, denn sie geht davon aus: “... daß jede Äußerung nicht nur Inhalt vermittelt, sondern auch eine vom Sprecher in Bezug auf seinen Adressaten vollzogene Handlung darstellt”<sup>128</sup> – d.h. jede Äußerung – auch eine, in der es sich nur um die ‘Feststellung’ von Tatsachen handelt – ist von einem Ich oder einem Wir gesprochen oder geschrieben worden, dessen Rolle jedoch in der Oberflächenstruktur der Sprache verschwinden

kann. Durch eine Analyse, die über die Identität des Sprechers/Schreibers bzw. Hörers/Lesers Klarheit verschafft, bzw. diesbezüglich beharrlich nachfragt, wer denn da gemeint ist, würden manche Behauptungen eben als solche entblößt.

## ii) Benennungsformen und -normen

Sie signalisieren in der sprachlichen Interaktion u.a. Formalität und Distanz gegenüber dem so oder so Adressierten, oder im weiteren Sinne 'Angesprochenen'. Es gibt zur Bezeichnung eines Individuums gewöhnlich ein breitgefächertes Angebot an Anrede- oder Bezeichnungsformen. An der Wahl unter den verschiedenen Möglichkeiten *Colin*, *Colin Henry* — als Warnsignal von meiner Mutter gesendet. —, *Mr. Good*, *Mr. Colin Good*, *Dr. Colin Good*, *Dr. Good*, *Good* usw. ist manches über das Verhältnis zwischen mir und dem Gesprächspartner, bzw. über die Situation, in der wir uns befinden, abzulesen. Wenn man einen Text als 'erweiterte Gesprächssituation' begreift, dann kann man Zusammenhänge zwischen Benennungsformen auf der anderen Seite und Urteilen verschiedener Art über den Wahrheitsgehalt der Aussagen von Sprechern, Hörern oder Dritten auf der anderen Seite aufspüren. Ein Beispiel: Die rechtsstehende Presse bedient sich zur Bezeichnung des Bergarbeiterführers Arthur Scargill jetzt (im September 1984) der Verachtung ausdrückenden Kurzform *Scargill* und gibt gleichzeitig dadurch zu erkennen, daß das, was dieser sagt, nicht für bare Münze genommen werden darf.

## iii) Modalverben

Die Möglichkeit, daß Modalverben ideologisch stark gefärbt sein können, hat unter anderen Pelster schon 1966 erkannt; er hat ihre eventuelle Funktion scharfsinnig beurteilt, indem er darauf hinwies, daß: "Die Modalverben ... verschiedene Möglichkeiten [bieten], eine Aussage als begründet, notwendig, selbständig getroffen usw. auszugeben".<sup>129</sup> Er scheint mir jedoch zu kurz zu greifen, wenn er sie als nur der Kaschierung des eigenen subjektiven Urteils dienlich interpretiert.<sup>130</sup> Die Verhältnisse sind in Wirklichkeit viel komplizierter. Häufig ist es gerade nicht der Fall, daß, wie Pelster meint, die 'eigene' Autorität dahintersteckt, sondern man beruft sich durch den Modalverbgebrauch auf implizit bleibende, unbekannte Instanzen, seien dies nun Personen, Institutionen, abstrakte Regeln und Normen oder irgendwelche Sachzwänge:

"Modalität im allgemeinen etabliert den Grad von Autorität, den eine Äußerung enthält. Die modalen Hilfsverben ... erfüllen diese Funktion, aber sie enthalten eine systematische Zweideutigkeit, was die Natur der Autorität angeht, nämlich, ob diese hauptsächlich auf Wissen oder Macht basiert ist. Manchmal macht der Kontext einer Äußerung die Modalität

unzweideutig; in der Praxis ist der eindeutige Gebrauch jedoch eine Ausnahme".<sup>131</sup>

Aufgrund dieser Zweideutigkeit bieten sich Modalverben zum Ausdruck von Zwang und versteckten Interessen geradezu an. Da zudem der in ihnen ausgedrückte Zeitbezug auch oft recht vage ist — *er muß gehen* kann teils eine Aussage über einen gegenwärtigen Zustand, teils eine Ermunterung zu einer zukünftigen Handlung sein —, kann die tatsächliche Bedeutung eines solchen Sprachgebrauchs nur vor dem Hintergrund bestehender 'Machtbeziehungen' analysiert werden.<sup>132</sup> Karsch plädiert für eine ähnliche Art der Analyse, die den Kontext einbezieht, indem er diese 'Sprachgebärde' überall dort erwartet, "wo Herrschaft von Menschen über Menschen angestrebt oder praktiziert wird".<sup>133</sup>

Funktional gesehen ist der Modalverbgebrauch aufs engste mit dem Vollziehen von verschiedenen Sprechakten verschränkt: Das Modalverb kann sogar selbst zum Träger der 'Autorität' werden. Die Aussage *er muß das machen* legt einen doppelten Schleier über die eventuellen wahren Machtverhältnisse: 1. ein Befehl erscheint in der Form eines Feststellungssatzes; 2. der Befehl wird als "Muß eines Sachzwanges ausgegeben".<sup>134</sup>

#### iv) Modaladverbien

Ähnlich wie bei den modalen Hilfsverben, so können auch die Modaladverbien (*sicherlich, mit Recht* usw.) dadurch, daß sie den Urteilenden in den Hintergrund treten lassen, einer Aussage absolute Gültigkeit verleihen.<sup>135</sup>

#### v) Pronomina

Wenn man annimmt, daß sich gesellschaftliche Beziehungen — darunter auch kommunikative — wenigstens teilweise — als Strukturen erklären lassen, innerhalb derer Menschen oder Gruppen einander nicht gleichgestellt sind, sondern über ein je unterschiedliches Ausmaß an Macht verfügen — sei es, weil sie stärker oder älter oder informierter sind, oder aber einfach, weil sie mehr Geld haben als die anderen —, dann ist es einleuchtend, daß ein sprachliches System, das es dem Menschen ermöglicht, in kommunikativen Situationen auf sich selbst und seine Gruppe, bzw. auf andere und deren Gruppen Bezug zu nehmen, ideologieträchtig sein dürfte. Die Möglichkeit des ideologischen Gebrauchs der Pronomina ergibt sich prinzipiell aus dem Wechselspiel zwischen den Interessen, die durch eine Äußerung eigentlich verfolgt werden, und der durch die Verwendung bestimmter Fürwörter geschaffenen Illusion, dem Sprecher komme es auf etwas ganz anderes an.

Bei der Textanalyse erweisen sich häufig die Pronomina der ersten Person – Singular oder Plural – und der dritten Person – besonders in der Pluralform – als besonders interessenbedingt. In den meisten Fällen liegt das 'Illusorische' in der referentiellen Unbestimmtheit der Fürwörter. Ein Sprecher kann z.B. so tun, als äußere er nicht die eigene Meinung, sondern sei durch eine ihm übergeordnete Autorität befugt, gezwungen, verpflichtet usw., dies oder jenes zu sagen, fordern oder erzwingen. In diesem Fall haben wir es mit dem sogenannten *wir*-Stil zu tun (wohlbemerkt, der Begriff 'Stil' als Bezeichnung eines Sprachgebrauchs, der es eventuell auf die verzerrende Darstellung realer Bezüge abzielt, scheint mir nicht nur fehl am Platz, sondern sogar selbst Bestandteil einer ideologischen 'Meta-Sprache' zu sein.) Die Energie, die Pelster aufwendet, um in einer Reihe von Politiker-Reden die Identität der durch *wir* intendierten Gruppen festzustellen<sup>136</sup>, legt nahe, daß die oben erwähnte Ungenauigkeit dieses Pronomens einigen Rednern ausgezeichnet gelegen kommt!

Dieselbe referentielle Unbestimmtheit begegnet dem Interpreten auch im Falle der dritten Person Plural, wobei man durch die Struktur des Textes in seiner Interpretation der mit *sie* intendierten Personen/Gruppen völlig irreführt werden kann.

Wir müssen unsere Bemerkungen zu den Pronomina hier abbrechen und können abschließend nur noch auf die interessanten Diskussionen um den Du/Sie-Unterschied, sowie auf das Interesse der feministischen Bewegung für die Verwendung der *er*-Form zur Bezeichnung von weiblichen Personen verweisen.<sup>137</sup>

vi) Zum Abschluß unserer Darstellung der sprachlichen Realisierung der modalen Funktion bringen wir zwei Zitate, die zwei wichtige Punkte belegen sollen, und zwar: 1. daß fast alle sprachlichen Strukturen dem Ausdruck von Ideologien dienen können und 2. daß in manchen Fällen eine Art 'funktionale Verschiebung' ('functional shift') stattfindet, bei der sprachliche Formen in den Dienst einer neuen oder zusätzlichen Semantik eintreten:

1. "Eine populäre Zeitung wie die Sun gebraucht bezeichnenderweise, wann immer möglich, den Singular in dem Versuch, insbesondere die politische Wirklichkeit als 'heimelig' und konkret darzustellen und folglich den Eindruck zu erwecken, 'die da oben' könnten ihre politische Aufgabe so spielend erfüllen".<sup>138</sup>

2. "Häufig weist es [das Präteritum: C.G.] daraufhin, daß die beschriebenen Vorgänge sich in der Vergangenheit abgespielt haben. Es könnte jedoch auch eine Art Negation, die 'nicht jetzt' bedeutet, anzeigen. [Es] ... hat ebenfalls eine modale Wirkung, ... indem es einen geg. Sachverhalt als ein bestimmtes Ereignis und keine allgemeingültige Wahrheit auszeichnet".<sup>139</sup>

### C. The textual Function

“Die Grundeinheit von Sprache im Gebrauch ist weder ein einzelnes Wort noch ein Satz, sondern ein T e x t ; und die textuelle Komponente in der Sprache besteht in der Auswahl der Möglichkeiten, mit denen ein Sprecher oder ein Schreiber Texte produzieren, d.h. Sprache auf eine Weise gebrauchen kann, die dem Kontext relevant und angemessen ist”.<sup>140</sup>

Der Organisation von Texten dienen viele verschiedene Strukturen, die von der Linguistik u.a. mit folgenden Begriffen erfaßt worden sind:

(i) ‘Thema-Rhema’<sup>141</sup>; (ii) ‘gegeben-neu’ (= ‘given-new’) – Halliday z.B. unterscheidet zwischen (i) und (ii)<sup>142</sup>; (iii) ‘Sequenz’; (iv) ‘Textkohärenz’ (realisiert durch ‘Referenz’, ‘Substitution’, ‘Ellipse’, ‘Konjunktion’, ‘lexikalische Kohärenz’ usw.)<sup>143</sup>; (v) Register. Es soll im folgenden kurz angedeutet werden, wie auch das Studium dieser Strukturen Aufschluß über ideologische Tendenzen in Texten geben können.

#### (i) ‘Thematisierung’

Die ‘Thematisierung’ ist in der TG transformationell beschrieben worden. Durch ‘Thematisierung’ kann ein ‘Objekt’ in die sogenannte ‘Ausdrucksstelle’ – der Terminus geht in der deutschen Sprachwissenschaft auf Drach zurück<sup>144</sup> – gerückt werden. Da, wie oben schon erwähnt wurde, eine enge Verbindung zwischen ‘Ausdrucksstelle’ und ‘Urheberschaft’ (Agens) bei einer Handlung besteht, wird man diesem Phänomen nicht gerecht, wenn man in ihm nur ein Mittel zur Betonung (Emphase)<sup>145</sup> eines Teils eines Sachverhalts sieht.

#### (ii) ‘Informationsstruktur’

Mit dem Begriffspaar ‘gegeben-neu’ erfaßt man die ‘Informationsstruktur’, d.h. die Verarbeitung der Situation gemäß der Einschätzung der Menge der Informationen, die dem Rezipienten schon bekannt sind:

“[*given*] kann als ‘als rekonstruierbare Information angeboten’ erläutert werden im Gegensatz zu [*new*], das ‘als nicht rekonstruierbar angeboten’ bedeutet”.<sup>146</sup>

Zwei Möglichkeiten der ideologischen Ausnutzung dieses Aspekts der Strukturen von Texten seien durch folgende Zitate verdeutlicht:

1. “Natürlich ist in einer gegebenen Mitteilung die Tatsache, daß ein Sprecher bestimmte Elemente als ‘gegeben’ oder ‘neu’ darstellt, keinerlei Garantie für den Hörer, daß sie tatsächlich ‘gegeben’ oder ‘neu’ sind. Ein Sprecher stellt häufig eine bestimmte Information als ‘gegeben’ dar, wenn er sich sehr wohl bewußt ist, daß sie für den Hörer ‘neu’ ist – um eine eventuelle Befragung zu verhindern, d.h. um zu versuchen, die Information unterschwellig ins Bewußtsein des Hörers eindringen zu lassen”.<sup>147</sup>



2. "Das Vorkommen eines gegebenen Satzes setzt nicht notwendigerweise voraus, daß in der vorausgehenden Kommunikation dies oder jenes angedeutet worden ist; eines der Merkmale der 'gegeben-neu'-Struktur ist ihr Gebrauch für verschiedene rhetorische Zwecke wie z.B. die Einschüchterung des Hörers".<sup>148</sup>

### (iii) Sequenz

Selbstverständlich wird ein Text 'sequentiell' realisiert. Jedoch die Tatsache, daß die Perzeption eines kausalen Zusammenhangs zwischen zwei Geschehnissen häufig, wenn auch nicht immer, auch eine chronologische Abfolge bedeutet, bringt es mit sich, daß: "... die Sequenz eine schwache Form von Kausalität andeuten kann ...".<sup>149</sup> In einigen rechtsstehenden britischen Zeitungen stand während des Bergarbeiterstreiks über einen Kumpel, der Selbstmord begangen hatte, sinngemäß:

"Nach Drohungen begeht Kumpel Selbstmord" (etwa: "Miner kills himself after receiving threats").

Es besteht kein Zweifel darüber, daß zwischen diesem Selbstmord und den Drohungen, die selbst gegen die Familie des Bergarbeiters gerichtet worden waren, ein Zusammenhang bestanden hat; zweifelsohne haben aber bei seinem Entschluß auch andere Gründe eine erhebliche Rolle gespielt, so z.B. die Tatsache, daß er mit der Zinszahlung für seine hohen Schulden im Rückstand war. Solche Gründe waren es auch, die ihn dazu veranlaßten, die Arbeit wiederaufzunehmen, was ihm wiederum die Drohungen einbrachte. Selbstverständlich wird auch meine etwas detailliertere Darstellung der kausalen Verhältnisse der viel komplexeren Wahrheit auch nicht annähernd gerecht, aber sie läßt das ideologische Ziel, das in der oben angeführten englischen Version verfolgt wird, vielleicht etwas klarer hervortreten: Durch die sequentielle Darstellung wird ein nicht zu übersehender monokausaler Zusammenhang zwischen Tod und Drohungen suggeriert, also im weiteren Zusammenhang eigentlich nur die Handlungen und Ziele der Streikposten als auf Gewalttätigkeit beruhend dargestellt.

### (iv) Kohärenz

Ein Text hängt sowohl in sich als auch im Hinblick auf die Bezugssituation zusammen, ist also eine "Einheit situationell-semantischer Organisation".<sup>150</sup> Eigentlich wäre es nötig, daß jemand die verschiedenen Erkenntnisse der Textlinguistik im Hinblick auf ihren Nutzen bei der Analyse politischer Sprache überprüft. Da diese Aufgabe den Rahmen der vorliegenden Diskussion sprengen würde, sei nur ein Aspekt hervorgehoben: Wenn man davon ausgeht, daß: "... rekonstruierbare Informationen meist anaphorisch durch Referenz, Substitution oder Ellipse dargestellt

werden"<sup>151</sup> — dann ergibt sich die Möglichkeit der Klassifizierung von Texten: "... nach den Arten der Kohärenz, die sie verwenden und danach, wie in ihnen mit bestimmten Arten der Kohärenz umgegangen wird"<sup>152</sup>

Damit ist eine Brücke geschlagen zwischen Fragen der Textstruktur und der Textsortentheorie: d.h. wenn man einen idealtypischen 'Normaltext' zugrundelegt, kann man anhand einer Aufzählung und Kategorisierung der in anderen Texten vorkommenden 'Verstöße' — im Sinne der Prager Stilistik — gegen die von der bloßen Informationsstruktur her zu erwartende Norm eine Klassifizierung von Texten vornehmen. Von einem solchen Verfahren könnte die Interpretation des politischen Sprachgebrauchs in zweierlei Hinsicht profitieren, zum ersten, weil sich bestimmt solche etwas vage anmutenden Begriffe wie 'einhämmernder Stil' und 'Wiederholung', die immer wieder für politische (Propaganda-) Texte belegt werden, adäquater als verschiedene Arten der Kohärenzbildung beschreiben ließen. Zum anderen, weil die Frage, welche Textsorte zur Vermittlung eines gegebenen Inhalts eingesetzt wird, — daß z.B. die Leserschaft der Boulevardpresse die Politik als Unterhaltung serviert bekommt — aus wissenssoziologischer Sicht wichtig erscheint.

#### (v) Sprachniveau

An der unterschiedlichen Vermittlung gesellschaftlichen Wissens scheint mir auch ein Phänomen beteiligt zu sein, daß in Kommentaren zur 'Presgesprache' oft unter dem Aspekt des 'Sprachniveaus' gesehen wird, d.h. man solle darauf achten, ob die Sprache einer Zeitung vulgäre oder umgangssprachliche Züge trägt. Im Argument, die Journalisten versuchten — wohlweislich? — dem vermeintlichen Sprachniveau (welch schillernder Begriff!) eines gegebenen Leserkreises zu entsprechen, scheint mir eine gefährliche Trivialisierung zu liegen. Viel wichtiger dürfte die Frage nach dem so oder so vermittelten Wirklichkeitsbild sein: Der Eindruck, in der Politik gehe es z.B. wie beim 'einfachen Arbeiter' im Familienkreis zu, kommt einer Vertuschung der wirklichen Verhältnisse gleich.

Kennzeichnend für ein Sprachniveau ist nicht nur die — vulgäre, saloppe, dichterische usw. — Stilschicht, auch der Sinnbereich, dem die Lexik entstammt, prägt sein Aussehen. Die Wahl eines Sinnbereichs — oder die Vermischung zweier, verschiedener Sinnbereiche — wirkt sich, wie die im obigen Absatz erwähnten 'Stilmerkmale', auch auf die Art und Weise aus, wie der Rezipient eines Textes einen Sachverhalt begreift. Bröder erwähnt z.B. die "Vermischung ökonomischer und moralischer Sphären", die u.a. dazu führt, daß ein herrschender Zustand — etwa in der Wirtschaft — "als natürlich hingenommen wird".<sup>153</sup>

(vi) Andere Texteigenschaften

Einige weiterweisende Gesichtspunkte, die in einer völlig elaborierten funktionalen Theorie wahrscheinlich der textuellen Funktion zuzuordnen wären, sollen hier gesondert besprochen werden:

(a) Wie in literarischen Texten, so greift auch der Verfasser ideologischer Texte manchmal in den eigenen Text ein, um z.B. 1. dessen Rezeption zu steuern — so z.B. wenn er gleichsam 'Leseanweisungen' gibt, d.h. dem Leser explizit mitteilt, wie ein Text zu verstehen sei, oder um 2. den Leser selbst an der Entstehung des Textes zu beteiligen. Beispiele für die Rezeptionssteuerung wären solche Formulierungen wie: *das Ganze lief wie ein Drehbuch ab, das Drama entfaltete sich jetzt wie folgt*; im zweiten Falle wird dem Leser explizit eine Rolle zugeteilt durch eingestreute Formulierungen wie: *Und wie ging das weiter?, Sie wollen wissen, wie das ausging* usw.

(b) Der Begriff 'Kontext' ist sowohl in sprachkritischen Kommentaren wie auch in der Sprachwissenschaft überhaupt von Fall zu Fall recht verschieden interpretiert worden. Wir greifen den Problembereich hier wieder ganz kurz auf, obwohl der Begriff bei näherer Betrachtung sich aufzulösen droht. Besonders ist dies bei einem funktionalen Ansatz der Fall, bildet doch in gewissem Sinne das Verhältnis Sprache-Kontext den Kern einer jeglichen funktionalen Theorie. Wir haben in unseren Überlegungen zur Präsuppositionstheorie oben schon einen Teilbereich dessen, was mancher Linguist mit dem Begriff 'Kontext' verbindet, wenigstens kurz berührt. Es liegt auf der Hand, daß die "sozialpsychologischen Prädispositionen der Rezipienten"<sup>154</sup> bei einer pragmatischen Textanalyse mit berücksichtigt werden müssen. Sicherlich wird man Lügen recht geben wollen, wenn er die "Einbeziehung des weiteren Informationszusammenhangs"<sup>155</sup> fordert, doch in einer solchen Perspektive birgt sich auch die Gefahr, daß die Sprachwissenschaft — und somit auch die 'kritische' — so der schier unerfüllbaren Aufgabe gegenüberstehen wird, alles zu berücksichtigen, was irgendwie das Verständnis eines Textes beeinflusst. Bei Bröder heißt es:

"Analysiert man die Aussagen der Massenmedien, so gewinnt man sowohl Aufschluß über deren Funktion in einem sozialen System als auch über spezifische Aspekte der sozio-ökonomischen und kulturellen Struktur und der Ideologie der Gesellschaft".<sup>156</sup>

Jedoch man könnte das so beschriebene Verfahren auch umgekehrt verstehen, denn ein solches Wissen das Bröder als Ziel hinstellt, ist für die Analyse aller — nicht nur der massenmedialen — Aussagen eigentlich schon Voraussetzung. Vielleicht kann sich der Sprachwissenschaftler

hier nur auf die Position zurückziehen, er müsse, wie jeder andere Wissenschaftler auch, die 'Realität', die er zu beschreiben sich vornimmt, durch Idealisierung vereinfachen. Wie weit die semantische Beschreibung von Wörtern uns führen kann, wird im zweiten Teil dieser Arbeit in den praktischen Analysen anhand einiger Beispiele vor Augen geführt.

(c) Die Metapher hat einen festen Platz im Begriffsinstrumentarium der klassischen Stilistik. Diese Sprachfigur ist seit einiger Zeit jedoch Forschungsgegenstand in der neueren Linguistik. Ein metaphernreicher Sprachgebrauch wurde in der Stilistik älterer Prägung häufig nur als etwa 'plastische Ausdrucksweise' angesehen, wobei man nicht mit Sicherheit weiß, was durch Begriffe wie 'plastisch', 'anschaulich', 'lebhaft' und dergleichen mehr eigentlich erklärt werden soll. Auch Mittelbergs Erklärung: "Metaphern und akzentuierende Wortstellung werden eingesetzt, um beim Leser bestimmte Emotionen zu wecken".<sup>157</sup> ist wenig zufriedenstellend. Demgegenüber richtet man neuerdings das Augenmerk mehr auf den Beitrag, den die Metapher bei der Vermittlung der sozialen Wirklichkeit leistet:

"Das Wesentliche an der Metapher besteht darin, daß wir durch sie eine Sache durch den Begriff einer anderen verstehen und erfahren [wir können hier auch *ausdrücken* hinzufügen: C.G.] ... Sie spielt in der Konstruktion gesellschaftlicher und politischer Wirklichkeit eine Rolle".<sup>158</sup>

(Die Behauptung von Ludtz, die Funktion der Metapher sei "die bildhafte Reduktion komplexer Sachverhalte"<sup>159</sup> betrifft m.E. daher nur einen Teilbereich des metaphorischen Sprachgebrauchs.) Unter diesem Aspekt gesehen erweist sich auch das traditionelle Verständnis der Metapher als unzulänglich, denn die (Um-) Deutung bestimmter Sinnbereiche auf dem Wege der Übertragung (z.B. von Wörtern) aus anderen Zusammenhängen ist eine semantische Funktion, die nicht nur die formal definierbare oder erkennbare Metapher erfüllt: Die Wirkung neuer, unerwarteter Kollokationen beruht gerade auf den neuen Interpretationsmöglichkeiten, die z.B. durch die Verbindung ungewöhnlicher Subjekte mit einem jeweiligen Verb gegeben werden.

Es sei zur Verdeutlichung der Behauptung, die Leistung des metaphorischen Sprachgebrauchs erschöpfe sich nicht in der stilistischen Verzierung neutraler Ausdrücke ein Auszug aus einem Beitrag Dahrendorfs zitiert, in dem er die – von der Linken als überholt angegriffene – Schilderung von Ereignissen ('Ereignisgeschichte') in der Geschichtsschreibung gegenüber der in den frühen siebziger Jahren, wie er die Dinge sieht, fast zum Ritual gewordenen 'Strukturanalyse' in Schutz nimmt; er schreibt:

„Der Vorzug der Analyse [Strukturanalyse: C.G.] ist Schärfe der Zeichnung, die durch den Abstraktionsgrad gewonnen wird. Die Zeit steht still, die Wirklichkeit fließt nicht — Ausdrücke wie *fließt*, *fortschreiten* sind, das weiß ich auch, unvermeidlich aus den Dimensionen des Raums, nicht der Zeit genommen —, „160

Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, dieser Streit um Aufgabe und Möglichkeiten der Wissenschaft überhaupt sei gleichsam ein Streit um die Metaphorik, die in diesem Fall die Metasprache der Geschichtsschreibung bildet. Kurz gesagt, Metaphern sind nicht der Zuckerguß, sondern der Kuchen selbst; insofern kommt ihnen in der Vermittlung von Ideologien eine wichtige Rolle zu. Die Premierministerin von Großbritannien, Frau Thatcher, wäre die letzte, die dies leugnen könnte: Die Popularität ihrer Wirtschaftspolitik beruht zu einem nicht unerheblichen Teil darauf, daß es ihr gelungen ist, eine letztlich metaphorische Interpretation staatshaushalterischer Aufgaben im Sinne der Führung eines Einzelhaushaltes (durch den fidelen Ehemann ... usw.) an den Mann zu bringen.

(d) Eine Darstellung der Stereotypenforschung kann hier nicht unternommen werden. Da 'Stereotypisierung' offenbar ein ideologisch signifikanter Akt sein kann, sei anhand eines Zitats aus einer diesem Phänomen gewidmeten Arbeit wenigstens der Weg angezeigt, den die Analyse ideologischer Texte zu gehen hätte:

„Stereotypisierungen sind nun auf zweierlei Art bestimmbar: 1. durch Zuordnung von Wertkategorien zu Personen und ihren Handlungen bzw. durch eine einseitig akzentuierende Auswahl aus den nach der Definition zum Dachbegriff gehörenden Elementen, soweit diese Auswahl kontinuierlich erfolgt; 2. durch Akzentuierung einzelner Elemente der Dachbegriffe und durch werthaltige Stellungnahmen des Kommunikators im Artikel, soweit diese Stellungnahmen kontinuierlich erfolgen“, 161

## ZWEITER TEIL

### Analysen

#### 1. Ein Prozeß — sieben Darstellungen<sup>162</sup>

An den sieben hier analysierten Artikeln s. Anhang, von denen fünf auf Agenturberichte zurückgehen, während es sich im Falle der beiden anderen um Berichte aus der Feder hauseigener Journalisten handelt, läßt sich gut exemplifizieren, wie sehr Darstellungen ein- und desselben Inhalts sprachlich und ideologisch divergieren können. Veranschlagt man bei Korrespondentenberichten gewisse 'subjektive' Einflüsse, so nimmt es doch Wunder, daß bei den in Rede stehenden Texten nicht einmal die von den Zeitungen weitervermittelten Agenturberichte miteinander übereinstimmen.

Der Sachverhalt, der allen Artikeln zugrundeliegt, ließe sich etwa so zusammenfassen: ein Oberst des Bundesgrenzschutzes wird durch ein Gericht vom Vorwurf der 'Körperverletzung im Amt' freigesprochen. Im folgenden soll nun den 'Transformationen', die diesem Inhalt in den Darstellungen der verschiedenen Zeitungen widerfahren, nachgegangen werden, wobei wir unser Augenmerk insbesondere auf stilistische und im engen Sinne sprachliche Charakteristika richten. Außer acht gelassen werden andere über den Text hinausgehende Fragen, etwa die Platzierung des Artikels (auf welcher Seite, in welcher Spalte). Wir haben auch keinen Einblick in die genauen Gründe, die bei der Weglassung dieses oder jenes Teilinhaltes eine Rolle gespielt haben mögen.

#### Auslassungen, Verkürzungen

In einem ersten Ansatz stellen wir generell die Frage nach den größeren Unterschieden zwischen den Texten. Teilweise verantwortlich für die Nicht-Identität im Inhaltlichen sind Lücken oder Auslassungen, die offensichtlich deshalb entstanden sind, weil der Zeitungsraum, der der Nachricht eingeräumt wurde, von Zeitung zu Zeitung variierte. Obwohl dies auf den ersten Blick anscheinend eine rein technische Angelegenheit ist, erweist es sich bei näherer Betrachtung als recht folgenscher für das Bild, das sich der Leser von dem beschriebenen Prozeß machen kann.

Vergleichen wir zum Beispiel die Artikel in SWP (Südwestpresse) und SZ (Süddeutsche Zeitung), so stellen wir bei den Texten, die offenbar auf denselben Agenturbericht zurückgehen, eine quantitative Differenz fest.

Verkürzung hat in einem Fall zur Folge, daß der Leser der SWP weder etwas über die Urteilsbegründung des Gerichtsvorsitzenden erfährt, noch über die 'politischen' Implikationen des Falles, die sich in dem von dem Richter gehegten Verdacht äußern. Man möchte meinen, daß beide Informationen unerläßlich sind, soll dem Leser zu einem besseren Verständnis eines Stückes seiner sozialen Wirklichkeit verholfen werden. Ein zweites Beispiel ähnlicher Art: abgesehen von einem einzigen zusätzlichen Satz entspricht der FAZ (Frankfurter Allgemeine Zeitung)-Bericht (dpa) genau dem der SWP. Der in der SWP fehlende Satz – "Das Gericht folgte mit seinem Urteil dem gleichlautenden Antrag von Staatsanwaltschaft und Verteidigung" – entstammt jedoch, wie unverfänglich eine solche Auslassung auch erscheinen mag, dem inhaltlichen Kernbereich des Rechtsprozesses (im Gegensatz etwa zu relativ überflüssigen Angaben, die das Äußere der anwesenden Personen betreffen). Daß Staatsanwaltschaft und Verteidigung denselben Antrag stellten, ist zum Verständnis und zur Bewertung dieses Prozesses als Gerichtsverfahren eine ebenso wichtige Information wie die anderen Tatbestände, die in der SWP keine Erwähnung finden.

Die Gegenüberstellung zweier anderer Berichte bietet auf ähnliche Weise Beweis dafür, daß die einfache Entscheidung darüber, wie lang ein Zeitungsartikel werden soll, mehr ist als eine rein technische Sache, und durchaus auf der Ebene des Sinnes Konsequenzen zeitigt. Aus der FR erfahren wir nur sehr cursorisch, daß die Zeugenaussagen sich als haltlos erwiesen hätten – wohlgemerkt, in der SWP und der FAZ ist dieser Sachverhalt eigentlich nur impliziert: man kann aus der Tatsache, daß der Vorwurf zurückgewiesen wird, darauf schließen –, während wir aus dem SN-Bericht Näheres über die Urteilsbegründung erfahren: der Artikel wirft Licht auf die Substanz der Anklage und ermöglicht es dem Leser, die wichtige Unterscheidung zwischen gewaltsamer und nicht-gewaltsamer körperlicher Berührung – eine Differenz, die im WELT-Bericht durch die verniedlichende Formel "Knüffe und Püffe" dem kritischen Überlegen entzogen wird – wenigstens teilweise nachzuvollziehen.

Das Bild, das sich aus der Darstellung der SN ergibt, ist im übrigen auch kein abgerundetes, denn dort fehlt jeglicher Hinweis auf eine 'Kontroverse', die laut einigen anderen Berichten das Verfahren zu einem Politikum werden ließ. Diese Lücke ist umso merkwürdiger, als sich gerade im SN-Bericht eine ganze Reihe von Einzelheiten aus der Urteilsbegründung finden. Gegenüber der SZ jedoch – wo die "Märtyrer" und "Mariosnetten" im Text eindeutig mit einer von den beiden in das Verfahren verwickelten Parteien in Zusammenhang gebracht werden – schweben die entsprechenden Figuren im leeren Raum: da die Gewerkschaft keine

Erwähnung findet, versteht der Leser allenfalls auf Umwegen oder aufgrund seines durch andere Medien erworbenen Wissens, daß der Fall einen identifizierbaren 'politischen' Hintergrund hat. Zu notieren ist auch, daß das Wort 'politisch' nur einmal, und zwar in der FAZ auftaucht, so daß dieser, wie man meinen möchte, wichtige Aspekt für viele Leser einfach entfällt. Darüberhinaus fehlt in der FR die Information 'Kontroverse': die Zeitung nennt zwar die beiden Instanzen — GdP, Bundesgrenzschutz —, unterläßt es jedoch, von diesen beiden Instanzen zu abstrahieren, mit anderen Worten, die Anklage überhaupt als Teil einer 'Kontroverse' zu werten.

### Vorausgesetztes Vorwissen

Nun mögen die bisher besprochenen Unterschiede — die Liste ließe sich erweitern — auf den ersten Blick recht sophistisch erscheinen, und dies umso mehr, als der durchschnittliche Leser sich über die Art und Weise, wie sein 'Weltbild' durch einen Text erweitert oder gar verändert wird, zumeist nicht den Kopf zerbricht. Dagegen muß aber daran erinnert werden, daß die aufgezeigten Divergenzen nichts Geringeres ausmachen als das Bild, das der Leser von der Praktizierung des Rechts in seiner Gesellschaft bekommt. Selbstverständlich entsteht dieses Bild nicht aufgrund eines einzelnen Artikels. Die Auswahl und Verbreitung von Inhalten — eben *N a c h r i c h t e n* — werden bei jeder Zeitung bestimmt nach einigermaßen gleichbleibenden Grundsätzen vorgenommen, so daß die Entstehung des Wirklichkeitsmodells ein allmählicher Prozeß ist. Das Bild, das der Leser vom hier zur Diskussion stehenden Gerichtsverfahren bekommt, ist, wie oben nachgewiesen wurde, in jedem der sieben Fälle anders und daher partiell. Dies hat u.a. damit zu tun, daß offensichtlich bewußt oder unbewußt ein verschiedenes Maß an Vorwissen — sowohl über das, was diese Gerichtsverhandlung unmittelbar betrifft, als auch generell über das Rechtswesen — auf seiten der jeweiligen Leserschaft vorausgesetzt wird. Dies läßt sich an dem Begriff der *K o n t r o v e r s e* verdeutlichen.

Wir haben oben schon auf das Fehlen dieses Begriffs in einigen Zeitungen hingewiesen (so z.B. in den SN). Aber auch in den Fällen, in denen der Hintergrund des Verfahrens in diesen Begriff versprachlicht wird, stellen die Texte von Fall zu Fall andere Anforderungen an den Leser:

1. SZ (dpa): "vor dem Hintergrund der Kontroverse"
2. FAZ (dpa): "vor dem politischen Hintergrund der Kontroverse"
3. SWP (dpa): "vor dem Hintergrund einer Kontroverse"

Der Gebrauch des bestimmten Artikels in 1 und 2 ist nur dann berechtigt, wenn damit gerechnet werden kann, daß die 'Kontroverse' schon



allgemein bekannt ist (das Adjektiv *politisch* in der FAZ bringt eine zusätzliche, besonders explizierte Deutung). Verfügt der Leser nicht über das Wissen, so steht er der Nachricht unter Umständen hilflos gegenüber; es wird ihm jedoch vermittels der Sprache suggeriert, daß ihm der gesellschaftliche Hintergrund des Falles vertraut sei. Mit großer Wahrscheinlichkeit liegt den zuletzt zitierten Zeitungsartikeln derselbe Agenturbericht (dpa) zugrunde, und man darf annehmen, daß der Agenturbericht bei allen Redaktionen im selben Wortlaut eingegangen ist. Welche Formulierung nun im originalen Text stand, läßt sich nicht mehr ausfindig machen. Fest steht jedoch, daß dieser kleine Unterschied in dem jeweils endgültigen Wortlaut darauf zurückzuführen ist, daß die jeweiligen Redaktionen den Grad der Bekanntheit einer wichtigen Dimension dieses Stoffes verschieden einschätzen. Der unbestimmte Artikel hat in der Struktur eines Textes eine andere Funktion als der bestimmte Artikel; die SWP bringt durch die Formulierung "einer Kontroverse" ihren Lesern diese Information als etwas Neues, bisher Unbekanntes bei. Die jeweils anders ausgefallene Entscheidung enthält über diese Text-Eigenschaft hinaus eine implizierte Wertung des Sachverhalts Kontroverse. Die Verbindung *u n b e s t i m m t e r A r t i k e l u n d N o m e n* mißt der Information keine große Bedeutung bei und zwar deshalb, weil der Sachverhalt, der unbekannt ist, nicht näher erläutert wird. Aus der Verbindung *b e s t i m m t e r A r t i k e l u n d N o m e n* geht die Kontroverse, obgleich die Zeitung aufgrund ihrer Supposition über die Informiertheit der Leserschaft sich die Mühe erspart, näher auf diese Information einzugehen, als etwas Wichtiges hervor. Im Hinblick auf die Kohärenz des Textes produziert der bestimmte Artikel hier wohl einen zweiten, in der Pressesprache durchaus kurrenten Effekt; denn:

"Durch falsche oder im Textablauf nicht erklärte Kohärenz wird eine Art Solidarität mit dem Leser oder Hörer geschaffen. Er wird dadurch in den engen Kreis der Eingeweihten einbezogen, von denen angenommen wird, sie teilen die Erfahrungen des Sprechers oder des Verfassers eines Textes".<sup>163</sup>

In diesem Sinne bestätigt die Formulierung "die Kontroverse" schon bestehende Auffassungen der Textrezipienten.

Abschließend sei in diesem Zusammenhang auf einen gemeinsamen, trotz der aufgezeigten Unterschiede beide sprachliche Formulierungen kennzeichnenden Zug hingewiesen. Jede der fraglichen Zeitungen rückt – gleich welcher Formulierung sie den Vorzug gibt – in ihrer Berichterstattung des Verfahrens den partikularen Fall in den Vordergrund, indem sie den komplexen Zusammenhang auf den ebenso kurzen wie abstrakten Begriff Kontroverse bringt, wodurch seine Stellung im gesamtgesellschaftlichen Kontext eher verdeckt als expliziert wird. Jede Zeitung

wertet und gewichtet die verschiedenen Bestandteile anders: aus jeder Darstellung geht ein anderes Bild des Ganzen hervor.

- Das zeigt sich auch in der Phrasierung der Schlagzeilen. Wie die eben kommentierten Formulierungen setzen sie auf seiten der Leserschaft ein je verschiedenes Quantum an Vorwissen voraus. Wußte der Leser vor der Lektüre bestimmter Fassungen wohl nicht, um was es in diesem Verfahren geht, so sagt ihm der Name Knorr (z.B. "Oberst Knorr freigesprochen", FAZ, SWP, etwas ausführlicher SZ) gar nichts, während die sprachliche Form, in die diese Information eingekleidet ist, genau das Gegenteil suggeriert.

### Personalisierungen

Außerdem zeichnet sich in den Schlagzeilen eine Tendenz zur Personalisierung ab, insofern als das Schicksal eines einzelnen in den Vordergrund gerückt wird, während anderen wichtigen Aspekten, wie etwa der Urteilsbegründung, nur sekundäre Bedeutung beigemessen wird. Es soll hier nicht einer nur fachsprachlichen Darstellung von Rechtsfällen das Wort geredet werden; wollte man den durchschnittlichen Leser zugunsten einer solchen professionell-abstrakten Beschreibung außer acht lassen, liefe es doch auf eine 'Entmenschlichung' sozialer Prozesse hinaus. Richtig ist wohl dennoch, daß dem Leser einer dieser vermeintlich objektiven Berichte ein 'entpolitisiertes' Bild seiner sozialen Wirklichkeit vermittelt wird, kann er doch aufgrund dieser Berichte ein nur sehr partielles Verständnis der Gesellschaft, in der er lebt, und der in ihr wirkenden Institutionen und Organisationen entwickeln.

Wichtig für unser Verständnis einer Gerichtsverhandlung als Rechtsfall oder Rechtsverfahren sind wohl solche Informationen wie: wer klagt gegen wen?; wie lautet die Anklage?; welcher Beweis wird erbracht?; wie lautet Urteil und Urteilsbegründung? Gemessen an diesen und ähnlichen Fragestellungen weichen die Bilder, die wir uns von dem vorliegenden Fall machen können, in den verschiedenen Zeitungen erheblich voneinander ab. In den Artikeln, die auf einem dpa-Bericht basieren (FAZ, SWP, SZ), bleibt unklar, wer der Ankläger gewesen ist. Das rührt daher, daß es den sprachlichen Trägern der fraglichen Information – der Passivform *war vorgeworfen worden* wie auch dem Begriff 'Vorwurf' – gemeinsam ist, daß sie das Agens aus dem Bild ausschalten. Näheres darüber erfahren wir allenfalls impliziert durch die Erwähnung der (*einer!*) Kontroverse zwischen der Gewerkschaft der Polizei und dem Bundesgrenzschutz. Im Gegensatz dazu ist die Fassung in der FR expliziert, denn es heißt dort: "Der Fluglehrer war unter anderem von der Gewerkschaft der Polizei... heftig **k r i t i s i e r t** worden", wobei der nur

peripher rechtssprachliche Begriff *kritisieren* in unsere Interpretation des fachsprachlichen *vorgeworfen* in den nachfolgenden Satz übergeht. Verglichen mit dieser alles andere als präzisen Darstellung der genauen Rechtsverhältnisse erweist sich der SN-Bericht erst recht als schleierhaft, denn obwohl hier ziemlich ausführlich von verdächtigen Belastungszeugen die Rede ist, wird der Leser über die Identität des- oder derjenigen, der (die) den Fall vors Gericht brachte(n), völlig im Dunkeln gelassen. Einzig der FAZ-Bericht informiert den Leser im engen rechtlichen Sinne, denn dort ist von den "Anträgen von Staatsanwaltschaft und Verteidiger" die Rede.

In keinem dieser fünf Artikel taucht der Name Kuhlmann auf: eine Lücke, die noch deutlicher ins Auge fallen wird, wenn die Artikel aus BILD und WELT zum Vergleich herangezogen werden. Wir gehen unten auf die Benennung der in den Fall verwickelten Personen ein. Im Rahmen dieser Bemerkungen zum Ankläger sei hier nur vermerkt, daß das Verhältnis Ankläger:Staatsanwaltschaft – und im loseren Sinne für den Prozeß Verantwortlicher –, in der FAZ durch die – allerdings nur implizierte – Gleichsetzung Staatsanwaltschaft:Gewerkschaft ausgedrückt, in den beiden Korrespondentenberichten in eine äußerst explizierte Form gebracht wird: in der WELT heißt es (wenn wir Unwesentliches weglassen): "Kuhlmann...zwang...die Staatsanwaltschaft zur Anklageerhebung" (die Staatsanwaltschaft kann man nicht zu einer Handlung 'zwingen', sondern sie nur aufgrund ganz bestimmter Kriterien dazu veranlassen, Schritte zu unternehmen) und im BILD-Artikel: "Kuhlmann, der für diesen Prozeß gesorgt hat" (vgl. "Kuhlmann besorgte dann Zeugen" (WELT) – eine Formulierung, die die genauen rechtlichen Verhältnisse noch loser und einseitiger wiedergibt (im Kontext eines Rechtsfalles schwingt in dieser Formulierung *sorgen für etwas* deutlich mit, daß dabei unlautere Methoden ins Spiel gebracht wurden): mit anderen Worten, im Gesetz ist nicht vorgesehen, daß man für einen Prozeß sorgen kann!

Daß der Name Kuhlmann in BILD und WELT genannt wird, während er in den fünf anderen Texten nicht einmal vorkommt, ist auch aus einem anderen Grund wichtig: in den fünf Agenturberichten stehen – wie wir gesehen haben, auch nicht immer explizit – zwei gesellschaftliche Instanzen einander gegenüber (GdP, Bundesgrenzschutz). Der Konflikt zwischen ihnen – die 'Kontroverse', wie es in einigen Zeitungen heißt – wird durch ein Gericht entschieden (z.B. FR: "das Bonner Landgericht"; FAZ: "vom Bonner Landgericht freigesprochen"; SZ: "von der ersten großen Landkammer des Bonner Landgerichts..."). In der BILD-Fassung suchen wir vergeblich nach dieser Instanz, während diese Information

in der WELT, obzwar vorhanden, dem Namen des Richters nachgestellt ist (man vergleiche: in zwei von den drei dpa-Berichten und im ersten ddp-Bericht wird auch der Name Quirini nicht erwähnt; im dritten dpa-Bericht erscheint Quirini erst am Beginn des zweiten Absatzes: der Text hat so für den Namen einen Kontext geschaffen und die Figur gewissermaßen vor-definiert). Aber selbst in den Artikeln, in denen Quirini in den einleitenden Zeilen genannt wird, ist die seine Person betreffende Information syntaktisch anders gewertet:

SN: "Der Vorsitzende der Ersten Großen Strafkammer des Landgerichts Bonn, Helmut Quirini..."

WELT: "...sprach Richter Quirini als Vorsitzender der I. Großen Strafkammer des Landgerichts Bonn".

Derselbe Hang zur Personalisierung, der in diesen Auszügen evident ist, geht auch aus den folgenden Gegenüberstellungen deutlich hervor:

1) BILD: "Freispruch verkündet Richter Quirini"

WELT: "...sprach Richter Quirini... frei"

gegenüber

FAZ(dpa): "...vom Bonner Landgericht ... freigesprochen worden."

(Auffallend ist in den ersten beiden Fassungen auch der Gebrauch des Aktivs gegenüber dem des Passivs:)

2) FR(ddp): "... das Bonner Landgericht begründete ... seine Entscheidung"

gegenüber

WELT: "Quirinis anschließende Begründung"

BILD: "Die Urteilsbegründung von Richter Quirini..."

3) SN(ddp): "Das Gericht habe den Eindruck gewonnen"

gegenüber

BILD: "Der Richter findet es merkwürdig..."

WELT: "Sie kamen mir [Quirini] vor wie..."

In den zwei Wirklichkeiten, die sich in diesen Texten konstituieren, handeln und denken jeweils ganz verschiedene Subjekte. In einem Modell (ddp, dpa) stehen sich — explizit oder implizit — zwei Institutionen gegenüber; im anderen Falle (BILD, WELT) haben wir es vorwiegend mit einer Konfrontation zwischen zwei Individuen zu tun, über die ein einzelner, eben keine gesellschaftliche Instanz, befindet.<sup>164</sup> Dieser Zug stellt wohl den Grundgestus der Artikel dar, auf den dann andere Eigenschaften der Texte aufbauen. In BILD läßt sich eine Art von — negativer — Steigerung verfolgen:

1. "die Gewerkschaft der Polizei" (1. Absatz)
2. "Kuhlmann, der Chef der Polizeigewerkschaft" (4. Absatz)
3. "Polizeigewerkschafts-Boß Kuhlmann" (5. Absatz)

(Das Wort *Boß* ist in diesem Kontext eindeutig negativ geladen; vgl. WELT: "GdP-Boß".)

Derselben Tendenz entspringen andere auffallende – und oft kommentierte – Merkmale der 'Bild-Sprache', so die Angaben zur Person. Oberst Knorr wird etwa als eine leidende Figur dargestellt, was sich syntaktisch darin ausdrückt, daß die Aussagen über ihn oftmals Verben sind, die entweder intransitiv – "er sitzt schweigend" –, oder interessante 'Passiv-Formen' sind: "er muß anschließend viele Hände schütteln" (vgl. die Aktiv-Form in "Kuhlmann, der für diesen Prozeß gesorgt hat"), sowie in dem vom Standpunkt der Textkohärenz gesehen relativ unmotivierten Satz: "Die Frist für eine Beleidigungsklage ist verstrichen". Objektiv mag diese Information stimmen; man fragt sich jedoch, was für einen Zweck der Verfasser des Berichts verfolgt, indem er sie bringt. Impliziert wird, daß Knorr, der möglicherweise nie eine solche Klage in Erwägung gezogen hatte, berechtigt gewesen wäre, sie zu erheben. Daß er diese Gelegenheit nicht wahrgenommen hat, macht den Satz zu einem indirekten Sprechakt, bei dem es mehr auf eine positive Darstellung der Person ankommt als auf eine wörtliche Aussage. Zudem wird durch diesen Satz der Fall noch stärker in die zwischenmenschliche, persönliche Sphäre verschoben ("Beleidigung gehört zu den in privater Sphäre verankerten Straftaten"). Die Personalisierung des Falles bei BILD gipfelt sprachlich in einer geschickt gewählten Metapher:

"Die Urteilsbegründung von Richter Quirini ist eine einzige Ohrfeige für den Polizeigewerkschafts-Boß Kuhlmann". (vgl. "Klänglich" in WELT)

### Dramatisierung

Im Rahmen einer Auseinandersetzung ist die Vieldeutigkeit der Metapher auf der Ebene des Textes ausgesprochen effektiv, denn sie bringt auf sprachlicher Ebene etwas zustande, was rechtlich gesehen nicht möglich ist, d.h. eine gewaltsame Lösung des Konflikts zwischen zwei Personen. Das Bedürfnis nach einer solchen Lösung wird in der Einleitung zum BILD-Bericht schon durch die Kreierung einer 'High-Noon-Atmosphäre' (genau zwölf Uhr mittags) vorgeprägt. Durch Termini aus der Moralsphäre (*Infamie*, *Niedertracht*) entzieht sich die Auseinandersetzung noch mehr dem rechtlichen Bereich. Die oft kommentierte Dramatisierung des Stoffes in der Boulevard-Zeitung dient offensichtlich demselben Zweck. Viele Formulierungen im WELT-Artikel weisen

in eine ähnliche Richtung: so wird auch hier die Anklage dem zwischenmenschlichen Bereich zugeordnet, eine Kategorisierung, die in Begriffen wie *Privatkrieg*, *Kampagne* ihren Ausdruck findet. Kuhlmann wird in ein noch zweideutigeres Licht gerückt durch die Formulierung: "Um die Identität der Sprecher zu verschleiern, ließ er das Band absichtlich zu schnell laufen". Im Gegensatz zu einer anderen Formulierung (etwa: "Um die Anonymität der Sprecher zu wahren, ist das Band schnell abge spielt worden") handelt Kuhlmann, folgt man der dieser sprachlichen Form einbeschriebenen Interpretation des Sachverhalts, aus unlauteren Gründen. Auch das Faktitiv *spielen lassen* ("ließ Kuhlmann ... spielen") zeigt Kuhlmann wieder als den Handelnden und damit als den Verantwortlichen.

Unübersehbar ist im WELT-Bericht gegenüber allen anderen ein explizit (partei-)politischer Einschlag, der im Text durch die, wie man meinen möchte, überflüssige Angabe betreffend die politische Zugehörigkeit Kuhlmanns ("der GdP-Boß und Düsseldorfer Landtagsabgeordnete") entsteht. Man kann diese Information als überflüssig in dem Sinne bezeichnen, daß Kuhlmann, insofern als er den Prozeß tatsächlich veranlaßte, dies nicht als Abgeordneter, sondern als Gewerkschaftler, getan hat. Da "Düsseldorfer Landtagsabgeordneter" auf der Ebene des Textes relativ unmotiviert ist, erscheint diese Kategorisierung um so auffälliger und ideologisch interessanter. Gerade dadurch, daß man sie nicht antizipiert, zieht sie die Aufmerksamkeit des Lesers auf sich und suggeriert eine kausale Beziehung zwischen der neuen Information und dem gesamten Kontext, d.h. es wird durch dieses Sich-vom-Text-Abheben implizit die Behauptung aufgestellt, die ganze Affäre sei letztlich linksorientierten Machenschaften zuzuschreiben.

Diese parteipolitische Interpretation des Falles wird allerdings nicht stark herausgestrichen. Im ganzen gesehen überwiegt sowohl bei BILD als auch in WELT die Darstellung des Verfahrens als einer Auseinandersetzung zwischen einzelnen, während rechtliche, gesellschaftliche Gründe eine untergeordnete Rolle spielen. In einer solchen Ausrichtung liegt wohl die Erklärung für das Phänomen der Dramatisierung.

Typische Beispiele dafür, die keiner weiteren Erklärung bedürfen, sind bei BILD etwa: 1. Angaben über das Aussehen Knorrs (das Heldenimage *drabtig*); 2. Einzelheiten über den Ort der Handlung (*Anklagebank* usw.); 3. der Gebrauch von direkter Rede bei der Beschreibung des Freispruchs selbst; 4. der Gebrauch des Präsens. Diese und andere, ähnliche Merkmale sind im BILD-Bericht in einem solchen Ausmaß vorhanden, daß er schon nicht mehr als Bericht sondern eher als Story fungiert. Man hat

es mit einem völlig anderen Texttypus zu tun; auf dieses Phänomen wird weiter unten eingegangen.

### Darstellung der Anklage und des Freispruchs

Wir wenden uns jetzt zwei anderen wichtigen Aspekten zu:

1. Wie lautet die Anklage, d.h. was wird dem Angeklagten vorgeworfen?;
2. Aus welchen Gründen wird der Angeklagte freigesprochen?

1. Zur Anklage: der rechtliche Begriff heißt wohl 'Körperverletzung': er wird näher bestimmt durch das Attribut *im Amt*. Dieser Begriff findet sich in den fünf auf Agenturberichten basierenden Artikeln und in einem der zwei Korrespondentenberichte.

Im WELT-Bericht jedoch lautet die einschlägige Stelle: "... sprach Richter Quirini ... den wegen Körperverletzung im Amt angeklagten Chef ... frei."

Der Inhalt des Vorwurfs erscheint hier als vorangestelltes Attribut zum Nomen; durch diese syntaktische Unterordnung wird der Vorwurf anders, und zwar als weniger wichtig gewertet als in der FAZ: "Der frühere Grenzschutzfluglehrer ist ... von dem Vorwurf der Körperverletzung im Amt in fünf Stellen freigesprochen worden".

Wenn in der WELT ein zweites Mal vom Inhalt des Vorwurfs die Rede ist, dann auch an dieser Stelle nach einer Satzeinleitung, die die Anklage schon stark relativiert: "Er besorgte dann Zeugen dafür, daß Knorr ... geprügelt und die ... Männer beschimpft habe".

Bei BILD schwächt die sprachliche Form den Vorwurf ähnlich, jedoch noch stärker, ab: es lohnt sich, den betreffenden Satz ganz wiederzugeben: "Der drahtige Oberst Knorr, der 300 Piloten und Bordwarte ausgebildet und, wie die Gewerkschaft der Polizei behauptete, angeblich geschlagen hatte, ist 'in vollem Umfang rehabilitiert'."

Ein Vergleich von zwei Formulierungen, auf der einen Seite "wie die Gewerkschaft der Polizei behauptete" (BILD), auf der anderen etwa: "Ihm wurde vor allem vorgeworfen" (FR) macht klar, wie sehr die Perspektiven auf denselben Inhalt sich voneinander unterscheiden. In der BILD-Fassung fehlen die rechtlichen Begriffe 'Vorwurf' und 'Körperverletzung' völlig: die entsprechende Information wird durch die Sprache als von zweitrangiger Bedeutung gedeutet, wobei folgende sprachliche Eigenschaften zur Schaffung dieses Effektes beitragen: a) der Vorwurf erscheint als zweiter Nebensatz und ist einem positiv wertenden Hauptsatz untergeordnet; b) die sprachliche Erfassung (Kategorisierung)

der angeblich Mißhandelten ist wichtig, denn "Piloten und Bordwarte" bezeichnet erwachsene Menschen, während Flug s c h ü l e r das Machtverhältnis, das Knorr, laut Anklage, mißbraucht haben soll, mit-impliziert; c) der Inhalt von *schlagen* ist in dieser Satzstruktur von dem positiven Begriff *ausgebildet* überlagert; d.h. die Information, "wie die Gewerkschaft der Polizei behauptete" relativiert auf zweierlei Weise: erstens wird *schlagen* im voraus modifiziert, und zweitens entkräftet auch das Tempus des Verbs den Vorwurf (das Imperfekt scheint mir, funktional gesehen, häufig einen stark modalen Charakter zu haben: man versteht, meine ich, daß der Inhalt dessen, was man behauptet, viel fragwürdiger ist als dessen, was jemand behauptet hat(te) (vgl. "ihm war vorgeworfen"))).

2. Unsere zweite Frage an den Text lautete: Aus welchen Gründen wurde der Angeklagte freigesprochen? Die kurzen Agenturberichte gehen darauf nicht ein, ein Phänomen, das oben kommentiert wurde. In den Artikeln, in denen wir Näheres darüber erfahren, wird von Einzelheiten abgesehen: wir werden mit dem Inhalt nur in abstrakter Form konfrontiert ("keine Anhaltspunkte, daß...").

In diesem Zusammenhang stößt man sowohl bei BILD als auch in WELT auf eine ähnliche sprachliche Eigentümlichkeit. Man vergleiche:

BILD (Schlagzeile): "Freispruch, weil 'eine Fliegerschule kein Damenkränzchen ist'."

und WELT: " 'Eine Fliegerschule ist kein Damenkränzchen' – mit diesen Worten sprach Richter Helmut Quirini ... frei".

In beiden Berichten gelingt es über diese Formulierungen, einen Ausdruck, der sicherlich so oder ähnlich während der Urteilsbegründung geäußert worden ist, zur Urteilsbegründung selbst zu erheben. BILD bewerkstelligt dies, indem das Wort *weil*, obwohl es eigentlich zum Primärtext gehört, syntaktisch so in den Satz eingebaut wird (siehe: Anführungszeichen), daß die Schlagzeile sich liest, als wäre sie in der Form, wie wir sie vor uns haben, vom Richter gesprochen worden; Die WELT, indem der Bericht die Zweideutigkeit *mit diesen Worten* ausnutzt. (Zum Begriff 'Damenkränzchen': In den in den Texten sich konstituierenden Wirklichkeiten gelten zwei Gesetzesordnungen: eine in bezug auf die harte Männerwelt, die andere eben für die Damen!)

### Anführungszeichen

Der geschickte Gebrauch von Anführungszeichen spielt in der Pressesprache überhaupt eine große Rolle: dies läßt sich am unterschiedlichen



Einsatz dieser Interpunktion in unseren zwei Textgruppen nachweisen. In den Agenturberichten beschränkt sich der Gebrauch auf die Wiedergabe wörtlicher Zitate (z.B. FR "untadeliger Offizier"): in dieser Hinsicht stellen Anführungszeichen eine Alternative zum Konjunktiv der indirekten Rede dar.

Die Abwechslung zwischen Textstellen mit und solchen ohne Anführungszeichen hat zur Folge, daß der Leser sich oft nicht recht im klaren darüber ist, mit wessen Worten er es gerade zu tun hat. Diese Grauzone kann nun von einem Autor oder Journalisten bewußt oder unbewußt ausgenutzt werden; es ergibt sich hieraus nicht selten die schon angesprochene Verwischung des Unterschieds zwischen Kommentar und Nachricht. In den zur Diskussion stehenden Texten finden wir viele Beispiele für dieses Phänomen: die sprachliche Form des zweideutigen Satzes im BILD-Artikel erweckt den Eindruck, der Richter habe tatsächlich "Freispruch" als vollständige Äußerung von sich gegeben, was wahrscheinlich nicht der Fall gewesen ist. In BILD "findet es der Richter merkwürdig" – eine Formulierung, angesichts derer man ebenfalls nicht mit Sicherheit weiß, ob das Wort *merkwürdig* vom Richter selbst stammt, oder ob es sich nicht vielmehr um eine Stellungnahme seitens des Reporters handelt. Ein schlagendes Beispiel bildet in diesem Zusammenhang wohl der drittletzte Absatz im WELT-Bericht: Man frage sich: zeichnet der Journalist oder der Gerichtsvorsitzende für die Formulierung "Knüffe und Püffe" verantwortlich? Oder man versuche, aufgrund der jeweiligen Texte zu entscheiden, ob "ins Scheinwerferlicht getreten" (SZ) oder "sich rücken lassen" (BILD) dem Wortlaut der Urteilsbegründung entsprechen, oder ob eben keine der beiden Formulierungen 'richtig' ist. Man darf übrigens bezweifeln, ob der Richter sich zu so einem Kraftwort wie "verdammst noch mal" hat hinreißen lassen.

### Fiktionalisierung

Obige Überlegungen zur Frage der 'Urheberschaft' des Inhalts der Zeitungsartikel lassen sich wie folgt zusammenfassen: In den 'Text-Wirklichkeiten' handeln und sprechen Gestalten, die insofern fiktiv sind, als deren Worte häufig die Meinung eines anderen, des kommentierenden Reporters wiedergeben. Wir kennen solche Geschöpfe aus der Literatur, aber es überrascht vielleicht, daß sie uns auch im 'objektiven' Bereich der Berichterstattung begegnen.

### Klassifizierungen

Bevor wir uns der Frage der Textsorte zuwenden, sollen kurz noch einige andere Charakteristika dieser Texte kommentiert werden, deren Wirkung

in bezug auf das Verhältnis Ideologie-Sprache aufschlußreich ist.

Der Begriff 'Klassifizierung' ist im Laufe der obigen Überlegungen schon zweimal bemüht worden ("Piloten und Bordwarte"; "SPD-Landtagsabgeordneter"). Ideologisch interessante Beispiele ähnlicher Art lassen sich in den Artikeln wiederholt nachweisen, und wir wollen zwei davon kommentieren.

Klassifizierung ist ein erster Schritt der sprachlichen Strukturierung der außersprachlichen Wirklichkeit. Sie ist somit ein überaus ideologischer Akt, denn die begriffliche Struktur, die durch diesen Akt entsteht, bilden eben die Wirklichkeit, in der der Mensch lebt. In Texten entstehen gleichsam sekundäre Welten, in denen neue begriffliche Strukturen entstehen oder alte bestätigt werden. Bei der Entstehung eines neuen Wirklichkeitsmodells kommt dem Prozeß der Umklassifizierung, die oft auf dem Wege der Um-benennung geschieht, besonders große Bedeutung zu. Wir haben oben schon auf den Begriff 'Knüffe und Püffe' hingewiesen, der eine Umklassifizierung der rechtlichen Begriffe 'Körperverletzung' und 'Mißhandlung' – und von deren nicht-fachsprachlichen Äquivalenten "prügeln" (WELT) und "schlagen" (BILD) beinhaltet. "Knüffe und Püffe" sind in der Männerwelt rechtens (vgl. die Bemerkungen zu "Damenkränzchen" oben). Derselbe Akt der Umklassifizierung wird vom Richter selbst vorgenommen, indem für ihn die Tatzeugen (in diesem Sinnbereich die 'erste Klassifikation') zu "übersensiblen Naturen" werden. Durch die Form, in der in der WELT diese Information wiedergegeben wird, wird auf den ideologischen Akt selbst hingewiesen: "Die Tatzeugen wurden für ihn zu 'übersensiblen Naturen'". (WELT)

### Nominalisierung

Das zweite Beispiel stellt eine besondere Variante unseres Phänomens dar, denn bei *Grenzschutz-Kritiker* haben wir es nicht mit einem – durch den Verfasser geleisteten – Akt der (Um-)klassifizierung zu tun, sondern der Begriff verdankt seine Entstehung auch der Nominalisierung, einem syntaktischen Prozeß, dem häufig ein ideologischer Wert zukommt. Wir können an die Frage, was dieser 'Akt' der Nominalisierung leistet, am besten über den Vergleich zwischen zwei Formulierungen desselben Inhalts herangehen.

Der Form: "Grenzschutz-Kritiker" (WELT) steht etwa folgender Satz gegenüber: "Der Fluglehrer war...unter anderem von der Gewerkschaft der Polizei heftig kritisiert worden" (FR).

Dadurch, daß sie alle anderen Aktivitäten ausschaltet, reduziert die Nominalisierung – gegenüber der weniger gedrängten Satz-Form – die Be-

zeichneten auf Personen, deren ganzes Wesen einzig und allein darin besteht, Kritik am Grenzschutz zu üben.<sup>165</sup>

*Grenzschutz-Kritiker* verschließt dem Leser Möglichkeiten der Befragung seines Inhaltes in einer Weise, wie das bei der längeren verbalen Form nicht der Fall ist. (vgl. *Systemveränderer* u.dgl.m.)

### Militärische Metaphorik

Der WELT-Artikel zeichnet sich auch dadurch aus, daß der Verfasser seinen Stoff nicht nur stark personalisiert, sondern daß er im Kontext dieser Personalisierung den Aspekt einer (von Kuhlmann) organisierten Kampagne gegen den Angeklagten stark hervorhebt. Die Organisiertheit drückt sich u.a. in der Wahl von Termini aus dem militärischen Bereich aus. Beispiele dafür sind die Begriffe *Privatkrieg*; *sich einschließen*; *aufmarschieren*. *Aufmarschieren* verdient nähere Aufmerksamkeit, denn in diesem Begriff verbindet sich auf unterschwellige Weise das Merkmal 'Organisierung' mit der militärischen Metapher. *Marschieren* kann man eigentlich nur auf Befehl eines Vorgesetzten; das Verb hat die Tiefenstruktur: 'jemand marschiert jemanden'. "Fünf Zeugen marschierten auf" beinhaltet demnach in semantisch laborierter Form: 'Fünf Zeugen wurden aufmarschiert': der Artikel läßt uns in keinem Zweifel darüber, wer hier der eigentliche 'Veranlasser' ist.

An einer anderen Stelle im WELT-Text dient die bloße Abfolge von zwei Sätzen einem ähnlichen Zweck. Der zweite Satz im vierten Absatz dieses Artikels ("Das Bonner Verfahren...") identifiziert offensichtlich nicht explizit denjenigen Unbekannten, der, wie der vorhergehende Satz andeutet, "an den Fäden am anderen Ende gezupft hat". Doch wird durch die Tatsache, daß dieser zweite Satz direkt auf den ersten folgt, das fehlende Subjekt des Begriffs *an den Fäden zupfen* auf der Ebene des Textes ausgedrückt.

### Die Textsorte

Oben ist von fiktiven Gestalten, die die durch den Text geschaffene Wirklichkeit bewohnen, die Rede gewesen: fiktiv wirft die Frage nach der Textsorte auf, mit der wir es in der Zeitung zu tun haben: Idealtypisch dürfte man bei Veröffentlichungen, deren Aufgabe in der Information besteht, den Bericht erwarten, eine Textsorte also, die auf die Wiedergabe verifizierbarer Sachverhalte ausgerichtet ist. Aus der Nichtfiktionalität dieser Textsorte leiten sich einige Textmerkmale ab, die von Werlich in folgender Gegenüberstellung von fiktionalen und nicht-fiktionalen Texten charakterisiert werden:

“Da fiktionale Texte situationsabstrakt sind, erfordern sie zur Sicherung des Textverstehens einen weit höheren Grad an linguistischer Kohärenz und Kompletion – der insbesondere durch Rekurrenzen auf mehreren sprachlichen Ebenen etabliert wird – als nichtfiktionale Texte. Im nichtfiktionalen Text kann beispielsweise die bloße Namensnennung zur Identifikation von Person und Ort genügen, im fiktiven Text dagegen hängt die mögliche Identifikation vom linguistischen Detail der Personen- und Ortsbezeichnung ab.“<sup>166</sup>

Auch die oberflächlichste Lektüre der diskutierten Artikel genügt, um festzustellen, daß man insbesondere den BILD-Bericht der Kategorie des Fiktionalen zuzuordnen versucht sein würde. Manche Passagen lesen sich durchaus wie eine Erzählung (“Oberst Erwin Knorr sitzt schweißgegend...”). Aufgrund anderer, oben erwähnter Merkmale (Dramatisierung, Tempus-Gebrauch, Heldenimage usw.) würde man vielleicht sogar dazu neigen, auf eine Art Unterhaltungsgenre, eben eine ‘Story’ zu schließen. Dieser Eindruck erhärtet sich, wenn man die Dimensionen des BILD-Textes, die von Werlich als “Rekurrenz” bezeichnet wird, unter die Lupe nimmt. In bezug auf die Kohärenz eines Textes bedeutet Rekurrenz allgemein die Verteilung desselben Inhalts innerhalb eines Textes und die Art und Weise, wie auf diesen Inhalt im Textablauf ‘rekurriert’, also immer wieder Bezug genommen wird.

Wir greifen als eines der textkonstituierenden Elemente in den Zeitungsartikeln die Abfolge der Benennungen einer der im Text bezeichneten Personen auf – und kehren den Gedankengang Werlichs gleichsam um, indem wir von der Kohärenz dieser Benennungsfolge auf die Fiktionalität bzw. Nichtfiktionalität des Textes schließen. Als Beispiel diene der Gerichtsvorsitzende, Richter Helmut Quirini: die Bezeichnung dieser Figur im BILD-Text ergibt folgendes Schema:

- |                    |                    |  |
|--------------------|--------------------|--|
| 1. Richter Quirini | 2. Der Vorsitzende | 3. (Die Urteilsbegründung von) Richter Quirini |
| 4. Der Richter     | 5. Richter Quirini |  |
- zum Schluß ...

Vergleicht man diese Abfolge mit der Darstellung derselben Figur im SN-Artikel, so treten die Unterschiede klar vor Augen:

- |  |                |                             |
|--|----------------|-----------------------------|
| 1. Der Vorsitzende der Ersten Großen Strafkammer des Landgerichts Bonn, Helmut Quirini | 3. Der Richter | 4. (Kritik übte) Quirini... |
| 2. Richter Quirini   |                |                             |

Die Abfolge der Bezeichnungen entspricht in diesem zweiten Fall dem Schema, das man aufgrund der Nichtfiktionalität vorausgesagt hätte:

1. Ausführliche Darstellung (eines bisher Unbekannten);

2.,3.,4., Rekurrenz auf diese Figur mittels eines kurzen Verweises auf die erste Bezeichnung (wobei aus stilistischen Gründen eine einfache Wiederholung durch Abwechslung vermieden wird (Quirini – der Richter – Quirini)).

Das Schema in BILD sieht anders aus. Bei der ersten, wie auch bei der zweiten Benennung haben wir es mit einem Fall von "unresolved cohesion" zu tun (Halliday und Hasan). Die Figur wird ohne jegliche Einleitung vorgestellt, was den Eindruck erweckt, als seien wir mitten in die Geschichte hineingestellt worden.

In der Art der Einführung dieser Figur unterscheidet sich der BILD-Text von anderen Darstellungen, etwa von der SZ. Auch in der SZ wird die Figur des Richters durch eine sehr kurze Formulierung ("Richter Quirini") bezeichnet, obwohl, wie es scheint, diese Figur im Text vorher nicht erwähnt wurde. Jedoch darf uns diese Ähnlichkeit nicht über den grundlegenden Unterschied in der Textstruktur hinwegtäuschen. Die Bezeichnung "Richter Quirini" kommt im SZ-Text erst am Anfang des zweiten Absatzes vor. Dieser Benennung geht ein Absatz voraus, in dem der Artikel einen Kontext geschaffen hat, aus dem heraus der Name ohne weiteres verständlich wird; d.h. der Text rekurriert insgesamt auf das Vorhergehende und insbesondere auf den Begriff "Erste Große Strafkammer des Bonner Landgerichts... freigesprochen". In dieser Hinsicht wird auf der Ebene des Textes genau dieselbe Informationsstruktur geschaffen, die etwa der SN-Text durch die längere Formulierung am Anfang seines zweiten Absatzes zustandebringt.

Die dritte und fünfte Bezugnahme auf diese Figur im BILD-Artikel sind aus einem anderen Grund bemerkenswert: statt in abgekürzter Form (Quirini, der Richter) auf die erste ausführliche Bezeichnung zu rekurrieren, wie das in der SWP gehandhabt wird, behält der BILD-Journalist die ursprüngliche 'volle' (allerdings sehr kurze!) Form ("Richter Quirini") bei. Dadurch, daß sie dem normal zu erwartenden Muster nicht entspricht, mißt sie der Person des Richters besondere Bedeutung bei. Dies hängt aufs engste mit dem Hang zur Personalisierung zusammen, den wir oben beschrieben haben. In bezug auf die Figur des Obersten läßt sich Ähnliches feststellen: die Abfolge gestaltet sich wie folgt:

BILD	zum Vergleich: SN
1. Grenzschutz-Oberst Erwin Knorr	1. Oberst Erwin Knorr
2. Oberst Knorr	2. Knorr
3. Oberst Erwin Knorr	3. Der Oberst
4. Knorr	4. Knorr
	5. Oberst Knorr

Die zweite und dritte Bezeichnung im BILD-Bericht fallen besonders auf, da sie sehr starke Einschnitte in die Text-Kohärenz markieren. Bezeichnenderweise befindet sich die längste Formulierung (3.) gerade an einer Stelle im Text, an der eine Wende zum mehr erzählerischen Stil zu konstatieren ist.

Nach den Rekurrenzmustern läßt sich der BILD-Artikel also durchaus der Kategorie der fiktionalen Texte zuweisen. Selbstverständlich trägt der Text auch Züge der Nichtfiktionalität. Die fiktionale Dimension ist jedoch in diesem Artikel in viel stärkerem Ausmaße vertreten als in den anderen Berichten. Durch diese Strukturierung des Textinhaltes wird der reine Bericht unmontiert in eine Textsorte, die in erster Linie die Unterhaltung des Lesers bezweckt. Oder, besser gesagt, dadurch, daß der Leser unterhalten wird, schluckt er umso leichter den ideologischen Kern des Artikels.

## 2. The Cambridge Rapist

Vor uns liegen fünf Artikel über eine versuchte Vergewaltigung in Cambridge, England, und die darauffolgende Gefangennahme des der Vergewaltigung Verdächtigen, namens Peter Cook (im folgenden P.C.).

Die Berichte in der BILD-Zeitung und im RGA scheinen die einzigen Berichte zu sein, die von beim Namen genannten Reportern geschrieben wurden. Die anderen drei sind Agenturberichte, aber es muß darauf hingewiesen werden nicht nur, daß in allen fünf Berichten der zugrundeliegende Stoff gewiß umgearbeitet worden ist, sondern auch, daß andere 'Texte' — z.B. Agenturbericht, Polizeiprotokolle, und möglicherweise sogar englische Zeitungsberichte — zu ihrer Erstellung beigetragen haben. Sowohl die BILD als auch der RGA übertreffen die englische populäre und seriöse Presse, was Umarbeitung und Ausschmückung angeht. (Die untersuchten englischen Veröffentlichungen schließen THE TIMES, THE DAILY MIRROR, THE DAILY EXPRESS und THE DAILY MAIL ein.) Wir werden uns im folgenden auf einige sprachliche Merkmale konzentrieren, durch die der BILD-Bericht sich von den anderen, auch von demjenigen, der ihm am meisten ähnelt — dem RGA-Artikel —, unterscheidet.

Es ist kennzeichnend für solche Berichte in der BILD-Zeitung, daß der Vor- und Nachgeschichte, sowie dem allgemeinen Kontext des Ereignisses wenig Platz eingeräumt wird und daß die Aufmerksamkeit auf ein einzelnes dramatisches Ereignis konzentriert wird. Die Dramatisierung wird natürlich durch sprachliche Mittel geschaffen; jedoch ist dieser

Begriff, auf den man häufig in der Beschreibung von Medienprodukten stößt, so vage, daß er dazu neigt, die wirklich relevanten ideologischen und politischen Tendenzen zu verdecken. Eine Anzahl verschiedener Merkmale oder Kunstgriffe trägt zu der besonderen Dramatisierung, die wir in der BILD finden, bei.

Die fünf Berichte können auf der Basis ihrer mehr oder weniger fachlichen Ausrichtung unterschieden werden, wobei wir 'fachlich' hier unter dem Gesichtspunkt der Rechtsperspektive, die sie uns anbieten, definieren. Solche Straftaten wie Vergewaltigung auf den begrifflichen Rahmen eines Rechtssystems und auf die in einer Gesellschaft bestehenden Rechtseinstitutionen zu beziehen, ist natürlich nur ein Weg, auf dem solche Vorfälle analysiert werden können und auf dem über sie Bericht erstattet werden kann. Es läßt sich jedoch der Standpunkt vertreten, daß solch ein Rahmen in derartigen Veröffentlichungen vorhanden sein sollte, die, zumindest theoretisch – klassische Behandlungen der Presse, z.B. die von Dofivat<sup>167</sup> sind voll von Ideen über die Aufgabe der Presse in einer Demokratie –, ihre Stellung unter dem Gesichtspunkt der politischen und anderen verwandten Systeme der Gesellschaft, in der sie produziert werden, definieren. In dieser Hinsicht steht der Text in der BILD-Zeitung an einem Ende des von den hier zur Diskussion stehenden Berichten repräsentierten Spektrums; man vermißt in ihm, mehr als in allen anderen Artikeln, die Perspektive, die wir beschrieben haben. Die einzige Erwähnung der Rechtsperspektive erscheint nicht im Hauptartikel, sondern in dem kleinen schwarz umrandeten Text, in dem der Beginn des Rechtsverfahrens nur in dem hochstilisierten Begriff *dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden* konzipiert erscheint. Wegen dieses Mangels an rechtlichen Details läßt uns der BILD-Artikel in keinem Zweifel darüber, daß P.C. das Verbrechen begangen hat – dessen er, juristisch gesehen, zunächst nur beschuldigt wird (N.B. "mutmaßlicher Sexualtäter" (FAZ), "mutmaßlicher Frauenschreck" (FR)). Solche Bruchstücke des Begriffssystems des Rechts, die z.B. in: *verdächtigt, festnehmen, Anklage erheben, verhaften, Einweisung in Untersuchungshaft, Notzucht, Körperverletzung* usw. versprachlicht sind, sind reichlich über die anderen Artikel verstreut. Im RGA sind sie weniger offensichtlich. An die Stelle solcher Vokabeln ist in der BILD eine im Grunde genommen metaphorische Interpretation des Ereignisses getreten, derzufolge der Überfall, von dem berichtet wird, nicht etwa als illegale Tat mit spezifischen rechtlichen Konsequenzen, sondern in erster Linie als irrationale Tat eines anormalen Biests, das nachts herumstreunt, gesehen wird. Diese Perspektive wird in vielen verschiedenen Aspekten des Texts wiedergegeben. Man möge beachten, daß die BILD allenfalls durch den Gebrauch des Begriffs

“Sex-Gangster” (vgl. auch “Sex-Verbrecher”) – derselbe Begriff erscheint übrigens auch im RGA – einer juristischen Anschauungsweise nahekommt. Mit anderen Worten, die Handlungen eines, wie anzunehmen ist, sexuell irgendwie gestörten Individuums werden mit einem allgemeinen gesellschaftlichen als ‘Gangstertum’ bezeichneten Übels in Zusammenhang gebracht und als Ausdruck dieses Übels betrachtet. Es lohnt sich, hier einige weitere Punkte zu kommentieren: 1. ‘Gangstertum’ wird in der BILD häufig als vages und allgemeines Phänomen vorgebracht, das eine große Anzahl gesellschaftlicher Verstöße erklären kann (s. unsere Erörterung der ‘Abhöraffaire’; (s. Analyse Nr. 7); 2. in diesem Fall rückt BILD diese Vorstellung in den Vordergrund, indem sie beide Komponenten des Wortes *Sex-Gangster* in Großbuchstaben druckt (wohingegen der RGA “Sexgangster” schreibt); 3. die BILD läßt eine der in die Handlung verwickelten Personen das Wort selbst aussprechen: “‘Hilfe, Hilfe’, schrie Jane, ‘der Sexgangster’”; dies erinnert an die Art und Weise, in der ein ähnlich interpretatives Vokabular (“Chao-ten”) verschiedenen Personen in der Berichterstattung der BILD über den Reagan-Besuch in Berlin (s. Analyse Nr. 5) in den Mund gelegt wird; 4. “Sex-Gangster” erscheint in der hervorstechenden Schlagzeilenposition sowohl in BILD als auch im RGA.

Die in einigen englischen Zeitungen angeführten Agenturberichte bestätigen, die Tatsache, daß P.C. klein und die Farbe einiger seiner Kleidungsstücke schwarz war. Sie bestätigen ebenfalls seine Gefangennahme. Alle drei Informationen nehmen im BILD-Bericht symbolische Bedeutung an. Der Text ist durch eine Art Farbensymbolik gekennzeichnet, wobei die Farbe schwarz derart interpretiert wird, daß sie für etwas Übles steht und mit dem Attribut ‘von kleiner Statur’ verbunden ist. Der Symbolismus wird durch Wiederholung und damit durch eine Art Intensivierung geschaffen; dies tritt eindeutig zutage, wenn wir die folgende Reihe aus dem Text betrachten:

1. ein kleiner Mann mit schwarzer Ledermaske
2. schwarz gekleideter Unhold
3. schwarzer Mann
4. schwarzer Zwerg

In der ersten Bezeichnung besteht nur eine mittelbare, ‘äußere’ Beziehung zwischen dem Mann und der Farbe; ein Teil seiner Ausrüstung ist schwarz (obwohl wir zur Kenntnis nehmen können, daß die unbestimmte Präposition *mit* eindeutig darauf hinweist, daß er die Maske tatsächlich trägt!) Die zweite Bezeichnung erweitert die Referenz von schwarz und bezieht jetzt auch seine Kleidung mit ein. Hier wird auch ein zweites Deutungsschema in die Geschichte eingebracht, das des anormalen und



unmenschlichen Unholds (Englisch: *fiend*). In der dritten Bezeichnung hört schwarz auf, nurmehr eine Farbenbenennung zu sein, und dient nun als absolute Charakterisierung P.C.'s. Im 4. Beispiel – der Satz erscheint bezeichnenderweise in der letzten Zeile des Berichts und wird syntaktisch in den Vordergrund gerückt – werden die beiden metaphorischen Fäden in der höchst komprimierten Bezeichnung "schwarzer Zwerg" zusammengeknüpft. (Die zentrale Bedeutung dieser quasi-mythischen Sprache wird von Günter Walraff in zwei relevanten Auszügen hervorgehoben:

"Ich erinnere mich, was einem anderen Mann, über dessen Leben in einer Höhle in der Nähe von Düsseldorf die BILD-Zeitung berichtet hatte, widerfahren war: Aufgebrachte BILD-Leser hatten die Behausung des angeblichen U n h o l d s zertrümmert, ihn in die Flucht geschlagen".<sup>168</sup>

"Den unheimlichen s c h w a r z e n Gesellen, den Schwindmann wohl am liebsten gesehen hätte, kann ich ihm eingedenk des Düsseldorfer Vorfalls nicht liefern":<sup>169</sup> (Hervorhebungen von mir: C.G.).)

Beiden Begriffen – 'Unhold' und 'Zwerg' ist die Idee 'klein' inhärent, so daß auch diesem Aspekt symbolische Bedeutung gegeben wird. Im Text wird die Vorstellung 'klein' durch eine Reihe von Kunstgriffen in den Vordergrund gerückt:

1. In der Darstellung des Konflikts in der Schlußszene der Geschichte wird der kleine Mann neben den 1,85 Meter großen Nachbarn und damit in Gegensatz zu ihm gestellt – wobei die Angabe '1,85 Meter' wegen der offensichtlichen Überspezifizierung hervorsticht; 2. die sprachliche Formulierung von P.C.'s Größe – '1,61 Meter klein' – ist durch eine markante Umkehrung der normalen Richtung des Maßadjektivs im Deutschen (z.B. *1 Meter lang, groß, breit* etc.) auffallend. In diesem Zusammenhang lohnt es sich vielleicht darüber zu spekulieren, welche möglichen Gründe die BILD-Journalisten dazu veranlaßt haben könnten, die vielen anderen kleinen Männer in und um Cambridge (vgl. WELT, FAZ, FR, und RGA.) in ihrem Artikel nicht zu erwähnen; eine solche Information hätte sicherlich P.C.'s Einzigartigkeit zerstört und es schwieriger gemacht, das Adjektiv *klein* symbolisch aufzuladen. Die in der Triade 'klein – schwarz – böse' enthaltene Strukturdichte profitiert von dem Kontrast mit dem entgegengesetzten Symbol, das hier notgedrungen evoziert wird, nämlich der Konstellation der Kennzeichen 'groß – blond – gut'. Das BILD-Symbol ist nicht nur mit gewissen literarischen und mythischen Traditionen im allgemeinen verstrickt, sondern geht auch auf die ideologische Figur des blonden nordischen Menschen zurück, die in der Ideologie des Nationalsozialismus eine so wichtige Rolle spielte.

Die sexuelle Anormalität, die wir schon erwähnt haben, wird bei BILD nicht nur explizit behandelt, sondern sie liegt auch der auf den ersten Blick überflüssigen Bemerkung über "ein blaues Damenfahrrad" zugrunde. Die Farbe schwarz wird dem grauen Anzug gegenübergestellt, was ein gutes Beispiel dafür ist, wie sprachliche Ausdrücke nur im Kontext eines ganz bestimmten Sprachgebrauchs ideologische Signifikanz annehmen. Grau bedeutet im BILD-Bericht hier etwas wie 'anständig' – eben 'normal' –; diese Bedeutung wird einerseits betont, jedoch wird ihre Gültigkeit andererseits gleichzeitig durch das witzelnde Fremdwort *dezent* vollkommen unterminiert.

Die Festnahme selbst erfährt eine klassische Behandlung, und zwar insofern als sie im traditionellen Stil der Verfolgungsjagd gehalten ist. In der BILD werden weder die 90 Polizisten noch die möglicherweise mehreren Dutzend Studenten, die daran beteiligt waren, erwähnt. Ebenfalls keine Erwähnung finden die – verhältnismäßig fachsprachliche – (nächtliche) Suchaktion (RGA) und die Fahndung, bei der P.C. festgenommen wird. Der Zeitpunkt der Festnahme wird in einer für BILD typischen Art stilisiert und zu einem handgreiflichen Zusammenstoß zwischen zwei Einzelpersonen, P.C. und einem einzelnen Kriminalpolizeibeamten, der sich auf ersteren stürzt, nicht um ihn festzunehmen, sondern um ihn zu überwältigen, umgestaltet. Die Version der Suchaktion, die die BILD anbietet, enthält sämtliche Ausschmückungen eines Westerns, u.a. die wilde Verfolgungsjagd die immer mit Handgreiflichkeiten endet, bei denen der Schlechte dem Guten unterliegt. Diese ganze Szene ist im Kontext einer nicht-technischen Interpretation der Vorgänge im oben angedeuteten Sinn bedeutsam, weil sie auf die Lösung des Konflikts nicht mithilfe des Rechts, sondern durch eine gewalttätige Handgreiflichkeit hinausläuft. Vor diesem Hintergrund wird der eigentliche Aussagewert einer Formulierung erst klar, die auf den ersten Blick nichts weiteres zu sein scheint als eine beliebig gewählte Redewendung: Janes Schreie sind nicht etwa eine Warnung, sie lösen auch keine Polizeiaktion aus, sondern es sind vielmehr sie – und darum Jane – die diesen Gangster tatsächlich "zur Stecke bringen"! In der Wahl der Metapher liegt daher ein Reflex derselben Art von Lynch-Justiz, wie sie von der hauptsächlich weiblichen Menschenmenge vor dem Gerichtshof im Text repräsentiert – und wohl auch in Wirklichkeit gefordert – wurde. In gewisser Weise werden sowohl der anschließende Prozeß wie auch der Urteilsspruch im BILD-Bericht antizipiert. Die zentrale ideologische Bedeutung dieses Textes liegt wohl darin, daß er über die Motivation zur Kriminalität und über die Lösung von, ganz allgemein gesprochen, gesellschaftlichen Konflikten eine Auffassung vermittelt, die mit der Vorstellung, eine Zeitung müsse ihre Leser informieren und aufklären, einfach unvereinbar zu sein scheint.

### 3. Der Tod von Katharina Hammerschmidt

Die verschiedenen Berichte — zur Diskussion stehen Artikel aus folgenden Zeitungen: FR, SZ, FAZ, WELT, BILD — ermöglichen es uns, den Ablauf der Ereignisse, die mit dem Tod von K.H. endeten, etwa wie folgt zu rekonstruieren:

1. November 1971: K.H. verläßt Berlin
2. Juni 1972: K.H. stellt sich (freiwillig) der Polizei
3. ab Juni 1972: Haft in einem Berliner Krankenhaus
4. (seit Ende September 1973: Anzeichen einer gefährlichen Erkrankung)
5. (K.H. lehnt ab, von den Anstaltsärzten untersucht zu werden)
6. 8. November 1973: ärztliche Untersuchung (unter Hinzuziehung eines Arztes eigener Wahl)
7. 28.-29. November 1973: Erstickungsanfälle
8. 30. November 1973: Haftbefehl außer Kraft gesetzt; K.H. aus der Haftanstalt entlassen
9. Behandlung durch Berliner und Pariser Ärzte
10. Januar (und Herbst?) 1974: Anzeige gegen die Berliner Anstaltsärzte
11. Sonntag den 30. Juni 1975: K.H. stirbt an Krebs

Wenn man bei der Lektüre des BILD-Berichts nicht besondere Sorgfalt aufwendet, dann entsteht für einen ein Zeitplan, der sich von dem oben skizzierten in einigen wichtigen Details unterscheidet. Der durch die Struktur dieses Texts suggerierte Ablauf der Dinge sähe dann so aus:

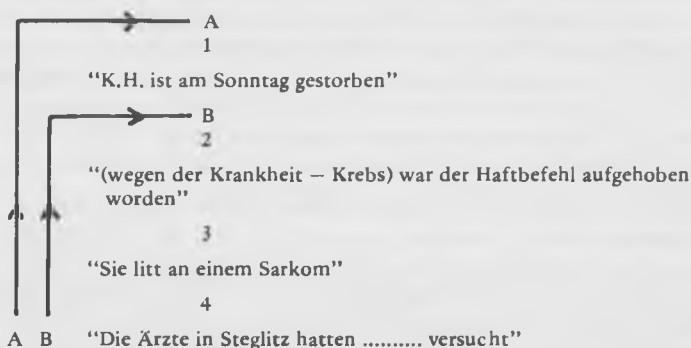
1. 2. 3. 4. [5. 9.] 6. 7. 8. 10. 11.

(wobei eine solche Darstellungsweise nichts über die zeitliche Raffung aussagt, die zwischen einigen Entwicklungsstadien vorgenommen wird — etwa zwischen [5. 9.] auf der einen Seite und 10. auf der anderen Seite; zu diesem Phänomen werden weiter unten einige Überlegungen angestellt.).

Den üblichen Praktiken der Berichterstattung — dem sogenannten 'Lead-Stil' — zufolge entspricht die Erzählstruktur in keinem der hier zur Diskussion stehenden Artikel der wirklichen chronologischen Abfolge; z.B. wird gleich in jeder Schlagzeile Punkt Nr. 11. — der Tod von K.H. — vorweggenommen. Jedoch die verschiedenen Umarbeitungen, die der Stoff in vielen anderen Punkten erfährt, führen dazu, daß sich jeweils ganz andere Deutungsmöglichkeiten auf tun. Es geht im folgenden (1) in erster Linie darum, die verschiedenen sprachlichen Eigenschaften aufzuzeigen, die zu dem leicht verzerrten Wirklichkeitsbild des BILD-Textes

führen. Zweitens (2) wird auf eine Reihe anderer sprachlicher Merkmale hingewiesen, die an der Entstehung der in BILD konstatierbaren Tendenz mitbeteiligt sind. Drittens (3) wird anhand einer Diskussion der BILD-Angabe "WDR-Redakteur" die Problematik der Analyse eines Textes unter pragmatischen Gesichtspunkten kurz angeschnitten. Schließlich wird (4) die Kontroverse um das Begriffspaar 'Bande-Gruppe' noch einmal in Erinnerung gerufen<sup>170</sup>, um in Anknüpfung daran einige, wie wir hoffen, klärende Gedanken zur Angemessenheit solcher Wertbegriffe im allgemeinen zu entwickeln.

1. Die Verzerrung der eigentlichen chronologischen Abfolge — die wir in der oben angeführten Zahlenreihe wiedergegeben haben — entsteht primär durch eine gewisse Zweideutigkeit in der Zeitreferenz im BILD-Bericht. Diese Zweideutigkeit ist eine Eigenschaft des Texts, d.h. sie resultiert aus den äußerst unklaren zeitlichen Interdependenzen unter verschiedenen Informationen besonders in den ersten paar Absätzen; die Verhältnisse lassen sich schematisch wie folgt darstellen (die Abfolge der Informationen im Text wird beibehalten):



(Die Pfeile zeigen die beiden möglichen Zeitbezüge der 'Vorvergangenheit' "Hatten ..... versucht" an.)

Die Unklarheit wird durch die Aussage 3 gefordert, die einen Zustand beschreibt, dessen Anfänge wenigstens zeitlich vor der Entlassung 2 liegen. Durch die referentielle Unbestimmtheit entsteht eine mögliche Lesart des Texts, nach der die Versuche der Ärzte zeitlich vor der Aufhebung des Haftbefehls liegen. Aus anderen Berichten geht hervor, daß der Anwalt von K.H. nicht diese Ärzte, sondern die Anstaltsärzte eben wegen mangelnder Sorgfalt in der Behandlung von K.H. angezeigt hat (die Wahrheit bzw. Unwahrheit des Inhalts dieser Anzeige stehen hier selbstverständlich nicht zur Debatte).

Ein zweiter, in diesem Falle semantischer Faktor leistet der falschen Interpretation Vorschub. Bei einem Test, den ich mit Mitgliedern eines Universitätsseminars veranstaltete, hat über die Hälfte der Beteiligten den Text nämlich zuerst dahingehend mißverstanden, daß es sich bei den Ärzten im dritten Absatz um dieselben Personen handelt, auf die in der Schlagzeile Bezug genommen wird; die Argumentationsstruktur hat für meine Versuchspersonen so ausgesehen:

1. X lehnt ärztliche (=Y) Hilfe ab
2. X zeigt die Ärzte (Y) an
3. Die Ärzte (Y) in Steglitz hatten versucht (Y + helfen + X)  
(wobei der Eindruck der referentiellen Identität zwischen den Ärzten in 1. und 3. zusätzlich durch die Wiederholung:  
"ärztliche Hilfe" – "Ärzte ... helfen" (K.H.)  
lexikalisch verstärkt wird.)

Die Verzerrung der Realität, die wir im vorhergehenden nachgewiesen haben, scheint besonders bedeutungsvoll, wenn man berücksichtigt, daß es dem Verfasser dieses Textes eigentlich erst sekundär auf den Tod von K.H. ankommt; daß K.H. gestorben ist, wird zum Vehikel für die Lehre, daß diese Person zum ersten ihren Tod selber verschuldet und zum zweiten gegenüber denjenigen Repräsentanten des Staates, die ihr helfen wollten, nur Undankbarkeit erwiesen hat. Durch die Zusammenwirkung der beiden oben diskutierten Momente entsteht der Eindruck, die Ärzte, die K.H. anzeigt, hätten sich bis dahin sehr um sie gekümmert.

2. Wenn wir die Stellen im Text, an denen über die Anzeige berichtet wird, genauer besehen, erkennen wir, wie auch hier latente, nicht ausgesprochene Aussagen in der Kommunikation enthalten sind. Ein Beispiel dafür liefert die zweite Schlagzeile: " 'Cat' Hammerschmidt lehnte ärztliche Hilfe ab – dann zeigte sie die Ärzte an." Die Tiefenstruktur dieses Satzes – bzw. der in ihm enthaltenen Propositionen – können wir so darstellen, wobei X und Y für 'Ärzte' resp. 'Katherina Hammerschmidt' stehen und V,W und Z ganze, komplexe Aussagen symbolisieren:

X findet Z nicht gut (Z = (Y helfen X))	(= K.H. lehnte ärztliche Hilfe ab) (= Ärzte – wollen – helfen)
X findet nicht gut, daß W (W = Y nicht V machen) (V = (Y helfen X))	(= K.H. zeigte Ärzte an) (= Ärzte nicht K.H. helfen)

Anmerkung zu diesem Schema: Z ist gleich V

(Es versteht sich, daß unsere schematische Darstellung dieser Argumentationsstrukturen die Menge an Alltagswissen, das einfach präsupponiert

wird, nicht adäquat wiedergibt, z.B. daß der Akt des Anzeigens eine besonders institutionalisierte Form des Nichtgutfindens ist.)

Die ganze Unsinnigkeit der Position K.H.'s geht aus der Zusammenstellung zweier Propositionen hervor, die besagen, daß K.H. etwas nicht gut findet und es zugleich doch gut findet. Da der BILD-Bericht uns wenig über den genauen Verlauf der medizinischen Behandlung informiert, kann man über die Motive von K.H. nur spekulieren (vgl. die viel explizitere Erklärung bezüglich der Anzeige in den anderen Berichten). Ihre Handlungsweise erscheint jedoch angesichts der Tatsache, daß die beiden Angaben 'versuchter Totschlag' und 'mangelnde ärztliche Sorgfalt' im BILD-Text fehlen, besonders unsinnig.

Eine Analyse des letzten Absatzes dieses Textes ergibt eine ähnliche – latente – Argumentationskette. Es sei auch noch auf den Bindestrich hingewiesen, der in beiden Fällen orthographisch dafür sorgt, daß wir das widersprüchliche Verhältnis der jeweils als in Beziehung zueinander stehend gekennzeichneten Aussagen nicht übersehen. Man bemerke weiter die zeitliche Raffung im Verhältnis der verschiedenen Erzählschritte zueinander: In Wirklichkeit vergeht zwischen Entlassung und Anzeige eine viel längere Zeit als dies durch die Kombination 'Bindestrich + dann' nahegelegt wird.

### Die Rolle der Ärzte

Über der Rolle der (welcher?) Ärzte in dieser ganzen Angelegenheit liegt überhaupt ein dichter sprachlicher Nebel. Die Passiv-Form des Verbs in der Formulierung:

"Als ihre tödliche Krankheit erkannt wurde ..."

blendet den Täter (= Subjekt des Verbs) ganz aus. Daß das Ärzte sind, kann aufgrund des Kontexts – und überhaupt – ohne Schwierigkeiten erschlossen werden; die Wahl der Passiv-Form ist jedoch symptomatisch für die Tatsache, daß im BILD-Text erstens nicht präzisiert wird, gegen welche Ärzte der Anwalt von K.H. Anzeige erstattet hat (man vergleiche den BILD-Auszug: "zeigte die Ärzte ... an" mit etwa: "... Anzeige ... gegen Ärzte der Berliner Strafvollzugsanstalten" (dpa, WELT) und "Aufgrund dieser Anzeige eingeleitete Ermittlungsverfahren gegen die Gefängnisärzte" (FAZ)) – und zweitens nicht ausgesagt wird, daß die Krankheit nicht von "den Ärzten" endgültig diagnostiziert wurde, sondern – wie es eigentlich nur in der FAZ klargemacht wird – offenbar von den Gefängnisärzten zusammen mit einem anderen hinzugezogenen Arzt (vgl. gegenüber der Formulierung "den Ärzten" die Unzweideutigkeit der Informationsvermittlung in "von einem von der Verteidigung hinzugezogenen Arzt"). Das Adverb *ärztlich* (FAZ) läßt ähnlich die Passiv-Form des Verbs den Täter zurücktreten.

## Das Bild des Staates

Die Vagheit hinsichtlich der handelnden Personen gilt nicht nur bezüglich der Ärzte, sondern kennzeichnet die Semantik des BILD-Texts überhaupt: Wer außer K.H. selbst mitsamt ihren Angehörigen (Mann, Lehrer, Kind, Anwalt) und außer den etwas schattenhaften Ärzte-Figuren an der Angelegenheit beteiligt gewesen ist, ist anhand des Texts sehr schwer zu bestimmen. Anders ausgedrückt, die rechtliche Position von K.H. bleibt unklar. Es heißt z.B.:

1. "... war der Haftbefehl ... aufgehoben"
2. "... stellte sie sich ..."
3. "... sie wurde entlassen ..."

Diesen Formulierungen ist gemeinsam, daß die Institutionen und die dahinter stehenden Personen sprachlich übergangen werden. In allen anderen Texten wird die betreffende Information anders zum Ausdruck gebracht (Hervorhebungen von mir: C.G.):

- vgl. zu 1. "... und wurde vom Landgericht Berlin der Haftbefehl außer Kraft gesetzt ..." (FAZ)  
(ähnlich: "... erhielt sie nach langen juristischen Auseinandersetzungen Haftverschonung ..." (SZ))
- zu 2. "K.H. hatte sich ... der Polizei gestellt" (WELT)  
"... K.H. ... hatte sich selbst ... den Justizbehörden gestellt" (FAZ)

(Die Tatsache, daß der dpa-Bericht den Journalisten bei BILD und WELT höchstwahrscheinlich zugänglich gewesen ist, läßt vermuten, daß die Auslassung der Wörtchen *selbst* resp. *sich* ideologisch motiviert gewesen ist.)

- zu 3. "... sie wurde aus der Anstalt entlassen" (vom Landgericht Berlin) (FAZ)

Im BILD-Bericht ist K.H. nicht mit namentlich gekennzeichneten Institutionen des Staates in Konflikt geraten; der ganze Text hebt sich durch das Fehlen von Begriffen, die in den anderen Texten gebucht sind, von diesen ab; hierfür nur einige Beispiele:

"Haftbefehl wegen Unterstützung" (FR, WELT)  
(K.H. wird und wurde nichts) "vorgeworfen"  
(erst recht nicht von einer) "Staatsanwaltschaft" (vgl. FR, WELT)  
(sondern) "es ging (bloß) um Waffenschmuggel" – man merke hier die unpersönliche Wendung!  
(und von den) 'Justizbehörden', 'Verwaltung' (usw.) (ist keine Rede)

Das hier berührte Phänomen haben wir in anderen Analysen Personalisierung genannt. Ein weiteres Beispiel dafür finden wir im Zusammenhang mit der Anzeigenerstattung. Juristisch gesehen ist es nicht K.H. selbst gewesen, die die Ärzte anzeigte (s. BILD: "dann zeigte sie die Ärzte an"), sondern die Anzeige wurde von dem Anwalt erstattet; in der BILD-Fassung sind die betroffenen Behörden von der Bühne verschwunden. Selbst die Bezeichnung "Baader-Meinhof-Mädchen" (BILD-Schlagzeile) gegenüber den – wohlgemerkt auch nicht ausnahmslos wertfreien Bezeichnungen "Sympathisanten", "Anarchisten", "Helferin" unterbaut diesen Zug, wobei K.H. zusätzlich irgendwelche durchdachte politische Ziele abgesprochen werden (vgl. "schrie ein Mädchen" im Bericht über den Berlin-Besuch Reagans (Analyse Nr. 5)).

Das Motiv der politischen Unwissenheit wird weiter elaboriert durch:

- Betonung des Aussehens
- Betonung des Weiblichen ("Brust" statt "Brustkorb", "Brustbereich")

und durch Hinzufügung des sekundären Motivs 'abweichendes geschlechtliches Verhalten'; Edelmann wirft ein interessantes Licht auf solche Praktiken:

"Dominante sprachliche und gedankliche Kategorien sehen die wirtschaftlich Erfolgreichen und politisch Mächtigen als verdienstlich und die Erfolglosen und politisch Abweichenden als geistig oder moralisch inadäquat."<sup>171</sup>

Ihr naives Gemüt trägt K.H. auch dadurch zur Schau, daß sie den vorschnellen Entschluß faßt: "Jetzt kenne ich meinen politischen Standpunkt."

Die Zugehörigkeit zu einer politischen Gruppierung – gesagt wird im BILD-Text nur, daß die Gruppe irgendwelche 'radikale' Ziele verfolgt – wird durch die Verwendung des Spitznamens, die in keinem anderen Artikel vorkommt, betont. Der Namegebrauch bei BILD variiert zwischen "Cat" und "Katherina"; es heißt noch wohlwollend: "Katherina Hammerschmidt, Studentin aus guter Familie" – "Die Ärzte hatten alles versucht, Katherina Hammerschmidt zu helfen" – während der Spitzname an Stellen im Text steht, wo das Politische mehr im Vordergrund steht, z.B.: "Das Radikale an 'Cat' Hammerschmidt hatten schon ihre Lehrer erkannt".

Ähnlich wie in der BILD anlässlich des Reagan-Besuchs nicht von "Protest" gesprochen wurde, werden auch in diesem Artikel die "Demonstranten" von BILD als weniger politisch motiviert dargestellt als von den anderen Zeitungen. Zu dieser Entpolitisierung trägt auch der Begriff "stürmen" bei; alle anderen Zeitungen berichten von einer "Störung" der Filmaufführung.



Die spätere politische Entwicklung der K.H. sei, laut BILD, schon für die Lehrer vorgezeichnet gewesen, von denen es heißt, sie hätten "das Radikale" an ihr frühzeitig erkannt. Die Formulierungen, derer ich mich beim Zitieren anderer bediene, sind jedoch keineswegs neutral; sie können nicht nur, wie Hoppenkamps<sup>172</sup> nachgewiesen hat, eine positive oder negative Einstellung des Berichtenden gegenüber der zitierten Aussage signalisieren, sondern sogar, wie es in unserem Beispiel der Fall ist, zu einer Art sprachlich bewerkstelligten 'Geschichtsklitterung' führen. Es ist zwar nicht ausgeschlossen, jedoch mindestens unwahrscheinlich, daß der Begriff "radikal" der Diskurswelt der gemeinten Lehrer entstammt. Durch die Art wie das Zitat hier eingeleitet wird, wird die eigentliche (?) Äußerung der Lehrer jedoch in das politische Deutungsschema des BILD-Journalisten eingefügt. Das sprachliche Phänomen, mit dem wir es hier zu tun haben, ermöglicht, so können wir vielleicht abrundend formulieren, eine ähnliche "Unterdrückung der Zeitperspektive" wie Wimmer sie im Falle des Übergangs: "... von der Zuschreibung einer bestimmten Handlung zu einer bestimmten Person zur regelmäßigen Verwendung einer kennzeichnenden Bezeichnung wie ... *Terrorist* mit Bezug auf eine bestimmte Person, ...<sup>173</sup> konstatiert. Mit dem Unterschied, daß hier eine sprachliche Handlung jemandem, der sie vielleicht nicht vollzogen hat, zugeschrieben wird!

### 3. Textinterpretation unter pragmatischem Aspekt

Die Information 'politischer WDR-Redakteur' zieht die Aufmerksamkeit des Textinterpreten durch eine gewisse Redundanz oder 'Unmotiviertheit' auf sich. Weil sie sich so vom Text abhebt, verlangt die Information nach einer Interpretation, die darin besteht, herauszufinden, was im Text an dieser Stelle nur unterschwellig ausgesagt wird. Mit anderen Worten, es geht um die Bedeutung der betreffenden Angabe. Um diese Bedeutung zu fassen ist es notwendig, den weiteren Kontext zu berücksichtigen, d.h. pragmlinguistisch vorzugehen. Zum Kontext einer Aussage gehören sowohl außersprachliche Faktoren wie auch andere sprachliche Texte, wobei beide Komponenten in engster Beziehung zueinander stehen. Der sprachliche Kontext, der einem wiederum Zugang verschafft zum außersprachlichen, sei im Falle der Information 'WDR-Redakteur' durch einige Auszüge aus Zeitungsartikeln aus der ZEIT kurz vor dem Tod von K.H., aber auch aus der Sekundärliteratur aus dieser Zeit abgesteckt:

"Keine Frage subjektiver Beurteilung und des persönlichen Geschmacks ist es, daß die Führungspositionen des Kölner Senders überwiegend mit Freunden der jetzigen Regierung besetzt sind" (FNP 12.3.1975).

“Die CDU und der ‘Rotfunk’ ” (Schlagzeile; FAZ 12.3.1975)

“Hoch schlugen die Wellen der moralischen Entrüstung, ein politischer Orkan schien sich zusammenzubrauen, doch bevor ‘Klar Schiff zum Gefecht’ gerufen werden konnte, brach der Sturm im Wasserglas plötzlich zusammen. Die Affäre der letzten zehn Tage zwischen dem westfälischen CDU-Vorsitzenden Windelen und dem Westdeutschen Rundfunk in Köln sowie seinem Verwaltungsrat ist ein treffliches Beispiel dafür, wie die politische Szene im Vorfeld eines Landtagswahlkampfes durch Halb- und Unwahrheiten vergiftet werden kann, ohne daß irgend jemand für den angerichteten Schaden geradezustehen hätte. Die Chronologie des Falles Windelen läßt nur Blessierte zurück.

Am 22. Februar meldete die Deutsche Presse-Agentur, der Unionspolitiker habe auf einem Vertriebenenkongreß seiner Partei in Recklinghausen massive Kritik am WDR in Köln geübt und seine Rede in dem Satz gipfeln lassen: ‘Wir werden uns diesen Rotfunk nicht länger gefallen lassen.’ In dieser Funk- und Fernsehansicht, so Windelen laut Agenturbericht, hätten überwiegend Leute das Sagen, ‘die aus der ehemaligen APO kommen und nun antiparlamentarische Systemveränderung mit den technischen Möglichkeiten eines großen Senders betreiben’. Der WDR dürfe aber nicht zu einer Ausweichadresse für diejenigen werden, die wegen ihrer politischen Einstellung für den öffentlichen Dienst nicht in Frage kämen.

Diese und andere schwerwiegende Vorwürfe fanden großen Widerhall in den Tageszeitungen.” (FAZ 12.3.1975)

“Wie ist es zu dieser Entwicklung gekommen? Noch vor sechs Jahren war das Fernsehen bei allen Mängeln und Pannen des Deutschen liebstes Kind.

Doch seit Ex-Bundespräsident Heinemann 1969 die Aufforderung an alle gerichtet hatte, ‘die Dinge in Frage zu stellen’, wurden Rundfunk und Fernsehen zum Zentralorgan für Meckerer, Sektierer, Besserwisser und Ideologen. Artikulierte Unbehagen und gepflegte Rotfärbung wurde Trumpf auf allen Kanälen.” (BaS 11.5.1975)

Rotfunk oder Schwarzfunk?

Rote Tupper gibt es heute überall

“In die jetzt laufenden Wahlkämpfe ist auch der Rundfunk einbezogen worden, und das wird sich bis zum Tag der Wahlentscheidung über den neuen Bundestag, im Herbst 1976 wohl kaum noch ändern. Die härtesten Vokabeln in dieser Auseinandersetzung heißen ‘Rotfunk’ und ‘Schwarzfunk’. Als ‘rot’ wird in der Regel der WDR in Köln und als ‘schwarz’ der Bayerische Rundfunk bezeichnet — natürlich immer nur von jenen Parteien, die meinen, in diesen beiden Sendern hätten die Politiker von der Gegenpartei das große Wort.

Solche Bezeichnungen sind eingängig, und sie bleiben im Bewußtsein der Bevölkerung hängen.” (DT 11.4.1975)

“Auf einer Vertriebenen-Kundgebung der CDU in Recklinghausen am 22. Februar 1975 führte das Mitglied des Verwaltungsrates des WDR, Heinrich Windelen, nach Berichten zweier dpa-Korrespondenten aus: ‘Wir wollen

keinen Schwarzfunk in diesem Lande, aber wir werden uns nicht länger den Rotfunk gefallenlassen.<sup>174</sup>

In der Vergangenheit ist der Westdeutsche Rundfunk schon wiederholt in die politische Feuerlinie geraten. Jetzt, zehn Wochen vor einer entscheidenden Landtagswahl, liegt er unter Dauerbeschuß. Obwohl die CDU seit 1970 die stärkste Partei des Landes ist – eine Position, die sie am 4. Mai sicherlich ausbauen wird –, haben viele Hörer den Eindruck, der Kölner Sender habe dies noch nicht zur Kenntnis genommen." (FNP 12.3.1975)

Es lohnt sich, folgenden längeren Auszug aus einer offiziellen Stellungnahme von Seiten der CDU zu zitieren:

Der WDR im Meinungsstreit

In Ruhe über Ausgewogenheit diskutieren

Von Karl Hugo Pruys  
stellv. Sprecher der CDU

(DUD) Bonn, 21.4.1975

Der Westdeutsche Rundfunk ist ins Gerede gekommen. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen. Einige sind ausführlich in den Zeitungen, andere im Hörfunk behandelt oder doch wenigstens erwähnt worden. Wir wollen die Debatte der letzten Wochen nicht wiederholen; einige Feststellungen erscheinen aber notwendig. Nicht, weil die Unionsparteien partout "recht" behalten wollen mit ihrer vielfach im Wahlkampf geäußerten Kritik an bestimmten Vorgängen, Erscheinungen und Unverträglichkeiten im Kölner Funkhaus. Die Feststellungen sollen als "Klarstellungen" verstanden werden, weil es offenkundig immer noch Mißverständnisse darüber gibt, wo für die Union der eigentliche Ansatzpunkt ihrer Kritik liegt. (DuD 21.4.1975 – Deutscher Bundestag: Pressedokumentation)

Die verschiedenen Auszüge erübrigen jeden Kommentar; sie belegen u.a., daß 1975 der Rundfunk überhaupt und insbesondere der WDR Gegenstand heftiger öffentlicher Debatten waren. Sie belegen außerdem, daß die Schärfe dieser Kontroverse teilweise auf bevorstehende Wahlen zurückzuführen ist – die Kontroverse schlug sich im heiß umstrittenen Begriff des 'Ausgewogenheitsprinzips' nieder<sup>175</sup> –, aus ihnen kann man sich ungefähr einen Eindruck davon verschaffen, welche Texte – im weitesten Sinne, also einschließlich der öffentlichen Diskussion, die damals offensichtlich geführt wurde – zur Zeit kursierten und infolgedessen den Hintergrund abgeben, vor dem unser zur Diskussion stehender BILD-Bericht gesehen werden muß. Die Angabe, daß K.H.'s Vater "politischer WDR-Redakteur" war, ist eindeutig in den durch die oben angeführten Auszüge veranschaulichten Informationszusammenhang eingebettet. Ein späterer Rezipient eines solchen Textes kann ihn eigentlich nur durch eine Kontexterarbeitung, wie wir sie hier versucht haben, verstehen – wobei die Analyse und somit sein Verständnis immer partiell bleiben werden.

4. Ein – bestimmt nicht – letztes Wort zum Thema ‘Gruppe’ oder ‘Bande’; ein Exkurs über die Moral in der politischen Semantik

Wir fanden im Zusammenhang mit dem Wort “Chaoten” in unserer Analyse des Berlin-Besuchs von Ronald Reagan (s. Analyse Nr. 5) Anlaß zu einer Reihe von Überlegungen zum Begriff des ‘Wertwertes’. In der Bundesrepublik ist ein solches, auf den ersten Blick eher fachwissenschaftlich anmutendes Gespräch sogar einmal in der Öffentlichkeit geführt worden, als sich 1974/75 die Gemüter über die angemessene Bezeichnung der politischen ‘Baader-Meinhof-Gruppe’ erhitzten. Bei der Auseinandersetzung ging es darum, ob in den Medien, im Bundestag usw. die Baader-Meinhof-Leute ‘Gruppe’, ‘Bande’ oder gar ‘kriminelle Vereinigung’ genannt werden sollten.<sup>176</sup> Die Befürworter der Bezeichnung ‘Bande’ – angeführt von einer nicht minder angesehenen Person als der des seinerzeitigen Oppositionsführers Carstens – wiesen das Argument derjenigen, die ‘Gruppe’ bevorzugten und die sich bei dieser neutraleren Bezeichnung auf das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit beriefen, mit Begründungen wie der folgenden zurück:

“Meine Damen und Herren, das Rechtsstaatlichkeitsprinzip hindert uns nicht daran, einen Spion einen Spion zu nennen, obwohl das Wort Spion seit langer Zeit aus dem Text des Strafgesetzbuches verschwunden ist. Dieses Prinzip hindert uns auch nicht daran, eine kriminelle Bande auch kriminelle Bande zu nennen.”<sup>177</sup>

Diese schwer verständliche Behauptung könnte man eigentlich gegen den Redner selbst wenden, denn in ihr gibt er, ohne es selbst zu bemerken, der gegnerischen Seite recht. Mit anderen Worten, einen Spion kann man einen Spion nennen nicht obwohl, sondern eben weil der Begriff ‘Spion’ seit langer Zeit aus dem Text des Strafgesetzbuches verschwunden ist. Selbstverständlich hätte man es auch tun können, als das Wort noch im Strafgesetzbuch stand. Aber – und hierin liegt der springende Punkt – nicht ohne gegen ein Prinzip zu verstoßen, das wir eben mit dem Begriff ‘Rechtsstaatlichkeit’ bezeichnen. Denn ‘Spion’ wäre dann im semantischen System der deutschen Rechtssprechung verankert, was u.a. heißt, daß keiner so bezeichnet werden darf – jedenfalls nicht in unseren öffentlichen Institutionen –, ehe er nicht für schuldig befunden worden ist. Daß man sich in der vielbeschworenen Alltagssprache über eine solche gedankliche Sorgfalt hinwegsetzt – vielleicht manchmal hinwegsetzen muß –, ändert nichts an der Tatsache, daß ein Rechtsstaat – wobei die Betonung auf dem ersten Teil des Kompositums liegt – einen so verstandenen ‘normalen deutschen Sprachgebrauch’ (= ‘Bande’) nicht billigen darf. Daß Carstens und viele andere diesem Sprachgebrauch frönten, sagt sehr viel über die Natur der politischen Sprache aus, in der

Vor-Urteile und im wahrsten Sinne des Wortes 'Parteinahme' gang und gäbe ist. Wenn es schon so etwas wie den normalen deutschen Sprachgebrauch gibt, dann muß man der in ihm enthaltenen Ideologie mit derselben kritischen Einstellung gegenüberstehen wie sie im Falle des 'gesunden Menschenverstandes' angebracht ist.

Dieselbe Freiheit in der nicht-fachsprachlichen Benennung der ihn umgebenden Realität – einschließlich politischer Tatbestände – hat jeder. Das sieht man auch an dem variierenden Gebrauch 'Bande-Gruppe' in den uns vorliegenden Zeitungsartikeln. Betz' Argument: "Hier sind also alle Voraussetzungen für das gegeben, was im normalen deutschen Sprachgebrauch Bande und nicht Gruppe genannt wird."<sup>178</sup> verwischt den Unterschied zwischen zwei Diskurswelten – der des Alltags und der des Rechts – und plädiert dafür, daß man als verantwortlicher Politiker auch in politischen Äußerungen, die in politischen Situationen getan werden, sich eine Sprache zu eigen macht, in der Urteile enthalten sind, die nach dem Rechtsstaatlichkeitsprinzip noch nicht gefällt worden sind. Wie wir sehen, stehen ihm hierin einige Zeitungen auch nicht nach.

#### 4. Geistesgestörter oder Penner?

Anhand der beiden zitierten Artikel s. Anhang läßt sich gut nachweisen, wie aus einem Ereignis, dem auf den ersten Blick keine besondere politische Bedeutung zuzukommen scheint, dennoch politisch-ideologisches Kapital geschlagen wird. Der Sachverhalt läßt sich so zusammenfassen: Jemand, der in das Schloß Charlottenburg in Berlin eingebrochen war, hat sich, nachdem er dort Schäden anrichtete, der Polizei gestellt. Die Interpretation dieser Nachricht in den beiden Zeitungen fällt jeweils ganz anders aus.

Als erstes sei vermerkt, daß weder BILD noch die SWP die Formulierung *sich stellen* gebraucht. Aus rechtlicher Sicht ist diese Sachlage jedoch äußerst wichtig, kann sogar als mildernder Umstand gewertet werden. Das Fehlen des angemessenen rechtlichen Begriffs dürfte für die Berichterstattung über Kriminalfälle im allgemeinen kennzeichnend sein. Solche Fälle werden häufiger moralisierend oder gar ideologisierend dargestellt; in unseren Texten wird der Sachverhalt Einbruch zu einer Art Unterhaltung (Spukgeschichte) umstilisiert (SWP) oder es tritt eine nur 'implizit' mitgeteilte politische Dimension hinzu (BILD). Im folgenden beschränken wir uns auf einen Aspekt dieses im weitesten Sinne ideologischen Moments.

Die Ideologie steckt vor allem in den beiden verschiedenen Benennungen des Täters, denn in diesen Benennungen liegen zugleich ganz andere Auffassungen über die Motive für die geschilderte Tat. Durch die Schlagzeile knüpft der SWP-Reporter an die literarische Tradition der Gespenstergeschichten an ("Spuk", "nächtlich", "Kerzenschein", "Messe"), jedoch dient dieser Aspekt offensichtlich nur als Blickfang, denn er tritt im Laufe der Erzählung immer weiter zurück oder fließt mit anderen Zügen zusammen, die dem ganzen einen gewissen humoristischen Ton verleihen. Dieser Ton entsteht besonders durch die Kontrastwirkung zweier getrennter Bedeutungsbereiche, wobei der Kontrast in dem Bild des Gastgeschenks gipfelt. Der Verfasser selbst hebt durch den Gebrauch von Anführungszeichen die Bedeutung seiner Metapher hervor. Und auf ähnliche Weise wird durch "Messe" die Fiktionalisierung des zugrundeliegenden Stoffs herausgestrichen.

Im Rahmen dieser leicht mittelalterlich verbrämten Story suggeriert der Verfasser des SWP-Texts ganz bestimmte Gründe, weshalb "Reinhard W. aus Berlin" so gehandelt hat. Außer daß er ein Arbeiter ist, erfährt der Leser, daß es sich um einen offenbar geistig verwirrten und wahrscheinlich auch angetrunkenen Mann gehandelt habe, wobei der vielleicht nur vorübergehende Zustand der geistigen Verwirrung in der zweiten Schlagzeile in einen psychologischen Dauerzustand gesteigert wird ("Geistesgestörter"). R.W. ist von vornherein, wenn man das juristisch sieht, eigentlich nicht voll zurechnungsfähig gewesen, und dieser Zustand wurde zusätzlich durch Alkoholeinnahme verstärkt. Entsprechend dieser Deutung der Beweggründe werden die angerichteten Schäden als das Resultat sinnloser Zerstörungswut bewertet: Ein Geistesgestörter handelt eben nicht sinnvoll. Der SWP-Bericht enthält sonst weder explizit noch implizit Hinweise dafür, warum R.W. in das Schloß eingebrochen ist.

Anstelle der lustigen Erzählperspektive finden wir im BILD-Text einen anderen und zwar viel ernsthafteren Ton. Das erzählerische Gestaltungsprinzip ist auch hier der Kontrast, jedoch ein ganz anderer als der im SWP-Bericht. Schon die Schlagzeile verrät, worauf es dem Verfasser des BILD-Berichts ankommt, nämlich auf die Gegenüberstellung "Penner" (gesteigert durch "hausen") und "Großer Kurfürst", "Berliner Schloß" usw. Sowohl die Figur des Täters wie auch das Schloß selbst haben hier einen ganz anderen Stellenwert als im SWP-Text: Reinhard W. wird zum Inbegriff des Assozialen, des außerhalb der Gesellschaft Stehenden schlechthin, das Schloß, in dem er zu "hausen" wagt, zum Symbol der Berliner Tradition. Nicht von ungefähr fehlt im BILD-Text die Be-

zeichnung 'Arbeiter'; eine Zeitung, die vorgibt, die Interessen einer bestimmten Schicht zu vertreten, wird selbstverständlich nicht einzelne Vertreter dieser Schicht als Kriminelle darstellen. Ähnlich wie die Bezeichnung "Geistesgestörter" liefert auch "Penner" gleich eine Erklärung für das Delikt, sowie auch für R.W.'s anschließenden "Besuch" (dieser Begriff geht auf die Gast-Metapher in der SWP zurück!) im Polizeirevier.

"Penner" sind eben nicht Wohnsitzlose, Nichtseßhafte oder Unterkunftslöse; sie sind auch nicht etwa Menschen, die möglicherweise "durch Arbeitslosigkeit in Armut und Wohnsitzlosigkeit" (ZEIT, 15.7.1983, Seite 37) geraten sind, sondern sie sind — dies legt der Begriff selbst nahe — (Unter-)Menschen, die, weil sie an ihrem jetzigen Lebenswandel selbst schuldig sind, Gegenstand allgemeiner Verachtung sind: "Nur weil sie P e n n e r sind?" (ZEIT-Schlagzeile). Das Ideologische an solchen Benennungspraktiken faßt Murray Edelman treffend zusammen indem er schreibt:

"Die Art und Weise, auf die der Beobachter politische Ereignisse wahrnimmt, definiert ihn ebenso sehr, wie er sie definiert. Einen wegen Körperverletzung verurteilten Gefangenen als Psychopathen oder als Opfer der Armut ansehen heißt, seine eigene psychologische und politische Haltung mindestens ebenso definitiv wie die des Gefangenen zu identifizieren."<sup>179</sup>

"Wie das Problem bezeichnet wird, umfaßt alternative Szenarien, Fakten, Werturteile und Emotionen."<sup>180</sup>

Der Begriff 'Penner' müßte über einen längeren Zeitraum in verschiedenen Zeitungstexten gesondert untersucht werden, so daß seine gesamten Assoziationsfehler erfaßt werden könnten. Es ist z.B. wahrscheinlich, daß die politisch radikalen Studenten in den siebziger Jahren aufgrund von solchen Äußerlichkeiten wie Barttragen usw. in Teilen der deutschen Presse als 'Penner' abgetan und somit gleichsam für vogelfrei erklärt wurden. Dieser Verdacht erhält Unterstützung durch das Zitat, das im BILD-Text diesem "Penner" in den Mund gelegt wird. Während R.W. laut SWP gesagt haben soll: "Dies ist ein Geschenk für Sie. Ich war eben im Schloß Charlottenburg", werden seine Worte hier in eine Beleidigung der Polizei umgemünzt. Der geistige Ursprung des Begriffs 'Bulle' wird der Leserschaft eines Blattes wie BILD bekannt sein — bekanntlich war das Wort eine Verachtung ausdrückende Bezeichnung besonders seitens der damaligen linken Studenten — und solche Vorkenntnisse fließen unweigerlich in die Interpretation eines solchen Textes ein. Trew formuliert einen ähnlichen Gesichtspunkt so:

„... hier wird auf Probleme Bezug genommen, mit denen man sich seit Jahren beschäftigt, wie z.B. 'Jugend', 'Rasse' und 'Kriminalität'. Die Bedeutung der Leitartikel über den NOTTING HILL CARNIVAL [ein von Westindern in London gefeierter Karneval: C.G.] im Jahre 1977 besteht teilweise aus der vergangenen Behandlung dieser Themen in den Zeitungen und anderen Medien; dies geht soweit, daß die Bedeutung entweder durch die Artikel selbst rekonstruierbar ist, oder daß sie die Bedeutung der Wörter und die Art und Weise, auf die die Leser die Wörter verstehen, beeinflußt.“<sup>181</sup>

Auch wenn er nicht unbedingt Student zu sein braucht, wird derjenige, der den Begriff 'Bulle' verwendet, der linken Szene zugeordnet. Die Taten eines solchen Täters sind also nicht etwa einfach Delikte, sondern subversive, gegen die Gesellschaft gerichtete Handlungen. In diesem Fall geben Polizei und Schloß die Gesellschaft ab!

Aus diesem einfachen Stoff wird also ein Vorgang, der sich in die rechtslastige Deutung der Realität insgesamt, aber auch im engeren Sinne in die Berlin-Perspektive nahtlos einfügt. Der besondere Wert, den der Erzähler dieser BILD-Geschichte auf seine assoziale Penner-Figur legt, drückt sich in der Struktur der Erzählung darin aus, daß die Bezeichnung "Penner" dort wiederholt wird, wo man eher eine neutrale Bezeichnung erwartet hätte (vgl. "Bevor der 34jährige ..." (SWP, letzter Absatz) gegenüber "Zuletzt ging der angetrunkene Penner ..." (BILD, letzter Absatz)); eine solche Ausführlichkeit bildet einen Verstoß gegen eine Textstruktur, die sich an die Regeln der Kohärenz hält.

Der oben erwähnte Kontrast wird auch in der Schlagzeile durch das Wort "hausen" gesteigert, wobei die Zweideutigkeit dieses Wortes (*wohnen*, '(fig.) Zerstörungen anrichten': Wahrig) äußerst wirksam ist. Die BILD-Auffassung des Sachverhalts kommt auch in der Formulierung "Achtlos fegte er ... eine Vase ... auf den Parkettboden". Weil er Penner ist, handelt R.W. nicht sinnlos (SWP), sondern eben achtlos, d.h. erstens hätte er anders handeln können, und zweitens zeigt er keinen Respekt vor der ehrwürdigen Tradition. Die eigentlich überflüssige Angabe Parkettboden – statt etwa nur Boden verdichtet die Information und erhöht somit den Schockeffekt, der durch seine Achtlosigkeit hervorgerufen wird. Das Symbolhafte am Schloß schafft der BILD-Journalist auch durch seinen Adjektivgebrauch; man vergleiche:

#### SWP

"von unschätzbarem Wert"

#### BILD

"im schönsten Gebäude Berlins"  
 "in der herrlichen Eichengallerie"  
 "mit einer wundervollen Vase"

Da die BILD-Adjektive nicht einfach beschreiben, sondern Urteile ästhe-



tischer (nicht verifizierbarer) Art enthalten, wird der Leser selbst zu einem Urteilenden, der die Empörung des Journalisten teilt. Die Retardierungsintention, die unübersehbar in der Struktur: "... im schönsten Gebäude Berlins, dem Charlottenburger Schloß" vorliegt, dient auch dazu, die Bedeutung dieses Schauplatzes zu betonen.

## 5. Reagan-Besuch in Berlin

Am 11. Juni 1982 flog der amerikanische Präsident, Ronald Reagan, in Begleitung seiner Frau zu einem Besuch nach Berlin. Wie unverbindlich sie auch scheinen mag, schon diese einfache Formulierung birgt eine bestimmte Deutung des Sachverhalts in sich. Um nur zwei Punkte herauszugreifen: 1. Selbstverständlich flog das Ehepaar nicht allein, sondern war von einem großen Gefolge von Beratern, Leibwächtern u.a. umgeben; 2. Reagan besuchte ja nicht Berlin, sondern je nach Auffassung eines eventuellen Beobachters, 'Westberlin', 'die Westberliner', 'Teile der westberliner Bevölkerung', 'die in Westberlin stationierten Amerikaner' usw.

Zwei einfache Beispiele also, die ahnen lassen, welches Potential in diesem Stoff steckt, über den die Presse am 12. Juni berichtet. Wir besprechen im folgenden Artikel aus einer Reihe von Zeitungen: BILD, BeZ, SZ, FR, WELT, ND. Unsere Diskussion beschränkt sich auf gewisse Ereignisse aus dem Umfeld des Reagan-Besuchs, die verschiedentlich als 'Ausschreitungen', 'Tumulte', 'verbotene Demonstration' und dergleichen mehr bezeichnet wurden.

### Einleitende Bemerkungen

Die Fixiertheit der Nachrichtenmedien im allgemeinen auf ein einmaliges, zeitlich begrenztes Phänomen führt auch in diesem Falle dazu, daß die Vorkommnisse am 11. Juni relativ zusammenhanglos dargestellt werden. Im Mittelpunkt aller Berichte stehen folglich entweder der Besuch Reagans — sein Auftritt, das Jubeln der Zuschauer usw. —, oder die unmittelbare Reaktion einer bestimmten Gruppe von Menschen auf seine Ankunft. Dabei werden insbesondere die Motive der Demonstrierenden weitgehend verschwiegen, die Darstellung ihrer Handlungen hauptsächlich im Sinne des Konflikts gehalten, wobei die verschiedenen Berichte die beiden Kontrahenten anders bewerten. In einigen Fällen tritt das Moment der Illegalität sehr stark in den Vordergrund. Weitergehende Erklärungen oder Deutungsschemata werden nicht geboten, mit der einzigen Ausnahme, daß im WELT-Bericht — hierin übrigens dem ND-Bericht ähnlich — ein 'Bürgerkrieg' heraufbeschworen wird.

Erwartungsgemäß fehlt dieser Begriff, der doch die Möglichkeit akzeptiert, es könne eine nicht-homogene Gesellschaft geben, bei den beiden Kaufzeitungen BILD und BeZ.

Es lassen sich in den westlichen Versionen zwei verschiedene Grundtendenzen ausmachen: Bei einigen Zeitungen werden mehr die handelnden Personen betont (z.B. "Chaoten brennen, plündern", "Chaoten kamen aus dem Bundesgebiet" (BILD); "Demonstranten gingen mit Steinen gegen die Polizei vor" (WELT)), bei anderen hingegen wird tendenziell eher von den Handelnden abstrahiert (z.B. "Bei den Auseinandersetzungen wurden Barrikaden errichtet" (FR), "Schwere Tumulte beim Besuch in Berlin" (SZ)). Dieser Grundunterschied schlägt sich in vielen anderen Aspekten der sprachlichen Verarbeitung des 'Reagan-Stoffs' nieder, von denen einige unten eingehender dargestellt werden sollen.

Was die Fakten betrifft, ist eine interessante Beobachtung zu machen: Der Brand, der in einem Kaufhaus ausbrach, wird in der WELT der mangelhaften Treffsicherheit eines Polizeischützen zugeschrieben. Die entsprechende Stelle sieht in zwei Berichten anders aus: "Auch in einem Möbelhaus wurde Feuer gelegt" (SZ) – "Am Nollendorfplatz wurde ein Möbelhaus in Brand gesteckt" (FR).

Die Passivform in beiden Fassungen ermöglicht es dem jeweiligen Journalisten, sich bezüglich der Ursache des Feuers eines expliziten Urteils zu enthalten. Die Art und Weise, wie beide Sätze in ihren respektiven Kontext eingebettet sind, räumt jedoch etwa bestehende diesbezügliche Zweifel aus. Besonders trifft dies auf den SZ-Text zu: "Demonstranten stürmten ... zertrümmerten ... schlepten ... zündeten an... Auch wurde Feuer gelegt." Durch ihre dramatisierende Fassung legt der BILD-Bericht den Schluß nahe, es habe sich um vorsätzliche Brandlegung gehandelt: "Flammen züngelten davon."

Die Gegensätzlichkeit dieser Erklärungen könnte vielleicht einfach auf falsche oder fehlende Information zurückzuführen sein, die Unterschiede zwischen den verschiedenen Versionen, denen wir uns jetzt zuwenden, jedoch bestimmt nicht. Sie betreffen vor allem den Ort des Geschehens, die 'Demonstrierenden' – wir bleiben uns der Deutung bewußt, die in dieser Bezeichnung enthalten ist –, und die Polizei, die Handlungen beider, sowie die zentrale Frage nach Ursache und Wirkung bei den Geschehnissen.

## Der Ort des Geschehens

“Berlin bleibt doch Berlin” (BILD-Schlagzeile): Indem er das alte Lied anstimmt, hat Reagan es offensichtlich auf mehr als nur Effekthascherei abgesehen. Er berührt damit einen Grundakkord im Ost-West-Verhältnis. Auf die Frage eines Reporters, ob Berlin “jemals wieder eine Stadt sein werde” (WELT), ist seine Antwort “Ja”. Diesem künftigen Zustand wird hier schon sprachliche Rechnung getragen: Der Ort des Geschehens wird in den westlichen Presseorganen durchgängig “Berlin” genannt (so z.B. in den Schlagzeilen bei der SZ: “Schwere Tumulte ... in Berlin” und bei der FR: “Gewalttätige Demonstranten zündeten in Berlin auch Autos an!”).

Diesem Sprachgebrauch steht im ND-Bericht eine ähnlich einheitliche gegenüber. Die Bezeichnung “Westberlin” (Schlagzeile) wird in den verschiedensten Wendungen beibehalten: “Westberlin” (5 mal), “Berlin-West”, “Westberliner Innenstadt”, “Westberliner Stadtgebiet”, “Westberliner Polizei”, “im Citybereich Westberlins”. Nicht ein einziges Mal verfällt der Verfasser dieses Texts dem Irrtum, den Sprachgebrauch der anderen Seite zu verwenden. Diese Sorgfalt bezeugt den ideologischen Gehalt der beiden Ausdrucksweisen, die gleichsam den jeweiligen ideologischen Hintergrund der dargestellten Geschehnisse bestimmen. “Berlin” erhält den Gedanken an eine Wiedervereinigung Deutschlands am Leben; daher sind die Aktionen des randalierenden ‘Mobs’ nicht nur gegen Reagan gerichtet (s. unten), sondern gegen Deutschland. Da die Vereinigten Staaten dem Ostblock feindlich gegenüberstehen, sind gegen “Westberlin” gerichtete Maßnahmen von vornherein legitimiert.

## Die an den Ausschreitungen Beteiligten

Die Personen, deren Handlungen in den zur Diskussion stehenden Berichten geschildert werden, beteiligen sich – das steht einwandfrei fest – an einer gerichtlich verbotenen Demonstration. Die Frage drängt sich da auf: Ist jemand, der an einem verbotenen Aufzug teilnimmt, noch als Demonstrant zu bezeichnen? Das ND, das hier allerdings nicht von einem Verbot spricht, sondern von einem “Versuch des Senats ... Demonstrationen nicht zuzulassen” und somit auf ganz subtile Weise die in Frage kommende Gerichtsbarkeit sprachlich leugnet, gibt auf diese Frage eine eindeutige Antwort. Das Wort “Demonstranten” taucht in seinem Bericht häufig auf: “Zusammenstoß zwischen Demonstranten und der Senatspolizei” (Schlagzeile), “Die Polizei ging mit Tränengas gegen die Demonstranten vor.” “... zogen Tausende von Demonstranten über den Kurfürstendamm”.

Dadurch, wie auch durch die Benennung der Handlungen im ND, wird der politische Aspekt des Geschehens hervorgehoben. In den westlichen Texten ist in dieser Hinsicht ein viel abwechslungsreicherer Sprachgebrauch zu finden. Mit nur einer Ausnahme – offenbar hält die FR den Begriff 'Demonstrant' für angemessen, obwohl sie dann, im Gegensatz zum ND auch Details über den angerichteten Schaden bringt, legen sie alle Bedenken an den Tag, indem sie angesichts der zu beschreibenden Realität den Begriff selbst semantisch einschränken oder ihn durch kontextuelle Synonyme ersetzen. Die FR spricht durchgehend von "Demonstranten", die SZ nimmt zwar zweimal mit diesem politischen Begriff Bezug auf die betreffenden Personen, gewinnt ihnen gegenüber jedoch eine gewisse Distanz, indem einmal von "Jugendlichen" die Rede ist und sonst von "(jugendlichen) Teilnehmern einer Demonstration" und von "(jungen) Menschen, die dem Demonstrationsaufruf ... gefolgt waren".

Die anderen Zeitungen, die wir besprechen, gehen, unter diesem Aspekt gesehen, viel weiter, wobei sie anhand der verschiedenen Benennungspraktiken dem Geschehen mehr oder weniger einen politischen Sinn absprechen. Die BeZ gesteht nur in der klar als Zitat zu erkennenden Aussage eines Politikers den Teilnehmern 'politischen Status' zu ("reisende Demonstranten"), weist jedoch durch die Verbindung *sogenannt* + Nomen, wie auch durch den Gebrauch von Anführungszeichen (s. Bildunterschrift) auf den Unterschied zwischen dieser offiziellen Semantik und ihrer eigenen hin. Durch den Begriff 'Terrorist' ("maskierte Terroristen"; man bemerke hier auch den Unterschied zwischen "maskiert" und "vermummt"!)) wird das Geschehen unter einem ganz anderen politischen Aspekt gesehen; die beteiligten Personen werden – die Interpretation klingt auch in anderen Berichten an: vgl. "Terror" – durch die Verbindung zum Begriff 'Terrorismus' pauschal als subversive Elemente abqualifiziert. Nach der Art von expliziter Begründung, sowie sie nach Stoetzel<sup>182</sup> zur bewußten Reflexion über eine gegebene Bezeichnung notwendig ist, sucht man im BeZ-Text vergebens (überlegt werden müßte, ob z.B. jemand, der etwa Geschäfte plündert, 'Terrorist' genannt werden darf/soll, bzw. welcher Zweck verfolgt wird, wenn dieser jemand so genannt wird. Andere Analysen scheinen zu bestätigen, daß der Begriff 'Terrorismus' besonders in der Boulevard-Presse referentiell gewaltig ausgedehnt worden ist. (Auf die anderen Bezeichnungen in der BeZ ("Straßenmob", "Killer" etc.) soll nur im Vorübergehen hingewiesen werden.)

Den Berichten in der WELT und in der BeZ ist gemeinsam, daß in beiden eine Art kontextuelle Definition stattfindet. Der WELT-Bericht gesteht

dem Aufzug einen gewissen politischen Sinn zu und verwendet entsprechend dieser Sehweise den Begriff 'Demonstrant' (z.B. im ersten Absatz). Jedoch ist durch den ganzen Bericht hindurch eine gewisse Vagheit in Bezug auf das referentielle Verhältnis zwischen den Demonstranten einerseits und den Krawallmachern und Chaoten andererseits zu verzeichnen; dies hat zur Folge, daß der Begriff 'Demonstranten' negativ aufgeladen wird. Trotzdem geht der Verfasser des WELT-Berichts nicht so weit, diese Krawallmacher nur als plündernden Mob abzutun; er erwähnt sogar die Organisiertheit (vgl. "taktische Anweisungen", Absatz 6). Zwei weitere Formulierungen im WELT-Bericht verdienen unsere Aufmerksamkeit: 1. die Verbindung "gewalttätige Demonstranten"; 2. "die zur Gewalt bereiten Chaoten". Sicherlich sind im ersten Falle die normal zu erwartenden Bedingungen, die Anwendung von gewalttätig betreffend, auch in Wirklichkeit erfüllt (Steinewerfen, Plünderungen usw.) Wegen des Kontextes scheinen jedoch hier schon Zweifel angebracht: Waren wirklich alle "2000 Demonstranten" im beschriebenen Sinne gewalttätig? Die Wendung enthält, auch wenn sie in mancher Hinsicht unanfechtbar ist, mindestens eine starke Vereinfachung der Verhältnisse. Noch größere Skepsis ist bei unserem zweiten Beispiel geboten. Denn die Formulierung "zur Gewalt bereit" bezieht sich nicht auf schon wahrgenommene Tatbestände, sondern auf noch nicht verwirklichte. Insgesamt fügen sich die verschiedenen Ausdrücke im WELT-Bericht zu einem äußerst tendenziösen Bild aller Demonstranten zusammen.

Für die BILD-Zeitung gilt dies in noch größerem Maße. Die zentrale Bezeichnung ist hier "Chaoten"; mittels dieses sehr pejorativen Begriffs werden alle Beteiligten als unsinnige Störer dargestellt, deren Aktionen gleichsam nur um ihrer selbst willen und daher un- oder apolitisch sind. (Vgl. im Gegensatz dazu die Bezeichnung "Mitglieder anarchistischer Gruppen" in einem Bericht des nicht abgedruckten TS vom 12.6.1982, der sonst mit ebenso viel Empörung über die Handlungen der Demonstranten berichtet wie die BILD-Zeitung.) Schon allein durch den Gebrauch des Begriffs "Chaot" nimmt die BILD in einem sich als Bericht — nicht etwa als Kommentar — gebenden Artikel zu den beschriebenen Vorfällen Stellung; sie disqualifiziert die 'Demo' gänzlich, indem sie ihr jede politische Grundlage entzieht. Die große Bedeutung, die diesem Begriff im BILD-Text zukommt, geht nicht nur daraus hervor, daß "Chaot" sowohl in beiden Schlagzeilen als auch wieder im ersten Absatz vorkommt, sondern auch, daß das Wort drei verschiedenen Mitgliedern der betroffenen Bevölkerung in den Mund gelegt wird. Dadurch läßt der Verfasser den Eindruck entstehen, die Zeitung würde in einem solchen Fall nur den Sprachgebrauch des Durchschnitts-

bürgers widerspiegeln. Aber auch die umgekehrte Möglichkeit müßte ins Auge gefaßt werden, nämlich daß wir mit einem Phänomen konfrontiert sind, das von Sabin – wir können seine Ausführungen in leicht abgewandelter Form auf das Verhältnis Presse – Öffentlichkeit beziehen, – schon im vorigen Jahrhundert wie folgt beschrieben wurde:

“Tatsächlich sehen wir aber auch, wie den Parteien, bevor eine Sache im Parlament zur Verhandlung kommt, in der Presse die Direktiven gegeben werden, und mit Staunen bemerken wir, wenn wir die Reden hören oder lesen, fast genau die Sprache, die vorher in den Zeitungen geführt worden ist.”<sup>183</sup>

Die Frage ist sicherlich berechtigt, ob nicht die ‘Volkssprache’ vom Sprachgebrauch in der Presse nicht nur beeinflusst, sondern sogar teilweise gesteuert, vielleicht gar erst durch sie geschaffen wird. Mindestens läßt sich mit gutem Grund argumentieren, daß durch die ‘Pressesprache’ bestimmte, auch stark negative Assoziationen hervorrufende Ausdrücke durchaus zur sprachlichen Norm erhoben werden können. Die potentielle Normalität solch stark interpretierender Begriffe ist im BILD-Bericht auch darin zu sehen, daß “Chaoten” nicht etwa in einem Urteilssatz steht (wie z.B.: “ich finde, das sind Chaoten”, “ich/wir bezeichne(n) solche Leute als ‘Chaoten’”), sondern in einfachen Aussagesätzen: “2100 Chaoten kamen aus dem Bundesgebiet”, “Polizei und Staatsschutz zählten rund 2100 Chaoten ...”.

Das Wesen meines Arguments trifft Edelmann in folgendem Auszug, in dem es um die sprachlichen Eigenschaften der ‘public language’ (Bernstein) geht:

“Der Test besteht nicht nur darin, ob Aussagen unvollständig sind, sondern darin, ob sie deshalb unvollständig sind, weil sie bezüglich dessen nicht explizit sind, was als selbstverständlich angesehen werden kann. Der Test für diese Volkssprache (public language) liegt im unqualifizierten Anwenden eines jeden Ausdrucks, der das Verdienstmaß einer Person oder einer Gruppe spezifiziert. Ausdrücke des Grades, die die Prämissen eines Sprechers darlegen, werden ausgelassen, weil sie das aufzeigen, womit die Sprecher nicht konfrontiert werden wollen.”<sup>184</sup>

Demnach wäre die Sprache der sogenannten Boulevard-Zeitungen, aber eigentlich ideologische Sprache überhaupt, als eine besondere Ausprägung des ‘restringierten Codes’ anzusehen.

Angesichts dieser Überlegung konstatiert man mit einiger Verwunderung, daß der Begriff ‘Chaot’ auch von offizieller Seite zu hören ist: Laut dem TS hat die Gewerkschaft der Polizei in einer Stellungnahme betont, daß Berlin “nicht durch Chaoten in ein Schlachtfeld verwandelt” werden dürfe. Beim Begriff ‘Chaot’ bleibt es nicht bei einer Beur-

teilung der beschriebenen Aktionen als gesetzeswidrig — das sind sie nun allemal. Diese Perspektive ist in einigen anderen Berichten in solchen Vokabeln wie 'Kriminelle', 'Täter' usw. durchaus vorhanden —, sondern in diesem Begriff gipfelt der Hang zur Entpolitisierung des Sachverhalts, der sich an vielen Stellen in unseren Texten bemerkbar macht.

Der letzte Punkt, mit dem wir uns in diesem Abschnitt beschäftigen wollen, betrifft die referentielle Ungenauigkeit, von der oben schon die Rede war. Sogar in den neutralsten Berichten herrscht bezüglich der Unterscheidungen zwischen gewalttätigen und nicht-gewalttätigen Demonstranten einige Unsicherheit. Der Verfasser des FR-Berichts z.B. drückt sich hier anfangs sehr sorgfältig aus — z.B. in "... Demonstranten, die sich mit der Polizei *t e i l w e i s e* regelrechte Straßenschlachten liefern" (Hervorhebung von mir: C.G.) —, wählt dann aber in der zweiten Schlagzeile eine viel losere Ausdrucksweise — "Gewalttätige Demonstranten zündeten ..." — und läßt im zweiten Absatz auf den einleitenden Satz: "... wo sich rund 2000 Demonstranten versammelt hatten ..." diesen Satz folgen: "Die Demonstranten stürzten vier Autos um und setzten sie in Brand." (Vgl. im SZ-Bericht die einschränkende Fassung: "Mehrere hundert jugendliche Teilnehmer ..." gegenüber den beiden Formulierungen: "... sich etwa 2000 junge Menschen versammelt hatten ..." "Die Polizei ging ... gegen die militante Menge vor.")

In einigen anderen Berichten sind die genauen Verhältnisse noch verschwommener dargestellt. In der BILD z.B. heißt es — nach der Schlagzeile "Chaoten brennen, plündern" — rundheraus:

"Rund 2000 Chaoten ... lieferten sich mit der Polizei eine blutige Schlacht." (vgl. im WELT-Bericht, den quantitativ nicht weiter differenzierten Begriff "vermummte Schlager")

"Auf ein Haus haben Chaoten ... gesprüht."

Oder es wird ein Bürger zitiert: "... als die Chaoten kamen", sagte Geschäftsführer Hartmann." "Die haben die Holzverschalungen runtergerissen'."

Diese referentielle Zweideutigkeit ist keine Eigenschaft eines einzelnen Worts, sondern sie entsteht aufgrund des Realitätsbezugs des ganzen Texts. Um dies zu veranschaulichen, sei auf die verhältnismäßig klare Formulierung hingewiesen:

"2000 Demonstranten sind eingekesselt, *v i e l e v e r m u m m t*." (Hervorhebung von mir: C.G.)

Weil jedoch im Text insgesamt, kontextuell also, *Demonstrant* mit *Chaot* gleichgesetzt wird, und weil gleich anschließend an die zitierte Stelle im Text von den "Chaoten" die Rede ist, liegt die Lesart am nächsten, daß die Verbindung *vermummt* + *Demonstrant* (z.B. "das schrille Gebrüll der vermummten Demonstranten") sich referentiell auf alle Beteiligten bezieht. Der Eindruck wird auch dadurch verstärkt, daß das Pronomen *sie* (linke Bildunterschrift: "Sie haben geplündert und gewütet") dank dem Zusammenspiel von Bild und Text am ehesten als auf alle 2000 Demonstranten bezogen verstanden wird. Dasselbe Pronomen referiert jedoch auch auf die abgebildeten "vermummten Gestalten". Schließlich sei in diesem Zusammenhang auf den BeZ-Bericht verwiesen: Der Text suggeriert referentielle Identität im Falle folgender Ausdrücke: "Straßenmob, maskierte Terroristen, 2500 Chaoten, reisende Demonstranten".

### Die Handlungen der Demonstrierenden

Es versteht sich, daß es im Interesse des ND liegt, die Ereignisse am 11. Juni so politisch wie möglich erscheinen zu lassen. Die Demonstranten, von denen oben die Rede war, *protestieren* (dritte Spalte); zu den Begriffen, mit denen ihre Handlungen belegt werden, gehören "Demonstrationen" (Schlagzeile und im Text selbst) und – in Bezug auf ihr Verhältnis zur gegnerischen Seite – "Auseinandersetzung" und "Zusammenstöße" (z.B. in der Schlagzeile und weiter unten in der Formulierung: "... kam es zu Zusammenstößen ..." usw.). "Auseinandersetzung", "Zusammenstoß" gehören zwar nicht zum politischen Kernwortschatz – wie etwa "Demonstrant", "Protest" usw. – aber sie sind in diesem Kontext insofern bedeutsam, als in beiden Begriffen die Komponente 'Konflikt zwischen zwei sich bekämpfenden sozialen Gruppen' mitschwingt (diese Komponente tritt dagegen in "Krawalle" zurück; vgl. auch den oben schon erwähnten Begriff des "Bürgerkriegs"). Diese drei Begriffe eröffnen also eine ganz bestimmte Perspektive auf die vermittelten Tatsachen und bilden zusammen, obwohl sie dem ND entstammen, einen Maßstab, an dem sich die verschiedenen Deutungen derselben Tatsachen durch die anderen Zeitungen messen lassen.

Unter diesem Aspekt betrachtet, reicht die Skala der verschiedenen Interpretationen von einer Entpolitisierung bis hin zu Darstellungen, die sich in mancher Hinsicht mit der ND-Fassung decken. (Daß der ND-Bericht zugleich in einigen wichtigen Punkten von allen anderen abweicht, liegt auf der Hand: Dort erfährt man z.B. nichts über die materiellen Schäden. Solche Unterschiede sind zum Teil schon durch die Selektion des Nachrichtenstoffes erklärbar.)



Die Begriffe "Demonstration", "Zusammenstoß", "Auseinandersetzung" finden sich teilweise auch in den Berichten in der WELT, der FR und der SZ, z.B.:

"Zusammenstöße mit der Polizei"

"Heftigkeit der Zusammenstöße"

"Teilnehmern einer Demonstration der AL" (SZ)

"am Rande verbotener Demonstrationen"

"Bei den Auseinandersetzungen"

"Die Auseinandersetzungen ... hatten am Nollendorfplatz begonnen" (FR)

"kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen Polizei und Krawallmachern"

"der geplante Demonstrationszug"

"Demonstrationsverbot" (WELT)

"heftige Auseinandersetzungen zwischen 2000 Demonstranten und starken Polizeikräften"

"gingen die Demonstranten weiter"

"Demonstrationen nicht zuzulassen"

"kam es zu neuen schweren Zusammenstößen zwischen der Westberliner Polizei und Demonstranten" (ND)

(Wohlbermerkt: Bei aller Ähnlichkeit darf man die Ausdeutung, die in der Gegenüberstellung 'Polizei' – 'Krawallmacher' (WELT) und den folgenden ND-Fassungen liegt: "Demonstranten ... mit starken Polizeikräften" – "Zusammenstöße der Westberliner Polizei und Demonstranten" nicht übersehen.)

Die in diesen Auszügen belegte politische Auffassung wird jedoch in je verschiedenem Maße in den westdeutschen Texten einer Einschränkung unterzogen. Dies geschieht schon inhaltlich, etwa durch die Schilderung der angerichteten Schäden, aber auch durch den Gebrauch einer Sprache, die den Sachverhalt sowohl reduziert als auch gleichzeitig verurteilt. In der FR wird über die "Gewalttätigkeit" berichtet, wobei dieser Begriff nur die Handlungen der einen Seite beleuchtet. (Hingegen berichtet ND auch von "Polizeiterror"; mit einer ähnlichen Ideologie, wie sie diesem Wort innewohnt, setzt sich in folgendem Auszug ein DAILY-TELEGRAPH-Korrespondent auseinander – es geht um die Weigerung des Gewerkschaftsführers Scargill im Zusammenhang des Streiks der britischen Bergarbeiter 'violence' ('Gewalttätigkeit') auf Seiten der Streikposten zugeben; Scargill hat in seinen Äußerungen offensichtlich sehr bewußt den Begriff immer nur zur Bezeichnung der polizeilichen Maßnahmen verwendet:

"Die Wortwahl in den Diskussionen um den Disput ist nicht so peinlich genau gewesen. Herr Scargill und andere haben insbesondere das Wort Gewalttätigkeit an sich gerissen und ihm Gewalt angetan. Zu Beginn des Streiks erwiderte Herr Scargill auf Klagen über die Gewalttätigkeit der Streikposten

sehr scharf, indem er die Gewalttätigkeit der Polizei angriff. Jetzt gebraucht er den Begriff in einem so weiten Sinn, daß er nicht einmal mehr metaphorisch ist. Es ist inzwischen 'gewalttätig', Zechen zu schließen." (DAILY TELEGRAPH, 10.9.1984))

Neben "Gewalttätigkeit" berichtet die FR von "Ausschreitungen"; in der SZ wird außer diesem auch der Begriff "Ausbrüche" verwendet. In der WELT tritt eine weitere Dimension hinzu, die sich im Begriff des "Täters" niederschlägt; in diesem Begriff, wie auch in der Formulierung "kriminelle Handlungen" in der BeZ, ist der Rechtsstandpunkt enthalten.

Das Wort 'Aktion' erscheint nur in der SZ und ist eines eigenen Kommentars wert: "Bei ihren Aktionen" — "Es werden genaue Anweisungen für das Verhalten bei Gewaltaktionen ... gegeben."

Wie diese beiden Belege bestätigen, werden die Handlungen der Demonstrierenden in diesem Begriff von einer ganz anderen Seite aus gesehen als das etwa bei "Ausschreitungen" oder gar "Gewalttätigkeiten" der Fall ist; durch "Aktion" und sogar noch durch "Gewaltaktionen" wird ein Anspruch auf Gültigkeit im politischen Sinne erhoben (vgl. auch den Begriff "Aktivität" in der WELT). Solche Vokabeln deuten Taten als zielgerichtete Handlungen, was übrigens auch in der Syntax des entsprechenden Satzes zum Ausdruck kommt. Wir können dieses Argument durch folgende schematische Darstellung verdeutlichen:

1.	2.
(stellt Einzelheiten in einen politischen Kontext hinein)	(Einzelheiten, Details, Beispiele usw.)
z.B. "Bei ihren Aktionen .....	rissen die Jugendlichen auch zahlreiche Gehwegplatten auf und bewaffneten sich mit Pflastersteinen."
"Gewaltaktionen aus der Demo heraus ... ..	z.B. klirrende Scheiben"
"... gab es Ausbrüche .....	wobei Steine geworfen wurden"

#### SZ

Durch die Kombination einer zweiten, gedanklich und sprachlich abstrakteren Schicht — dargestellt in der ersten Spalte in unserem Schema — mit einer ersten 'Stilebene' — s. Spalte 2 —, auf der konkrete Einzelheiten wiedergegeben werden, werden letztere ganz anderen begrifflichen Kategorien und somit Deutungsschemata zugeordnet als das bei Weglassung des ersten 'Satzteils' der Fall gewesen wäre; die Andersartigkeit der beiden Sehweisen geht aus der Gegenüberstellung des ersten Beispiels und

etwa folgender Beschreibung, in der unumwunden nur plastische Details angegeben werden, hervor: "Um 10.15 Uhr prasselt der erste Steinhagel gegen Schutzschilder, Polizeiwagen, Privatautos." (BILD)

Dieser weniger abstrakte Stil ist wahrscheinlich als Kennzeichen der sogenannten Boulevardblätter überhaupt anzusehen; offensichtlich sollen die Details schon für sich sprechen, wobei die Rezeption solcher Informationen z.T. durch pragmatische Faktoren gesteuert ist, wie z.B. durch die Einstellung zum Steinewerfen. Die Interpretation dieses Stilelements als rein der Unterhaltung dienend oder nur der Anschaulichkeit wegen vorhanden scheint mir seiner ideologischen Relevanz nicht gerecht zu werden.

Die Entpolitisierungstendenzen, die, wie wir oben gesehen haben, in den Berichten aus FR, SZ und WELT verschieden weit gehen, sind am stärksten in der BILD und in der BeZ ausgeprägt. In beiden Artikeln fehlen die Begriffe 'demonstrieren', 'protestieren' und 'Protest'; die Texte konzentrieren sich auf den Sachverhalt 'Zerstörung', ohne die entsprechenden Handlungen übergeordneten Kategorien zuzuordnen. Der 'Zusammenstoß' fehlt völlig, nicht einmal von 'Ausschreitungen' ist die Rede; beide Begriffe schließen eine gewisse Berechtigung auf Seiten der Demonstrierenden nicht aus, während 'Krawalle' von vornherein absolut negativ zu sein scheinen (vgl. "ins Chaos stürzen"). Die Konfrontation zwischen Polizei und Demonstrierenden wird nur einmal "Auseinandersetzung" genannt, dann auch nur in der zitierten Äußerung eines Sprechers vom Staatsschutz, in der das Wort gleichzeitig durch das Adjektiv "gewalttätig" definiert wird. Dem Fehlen jeglichen politischen Bewußtseins auf Seiten der 'Chaoten' wird in der BILD vor allem durch die Schlagzeile ("Chaoten brennen, plündern") Ausdruck verliehen. Die Formulierung scheint in zweierlei Hinsicht ideologiegebunden zu sein: 1. irgendein weiterer politischer Kontext wird ausgeblendet; 2. die von der Valenz her gesehen notwendigen Objekte fehlen; infolge dieser Transformation werden die durch die Verben ausgedrückten Handlungen zum Selbstzweck degradiert. In einer Bildunterschrift äußert sich jemand ähnlich: "Sie haben geplündert und gewütet." wobei das inhärent objektlose Verb *wüten* die Taten sowohl sinnlos erscheinen läßt als auch leicht psychologisierend deutet.

In der BILD und der BeZ ist eine Art zeitliche und räumliche Raffung zu konstatieren, die u.a. dazu dient, die, wie es in einigen Texten heißt, "Auseinandersetzungen" zwischen Polizei und Demonstranten als von sehr geringem Umfang erscheinen zu lassen. Durch diese Raffung wird suggeriert, es habe sich um eine einzige Schlacht gehandelt: "... lieferten

sich mit der Polizei eine blutige Straßenschlacht" ("Straßenschlacht" erscheint im Artikel zweimal).

Diesem Hang zur Singularisierung entsprechen die Formulierungen "heulende Menge" (BILD) und "Straßenmob" (BeZ). In allen anderen Berichten erscheint das Geschehen relativ aufgegliedert, d.h. es wird über verschiedene Orte berichtet, oder die 'Menge' wird gleichsam aufgeteilt in kleinere Gruppen. Eine Zusammenstellung der hier einschlägigen Ausdrücke soll diese Tendenz belegen:

"Ausschreitungen", "in kleineren Gruppen", "Zusammenstöße", "autonome Gruppen", "auch an anderen Stellen", "zahlreiche Alarmmeldungen", "einzelne Gruppen", "angekündigte Gewaltaktionen" (SZ)

"gewalttätige Auseinandersetzungen", "regelrechte Straßenschlachten" (man bemerke in diesem Beleg auch die Relativierung durch das von einer bestimmten Bewußtheit im Sprachgebrauch zeugende Adjektiv.), "bei den Auseinandersetzungen", "einige hundert" (FR)

"Ausschreitungen", "Aktivitäten", "an zahlreichen Stellen", "in kleine Gruppen aufgesplittert", "der eine Teil", "die größere Gruppe" (WELT)

"schwerste Krawalle", "eine blutige Schlacht", "Straßenschlacht", (die Pluralformen "Demonstrationen" und "Auseinandersetzungen" stehen in einem Zitat.) (BILD)

"Straßenterror", "Straßenmob" ("kriminelle Handlungen" und "Krawalle" stehen in einem Zitat.) (BeZ)

Diese Belege markieren eine je unterschiedliche ideologische Deutung der Realität, denn durch den Singular – im Gegensatz zu den Pluralformen (am markantesten in dem Gegensatz "Schlacht": "Schlachten") – werden die Ereignisse als relativ harmlos, vielleicht desorganisiert dargestellt. Diese Analyse der Funktion einiger sprachlichen Mittel erhält Unterstützung durch den Vergleich mit dem entsprechenden Sprachgebrauch im ND-Bericht; wie vielleicht vorauszusagen gewesen wäre, wird dort eben die Pluralität der Handlungen sehr stark hervorgehoben. Eine repräsentative Liste sieht wie folgt aus:

"Demonstrationen, Zusammenstöße, heftige Auseinandersetzungen, gingen die Demonstrationen weiter, an anderen Stellen Westberlins, kam es zu neuen schweren Zusammenstößen, kam es zu Auseinandersetzungen ..."  
(ND)

Im BILD-Text ist die zentrale Metapher die eines einzigen blutigen Kampfes zwischen zwei Gegnern; durch den ND-Sprachgebrauch entsteht ein anderes Bild der Dinge, an dessen Schaffung besonders die vielen Nomina im Plural maßgeblich beteiligt sind. In dieser Hinsicht ist der Text im ND konsequenter als alle westlichen Berichte, insbesondere was den Gebrauch der Pluralform *Demonstrationen* angeht.

Diesem Begriff wird offenbar große Bedeutung in der Vermittlung der Auffassung der Geschehnisse durch den ND-Artikel beigemessen. Er erscheint da – wie *Demonstrant* auch – als neutrale Bezeichnung. Im Gegensatz dazu ist in den westlichen Artikeln eine unterschiedlich stark ausgeprägte Zurückhaltung bei der Verwendung dieser beiden Begriffe zu verzeichnen. Es sei nur ein Beispiel für dieses Phänomen angeführt: Sowohl im BILD- als auch im SZ-Text erscheint die Abkürzung "Demo": "Das Gericht hat die Demo verboten." (BILD) "Sie [die AL] hat das Demoverbot mißachtet." (BeZ).

"Demo" hat in solchen Kontexten einen negativen Affekt, der dadurch zustandekommt, daß hier die vermeintliche Sprache der organisierten, linksradikalen Gruppe von der Zeitung übernommen und daher gleichsam semantisch unterwandert wird. Der geistige Ursprung – die Diskurswelt – der Abkürzung ist gegenüber dieser falschen Anbietung in der SZ z.B. durch den Gebrauch von Anführungsstrichen kenntlich gemacht ("aus der Demo heraus"). Ein Beweis für diese Deutung des mit "Demo" verbundenen Affekts ist in der Tatsache zu sehen, daß die BeZ, die vorgibt, Lummer (Innensenator) zu zitieren, in Wirklichkeit seinen Ausdruck "Demonstrationsauflage" offenbar selbst in "Demo" verwandelt hat: Die entsprechende Stelle aus Lummers Stellungnahme hat nach dem TS, der ihn wörtlich zitiert, so gelaundet:

"Die AL [Alternative Liste] stehe hier in Verantwortung für die Krawalle, nachdem sie die gerichtlich bestätigte Demonstrationsauflage einfach mißachtet und einen nicht genehmigten Aufzug weiter betrieben hat."  
(TS, 12.6.1982)

Aus einer Mißachtung einer Demonstrationsauflage wird in der BeZ eine Mißachtung eines "Demoverbots". Wie bei "Chaoten" muß man hier die Frage nach der Urheberschaft eines sprachlichen Ausdrucks stellen.

Zum Abschluß dieses Abschnitts wollen wir die verschiedenen syntaktischen Transformationen nachgehen, denen zwei sehr ähnliche Informationseinheiten unterzogen werden; die unterschiedliche Behandlung hat zur Folge, daß die beiden Aussagen unterschiedlich bewertet werden. Beide Aussagen sind in einem Satz in der BILD-Zeitung enthalten (2. Spalte): "Polizisten wurden von Steinen am Kopf getroffen, auch viele Demonstranten sind verletzt."

Die zweite Aussage ist gegenüber der ersten nicht nur dadurch abgeschwächt, daß sie 1. letzterer nachgestellt ist und durch das Wort "auch" untergeordnet wird; 2. weniger Details über die Verletzungen enthält, sondern auch dadurch, daß 3. das Agens des Verbs *verletzen* aufgrund

der weiteren Transformation, die an der zweiten Satzhälfte vorgenommen worden ist, ganz aus der Handlung verschwunden ist. Versuchen wir dies durch eine grobe schematische Darstellung der an den beiden 'Tiefenstrukturen' (=\*) vorgenommenen Transformationen klarzumachen:

A	B
1 *Demonstranten trafen Polizisten (am Kopf. mit Steinen)	*Polizisten verletzten Demonstranten
↓	↓
2 Polizisten wurden von Demonstranten getroffen (am Kopf. mit Steinen)	Demonstranten wurden von P. verletzt
↓	↓
3 Polizisten wurden von Steinen getroffen (am Kopf)	Demonstranten wurden verletzt
4	↓
	?(Demonstranten werden verletzt)?
	↓
5	Demonstranten sind verletzt

Gegenüber der endgültigen Fassung 'A3', die eine zeitlich genaue Angabe enthält, die zudem — aufgrund des *werden*-Passivs — den Gedanken an den Täter (Demonstranten) noch aufkommen läßt (vgl. die Bildunterschrift in der BeZ), ist die Aussage 'B1' in eine reine Zustandsbeschreibung ('B5') verwandelt worden. Die ideologische Motivation dieser Syntax besteht offensichtlich darin, die eventuelle Zweideutigkeit der Polizei in Sachen Körperverletzung herunterzuspielen. Der ND-Bericht verfährt hier entsprechend seiner Grundtendenz umgekehrt: Wir führen nur ein Beispiel dafür an, wie an ideologisch heiklen Stellen im Text die Verantwortung der Demonstranten syntaktisch reduziert wird. Der ND-Bericht enthält sehr wenig z.B. über die im Zuge der Demonstration angerichteten Schäden; folgende Beschreibung fällt wegen der syntaktischen Ausschaltung der Täter auf: "Am Nollendorfplatz waren Barrikaden errichtet worden." (man bemerke hier auch den Gebrauch der Vorvergangenheit.)

#### Die Polizei und andere Personen

Die Bezeichnung der Kräfte, die zur Durchführung des Demonstrationsverbots eingesetzt wurden, reichen in den westlichen Berichten von dem verhältnismäßig neutralen Begriff "Polizei" bis hin zu den wohl positiv wertenden Ausdrücken "Ordnungskräfte" und "Beamte" (WELT). Wie das englische Wort (*police*) *officer* verdankt der Beamtenbegriff seinen

positiven Affekt der Tatsache, daß er der offiziellen Fachsprache der Polizei entlehnt, also eine offiziell bevorzugte Selbstbezeichnung ist. Schon durch den Gebrauch dieses Begriffs werden bestimmte Berichte leicht zugunsten der offiziellen Einstellung zum Geschehen gefärbt. Das Wort kommt nicht in den insgesamt etwas neutraleren Versionen in der FR und in der SZ vor; bezeichnenderweise kommt es im ND-Bericht nur da vor, wo im Text zitiert wird.

Die positivste Bezeichnung der Polizei ist in der BeZ zu finden. Die Prägung "Männer in Uniform" – bei der der ganz bewußt lancierte Begriff 'Bürger in Uniform' anklingt – suggeriert, daß Polizisten auch Menschen sind wie du und ich und sie nur unser aller Pflicht tun. Das Wir-Bewußtsein, das so geschaffen wird, drückt sich auch in der Formulierung: "Die ganze Stadt wünscht allen verletzten Polizisten, daß sie bald wieder gesund werden." (BeZ) aus. Die Form dieses Satzes täuscht, denn eigentlich enthält er keine Beschreibung eines Sachverhalts – wie will man (referentiell) absichern, was alle Einwohner einer Stadt machen (wünschen)? – sondern er bedeutet so etwas wie: 'Wir wünschen ihnen ...', wobei der Journalist meint, für alle sprechen zu können.

Ein weiterer wichtiger Aspekt kann vielleicht dem Gesamtphänomen 'Personalisierung des Geschehens' zugeordnet werden. Die Tendenz, Institutionen gegenüber Individuen zurückzustellen, kommt in der Boulevard-Presse überhaupt und so auch wieder hier in der Vorliebe für die Bezeichnung für Individuen und individuelle Handlungen zum Ausdruck, z.B. im häufigen Gebrauch der Pluralform "Polizisten" – oder auch des Singulars "Polizist" (z.B. bei BILD). Selbstverständlich muß dieses Argument relativiert werden im Hinblick auf den von Fall zu Fall auszudrückenden Sachverhalt (wie z.B.: "E i n Beamter verfehlte offenbar sein Ziel", WELT). Aber ein ähnlicher Sprachgebrauch läßt sich nicht in jedem Falle so erklären, z.B. nicht in dem BILD-Satz: "Polizisten haben mit Stacheldrahtrollen alle sechs Zufahrtsstraßen gesperrt", denn hier handelt auch, wie es in einigen anderen Berichten heißt, die Polizei: "Die Polizei riegelte den Platz mit Stacheldrahtrollen ab." (FR) – "Die Polizei überraschte die 2000 Demonstranten ... mit einer Einkesselungstaktik." (WELT) Dieser Hang zur Personalisierung bei gleichzeitiger Ausblendung des Institutionellen gipfelt in den Angaben in der BeZ:

"Blut und Schmerz! Einer von 87 Berliner Polizisten" (Schlagzeile)  
"... das schmerzverzerrte Gesicht eines Polizeibeamten" (Bildunterschrift)  
"... ein junger Berliner Polizist" (erster Absatz)

Eine solche, die Perspektive auf das Geschehen stark beeinflussende Individualisierung des Geschehens findet sich im ND-Bericht überhaupt

nicht, nicht einmal da, wo der Inhalt sie vielleicht nahegelegt hätte, z.B. in der Bildunterschrift: "Mit erhobenen Schlagstöcken stürmte die Westberliner Polizei auf Demonstranten los."

(Die einzelnen Polizisten, die hier im Einsatz waren, werden vom ND-Reporter sprachlich als Teile der Institution 'Westberliner Polizei' gesehen.)

Der BILD-Reporter läßt ein "Mädchen" – in diesem Kontext eine gefühlsträchtige Bezeichnung – schreien: "Hoffentlich schmoren die Bullen da drin".

Er ist sich dabei offensichtlich sicher, daß der Leser seines Texts durch den Begriff "Bullen", aufgrund von Assoziationen mit der linken, wenn nicht gar spezifisch mit der Studentenszene der frühen 70er Jahre damit beleidigten Polizisten (positiv) voreingenommen gegenübersteht (vgl. unsere Analyse: Geistesgestörte oder Penner? (Analyse Nr. 4)).

Das Bild der Polizei, das sich ein ND-Leser aufgrund der im Bericht gewählten Bezeichnungen machen wird, ist sehr negativ. Oben wurde schon erwähnt, daß hier die häufigste Bezeichnung der Kollektivbegriff "Polizei" ist. Zur Deutung West-Berlins als US-Kolonie tragen solche Bezeichnungen wie "Senatspolizei" und "Westberliner Polizei" bei.

Die Bevölkerung Westberlins bezeichnet das ND, dem von ihm entworfenen Bild dieser Teilstadt entsprechend, schlicht als "Westberliner". Die BILD-Zeitung läßt statt anonymer, vermummter Figuren die Bevölkerung in der Form namenhaft gemachter Individuen auftreten. Ein Paradebeispiel für die Bedeutung einzelner Figuren, die die Medien oft als Repräsentanten sonst schweigender Mehrheiten aufführen, begegnet uns im letzten Abschnitt des WELT-Berichts. Auf der Basis dieses mit großer Wahrscheinlichkeit erfundenen Einzelfalls verallgemeinert der Reporter: Er spricht von den legendären Berliner "Droschkenkutschern" (Plural), führt aber nur ein Mitglied dieser Gruppe ins Feld. Dieser eine Taxifahrer läßt die Art 'gesunden Menschenverstands' walten, die damit vom Verfasser des Texts nicht nur implizit, sondern schließlich auch explizit einkalkuliert ist.

#### Die Handlungen der Polizei

Die Polizei tritt im ND-Bericht in der Rolle des Angreifenden, in den westlichen Berichten, insgesamt gesehen, in der Rolle des Angegriffenen auf. Die unterschiedliche Rollenzuweisung springt sofort ins Auge: vgl.:



## ND

“Die Polizei ging mit Tränengas gegen Demonstranten vor”

“mußten die Demonstranten sich vor den Angriffen der Polizei schützen”

“jagte die Polizei die Demonstranten über den Winterfeldplatz”

## WP

“Wir mußten Schlagstöcke, Wasserwerfer, Tränengas einsetzen”

“Etwa 2000 gewalttätige Demonstranten gingen mit Steinen gegen die P. vor”

“Die Demonstranten gingen mit einer derartigen Brutalität vor”

“ducken sich vor dem Steinhagel”

“die unsere Stadt schützen wollen”

Die Frage der Schuldzuweisung wird, wie diese Belege bezeugen, in den beiden Zeitungen unterschiedlich gesehen, wobei eine weitgehende Übereinstimmung bezüglich der sprachlichen Mittel festzustellen ist. Besonders auffallend ist das Verb *müssen*. Modalverben sind in der ideologiegebundenen Sprache häufig anzutreffen, da sie, wie im ersten Teil dieser Arbeit dargelegt wurde, semantisch aufs engste mit Fragen der Verursachung gegebener Zustände verbunden sind. “Wir mußten einsetzen” – gegenüber der einfachen Verbform “setzten ein”, die im ND-Bericht und in einigen westdeutschen Zeitungen vorkommt – baut die Darstellung der Polizei, bzw. der Demonstranten als ‘Angegriffener’ weiter aus, indem sie eine Unterscheidung trifft zwischen Agens und ‘eigentlichem’ Urheber des Geschehens.

In der BeZ und in der BILD-Zeitung steht relativ wenig über die Maßnahmen der Polizei. Beide Berichte befassen sich stattdessen eher mit den “Ausschreitungen”. Im BeZ-Bericht erscheinen die Wörter “Polizei”, “Polizisten” usw. nur in Verbindung mit folgenden Verben: “schützen wollen”, “erlitten”, “auffordern”, “einsetzen müssen”, wobei *erleiden* und *einsetzen müssen* passiv-ähnliche Ausdrücke sind und *auffordern* eine nur verbale Tätigkeit bedeutet. Und das – vordergründig gesehen – sicherlich berechtigte Eingreifen der Polizei wird im ersten Absatz des WELT-Berichts durch die Nominalisierung heruntergespielt: “Bei der Durchsetzung des ... Demonstrationsverbots ... wurden zahlreiche Beamte verletzt”. Gegenüber z.B. “Als die Polizei ... durchsetzte ...” lenkt die Nominalisierung unsere Aufmerksamkeit eher auf die Verletzungen; dies geschieht unter anderem dadurch, daß die Verbindung des Subjekts (Polizei) zu der von ihm vollzogenen Handlung abgeschwächt erscheint, indem die Handlungen gleichsam sprachlich zum Schauplatz eines Geschehens werden. Auf ähnliche Weise wird von der Urheberschaft der Handlungen abgelenkt in: “Erst als Wasserwerfer und Tränengas eingesetzt wurden, glich sich das erbitterte Ringen aus.” (WELT) “Ein dichter

Kordon vorrückender Polizisten, Wasserwerfer und Tränengas waren wieder die Antwort." (WELT) Letzterer Beleg ist ein Beispiel für eine metaphernähnliche Schicht in diesem Text; in dieser 'Metasprache' handeln die Polizisten nicht, sondern der Prozeß 'Polizisten rücken vor' wird auf der zweiten Ebene zu einer nur sprachlichen Handlung ('Antwort'). Trotz des enormen Angebots an Details bleibt der WELT-Bericht in dieser Hinsicht erstaunlich einseitig; man vergleiche hierzu:

WELT	FR
"Die Polizei ü b e r r a s c h t e ... mit einer Einkesselungstaktik. Weiträumig wurde der Platz ... a b g e r i e g e l t ."	"Die Polizei r i e g e l t e den Platz ... ab und k r e i s t e die Demonstran- ten ein."

Laut ND wurde infolge der Demonstration eine Anzahl von Personen verhaftet: "Bereits im Vorfeld ... verhaftet" – "... die verhafteten Demonstranten".

Im Gegensatz zu *festnehmen* – der Sachverhalt wird in den westlichen Berichten fast durchweg so beschrieben – betont *verhaften* die Schärfe der gegen die Beteiligten ergriffenen Maßnahmen. In diesem Zusammenhang sind zwei weitere Punkte erwähnenswert: 1. ND gebraucht nur einmal *festnehmen* und zwar nur in einem Zitat; 2. Der identische Wortlaut im ND und in der SZ: "Bereits im Vorfeld des Reagan-Besuchs ..." sowie die Erwähnung der Polizei machen es wahrscheinlich, daß beide Texte auf denselben 'Urtext' zurückgehen (einen Polizeibericht?). Wenn dem so sein sollte, dann geht man nicht fehl in der Annahme, die Umwertung ("re-lexicalisation", Halliday): *festnehmen* → *verhaften* sei ideologisch motiviert.

Am Ende dieses Abschnitts sollen uns noch zwei Metaphern beschäftigen, die den Bedeutungsgehalt des ND-Texts nicht etwa nur stilistisch verbrämen, sondern an seiner Ausformung maßgeblich beteiligt sind.

Die Bezeichnung des Reagan-Besuchs als:

1. "Show unter Ausschluß der Öffentlichkeit" (Schlagzeile)  
fügt sich in die Deutung Berlins als USA-Kolonie ein und betont die Hohlheit des angeblichen Jubels. Derselben Schweise, die durch diese Metapher suggeriert wird, entspringen zwei weitere Begriffe. In der ersten Bildunterschrift wird der Besuch auf "offizielles Spektakel" genannt, und im Text selbst wird von den "von Polizeikräften i n s z e n i e r t e n Schlägereien" berichtet (5. Spalte). Zu letzterer Formulierung ist auch zu bemerken, daß durch ihre syntaktische Form die Aussage "Polizeikräfte inszenieren Schlägereien" nicht explizit behauptet, sondern einfach als wahr präsupponiert wird.

2. Die Deutung der Geschehnisse als Ausdruck des Faschismus geht allem Anschein nach auf eine Äußerung eines Sprechers der Alternativen Liste zurück:

“Am späten Vormittag verglich AL-Pressesprecher Rainer Esche die Einsätze der Berliner Polizei mit chilenischen Verhältnissen ... Die Polizei habe begonnen, so verbreitete Esche, um 11 Uhr eine Mitteilung, den Nollendorfplatz in ein ‘Massengefangenenlager’ zu verwandeln” (TS, 12.6.1982: [Anführungszeichen im originalen Zeitungstext, C.G.] )

Die in der Metapher des ‘Massengefangenenlagers’ liegende Ideologie wird später von einem AL-Abgeordneten zwar nicht ganz zurückgezogen, jedoch wenigstens stark relativiert:

“Der AL-Abgeordnete ... erklärte gestern abend auf Anfrage ... man könne das Vorgehen der Polizei nicht mit faschistischen Verhältnissen gleichsetzen. Die Situation am Nollendorfplatz habe jedoch einem Kessel geglichen, der das Entstehen einer Massenpanik gefördert habe.” (ebenda.).

Einmal in die Diskussion eingeführt, wird die Metapher offensichtlich von vielen Kommentatoren aufgegriffen, die sie in ihren eigenen Artikeln jeweils unterschiedlich interpretieren, der in ihr suggerierten Auffassung positiv oder negativ gegenüberstehen. In der BILD ist die entsprechende Stelle:

“Polizisten haben mit Stacheldrahtrollen ... Zufahrtsstraßen gesperrt. 2000 Demonstranten sind eingekesselt.”

eindeutig positiv geladen, während der ND-Journalist, der das ideologische Potential dieses Bildes offensichtlich erkennt und, auf dieser zentralen Metapher aufbauend, andere verwandte Begriffe in seinen Text einflieht, die Faschismus-Deutung am weitesten führt: “Salven”, “Stacheldraht”, “zusammengepfercht”, “abtransportieren” usw.

Wenn, was anzunehmen wäre, der Ausdruck “Massengefangenenlager” in diesem ND-Text tatsächlich auf den Urtext des oben zitierten AL-Sprechers zurückgeht, dann haben wir in dem ‘Aspekt-Wechsel’ zwischen: “Die Polizei habe b e g o n n e n , ... den Nollendorfplatz in ein ‘Massengefangenenlager’ z u v e r w a n d e l n ” (TS) und “Der ganze Nollendorfplatz w a r in ein Massengefangenenlager [N.B. ohne Anführungszeichen: C.G.] v e r w a n d e l t w o r d e n , ...” (ND) wohl eine ideologisch motivierte Perspektivenverschiebung zu sehen. Die zur Vermittlung der Faschismus-Perspektive dienenden Vokabeln stellen einen Zusammenhang zwischen den Vorfällen in Westberlin und der offiziellen DDR-Auffassung, nach der der Faschismus im westdeutschen Staat ununterbrochen weitergedeihe, überhaupt her. Sie rufen aber auch in Begriffen wie “zusammenpferchen” und “abtransportieren” besonders den NS-Faschismus in Erinnerung.

Der Bedeutungsbereich: Kausalität, Urheberchaft, Verantwortung

Politische Aktivitäten geschehen nicht, sie haben Gründe, sie werden verursacht oder ausgelöst, sie sind also prinzipiell erklärbare Phänomene. Die sprachliche Vermittlung dieser Erklärung ist ein ideologischer Akt: Je nach Einstellung der an den Aktivitäten Beteiligten oder der sie Beobachtenden werden durch die Art Erklärung, die geliefert wird, Geschehnisse in je andere Deutungsschemata eingebunden. Die Erklärungszusammenhänge können explizit oder implizit zustandekommen.

Wir wenden uns jetzt der zentralen Frage der 'Ursächlichkeit' zu, die wir in unseren bisherigen Überlegungen gelegentlich schon gestreift haben. Zu heuristischen Zwecken können wir bezüglich des Besuchsthemas die Frage nach den die verschiedenen Vorfälle letztlich auslösenden Faktoren in zwei Teilfragen aufschlüsseln:

1. Warum ist es zu der (verbotenen) Demonstration gekommen; welchen Zweck hatte sie?
2. Was ist bei den 'Ausschreitungen' der auslösende Faktor gewesen?

1. Auf unsere erste Frage gibt das ND eine unzweideutige Antwort: Sein Bericht trägt die Schlagzeile: "Demonstration gegen Nato-Hochrüstung" und im Text selbst steht, daß: "... weit über 100 000 Westberliner gegen die Anwesenheit des USA-Präsidenten in Westberlin und gegen seine Hochrüstungspolitik demonstrierten" (letzterer Auszug bezieht sich zwar auf eine andere, erste Demonstration, die am Tag vorher stattgefunden hatte, jedoch wird das Geschehen am 11. Juni vom ND als direkte Fortsetzung dieser größeren Demonstration gedeutet (vgl. "gingen die Demonstrationen weiter ...")) – "Protestlosungen, ... die sich gegen die Hochrüstungspolitik der USA richteten ..." (man bemerke, wie anders dieselbe Politik in diesem ND-Begriff "Hochrüstungspolitik" gesehen wird als in einer westlichen Bezeichnung: "Mittelstreckennachrüstung" (WELT).)

Der ND-Bericht stellt als einziger das Geschehen am 11. Juni eindeutig in den Rahmen des anti-nuklearen Protests; die westdeutschen Artikel berichten eher punktuell, also ohne überhaupt einen Eindruck vom weiteren politischen Hintergrund zu geben. Um ein gerechtes Urteil zu fällen, müßte man selbstverständlich das Verhalten der westdeutschen Zeitungen wenigstens über einige Tage zurückverfolgen; auf den ersten Blick scheint jedoch das Fehlen jeglicher Information etwaige andere Proteste betreffend eine bedeutsame Verengung der Perspektive zu sein. Die SZ zitiert zwar einige Redner, die auf der 'Friedensdemonstration' am 10. Juni behauptet hätten, daß: "... es sich dabei nicht um eine anti-

amerikanische Kundgebung handele, sondern um einen Protest gegen die Außenpolitik Reagans" —, aber der betreffende Artikel klärt uns über diesen Aspekt in keiner Weise weiter auf.

Insgesamt ist in den westlichen Texten festzustellen, daß der Zusammenhang zwischen dem Reagan-Besuch und der verbotenen Demonstration sprachlich sehr ungenau vermittelt wird. Typisch für die Formulierungen, derer sich die Journalisten bedienen, ist folgende Stelle aus der FR: "Auf die Demonstration aus Anlaß des Reagan-Besuchs in Berlin ..." in der die Demonstration statt auf die internationale Politik eigentlich nur auf die Person Reagan bezogen wird.

2. Die Antworten, die die westlichen Berichte auf unsere zweite Frage geben, fallen unterschiedlich aus. Die SZ abstrahiert zwar von irgendwelchen unmittelbaren Gründen, setzt die Ereignisse jedoch eindeutig in Verbindung zum Besuch: "Zu schweren Ausschreitungen in der Berliner Innenstadt hat am Freitag der Besuch des amerikanischen Präsidenten ... geführt" (erster Absatz).

Der Zusammenhang, der hier im Begriff "führen" versprachlicht wird, wird in der FR und noch stärker in der BILD-Zeitung durch Formulierungen, die die Kausalität verwischen, abgeschwächt:

"Gewalttätige Ausschreitungen ... begleiteten den Besuch ..." (FR)

"Kurz nach dem der Besuch angefangen hatte, fingen Krawalle an" (BILD)

(vgl. ähnlich im ersten WELT-Bericht:

"... daß es während seines Aufenthalts zu ... Krawallen gekommen war")

Die Textstellen, an denen der zeitliche Beginn der Ausschreitungen festgehalten ist, weisen ein sehr hohes Maß an Übereinstimmung miteinander auf, z.B.:

1. "da kam es am Sammelplatz der Demonstranten zu einer Auseinandersetzung" (WELT)
2. "Bereits wenig später ... gab es erste Ausbrüche" (SZ)
3. "Die Auseinandersetzungen hatten am Nollendorfplatz begonnen" (FR)

Zu diesen Belegen eine wichtige Bemerkung: Der Unterschied zwischen den verschiedenen Fassungen ist keineswegs ein absoluter. (Absolute Eindeutigkeit, in dem zur Diskussion stehenden Falle bezüglich der Ursache der gegebenen Ereignisse, wäre wohl nur in Texten zu erwarten, deren Aufgabe darin bestünde, etwa philosophische Grundsätze einer gegebenen (z.B. politischen) Gruppe darzulegen). Trotz der Ungenauigkeit im Hinblick auf die diesen Ereignissen zugrundeliegende Kausalität

ist auch in den westdeutschen Zeitungen die Möglichkeit einer Erklärung nicht völlig ausgeschlossen, die etwa die Polizei für das, was sich im Umfeld des Reagan-Besuchs abspielte, mindestens bezogen auf die Ereignisse am Nollendorfplatz, mit schuldigspricht. Der zweite oben angeführte Satz z.B. ist auf eine Weise in den unmittelbaren (sprachlichen) Kontext eingebettet, die eine solche Möglichkeit durchaus offenläßt. Der vorhergehende Satz lautet: "Sie wurden ... umringt" ("Bereits wenig später gab es ..." (SZ).

Der sprachliche Kontext des dritten Belegs enthält folgende Information: "Die Polizei riegelte den Platz ... ab ... und kreiste die Demonstranten ein. Die Demonstranten stürzten ... Autos um." (FR).

Das Argument gilt auch umgekehrt, denn der ND-Text enthält Formulierungen, die Beleg Nr. 3 sehr ähnlich sind:

"Die Zustände setzten sich fort"

"Auch in den benachbarten Straßenzügen kam es zu Zusammenstößen" (ND)

Eine ideologische Sehweise kann kurz gesagt einen Text viel diffuser durchdringen, wobei manche Unklarheit etwa durch den engeren oder weiteren Kontext aufgehoben werden kann. Unser fünfter Beispielsatz steht z.B. in folgender sprachlicher Umgebung:

"Auch in den benachbarten Straßenzügen kam es zu Zusammenstößen, wobei der Einsatz der Polizei auch hier zu zahlreichen Verletzten führte." (ND)

(Man vergleiche diese Aussage mit der in einer Reihe von westdeutschen Zeitungen anzutreffenden Formulierung: "... gab es Verletzte ..."; auch eine solche Aussage kann jedoch eindeutig gemacht werden, wie etwa in: "Bei den von Polizeikräften inszenierten Schlägereien gab es zahlreiche Verletzte" (ND)).

Die durch ND angebotene Erklärung sowohl des Zwecks der Demonstration als auch der Entstehung der Ausschreitungen selbst weist in jedem Fall weniger Zweideutigkeit als jeder westdeutsche Text auf. Der ND-Text vermittelt eine konsequente Auffassung nicht nur des Werrüstens, sondern auch des Verhältnisses Polizei — oppositionelle Kräfte. Nach der Alternativen Liste, die die Demonstration beantragt haben soll, ist dieses Verhältnis wenigstens potentiell so, wie es im ND-Bericht gedeutet wird. Dies belegen zwei Auszüge, die der TAGESSPIEGEL am selben Tag bringt:

1. (AL-Sprecher) "Die Polizei und die politisch Verantwortlichen dieser Stadt hätten ein Klima geschaffen, das Gewalttätigkeiten fördere und leider dazu beitrage, daß militante Auseinandersetzungen das Bild der Proteste in der Öffentlichkeit bestimmten, betonte Thorns."

2. (AL-Abgeordneter) Peter Sellin: "Die Situation am Nollendorf habe jedoch einem Kessel geglichen, der das Entstehen einer Massenpanik gefördert habe."

(N.B. das ideologisch offenbar wichtige Wort "fördern" findet sich in beiden Äußerungen.)

Die Mitteilungen einiger AL-Mitglieder, die vom TAGESSPIEGEL als widersprüchlich bewertet werden, stimmen in der pauschalen politischen Deutung der Ereignisse des 11. Juni überein (so z.B. in den oben angeführten Äußerungen in Form einer Verallgemeinerung (2) oder speziell in Bezug auf die "Einkesselungstaktik" (WELT), die vom Abgeordneten in direkte kausale Verbindung zu den Ausschreitungen – hier "Panik" genannt – gesetzt werden (1).

Diese sicherlich vom Linksradikalismus zeugende Einstellung findet in den Boulevard-Blättern überhaupt keine Erwähnung; ihre Antworten auf die am Anfang dieses Abschnitts gestellten Fragen lauten ganz anders. Die verschiedenen Eigenschaften der sprachlichen Gestaltung der Ursache:Wirkung-Verhältnisses, die im folgenden kurz besprochen werden, passen sich in die oben schon erwähnten Entpolitisierungstendenzen gut ein, z.B. dadurch, daß sie das Geschehen personalisieren. In beiden Berichten wird das politische Moment in den Hintergrund gedrängt; es sind folglich 'Anti-Reagan'-Demonstrationen. Weshalb nun gegen Reagan protestiert wird, berichten die Artikel nur implizit, entweder durch Psychologisierung oder durch Lokalisierung.

1. Psychologisiert wird das Geschehen dadurch, daß von den Gefühlen der Beteiligten berichtet wird:

"eines haßerfüllten, sogenannten Demonstranten" (BeZ)

(vgl. "Der erste Teil ... [der Chaoten] skandierte mit haßerfüllten Gesichtern": WELT)

d.h. Grund für die Unruhen sei in erster Linie Haß gegenüber den Polizisten. Auch durch den Gebrauch von Modalverben wird die psychologisierende Deutung verstärkt. Eigentlich kann ich nur von mir selbst wissen, was ich will. Behaupte ich von jemand anderem 'er will etwas', dann kann es sich nur darum handeln, daß ich das von ihm gesagt bekommen habe oder daß es mein Urteil/meine Meinung ist, daß dem so ist. Der Gebrauch eines Modalverbs in einem Satz, der eine reine Aussage zu enthalten scheint, kann beide Möglichkeiten verdecken. Im BILD-Text finden wir zwei Beispiele für dieses Phänomen, das ich mit Jung als "getarnten Meinungssatz"<sup>185</sup> bezeichnen möchte:

"Der harte Kern wollte Gewalt"

"Der harte Kern will blutige Gewalt"

(vgl. "Der harte Kern suchte Konfrontation")

2. Durch die Betonung des Städtenamens ("Berlin bleibt Berlin") und durch detaillierte Angaben über ein "Traditionshaus" und verschandelte "Stilmöbel", sowie genaue Ortsbestimmungen (man vergleiche die BILD-Formulierung: "Busse fahren nicht mehr nach Schoeneberg" mit: "Kein Bus fährt ins Zentrum" (WELT)) wird der Eindruck, die sogenannten Chaoten hätten es eigentlich nur auf unsere Stadt, die sich ja an einer besonders gefährdeten Stelle befindet, ("Frontstadt") abgesehen (und nicht etwa gegen die Hochrüstungspolitik oder die Außenpolitik von Präsident Reagan).

Ein Beispiel für die Entstehung bzw. Ausformung eines Archetyps

Sicherlich entstehen Bedeutungen nicht aufgrund eines einzelnen (Zeitungs-) Textes, sondern sie sind eher das Produkt einer schwer bestimm-  
baren Reihe von Texten, die über eine längere Zeit hin Wortinhalte (mit-) prägen. In der modelltheoretischen Semantik, wird, wie im einleitenden Kapitel dargelegt wurde, nicht strikt unterschieden zwischen notwendigen und nicht-notwendigen Folgerungen<sup>186</sup>, sondern es wird angenommen, daß letztere auch mit zur Bedeutung eines gegebenen Satzes oder Wortes gehören. Der letzte Satz im BILD-Text: "Und wieder fliegen die Steine ..." sorgt, besonders da, wo ihm ein anderer Satz vorausgeht, in dem distanzierend von der "genehmigten" Anti-Reagan-Demonstration die Rede ist, dafür, daß für den Leser "fliegende Steine" mit dem Begriff "Demonstration" schlechthin assoziiert, d.h. zu einem festen Bestandteil seiner Bedeutung werden. Nach einer solchen Auffassung von Bedeutung — die es immer nur in Bezug auf eine gegebene Situation gibt — summieren sich solche Partikularfälle zu Archetypen, die bei bestimmten Bevölkerungsschichten aufgrund ihrer Lektüre und ihrer Beeinflussung durch andere Medien zementiert werden.

## 6. Die Geschichte eines 'Ölunfalls'

Paragraph 12, Abs. 1. des deutschen Pressekodexes lautet:

"Die Berichterstattung über schwebende Ermittlungs- und Gerichtsverfahren muß frei von Vorurteilen erfolgen. Die Presse vermeidet deshalb vor Beginn und während der Dauer eines solchen Verfahrens in Darstellung und Überschrift jede einseitige oder präjudizierende Stellungnahme. Ein Verdächtiger darf vor einem gerichtlichen Urteil nicht als Schuldiger hingestellt werden".

Nur der RG, der auf einem Agenturbericht beruht, folgt dem in diesem Auszug artikulierten Prinzip. Der Agenturbericht ist in juristischer Sprache abgefaßt, dementsprechend wird z.B. "W.H." — auf den wir uns so beziehen wollen — ein "Einundzwanzigjähriger" genannt, der "unter



dem Verdacht steht" eine bestimmte Tat begangen zu haben. Die FR und die BILD-Zeitung lassen im Leser keinen Zweifel darüber, daß W.H. dieses Verbrechens schuldig ist. Eine nähere Betrachtung einiger sprachlicher Merkmale der beiden Texte wird aufzeigen, wie ihre Verfasser es fertigbringen, W.H. schuldig erscheinen zu lassen, ohne dies tatsächlich explizit zu behaupten.

Zunächst gibt es eine Art zentrale Ambivalenz, was den Urheber der Tat selbst angeht. Die Vernebelung des Sachverhalts wird durch den Gebrauch der gekürzten Passiv-Form des Verbs in den Schlagzeilen erreicht. Obwohl ich annehmen möchte, daß das naheliegendste Verständnis der beiden Schlagzeilen: "Geliebte mit heißem Salatöl übergossen – verbrannt" – "Mädchen mit heißem Öl übergossen" W.H. als das 'getilgte' Agens einbezieht, so daß die Tiefenstruktur z.B. der Schlagzeile in der BILD ungefähr so aussieht: "W.H. hat (seine) Geliebte mit heißem Salatöl übergossen und verbrannt" vermeiden die tatsächlichen sprachlichen Formen diese Festlegung. Sowohl die Unterdrückung eines Agens durch die Wahl des Passivs als auch die assoziierte Auslassung des Hilfsverbs resultieren in Aussagen, die adjektiv-ähnlich sind (d.h. der Vorgang des Übergossen-Werdens wird als Zustand dargestellt, der dem Oberflächensubjekt *Geliebte* zugeschrieben wird). Streng gesehen ist das Tiefensubjekt – oder Agens – nicht rekonstruierbar; der X-Faktor könnte jeder sein, sogar das Mädchen selbst. Doch wie wir schon gesagt haben, gibt es einige Anzeichen in den Artikeln, die, zusammen genommen, ganz unzweideutig implizieren, daß W.H. der Täter war. Die sprachliche Formulierung dieses Inhalts in der FR und der BILD ist dergestalt, daß beide Zeitungen im wörtlichen Sinne des Begriffs ein Vor-Urteil fällen (vgl. Pressekodex-Auszug oben).

Die relevanten Anzeichen in der FR liegen im Gebrauch des Wortes *gestehen* (und *Geständnis*) in den Absätzen 2 und 4 und in den in Anführungsstrichen in den Absätzen 4 und 5 stehenden Worten.

Im Kontext einer Reihe von Ereignissen, die zum Gegenstand eines Rechtsprozesses werden – und daher bald einer fachsprachlichen Auslegung unterzogen werden sollen – ist der Gebrauch des Wortes *gestehen* als Einführung dessen, was das Mädchen vor seinem Tod sagt, ein faszinierendes Beispiel eines Vokabulars, das (semantisch) zwischen technischem und nicht-technischem Gebrauch schwebt. Dies geschieht mit klaren Konsequenzen für unsere Annahmen bezüglich dessen, was ihrer Aussage vorausgeht; in juristischer Sprache ist das, was das Mädchen ('C') macht, nicht *gestehen*, sondern *eine Aussage machen* (vgl. "Bekannte des Pärchens sagten aus") oder, weniger formell, *behaupten* oder *geltend machen*. (vgl. behauptete der 21 jährige, seine Freundin

aufgefunden zu haben.). Natürlich ist es möglich, im Ablegen eines Geständnisses nicht eine juristische Handlung zu vollziehen, sondern vor einer noch höheren Instanz Rechenschaft abzulegen — dies ist sicherlich der Sinn, den wir der Metapher *Sterbebett* mit all ihren literarischen Anspielungen geben — es ist jedoch eine Tatsache, daß das Wort gerade an einer Nahtstelle auftaucht, die so wirkungsvoll in einem Kontext ist, in dem ein solches Vokabular zwangsläufig mit der juristischen Dimension interagieren muß. Der wichtigste Aspekt ist hier, daß ein Geständnis eine Anklage und das Eingeständnis, daß die Anklage wahr ist, einschließt. Wäre das Wort *gestehen* nicht im angedeuteten Sinn zweideutig gewesen, dann wäre die Beschreibung von C's Äußerung als Geständnis gleichbedeutend mit der Aussage gewesen, daß ihre Beschreibung dessen, was vorgefallen ist, die einzig gültige oder wahre, d.h. mit anderen Worten, daß W.H. schuldig ist. In diesem Fall erlaubt die oben beschriebene Ambivalenz dem Verfasser des Textes zu implizieren, anstatt kategorisch zu behaupten. Es ist aufschlußreich, daß das Wort *Geständnis* — in Assoziation mit *Sterbebett* auch im BILD-Text erscheint.

Der Gebrauch von Anführungszeichen um *aufgefunden* und *Ölunfall* in der FR wirft ähnliche Zweifel bezüglich W.H.'s Leugnen auf. Im ersten Fall dient die wörtliche Zitierung nur dieses einen aus der gesamten Aussage herausgenommenen Wortes *aufgefunden* dazu, W.H.'s Sprache zu distanzieren und die Wahrheit seiner Schilderung des Unfalls zu relativieren. Der Gebrauch von *Ölunfall* ist sogar noch distanzierender, jedoch ist es höchst unwahrscheinlich, daß dieses — journalistische — Konzept von W.H. selbst geprägt wurde: die Anführungszeichen — die so kurz nachdem sie zum ersten Mal im Text gebraucht wurden, wieder erscheinen — deuten eben dies an. In der Tat scheint der Verfasser durch diesen Kunstgriff W.H.'s Schilderung der Ereignisse sinngemäß zusammenzufassen und somit pauschal zu verwerfen.

Die BILD ist über W.H.'s Schuld noch expliziter. Der in diesem Zusammenhang entscheidende Satz erscheint bedeutsamerweise am Schluß des Artikels, und seine Implikationen treten deutlich zutage, wenn wir ihm mit dem letzten Satz im RGA-Bericht vergleichen:

BILD: "Gestanden hat er noch nicht."

RGA: "Der 21jährige bestreitet jede Tötungsabsicht."

Die BILD-Version impliziert ganz einfach, daß W.H. in der nahen Zukunft ein Geständnis ablegen und gestehen wird, daß er das Verbrechen begangen hat — daß er, mit anderen Worten, nicht nur ein Verdächtiger, sondern ein Schuldiger ist, da ja "noch nicht" die Proposition *ist zu erwarten* voraussetzt (und 'X gesteht' präsupponiert 'X hat etwas getan/begangen').

Es ist natürlich von ideologischer Bedeutung in einer Gesellschaft, daß die Presse sich selbst als Berichterstatter von Fakten und zugleich als Richter und Vollstrecker von Urteilen versteht. Wir kommen an den eigentlichen ideologischen Kern des BILD-Artikels nur heran, wenn wir die Frage stellen: Warum hat das beschriebene Ereignis überhaupt stattgefunden? Der RGA-Bericht enthält keine Spekulationen bezüglich dieses Problems. Indem die FR die Aussage bestimmter, nicht beim Namen genannter Bekannter des Paares zitiert, legt sie sich auf eine Interpretation fest, derzufolge Trunkenheit und eine nachfolgende Auseinandersetzung die Ursache der Tat sind, der W.H. sprachlich für schuldig befunden wird. Die Wörter *Mädchen*, *Freund* und besonders das Diminutiv *Pärchen* enthalten einen vagen Hinweis darauf, daß Unreife eventuell dabei eine Rolle gespielt haben könne. Eine ganz andere Version der kausalen Beziehungen tritt im BILD-Text zutage. W.H.'s angenommene Verantwortung für das, was vorgefallen ist — seine Schuld wird im Artikel eigentlich mehr faktisch als moralisch gesehen —, wird eindeutig mit der Tatsache in Zusammenhang gebracht, daß er gerade 1800 DM von der Bundeswehr ausgezahlt bekommen hatte. (Wann genau dieses Ereignis sich abspielte — "gerade"? — und wie lange sie "von Kneipe zu Kneipe zogen" wird in den Hintergrund gedrängt, wohingegen das Allgemeinmenschliche an der Geschichte in den Vordergrund gerückt wird.) Es ist vielsagend, daß die Geldsumme an derselben Stelle im Text erwähnt wird — und dies zudem fettgedruckt — an der von W's positiv gesehenem, jedoch relativ bescheidenem Status die Rede ist. Die kausale Beziehung Geld-Verbrechen wird vor allem durch die Satzfolge hergestellt: "Anfang der Woche war das Geld wohl alle", — "Die beiden hatten seit Montag Streit", — "Mittwoch nacht passierte es". Die Mitteilung als ganzes scheint hier eine finanzielle Version der Lebensweise "Schuster, bleib' bei deinem Leisten" zu sein; mit anderen Worten, "bekommt der kleine Mann auf einmal zuviel Geld, dann wird es sowieso verjubelt" — und "was ist dann das Ergebnis?". (Ob hier die übermäßige Großzügigkeit der gesamten Wehrpolitik der Regierung kritisiert wird oder nicht, könnte nur durch eine Querschnittsanalyse der BILD-Zeitung und anderer Aussagen der Medien von damals festgestellt werden; auf jeden Fall wurden im September desselben Jahres die Übergangsgelder gekürzt.). Der Reporter betont durch den Gebrauch des Vornamens sowie durch den bestimmten Artikel ("der Walter"), daß wir alle vom selben Schicksal ereilt werden können.

Auf C wird in den Artikeln als 'Mädchen', 'Freundin' und 'Geliebte' Bezug genommen. Dieses letzte Wort eröffnet eine ganz bestimmte Perspektive auf die Beziehung zwischen C und W.H., die eine gewisse Ille-

galität und Sittenlosigkeit suggeriert, die wiederum mit der impliziten Erklärung des 'tragischen' Ereignisses im BILD-Artikel verknüpft sind. (Man bemerke auch, wie diese Beziehung durch die Wiederholung der Wendung "ihr Freund" (z.B. im letzten Absatz des BILD-Berichts gegenüber der Variation: "ihr Freund" – "der 21jährige" in der FR) sprachlich in den Vordergrund gerückt wird). Das Wort *Geliebte* ist auch im Kontext des schon besprochenen Agens wichtig, denn *Geliebte* deutet auch auf den Gegensatzbegriff *Geliebter* hin.

Das Lehrhafte am BILD-Text – es könnte jeder von uns sein – äußert sich ebenfalls in der zeitlichen und örtlichen Raffung (vgl. "eine Nacht und einen Tag" gegenüber "62 Stunden") der Handlung, die paradoxerweise – und dies ist übrigens auch ein klassischer Zug – mit einer gewissen Ungenauigkeit bezüglich genauer Orts- und Zeitangaben verbunden ist.

Die beiden Texte, auf die wir uns in diesem Kommentar konzentriert haben, lassen viele typische Beispiele des Stils von Boulevardzeitungen erkennen, die zu offensichtlich sind, um hier der Diskussion zu bedürfen. Es lohnt sich vielleicht, darauf hinzuweisen, daß es von ideologischer Bedeutung ist, daß die Polizei im BILD-Text – wie das so oft der Fall ist – durch die Person eines einzelnen – eines Beamten – symbolisiert wird, der sich mitfühlend über die auf dem Sterbebett liegende C. beugt und nach brillanter Sherlock-Holmes-Art sofort den Fehler in der Argumentation des Bösewichts entdeckt und zwar mit der genialen Wahrnehmung, daß der "Ölfleck zu weit vom Herd entfernt sei". Dieses höchst positive und individualisierte Image der Polizei steht z.B. im Gegensatz zu der Bezeichnung "Kriminalpolizei" in der FR.

## 7. Eine Abhöraffäre

Der Sachverhalt, um den es in dieser Gegenüberstellung von vier verschiedenen Berichten geht, kann sehr leicht dem Vorspann der SZ entnommen werden. Es stand ohne Zweifel fest, daß ein Telefongespräch zwischen Helmut Kohl und Kurt Biedenkopf abgehört worden war. Dieser Tatbestand sowie die dadurch ausgelösten Spekulationen wurden zu einem Hauptgesprächsthema sowohl in der Presse als auch in der politischen Öffentlichkeit überhaupt. Das illegale Abhören sowie der spätere Entschluß des Chefredakteurs des STERN, die Niederschrift des Telefons zu veröffentlichen, wurden von allen politischen Parteien ziemlich einhellig verurteilt.

In den im Laufe der folgenden Woche zu Tage tretenden Mutmaßungen und von beiden Seiten geäußerten Verdächtigungen und Dementis schälten

sich zwei Aspekte des Vorfalls als die wichtigsten heraus: Einerseits die Frage nach der Identität der für das Abhören Verantwortlichen, andererseits die Frage nach dem Zweck dieser Aktion. Einige Auszüge aus Presseberichten, die nach dem Bekanntwerden des Abhörvorfalls erschienen, verschaffen uns einen Einblick in die expliziten oder nur suggerierten Antworten auf diese Fragen, die damals kursierten:

1. "Nach Auffassung der Regierung ist es nicht zu verantworten, wenn die Abhöraffäre in die Parteipolitik gezogen und über die Täter spekuliert wird." (SW = dpa/ddp, 19.6.1975)
2. "Gleichzeitig warnte die Bundesregierung davor, öffentliche Spekulationen über den möglichen Täterkreis anzustellen und die Affäre parteipolitisch auszuschlachten." (FR, 19.6.1975)
3. "Die Bundesregierung bemühte sich am Freitag nachdrücklich, Spekulationen, denen zufolge ein amerikanischer Geheimdienst der Urheber sei, den Boden zu entziehen." (FAZ, 14.6.1975)
4. "Besonders intensiv suchte der Regierungssprecher, dem Eindruck entgegenzutreten, die Bundesregierung könnte ein Interesse an der Überwachung führender Unionspolitiker haben." (FAZ, 14.6.1975)
5. "In seiner Antwort beklagte sich Nannen, daß der Presserat nicht eingeschritten sei, als BILD AM SONNTAG den ungeheuerlichen Verdacht erweckt habe, der STERN habe die Abhöraffäre mit dem sowjetischen Geheimdienst in Szene gesetzt." (FR, 19.6.1975)
6. "... daß die Weitergabe möglicherweise das Werk parteiinterner Gegner Kohls und Biedenkopfs sei, die dem Generalsekretär und dem CDU-Vorsitzenden unmittelbar vor der Entscheidung über die Kanzlerkandidatur der CDU/CSU schaden wollten." (SZ, 18.6.1975)
7. "Der CDU-Vorsitzende Kohl hat gestern 'interne Kreise' des Komplotts gegen die CDU-Spitze beschuldigt." (SWP, 19.6.1975)
8. "Von Seiten der SPD-Fraktion sind gleichzeitig Versuche zurückgewiesen worden, Regierungspolitiker in Verbindung mit dem Abhörskandal zu bringen. Schäfer verwies auf die Äußerung des parlamentarischen Geschäftsführers der CDU-CSU Fraktion Reddemann, der von einem 'Komplott regierungsnaher Kreise zur Stürzung des CDU-Parteitages' gesprochen hatte." (FAZ, 14.6.1975)

Obige Auszüge stecken das Feld der möglichen Deutungen der Abhöraktion ab und versetzen uns so in die Lage, den Sinngehalt des einen BILD-Textes, mit dem wir uns am eingehendsten beschäftigen wollen, vollständiger zu erfassen. (Hier sollen nur die vier abgedruckten Berichte, die schon am 13. Juni erschienen, verglichen werden, obwohl wir zur Verdeutlichung einiger Punkte auch aus späteren Zeitungsartikeln sowie Texten anderer Art zitieren werden.)

Obwohl noch am 14. Juni und auch erheblich später in einigen Zeitungen Meinungen standen wie die folgenden:

“Wer hinter dieser Aktion steht, ist bisher ungeklärt.” (FAZ, 14.6.1975)

“Zwar hat der CDU-Vorsitzende ebensowenig wie die Regierung einen Hinweis auf den für das Abhören verantwortliche Täterkreis,...” (SZ, 19.6.1975)

— erweckt der BILD-Journalist gleich in besagtem Artikel — übrigens dem ersten BILD-Text über diese Angelegenheit — den Eindruck, er verfüge über gesicherte Kenntnisse bezüglich Urheberschaft und Absicht bei der Affäre. Schon die Schlagzeile dieses Berichts unterscheidet sich, rein syntaktisch gesehen, von den Überschriften in anderen Zeitungen, mit denen die Agenturberichte versehen sind. Durch die Verbindung der aktiven Verbform mit einem anscheinend auf referentiell bestimmte Personen bezogenen Subjekt (“Agenten”) erhält die BILD-Schlagzeile den Wert einer gesicherten Aussage. Zu diesem Eindruck der Gewißheit trägt auch bei, daß BILD die sorgfältige Qualifizierung der Information betreffend den möglichen Täterkreis (den amerikanischen Geheimdienst), die in anderen Berichten erscheint, vermissen läßt. Die anderen Zeitungen bedienen sich entweder eines rechtlich gesehenen korrekten Sprachgebrauchs (s. “angeblich” in der SZ-Schlagzeile), oder sie geben den STERN-Artikel als Quelle an. Die BILD-Interpretation kündigt sich gleich im Wort “wahrscheinlich” an; erst am Ende des ersten Absatzes steht der nur etwas mehr fachsprachlich anmutende Begriff “offenbar” (man vergleiche hier Vokabeln wie *vermutlich*, *angeblich*, *mutmaßlich*).

Der Begriff “Agent” tritt nicht nur als syntaktisches Subjekt auf, wobei die aktive Syntax der Schlagzeile in der BILD sich von der passiven Gestaltung desselben Inhalts in den anderen Berichten scharf abhebt, sondern er legt schon durch die mit ihm verbundenen Assoziationen einen in einigen der oben angeführten Auszügen (z.B. 4 und 5) geäußerten Gedanken implizit nahe, die Täter hätten im Auftrag einer fremden, feindlichen Macht gehandelt. Durch “Agent” wird wiederum die Qualifikation “wahrscheinlich” in der zweiten Schlagzeile noch mehr abgeschwächt.

Das Motiv der Einmischung von Seiten eines fremden Staates setzt sich im BILD-Artikel selbst im Begriff “bespitzeln” fort, einem Begriff, dem umso mehr Bedeutung zuzukommen scheint, als er in keinem der anderen von mir herangezogenen Berichten vorkommt. “Bespitzeln” deutet wohl eher auf organisierte Spionage hin und trägt, zusammen mit der äußerst ungenauen Zeitangabe “im Herbst 1974”, die zwar punktuell aber auch iterativ aufgefaßt werden kann, zur impliziten BILD-Aussage bei, der gegebene Vorfall sei Teil einer großangelegten Aktion. Die suggerierte Deutung schlägt sich in späteren BILD-Artikeln über dieses Thema in ähnlichen Vokabeln wieder. “Abhörspione” (Schlagzeile vom 18. Juni) “Spitzel” (zweite Schlagzeile) — ja die Formulierung “... druckt Gespräch, das Spitzel abhörten” verdichtet sich im selben Text zur

Aussage "von Spitzeln abgehörte Gespräch", wobei die komprimiertere Fassung den Sachverhalt "Agenten zapften" einfach voraussetzt. Die einzige Variante, die aus der Begriffsgruppe um *Abhören* in anderen Zeitungen vorkommt, trivialisiert den ganzen Vorgang: "Zwei prominente Politiker wurden am Telefon *belauscht*, das Ergebnis aufgezeichnet und an mehrere Adressaten versandt" (WELT, 14.6.1975) (Sperrung: C.G.)

Der unmittelbar darauffolgende Satz dient eigentlich nur dazu, die dieser Formulierung innewohnende Tendenz zu verstärken: der Journalist greift in den eigenen Text ein, damit das mit-intendierte Urteil dem Leser nicht entgehe: "Der *Witz*: Der Text ist auf 'Agents-Report'-Papier der amerikanischen Armee (nicht des Geheimdienstes) geschrieben." (ebenda.) (Sperrung: C.G.)

Die Entpolitisierungstendenz des Wortes *belauscht* geht wohl u.a. auf den weniger fachsprachlichen Charakter dieses Begriffs zurück.

Der Vergleich mit dem Passus aus einem am nachfolgenden Tag erschienenen WELT-Artikel, in dem der Journalist sich eher über das Abhören mokkiert, läßt die Tendenz des BILD-Textes deutlicher hervortreten: Möglicherweise ist es das Ziel des BILD-Journalisten, indem er die Umtriebe einer ausländischen Spionageorganisation in Deutschland andeutet, die Beziehungen der BRD zum Ausland, vielleicht sogar die gesamte Außenpolitik der (damaligen) Regierung etwas zweifelhaft erscheinen zu lassen. Die Gründe für diese Interpretation sollen erst im folgenden Abschnitt angegeben werden. Gewiß schwingt in seinem Bericht ein leicht nationales Moment mit, das letztlich — auf die Möglichkeit dieser Interpretation sei hier wenigstens hingewiesen — als eine Folge der politischen Couleur der BILD im allgemeinen unter der bevorstehenden Wahl insbesondere (s. unten) angesehen werden könnte. Der ideologische Standort, der, wenn unsere Analyse zutrifft, im BILD-Text implizit vorhanden ist, findet seinen konsequentesten — und gänzlich expliziten — Ausdruck in folgendem Auszug:

"Die Zurückdämmung haarsträubender ausländischer Praktiken vornehmlich sowjetkommunistischer Geheimdienste in unserem Land ist die eine vorrangige Aufgabe." (DN, 20.6.1975)

und der im engeren Sinne politische in dem auch aus dieser rechtsradikalen Zeitung stammenden Satz:

"Es gibt beispielsweise in der Sozialdemokratischen Partei genügend Politiker, die mit dem Osten konspirierten, die den Bestand der Bundesrepublik mehr und mehr infrage stellen, ..." (ebenda.)

Durch diesen letzten Auszug haben wir eine zweite Dimension der Bedeutung des BILD-Texts in unsere Diskussion eingeführt. Im Meinungswirrwarr, der um den gegebenen Vorfall entstand, war von der einen Seite der Vorwurf zu hören – mal vertuscht, mal laut –, die Zustellung der Abschrift sei aus parteipolitischen Gründen erfolgt (s. Auszüge 1,2,4 etc. oben); der Verdacht wurde sogar geäußert, die verantwortlichen Täter seien Mitglieder der CDU und CSU selbst gewesen (Auszug 6). Uns interessieren nicht diese verschiedenen Möglichkeiten, sondern die Art und Weise, wie sie sprachlich vermittelt und daher als mehr oder weniger wahrscheinlich hingestellt werden. Der BILD-Text enthüllt sich in dieser Hinsicht als besonders interessant:

1. Gleich in der Schlagzeile und wieder im ersten Absatz wird der parteipolitische Aspekt dadurch hervorgehoben, daß Helmut Kohl "CDU-Chef" (Sperrung: C.G.) genannt wird (man vergleiche diesen Namen mit den Bezeichnungen in den anderen Zeitungen = zweimal "Kohl").
2. Durch Endstellung in seinem Text sowie durch Fettdruck unterstreicht der BILD-Journalist die Äußerung Biedenkopfs, in der der Sprachgebrauch unübersehbar interessenbedingt ist. Die ideologische Handhabung der Sprache steckt im Wort "erschwert". Biedenkopf beklagt sich nicht etwa über Abhörpraktiken im politischen Leben überhaupt, sondern deutet den Vorfall von vornherein – durch die Platzierung des Zitats im Text entsteht der Eindruck, Biedenkopf habe sich gleich beim ersten Telefongespräch mit Kohl so ausgedrückt – als einen gegen die Opposition gerichteten Angriff. Er suggeriert also als Interpretationsrahmen die Begriffsstruktur 'Opposition – Regierung', und liefert daher ein Indiz dafür, auf welchen (Mit-) Täter wir beim Partizip *erschwert* – einem Begriff, der im Gegensatz zu *schwierig* immer noch ein Agens anklingen läßt – zu schließen haben. In diesem Text ist das Agens durchaus rekonstruierbar. (Es ist anhand der in der Zeit nach dem beschriebenen Vorfall erschienenen Zeitungsbericht nicht mit Sicherheit zu sagen, ob das Wort *erschwert* tatsächlich von Biedenkopf selbst verwendet wurde oder ob es nicht dem Journalisten zuzuschreiben ist. Die FAZ z.B. berichtet am 14. Juni von einem Zeitungsinterview, in dem Biedenkopf sich über die "ohnehin schwierigen" (Sperrung: C.G.) Bedingungen", unter denen die Opposition zu arbeiten habe, beklagt haben soll. Sollte dieses Zitat tatsächlich eine getreue Wiedergabe der Biedenkopf-Äußerung sein, dann hätten wir es mit einer ideologischen Transformation seiner Rede zu tun.)

Die beiden bisher kommentierten Perspektiven auf das Ereignis sind im BILD-Text so ineinander verwoben, daß eine bestimmte Lesart unvermeidlich in den Vordergrund tritt, nach der die Regierung mit irgend-



welchen ausländischen Kräften unter einer Decke steckt. Ob der Artikel Meinungsbeeinflussung hinsichtlich des 10 Tage später anstehenden CDU-Parteitag anstrebt oder ob er im Zusammenhang mit der nächsten Bundestagswahl im Sinne eines Engagements für die oppositionellen Politiker gesehen werden sollte, darüber kann man nicht aufgrund eines einzelnen Texts befinden, der ohnehin nur ein Teil einer viel weiter um sich greifenden Kontroverse war. (Es gibt in späteren Berichten gewisse Indizien dafür, daß BILD im vorliegenden Artikel Partei ergreift für Kohl im Gegensatz zu Strauß, z.B. trägt ein am 18. Juni erschiener BILD-Artikel die Überschrift: "Machen die Abhör-Spione Kohl fertig?"). Außer Zweifel steht, daß der BILD-Journalist nicht zu denjenigen Kommentatoren gehört, die, wie Kohl noch am 19. Juni von sich und anderen beteuerte, "weit davon entfernt" seien, "anderen Parteien die Täterschaft zu unterstellen" (SZ, 19.6.1975).

### Zum Begriff 'Skandal'

Eine Formulierung im oben abgedruckten SZ-Text macht auf die Bedeutung des Begriffs 'Skandal' aufmerksam: "Als Beweis für diesen 'Abhörskandal' ..."

Es ließe sich wohl schwerlich herausfinden, ob dieses Wort im originalen ddp-Bericht gestanden hat oder ob dort nicht eher von einer Abhöraffaire – ohne Anführungsstriche – die Rede war; so wird der Vorfall nämlich im SWP-Text genannt, der eine Umarbeitung desselben Agenturberichts wie der SZ-Artikel zu sein scheint. Da die Agenturen bekanntlich versuchen, sich so neutral wie möglich zu verhalten, liegt die Vermutung nahe, daß der affektbetontere Begriff 'Skandal' eine durch Anführungsstriche ausgezeichnete Umwortung ("re-lexicalisation": Halliday) auf Seiten der SZ-Redaktion ist. Diese Umwortung ist wahrscheinlich wiederum als Reflex des Verfassers dieses Texts auf einen sich damals um diesen Abhörvorfall herum schnell etablierenden sprachlichen Usus zu deuten. Wie sich nun eine Affäre referentiell von einem Skandal unterscheidet, ist schwer zu bestimmen. Sicherlich hängt der Gebrauch des emotiveren Begriffs 'Skandal' aufs engste mit der Motivation des Redners/Schreibers zusammen, dergestalt nämlich, daß der Sprachgebrauch gleichsam ein Raster abgibt, an dem sich die politischen Positionen der zu dem Vorfall stellungnehmenden Parteien messen lassen. Letztere unterscheiden sich u.a. dadurch, daß einige von ihnen sich irgendwie – wie z.B. unser SZ-Verfasser durch Anführungszeichen – vom Begriff 'Skandal' distanzieren (noch größere Sorgfalt legt aus anderen Gründen hier die DN an den Tag, indem sie sogar den Begriff 'Affäre' relativiert: "die sogenannte Abhöraffaire"), während andere, wie z.B. der Verfasser des

Berichts in der BILD gleich von Anfang an von einem "Abhör-Skandal" berichten. Hierin ist allerdings mehr als nur ein Beispiel des interessenbedingten Sprachgebrauchs zu sehen, denn die Zeitungen, die "Skandal" verwenden, berichten nicht nur über gegebene Sachverhalte, sondern sie vollziehen oft gleichzeitig wichtige Namensgebungsakte, d.h. sie sind an der Entstehung eines Sprachusus und der in ihm enthaltenen Schweise selbst maßgeblich beteiligt. Den Kern der Sache trifft folgender Auszug aus einem Bericht, der am 14. Juni erschien:

"Wer kann an dem Dialog Kohl-Bidenkopf interessiert gewesen sein, an einem Dialog, den zu kennen sich kaum lohnt? Eigentlich nur Leute, die daraus einen Abhör-Skandal machen wollten." (WELT, 14.6.1975)

— denn der geeignetste, wenn nicht gar der einzige Weg, aus einer Angelegenheit einen Skandal zu machen, ist, dafür zu sorgen, daß sie von möglichst vielen Leuten so bezeichnet wird. Selbstverständlich wirken da Politiker und Zeitungsmacher zusammen. Die BILD-Zeitung z.B. legt großen Wert darauf, Bidenkopf bei seinem Benennungsakt zu zeigen: "Bidenkopf: Ich bin tief getroffen, das ganze ist ein Riesenskandal".

Andere Texte weisen mit größerer Distanz auf den Vollzug dieses sprachlichen Aktes hin (Hervorhebung: C.G.):

"In der CDU-CSU Opposition wird offenbar die Frage erwogen, zur Aufklärung der Abhörraffäre, die CSU-Landesgruppenchef Richard Stücklen einen 'Skandal größten Ausmaßes' nannte, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß einzusetzen". (SZ, 16.6.1975)

Während einige Zeitungen konsequent die Bezeichnung "Affäre" benutzen, ist in den Agenturberichten ein Übergang zu "Skandal" zu verzeichnen, was als Zeichen für das Gelingen des von den daran Interessierten forcierten Benennungsakts bewertet werden kann. Die Bedeutung, die BILD dem Skandal-Begriff beimißt, drückt sich auch in der Verbindung "ein beispielloser Abhörskandal" aus. Die Funktion des Adjektivs *beispiellos* — im Gegensatz zu den in den folgenden Wendungen enthaltenen Eigenschaftswörtern (Hervorhebung: C.G.):

die j ü n g s t e Abhörraffäre (FAZ, 18.6.1975)

die j ü n g s t e Abhörraffäre (FR, 14.6.1975)

Bonn hat eine n e u e Affäre (FAZ, 14.6.1975)

— besteht darin: 1. sowohl den Leser zugunsten des in "Skandal" ausgedrückten, leicht moralischen Urteils zu beeinflussen 2. auch diesen Abhörvorgang als einzigartigen und daher schwerwiegenderen Fall darzustellen. Durch die referentielle Ungenauigkeit des Begriffs 'beispiellos' wird eine wichtige Perspektive ausgeblendet, die Erkenntnis nämlich, daß es neben illegalen auch legale Abhörfälle gibt. Andere Zeitungen

ermöglichen es ihren Lesern, diese begrifflich wichtige Unterscheidung nachzuvollziehen; z.B.:

„eine illegale Abhöraffäre“, „gesetzeswidrig“, „das illegal aufgezeichnete Gespräch“, „illegale Abhöraktion“, „legale Abhörpraktiken“ (FAZ, 14.6.1975)

„In dem illegal abgehörten Telefongespräch ...“ (WELT,

– während BILD weiterhin mit einem aus jeglichem rationalen Zusammenhang herausgerissenen Begriff des Skandalösen arbeitet: „... die skandalöse Veröffentlichung des Telefongesprächs.“ (BILD, 19.6.1975)  
– einem Phänomen also, auf das sie konsequent mit „Empörung“ reagiert.

Während also die verschiedenen Zeitungen den Abhörvorgang herauf- oder herunterspielen, indem sie ihn z.B. moralisch verbrämen und als Skandal ausgeben oder aber sich um Distanz zu der Affäre bemühen, verharret die Bundesregierung bei dem Versuch, insbesondere den Rechtsstandpunkt hervorzukehren. Nachdem Bölling, der Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung am Anfang des am 14. Juni im WDR gesendeten Mittagmagazins zur moralischen Sehweise ein Lippenbekenntnis abgelegt hat und sie eigentlich als nicht adäquat abtut: (auf den Hinweis, die Empörung über die Affäre sei allgemein verbreitet, reagiert er mit der Bemerkung: „Ja, und Empörung nicht im vordergründigen Sinne dieses oft gedankenlos gebrauchten Wortes ...“) pocht er immer wieder auf den rechtlichen Aspekt des Vorgangs, wobei die Bewußtheit, mit der er eine entsprechende Sprache anzubringen bestrebt ist, von seiner politischen Motiviertheit zeugt: Der Interviewer kommt ihm mit der Frage entgegen:

„Nennen wir es also, wie es wohl ist; denn es ist ja jetzt – sagen wir – ein Kriminalfall geworden, der geklärt werden muß.“

worauf Bölling erwidert:

„Ja, ein Kriminalfall. Man soll also hier nichts dramatisieren. Die Sache selbst ist ernst genug. Es ist in der Tat ein Kriminalfall.“

Allerdings scheint diese offizielle Förderung einer bestimmten Auffassungsweise fehlzuschlagen: Der Sprachgebrauch in den von uns durchgesehenen Organen mag insgesamt schwanken, aber die Boulevardpresse betont konsequent das Skandalöse an dem Vorfall. In der BILD wird der Begriff auch auf den späteren Entschluß Henri Nannens, das Telefonat zu veröffentlichen, bezogen:

„Alle deutschen Zeitungen von links bis rechts verurteilten diesen bisher größten politischen Skandal in der deutschen Presse.“ (BILD, 19.6.1975)

Der Begriff 'Skandal' ist so wenig "an der erfahrbaren Wirklichkeit zu messen"<sup>187</sup> wie der andere in BILD vorkommende Ausdruck "Wellen schlagen". Ein solcher Sprachgebrauch – der allerdings nicht nur der BILD zur Last gelegt werden kann – spricht den Leser nicht nur emotional an, sondern er verdeckt zudem wichtige Aspekte des gesellschaftlichen Geschehens, indem er das Geschehen personalisiert und andere rationale Kriterien nicht zur Geltung kommen läßt.

Die moralisierende Deutung gründet in einer weitverbreiteten Ideologie, die besagt, daß Politik letzten Endes eine moralische Angelegenheit sei, daß Politiker moralisch motiviert seien usw. Eine engagierte Sprachkritik will dazu beitragen, daß über solche vielfach unbewußten Einstellungsmuster reflektiert wird. Wer so kritisch den BILD-Text besieht, wird auf eine Fülle von Beispielen für einen Sprachgebrauch stoßen, der der moralisierenden Sehweise frönt. Wir kommentieren abschließend zwei besonders eklatante Beispiele:

1. Der Abhörvorgang wird dadurch personalisiert, daß das Menschliche am Verhältnis zwischen zwei Politikern in den Vordergrund geschoben wird; das Possessivpronomen wird im Bericht zweimal bemüht:

"CDU-Chef Helmut Kohl und *s e i n* Generalsekretär wurden ... bespitzelt."

"Von der Hansestadt rief der CDU-Chef ... *s e i n e n* Generalsekretär in Bonn an, ..." (Hervorhebung: C.G.)

Die entsprechende Stelle im RGA, die uns als Beispiel dienen soll, faßt denselben Inhalt anders auf:

"... Telefonat, das Kohl aus seiner Mainzer Staatskanzlei mit CDU-Generalsekretär Kurt Biedenkopf führte." (RGA, 13.6.1975)

(Wohlbemerkt: Auch hierin liegt eine verborgene Ideologie, denn eine Kanzlei gehört sowenig einem Politiker, wie ein Gerichtshof dem Richter; allerdings würden wir, wenn wir diesem Gedanken weiter nachgingen, bis zum Herz allgemein geltender, sicherlich auch teilweise bewußt geförderter Auffassungen über unsere demokratischen Strukturen vorstoßen.)

2. Schon im Biedenkopf-Zitat kündigt sich in der Formulierung "Ich bin tief getroffen" eine gewisse Emotionalisierung der Angelegenheit an. Fortgesetzt wird sie in Vokabeln wie "Fassungslosigkeit", "rot vor Zorn", "mit bebender Stimme" (BILD, 18.6.1975). Wir können an einem schönen Beispiel die Entstehung dieses Sprachgebrauchs genau beobachten. Am 19.6.1975 druckt die BILD-Zeitung Bilder von Biedenkopf, Schmidt und Kohl und läßt alle drei direkt daneben "zu Worte kommen". Es lohnt sich, die Titelseite zu zitieren:

Biedenkopf

BILD

: "Nannen lügt!"

Bundeskanzler

BILD

: Ich bin bestürzt

Helmut Kohl

BILD

: "Gangstertum!"

Erst bei genauerem Hinsehen fällt etwas auf, was sich sehr leicht übersehen läßt: Im Falle des Schmidt-Zitats fehlen die Anführungszeichen, die in den beiden anderen Fällen die Schlagzeile als wörtliche Zitate kennzeichnen. Und, in der Tat, es stellt sich heraus, daß der Bundeskanzler sich so nicht geäußert hat. Weshalb der Journalist die Anführungszeichen wegläßt und so in diesem einen Aspekt journalistische Sorgfalt bewahrt, leuchtet nicht recht ein. Denn sonst bezweckt er offensichtlich mit der ganzen Art der Aufmachung dieser Schlagzeile den Eindruck, Schmidt habe tatsächlich selbst gesagt, er sei bestürzt. Die entsprechende Stelle im Text selbst ist ähnlich irreführend:

"Auch die Bundesregierung erklärte: 'Die Veröffentlichung dieses illegal abgehörten Telefongesprächs ist ein bestürzender Vorgang.' Auch der Kanzler persönlich ist tief bestürzt."

Mit anderen Worten, die Worte, die Schmidt in den Mund gelegt werden, sind in Wirklichkeit einer offiziellen Regierungsstellungnahme entnommen, die außerdem etwas anders lautet. Am 19. Juni berichten drei andere Zeitungen über die betreffende Erklärung wie folgt:

"Die Bundesregierung verurteilte am Montag unter Vorsitz von Bundeskanzler Schmidt scharf die jüngste Abhörraffäre. Die Bundesregierung schloß sich in diesem Zusammenhang der Auffassung von Bundesjustizminister Vogel an, daß die Veröffentlichung ein 'bestürzender Vorgang' sei." (FR, 19.6.1975)

"Wie Regierungssprecher Bölling mitteilte, ist das Kabinett der Ansicht, daß es ein 'bestürzender Vorgang' ist, wenn Bürger, Politiker und Minister damit rechnen müßten, daß widerrechtlich abgehörte Telefongespräche auch noch veröffentlicht würden." (SWP, 19.6.1975)

"Bundesjustizminister Vogel nannte es im Kabinett einen 'bestürzenden Vorgang' ..." (SZ, 19.6.1975)

Man tut, glaube ich, gut daran, dem Begriff 'Bestürzung' im politischen Leben überhaupt mit etwas Zynismus zu begegnen, denn er scheint mir in diesem Kontext häufig zu einer Art Ritualgebärde zu werden, die einer offiziell gebilligten Emotion Ausdruck verleiht. Wie dem auch sei,

er wird im Rahmen des hier zur Diskussion stehenden AbhÖrvorgangs von Justizminister Vogel 'zur Sprache gebracht', der ihn allerdings etwas bezugslos – eher einer Leerformel gleich – und allgemein gebraucht. Vogels Formulierung wird vom Kabinett bestätigt, das sich ihr, wie es heiÖt, "anschlieÖt". Aufgegriffen und personalisiert wird sie jedoch von der BILD-Zeitung, der solche Bezugslosigkeit in diesem Falle nicht behagt.

## 8. Attentat auf Benda

### Einleitende Bemerkungen

Wir wollen in diesem Abschnitt sechs Texte miteinander vergleichen, die auf den ersten Blick einander recht ähnlich sehen. Der gemeinsame Informationsgehalt lÖt sich neutral so zusammenfassen: 1. Es ist eine Person auf dem Dach eines dem BÜro des PrÖsidenten des Bundesverfassungsgerichts gegenÜberliegenden Gebäudes gesehen worden; 2. Zwei Tage darauf wird ein Pistolenmagazin gefunden. Die zur Diskussion stehenden Texte stellen diese Vorkommnisse verschieden dar, wobei die Unterschiede in einigen FÖllen auf recht subtile Weise zustandekommen.

Die Aufgabe, die verschiedenen Sehweisen herauszuarbeiten, ist im Falle der gegebenen Texte insofern besonders reizvoll, als die Texte offensichtlich aufs engste aufeinander bezogen sind. Zwei von den drei Agenturberichten (im folgenden als AP, DDP, DPA bezeichnet) sowie auch der WELT-Text beziehen sich explizit auf den Text in der BILD-Zeitung; in allen Agenturberichten und im WELT-Text wird ferner auf eine Stellungnahme der Bundesanwaltschaft Bezug genommen. Insofern sind die zutage tretenden Unterschiede besonders bedeutsam. Die Agenturberichte wurden am 19. Mai 1981 an die Abonnenten geliefert, einen Tag also vor dem Erscheinen der Zeitungstexte am 20. Mai.

### Analyse

Wir befassen uns im folgenden eingehender mit den drei Zeitungstexten und ziehen Formulierungen aus den Agenturberichten gelegentlich zum Vergleich heran.

Es soll hier abgesehen werden von einem ins Detail gehenden Kommentar zu den jedem ins Auge springenden stilistischen EigentÜmlichkeiten insbesondere des BILD-Textes, da sie für viele Texte aus der Presse charakteristisch und daher leicht feststellbar sind. Ähnlich soll nur kurz auf Unterschiede in der Aufmachung – z.B. Bebilderung, GrÖÖe der Schlagzeilen, Plazierungen des Artikels usw. – verwiesen werden. Man

beachte in dieser Hinsicht sowohl die Fiktionalisierung der Vorfälle im BILD-Text durch Tempus-Gebrauch und andere Merkmale des Erzählstils wie auch die sogenannte Dramatisierung des Inhalts durch den Gebrauch von kurzen Sätzen, Ausrufezeichen u. dgl. mehr (vgl. Mittelberg: "Wortschatz und Syntax der BILD-Zeitung"); ferner, wie das Interesse des Lesers gleich am Anfang aller drei Zeitungsartikel gefesselt wird, indem jeder Text ihm die Rolle eines Fragenden zuweist (z.B. BILD: "Wollte der Karry-Mörder auch Ernst Benda ... umbringen?"). Durch dieses rhetorische Element entsteht ein besonderes Verhältnis zwischen Text-Produzent und Text-Rezipient: Der Leser wird in eine sprachliche Handlung einbezogen.

Wir setzen stattdessen bei sprachlichen Unterschieden an, die an der Ausformung einer jeweils verschiedenen Perspektive auf den gemeinsamen Inhalt maßgeblicher beteiligt sind. Wir ordnen die Unterschiede den Kategorien a) Umwandlung des Sachverhalts in Sprache; b) Entpolitisierung des Sachverhalts zu.

#### a) Umwandlung des Sachverhalts in Sprache

Im BILD-Text werden die realen Ereignisse auf eine ganz andere Weise der Interpretation Attentat zugeführt als bei WELT oder EXPRESS. Letzteren Artikeln stehen mit Fragezeichen versehene Schlagzeilen voran, die den Begriff 'Attentat' im Hinblick auf die Wirklichkeit stark relativieren (z.B. "Attentat ... geplant?"); die Artikel selbst sind folgerichtig gekennzeichnet durch ähnliche Qualifikationen: "Vermutung", "Hinweise", "vorbereitet wird" usw. In ähnlicher Weise heißt es in den Agentur-Berichten etwa: "angeblich Attentat geplant" (DDP; ähnlich im AP-Bericht). Der BILD-Text scheut sich hingegen nicht, dasselbe Denotat als "Attentat" zu bezeichnen; nur geht diese Deutung auf recht subtile Weise aus dem Text hervor. Denn dort heißt es nicht etwa: "es hat ein Attentat gegeben" — eine Deutung, die jedenfalls der zu diesem Zeitpunkt geltenden rechtlichen Auffassung nicht entsprach (vgl. "Dies wurde aber von der Bundesanwaltschaft nicht bestätigt", DPA), sondern das Vorliegen eines Attentats wird in der BILD-Schlagzeile einfach präsupponiert, d.h. die Wahrheit der in der Schlagzeile enthaltenen Aussage setzt die Wahrheit einer zweiten — daher nur impliziten — Aussage voraus. (Im propagandistischen oder im persuasiven Gebrauch der Sprache dürfte dieses Merkmal häufig anzutreffen sein: durch präsupponierte Aussagen kann sehr vieles als wahr ausgegeben werden, was aus politischen, rechtlichen oder sonstigen Gründen nicht explizit behauptet werden kann, soll usw.)

Die besondere Leistung der BILD-Formulierung tritt umso klarer hervor, wenn man genau auf die Art und Weise achtet, wie BILD im AP-Bericht zitiert wird. Dieser Darstellung zufolge will BILD von einem "angeblichen geplanten Attentat" berichten. Dem ist jedoch nicht so, denn der BILD-Text handelt von einem tatsächlichen Attentat.

(Ähnlich verhält es sich mit dem BILD-Ausdruck "Karry-Munition" (Schlagzeile), wobei der Verfasser sich in diesem Falle die Zweideutigkeit solcher Komposita zunutze macht. Die Beziehung zwischen den beiden Wortelementen kann von Fall zu Fall semantisch ganz anders sein.<sup>188</sup> Suggestiert wird durch das Wort "Karry-Munition" – vgl. die Formulierung im zweiten Absatz des WELT-Textes – daß es sich beim Fund um eben dieselbe Munition handelt, mit der Karry ermordet worden war.)

Die Text-Aussage "Es hat ein Attentat gegeben" erlangt besonderes Gewicht durch zwei weitere Merkmale des BILD-Textes: 1. Die Schlagzeile taucht an einer wichtigen Textstelle, d.h. am Ende des einleitenden Absatzes als Lesehinweis wieder auf; offenbar liegt dem Verfasser sehr daran, durch einen Kommentar zum eigenen Text die Rezeption seines Textes genauer zu kontrollieren; 2. Sowenig wie die Schlagzeile läßt das Kompositum "Richter-Attentat" (BILD, Seite 4, Schlagzeile) Zweifel daran aufkommen, daß ein Attentat vorliegt.

Zur Semantik des Begriffes 'Attentat' noch eine weitere wichtige Bemerkung: Man fragt sich: Welche Merkmale muß ein Denotat in der realen Welt aufweisen, damit man es konventionell mit diesem Begriff bezeichnet? Die anderen Berichte sind sich dieses semantischen Aspekts, wie oben gezeigt wurde, bewußt (vgl. "geplant", "vorbereitet"; vgl. auch die aufschlußreiche Formulierung im DDP-Bericht: "... kein Ermittlungsverfahren wegen eines möglichen A t t e n t a t s v e r s u c h s ... eingeleitet"; Hervorhebung: C.G.). Der BILD-Text läßt hier ein viel weniger differenziertes Bild der Dinge entstehen und erweckt so den Eindruck, die Vorbereitungen seien viel weiter gediehen, als es in Wirklichkeit der Fall gewesen zu sein scheint.

Unten wird noch einmal auf den Begriff 'Attentat' zurückzukommen sein. Es seien im Rahmen der Diskussion über die Umwandlung der Realität zwei weitere Punkte kommentiert, die die Deutung der Geschehnisse als etwas Wirkliches noch mehr steigern: 1. Die Benennung des Ortes, an dem die Munition gefunden wurde, fällt in den drei Zeitungstexten jeweils anders aus. Es mag in allen Fällen derselbe Ort gemeint sein; die Unterschiede sind jedoch frappierend:



BILD: " ... vor dem Büro"  
 WELT: " ... In der Nähe des Gerichts"  
 EXPRESS: " ... Im Hinterhof der Weinstube"

In der Formulierung "... vor dem Büro" werden die räumlichen Verhältnisse wohl am meisten gerafft. 2. Die Vieldeutigkeit des Kompositums "Karry-Munition" ist oben schon besprochen worden. Greifen wir den Sachverhalt 'Magazin' wieder auf, um auf eine weitere Text-Eigenschaft aufmerksam zu machen, die dazu beiträgt, daß der Leser die zwei im BILD-Text erwähnten Magazine für miteinander identisch hält. Im letzten fettgedruckten Absatz bei BILD heißt es: "das Pistolenmagazin-Kaliber 22". Sowohl durch die Ähnlichkeit dieser Formulierung mit einer im Text vorausgegangenen — s. 1. Absatz: "Pistolenmagazin gefunden. Kaliber 22 ..." — als auch durch das Ausrufezeichen, das die Aufmerksamkeit des Lesers wohl auf die Wiederholung lenkt, wird die inhaltliche Identität der beiden Text-Stellen besonders betont.

Es verläuft keine scharfe Grenze zwischen den zwei Kategorien, die wir zur Beschreibung der sprachlichen Unterschiede in unseren Texten benutzen. Der Akt der Klassifizierung ist ein überaus ideologischer, denn man hat anzunehmen, daß jede Klassifizierung in jemandes Interesse liegt. Die verschiedenen Klassifizierungen, die bisher kommentiert wurden, heben jeweils auf eine andere Rezeption der realen Ereignisse ab. Mögliche Reaktionen auf den BILD-Text: "also, noch ein Attentat auf eine wichtige Persönlichkeit". Wenn wir Benda als stellvertretend für eine nicht näher definierte Staatsordnung auffassen, dann impliziert der BILD-Text eine Gefährdung eben dieser Ordnung. Im Begriff "Deutschlands höchster Richter" (BILD-Schlagzeile) schwingt ein gewisses nationales 'Wir-Bewußtsein' mit, was möglicherweise dazu beiträgt, daß der Leser sich eben auch gefährdet sieht. Der BILD-Text scheint unter diesem Aspekt eine interessante Umarbeitung des wirklich Geschehenen zu enthalten, denn einerseits ist er durch Charakteristika gekennzeichnet, die für die Behandlung von terroristischen Aktivitäten insgesamt typisch sind, andererseits scheint er eine Deutung zu bringen, die sich nur aus bestimmten punktuellen Kontextmerkmalen erklären läßt. Im folgenden behandeln wir u.a. gewisse 'Entpolitisierungstendenzen'.

#### b) Entpolitisierung des Sachverhalts

Der Begriff 'Attentat' gehört eindeutig zum politischen Wortschatz des heutigen Deutsch (vgl. "Karry-Attentat", EXPRESS; "Attentat ... vorbereitet", WELT; vgl. auch eine typische Wörterbuch-Definition: "politisch oder ideologisch motivierter (Mord)anschlag auf eine im öffentlichen Leben stehende Persönlichkeit": Duden, "Das große Wörterbuch

der deutschen Sprache" 189). Das Wort *Attentat* erweckt jedoch weniger Assoziationen an bestimmte links- oder rechtsgerichtete Gruppen, die in den letzten Jahren in Deutschland aktiv gewesen sind und die gemeinhin als Terroristen bezeichnet werden. Unter diesem Aspekt gesehen ist der Bezug zu der bundesdeutschen politischen Wirklichkeit bei BILD und EXPRESS etwas weniger eindeutig als im WELT-Text, in dem gleich in der zweiten Zeile der Begriff 'Terrorismus' eingeführt wird (vgl.: Der DDP-Bericht ist überschrieben "Terrorismus" und enthält außerdem das Wort "Terroranschlag".) Warum nun gerade ein Boulevardblatt, das ja den Terrorismus sonst oft groß schreibt, in diesem Falle durch den Gebrauch des etwas vageren Begriffs "Attentat" die Vorkommnisse in gewissem Maße entpolitisiert, muß selbstverständlich Interpretationssache bleiben. Jede Interpretation hätte auch den Kontext zu berücksichtigen. Einen möglichen Ansatz dazu liefert uns ein Bericht über das Attentat auf Karry aus der FAZ vom 22. Mai 1981, der folgende Überschrift trägt: "Die Ermittler haben noch kein klares Bild von Karrys Mördern. Politische Motive der Untat nur bedingt bestätigt / waren es Rechtsextremisten?"

Weiter unten heißt es dann:

"Was die vorliegenden 'Bekanntnisse' angeht, die erkennbar rechtsextremistisch getönt sind, fehlt bislang ein sicherer Bezug auf existierende Organisationen."

und:

"Gewisse Ähnlichkeiten zu dem Mordfall Levin in Erlangen, der sich kurz vor Weihnachten ereignet hat, könnten allenfalls die Rechtsextremismus-These stützen."

Es kann keinen Zweifel geben, daß diese Deutung — und auch die entgegengesetzte:

"Die Waffe im Fall Karry könnte wiederum eine Nähe zum Linksextremismus anzeigen; sie stammt aus einem Einbruch in einem amerikanischen Waffenarsenal in Butzbach vor elf Jahren, und bei Linksterroristen sind Exemplare aus diesem Waffendiebstahl aufgefunden worden."

den politischen Journalisten schon am 20. Mai bekannt gewesen sein müssen. Es ist daher bemerkenswert, daß solche Überlegungen zu der politischen Linie des Täters in den Texten aus BILD und EXPRESS fehlen, und daß sie zusätzlich durch das — im Sinne des erwähnten Referenzbezugs — recht offene Wort "Attentat" teilweise ausgeblendet werden. Wenn wir die unten noch zu besprechenden Merkmale hinzuziehen, liegt die Schlußfolgerung nahe, die Vorstellung, es könne sich um ein von Rechtsextremisten geplantes Attentat handeln, sollte verschwiegen

werden. (Ein Vergleich mit den Agenturberichten bringt in diesem Falle weniger, da sie sich mehr an den BILD-Text anlehnen. Der Verweis auf den BILD-Text im DPA-Bericht, der die Überschrift "Anschlag" trägt, ist jedoch insofern interessant, als es dort heißt: "In der Mittwoch-Ausgabe von BILD heißt es, es sei ein Anschlag ... geplant gewesen". Bei BILD fehlt in der Tat dieser Begriff 'Anschlag', der, wie oben dargelegt, eindeutiger mit dem organisierten Terrorismus (vgl. "Terroranschlag", "Terroristenanschlag") verbunden wird.)

Das Argument, es würde im BILD-Text durch Ausblenden bestimmter Überlegungen ein Geschehen entpolitisiert, wird auch durch andere sprachliche Formulierungen verstärkt.

Wie die in einem Ereignis handelnden Personen benannt werden, kann oft ideologisch motiviert sein. Betrachten wir die Benennungen des Täters, so ergibt sich folgende Gegenüberstellung:

WELT:	"Terroristen"
EXPRESS:	"die Karry-Mörder"
BILD:	"der Karry-Mörder"

Die Andersartigkeit der Formulierungen bedarf keines langen Kommentars. Sie hängt, scheint es, mit den oben angeführten Argumenten aufs engste zusammen: Der WELT-Text ordnet das Ereignis gleich dem Bereich des Terrorismus zu, während die Pluralform "Mörder" bei EXPRESS die Komponente 'Organisation' keineswegs ausschließt. Im BILD-Text dagegen handelt nur ein einzelner Mörder, dessen etwaige Zugehörigkeit zu irgendeiner Gruppe nicht in Erwägung gezogen wird. Eben diese Individualisierung des realen Geschehens haben wir wahrscheinlich auch zu sehen in der eher psychologisierenden Formulierung "umbringen wollen" im Gegensatz zu den anderen Fassungen (so: "Attentat ... von Terroristen ... geplant", WELT; "auf der Todesliste stehen", EXPRESS). Sogar das unverfänglich erscheinende Adjektiv *jung* in der Verbindung "junger Mann" (BILD) trägt zur Entpolitisierung bei. Das Wort erscheint in keinem anderen Bericht und entspricht mit großer Wahrscheinlichkeit nicht der Wirklichkeit. Man wäre vielleicht geneigt, die Einführung des Attributs *jung* einfach als Ausmalung des Bildes anzusehen. Dagegen spricht erstens, daß diese Komponente sich überhaupt sehr gut in die Deutung des Geschehens bei BILD einfügt, und zweitens die Tendenz in vielen Berichterstattungen dieser Zeitung, gerade durch die Komponente 'jung' den an terroristischen Aktivitäten beteiligten Personen überhaupt einen Mangel an Erfahrung vorzuwerfen und politisches Verständnis abzusprechen.<sup>190</sup>

Schon in der Schlagzeile bei BILD sind die anderen involvierten Personen anders gesehen als in den beiden anderen Berichten: Wer etwas "vereitelt", tritt als Handelnder auf den Plan. Eine Gegenüberstellung der einschlägigen Text-Stellen aus den Zeitungsberichten ergibt folgendes Bild:

1. BILD: "Am 13. Mai ... beobachteten Beamte ... einen jungen Mann"  
 WELT: ("berichtet die 'Bild-Zeitung'), daß ein Mann beobachtet worden sei."  
 EXPRESS: "Objektschützern war ein Mann ... aufgefallen"
2. BILD: "Als die Grenzschutz Männer das Haus erstürmten ..."  
 WELT: (Information fehlt)  
 EXPRESS: (Information fehlt)
- (vgl. DDP): "... als Beamte erschienen ..."  
 AP: "Als sich zwei Grenzschutzbeamte genähert hatten" (Bezugnahme auf den BILD-Text)  
 DPA: ("Nach Angaben der BILD-Zeitung) ... als sich zwei Beamte näherten."
3. BILD: "... fanden die Beamten ... das Pistolenmagazin."  
 WELT: "... hat ein Angehöriger ... ein Pistolenmagazin gefunden."  
 EXPRESS: "... ein Kleinkalibermagazin, das gefunden wurde ..."
- (vgl. AP): "Später habe man ... eine (sic) Pistolenmagazin gefunden."  
 DDP: "... wurde ... das Waffenmagazin ... gefunden."

Dieselbe Information, die in den anderen Berichten in der Passiv-Form des Verbs, durch die unpersönliche dritte Person (*man*) und durch die Formulierung Dativ + *auffallen* usw. zum Ausdruck kommt, wird im BILD-Text durchweg durch mit Subjekten versehene Handlungsverben ausgedrückt. (s. auch den auffallenden Gegensatz zwischen "Männer ... stürmen" (BILD) und "sich nähern", "erscheinen" (in den Agenturberichten)). Insgesamt läßt sich zusammenfassen, daß die "Behörden" (Beamte usw.) als wirksame und gut organisierte Gruppe im BILD-Bericht dargestellt werden.

Man kann die Unterschiede, die oben aufgeführt wurden, nicht etwa nur als stilistische Verbrämung abtun. Ebenso ist ihnen nicht mit dem häufig benutzten Begriffspaar Objektivität/Einseitigkeit beizukommen. Durch verschiedene Versprachlichungen dieses Stückes Wirklichkeit wird sie eben anders gesehen.

## ZUSAMMENFASSUNG

"... it is possible, but undesirable, to talk about language nonlinguistically, a procedure which is guaranteed to get you into trouble". 191

Die Struktur der Sprache ist nicht arbiträr, sondern sie ist durch die Funktion, der die Sprache dient, bedingt und motiviert.

Die Soziolinguistik, die man inzwischen vielleicht schon als traditionell bezeichnen könnte — nehmen wir als Beispiel die Forschungen des Amerikaners Labov<sup>192</sup> — ist in erster Linie korrelativ vorgegangen, d.h. sie setzte gegebene — etwa phonologische — Variablen in Verbindung zu Schichten oder auch kleineren gesellschaftlichen Gruppen. Ergebnisse konnte diese Richtung auch ohne die Erforschung des semantischen Inhalts solcher Variablen zeitigen.

Ähnliches gilt auch für die Soziologie, wo trotz weitverbreiteter Anerkennung der Bedeutung der Sprache in der Gesellschaft — die Arbeiten von Berger und Luckmann können hier als stellvertretend angesehen werden<sup>193</sup> — erstaunlich wenig an detaillierter Analyse soziologisch oder ideologisch interessanter Sprache vorliegt. Überhaupt ist in diesem Sinne der Rolle, die die Sprache kraft ihrer strukturellen Vielfältigkeit bei der Veräußerlichung, aber auch bei der Gestaltung und Festigung sozialer Gebilde spielt, zu wenig Achtung gezollt worden.

Es gilt in dieser Situation Abhilfe zu leisten. Dieser Verantwortung muß sich meines Erachtens die Linguistik stellen, indem sie sich ernsthafter und konsequenter als bisher — auf vereinzelte Einsichten stößt man allenthalben in der Literatur zum Thema 'Sprache und Politik' — den Versuch unternimmt, eine gesellschaftsbezogene Theorie zu bilden, die wiederum die Entwicklung einer analytischen Methodologie ermöglicht.

Außer der erwähnten bruchstückhaften Anregungen sind auch erste systematische Anfänge in der Beschreibung des — im weitesten Sinne — politischen Sprachgebrauchs zu verzeichnen. Sowohl die im ersten Teil dieser Arbeit beschriebene, sich selbst als kritische Sprachwissenschaft bezeichnende Forschungsrichtung als auch die im Zeichen der 'functional systemic linguistics' entwickelte 'critical linguistics' haben sich der Aufgabe angenommen, die Funktion der Sprache in der Wechselwirkung zwischen sozio-ökonomischer Struktur und Ideologie aufzuzeigen.

Einige der von diesen beiden Schulen entwickelten Ideen aufzugreifen und auf Zeitungstexte anzuwenden ist das Vorliegen der vorliegenden Arbeit gewesen. Selbstverständlich ist mit Zeitungstexten nur ein ver-

schwindend geringer Teil dessen, was wir als den 'öffentlichen Sprachgebrauch' bezeichnen können, erfaßt. Zudem war es in unseren Analysen schon aus Platzgründen unmöglich, der Frage nach der endgültigen ideologischen Intention der Texte nachzugehen. (Dies darf allerdings nicht verwundern, wenn man bedenkt, daß eine erschöpfende Analyse eines jeden Textes logisch auf eine allumfassende Beschreibung der gesamten sozialen Wirklichkeit hinauslaufen würde.) In diesem Zusammenhang sei auch noch einmal betont, daß eine solche Beschreibung unumgänglich subjektiv bleiben muß, d.h. die Kategorien und Strukturen die jede (also auch eine kritische Sprach-) Wissenschaft ausmachen, entstehen aufgrund von bestimmten Annahmen über die gegebene Wirklichkeit.

Die sprachlichen Mechanismen, die uns am meisten interessieren, sind diejenigen, die zur Erhaltung oder zur Veränderung einer als auf ungleicher Machtverteilung basierend verstandenen Gesellschaftsstruktur beitragen; die jeweils verschiedene Stelle innerhalb des sozialen Gefüges, an der ein gegebener Text produziert wird, ist gegenüber den konstant bleibenden Funktionen der Sprache von nur sekundärer Bedeutung.

Obwohl verschiedentlich darauf hingewiesen worden ist, daß prinzipiell jede sprachliche Form motiviert, d.h. mit einer bestimmten Aussageintention verbunden eingesetzt werden kann, ist trotzdem zu erwarten, daß in einer Gesellschaft, in der Gleichheit höchstens ein Ideal bleibt, eine umgrenzte Anzahl sprachlicher Mechanismen der näheren Untersuchung wert sein werden. Es ging in vorliegender Arbeit darum, anhand einer Beschreibung der Modellierung von Realität in Texten auf einige dieser Mechanismen aufmerksam zu machen.

## ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS ZEITUNGEN

<b>BaS</b>	Bild am Sonntag (Hamburg)
<b>BeZ</b>	Berliner Zeitung (Berlin-West)
<b>BILD</b>	Bild-Zeitung (Hamburg)
<b>DN</b>	Deutsche Nationalzeitung (München)
<b>DT</b>	Deutsche Tagespost (Würzburg)
<b>DuD</b>	Deutschland-Union-Dienst (Pressedienst der deutschen Unionsparteien im Bundestag, Bonn)
<b>FAZ</b>	Frankfurter Allgemeine Zeitung (Frankfurt/M.)
<b>FNP</b>	Frankfurter Neue Presse (Frankfurt/M.)
<b>FR</b>	Frankfurter Rundschau (Frankfurt/M.)
<b>ND</b>	Neues Deutschland (Berlin-Ost)
<b>RGA</b>	Reutlinger Generalanzeiger (Reutlingen)
<b>SN</b>	Stuttgarter Nachrichten (Stuttgart)
<b>SWP</b>	Südwestpresse (Ulm)
<b>SZ</b>	Süddeutsche Zeitung (München)
<b>TS</b>	Tagesspiegel (Berlin-West)
<b>WELT</b>	Die Welt (Hamburg, Bonn)
<b>ZEIT</b>	Die Zeit (Hamburg)

## ANHANG

### ZU ANALYSE 1 : EIN PROZESS – SIEBEN DARSTELLUNGEN

#### **Gerecht: Oberst Knorr hat keine Flugschüler mißhandelt**

Bonn (ddp) – Der frühere Kommandeur der Grenzschutzfliegertruppe in Hangelar bei Bonn, Oberst Erwin Knorr, ist vom Vorwurf der "Körperverletzung im Amt" freigesprochen worden.

Der Vorsitzende der Ersten Großen Strafkammer des Landgerichts Bonn, Helmut Quirini, erklärte am Donnerstag in der Urteilsbegründung, Zeugenaussagen und eigene Ermittlungen des Gerichts hätten keine Anhaltspunkte dafür gegeben, daß Knorr Flugschüler schikaniert oder gar mißhandelt habe. Der Oberst sei ein untadeliger Offizier und brillanter Flieger und mit dem Urteil "voll rehabilitiert". Quirini erklärte, es sei unbestritten, daß Knorr Flugschüler durch "körperliche Berührungen" in Gefahrsituationen zu Flugkorrekturen veranlaßt habe. Diese Berührungen seien notwendig gewesen, wie sich das Gericht an Ort und Stelle habe überzeugen können. "Daß es nicht immer sanft zugeht, liegt in der Natur der Sache", sagte der Richter. Kritik übte Quirini an den Belastungszeugen, den "durchweg übersensiblen Naturen". Sie seien erst 1973 mit Vorgängen aus den Jahren 1963 bis 1972 als Märtyrer ins Scheinwerferlicht getreten. Das Gericht habe den Eindruck gewonnen, als habe es sich bei ihnen um Marionetten gehandelt, die an unsichtbaren Fäden dirigiert worden seien. Oberst Knorr ist inzwischen ins Bundesinnenministerium übergewechselt, was – so ein Sprecher des Ministeriums – keine Degradierung sei.

(SN = Stuttgarter Nachrichten, 27. Juni 75)

#### **Freispruch – weil "eine Fliegerschule kein Damenkränzchen ist"**

hwl. Bonn, 27. Juni Die Flieger-Uhr von Grenzschutz-Oberst Erwin Knorr (52) zeigt genau 12 Uhr mittags. "Freispruch!" verkündet Richter Quirini.

Der drahtige Oberst Knorr, der 300 Piloten und Bordwarte ausgebildet und, wie die Gewerkschaft der Polizei behauptete, angeblich geschlagen hatte, ist "in vollem Umfang rehabilitiert".

Der Vorsitzende nennt ihn einen "untadeligen Offizier und brillanten Flieger". Und er spricht von "haßerfüllten Tiraden" eines Zeugen.

Oberst Erwin Knorr sitzt schweigend auf der Anklagebank. Er muß anschließend viele Hände schütteln. Jeder will ihm gratulieren. Die Frist für eine Beleidigungsklage gegen Kuhlmann, den Chef der Polizeigewerkschaft, der für diesen Prozeß gesorgt hat, ist verstrichen. Knorr blickt auf die Dokumentation der Polizeigewerkschaft, die beinahe seinen Ruf ruiniert hätte. Er sagt zwei Worte: "Infamie", "Niedertracht"!

Die Urteilsbegründung von Richter Quirini ist eine einzige Ohrfeige für den Polizeigewerkschafts-Boss Kuhlmann. Der Richter findet es merkwürdig, daß sich für die angeblichen Mißhandlungen von Flugschülern in den Jahren 1969 - 1971 "erst 1973 diese Belastungszeugen finden und als Märtyrer ins Scheinwerferlicht rücken lassen – Marionetten, die an unsichtbaren Fäden gezappelt haben", wie der Vorsitzende sagt.



Richter Quirini zum Schluß: "Eine Fliegerschule ist, verdammt nochmal, kein Damenkränzchen."

(BILD = Bild-Zeitung, 27. Juni 75)

ERWIN KNORR, ehemaliger Kommandeur der Grenzschutzfliegertruppe Hangelar, ist vom Vorwurf der Körperverletzung im Amt in fünf Fällen freigesprochen worden. Das Bonner Landgericht begründete am Donnerstag seine Entscheidung damit, daß sich die Zeugenaussagen nach Ermittlungen an Ort und Stelle als "haltlos" bewiesen hätten. Knorr sei ein "untadeliger Offizier und brillanter Flieger" und "in vollem Umfange rehabilitiert". Der Fluglehrer war unter anderem von der Gewerkschaft der Polizei wegen seiner Ausbildungsmethoden heftig kritisiert worden. Ihm wurde vor allem vorgeworfen, Flugschüler während der Ausbildung geschlagen zu haben.

(FR = Frankfurter Rundschau, 27. Juni 75)

### **Oberst Knorr freigesprochen**

BONN (dpa). Der frühere Grenzschutz-Fluglehrer Oberst Erwin Knorr (52) ist gestern nach achttägiger Hauptverhandlung durch die Erste Große Strafkammer des Bonner Landgerichts von dem Vorwurf der Körperverletzung im Amt in fünf Fällen freigesprochen worden.

Dem ehemaligen Kommandeur der Bundesgrenzschutz-Fliegergruppe in Bonn-Hangelar war vorgeworfen worden, seine Flugschüler bei Flügen während der Hubschrauberausbildung mißhandelt zu haben. Das Verfahren hatte bundesweites Aufsehen erregt, weil es vor dem Hintergrund einer Kontroverse zwischen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und dem Bundesgrenzschutz spielte.

(SWP = Südwestpresse, 27. Juni 75)

### **Richter Quirini und 'übersensible Naturen'**

EBERHARD NITSCHKE, Bonn "Eine Flugschule ist kein Damenkränzchen" — mit diesen Worten sprach Richter Helmut Quirini als Vorsitzender der I. Großen Strafkammer des Landgerichts Bonn den wegen "Körperverletzung im Amt" angeklagten Chef der Fliegertruppe des Bundesgrenzschutzes (BGS), Erwin Knorr (52) nach sechs Prozeßtagen frei. Er folgte damit dem Antrag des Staatsanwalts.

Mit dem spektakulären Freispruch — durch Quirins anschließende Begründung zum "Freispruch erster Klasse" hochstilisiert — endete kläglich eine zweieinhalb Jahre währende Kampagne, die der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Werner Kuhlmann, gegen den seiner Ansicht nach "paramilitärischen Bundesgrenzschutz" geführt hatte.

Kuhlmanns Privatkrieg begann damit, daß er im März 1973 angebliche "Foltermethoden" bei der Ausbildung im BGS anprangerte, die freilich auf eine damals schon fast zehn Jahre zurückliegende Rangerübung zurückgingen. Er besorgte dann Zeugen dafür, daß Knorr in den 70er Jahren bei der Hubschrauber-Pilotenausbildung in Bonn-Hangelar geprügelt und die von der Polizei zur Ausbildung hierher abgestellten Männer in der unflätigsten Weise beschimpft habe. Quirini über diese, nun auch nach Fernsehauftritten im Bonner Gericht sichtbar gewordenen Tatzteugen: "Märtyrer, die zwei Jahre nach der Mißhandlung diese 'Hölle der Ausbildung' entdeckten. Sie kamen mir vor wie Marionetten, die an unsichtbaren Fäden zappelten".

Wer an den Fäden am anderen Ende gezupft hat, wurde zwar nicht namentlich erwähnt. Das Bonner Verfahren, dessen bloße Existenz Quirini in der Urteilsbegründung als "Beschämung" empfand, ist jedoch allein dadurch in Gang gekommen, daß der GdP-Boß – und Düsseldorfer SPD-Landtagsabgeordnete – Kuhlmann im März 1973 ein "Schwarzbuch" über die Scheußlichkeiten beim BGS veröffentlichte und damit die Staatsanwaltschaft "von Amts wegen" zur Anklageerhebung zwang. Vom damaligen Bundesinnenminister Genscher aufgefordert, statt haltloser Verdächtigungen "Roß und Reiter zu nennen", präsentierte Kuhlmann Tonbandaufzeichnungen mit der Zeugenschilderung von Leiden unter Erwin Knorr. Um die Identität der Sprecher zu verschleiern, ließ er das Band absichtlich zu schnell laufen.

Schließlich kam ein Untersuchungsausschuß zustande, den der frühere Staatssekretär im Bundesjustizministerium, Hermann Maassen, leitete. Ergebnis: keine Schikane beim BGS, keine Anhaltspunkte dafür, daß, wie Kuhlmann formuliert hatte, "die Menschenwürde verletzt und Beamtenrechte außer Kraft gesetzt wurden".

Die Grenzschutz-Kritiker schossen sich endlich auf Knorr ein, fünf Zeugen marschierten auf. Was sie allerdings aussagten, deckte sich weitgehend mit Knorrs eigenen Erklärungen: in der "Alouette II", dem Schulhubschrauber, gibt es durch vielfache Belastung des Flugschülers Situationen, in denen der Lehrer nur noch durch handgreifliche Berührungen Abstürze verhindern kann.

Richter Quirini hatte sich bei einem Lokaltermin in der Luft davon überzeugt. Die Tatzeugen wurden für ihn nur zu "übersensiblen Naturen", die sich "nicht leicht in einen straff geführten Verband integrieren lassen". Der "brillante Flieger" Knorr, von seiner Aufgabe besessen, untadelig und in vollem Umfang durch das Verfahren rehabilitiert, lebte für sie "in einer anderen Welt", aus der es freilich ab und zu Püffe und Knüffe bei Schulflügen gab. Wie Knorr nachweisen konnte, um Leben zu erhalten.

Einmal im Zuge, legte sich Quirini auch mit dem deutschen Boxsport an, indem er "die widerliche Weise, sich auf diese Weise freiwillig das Gesicht zu zerschlagen", mit dem freiwilligen Eintritt in die harte Ausbildung der Hubschrauberausbildung verglich.

Erwin Knorr, der für die Dauer des Verfahrens zur Führung eines technischen Referates im Bundesinnenministerium quasi strafversetzt war, sagte nach dem Freispruch: "Die Stärke von uns 20 000 im BGS: dem potentiellen Gegner schon im äußeren Bild zeigen, wovor er sich fürchten soll. Wenn man daran knabbert, scheint mir Zerstörerisches am Werk zu sein."

BONNER BERICHTE: Natürlich wird er wieder fliegen  
(WELT = Die Welt, 27. Juni 75)

### **Oberst Knorr freigesprochen**

BONN, 26. Juni (dpa). Der frühere Grenzschutz-Fluglehrer Oberst Erwin Knorr ist am Donnerstag nach achttägiger Hauptverhandlung vom Bonner Landgericht von dem Vorwurf der "Körperverletzung im Amt" in fünf Fällen freigesprochen worden. Dem ehemaligen Kommandeur der Bundesgrenzschutz-Fliegergruppe in Bonn-Handlar war vorgeworfen worden, Flugschüler bei Flügen während der Hubschrauberausbildung mißhandelt zu haben. Das Gericht folgte mit seinem Urteil den gleichlautenden Anträgen von Staatsanwaltschaft und Verteidigung. Das Verfahren hatte Aufsehen erregt, weil es vor dem politischen Hintergrund der Kontro-

verse zwischen der Gewerkschaft der Polizei und dem Bundesgrenzschutz spielte. (FAZ = Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. Juni 75)

### **Grenzschutz-Fluglehrer Knorr freigesprochen**

Bonn (dpa) Der frühere Grenzschutz-Fluglehrer Oberst Erwin Knorr ist von der Ersten Großen Strafkammer des Bonner Landgerichts von dem Vorwurf der "Körperverletzung im Amt" in fünf Fällen freigesprochen worden. Dem ehemaligen Kommandeur der Bundesgrenzschutz-Fliegergruppe in Bonn-Hangelar war vorgeworfen worden, seine Flugschüler bei Übungsflügen während der Hubschrauber-ausbildung mißhandelt zu haben. Das Verfahren hatte Aufsehen erregt, weil es sich vor dem Hintergrund der Kontroverse zwischen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und dem Bundesgrenzschutz abspielte.

Richter Quirini erklärte, es sei unbestritten, daß Knorr Flugschüler durch "körperliche Berührungen" in Gefahrensituationen zu Flugkorrekturen veranlaßt habe. Diese Berührungen seien notwendig gewesen. "Daß es nicht immer sanft zugeht, liegt in der Natur der Sache", sagte der Richter. Kritik übte Quirini an den Belastungszeugen. Sie seien erst 1973 mit Vorgängen aus den Jahren 1963 bis 1972 als "Märtyrer ins Scheinwerferlicht" getreten. Es habe sich bei ihnen um Individualisten und durchweg um "übersensible Naturen" gehandelt. Das Gericht habe den Eindruck gewonnen, als habe es sich bei den Zeugen um "Marionetten" gehandelt, die an "unsichtbaren Fäden" dirigiert worden seien.

(SZ = Süddeutsche Zeitung, 27. Juni 75)

### **ZU ANALYSE 2 : 'THE CAMBRIDGE RAPIST'**

#### **Der Sex-Gangster mit der schwarzen Ledermaske gefaßt**

Der kleine Mann wurde nachts nach einer wilden Verfolgungsjagd überwältigt

Von A. Leontowitsch und P. Michalski sad. Cambridge (England), 10. Juni  
Mit langen Sätzen hetzt ein kleiner Mann mit schwarzer Maske über den Korridor des Mädchen-Wohnheims, ein blutbeschmiertes Messer in der Hand. Draußen springt er auf ein blaues Damenfahrrad und fährt keuchend davon. Hinter ihm gellen Hilfeschreie.

Die markerschütternden Schreie der 27jährigen Studentin Jane Sproul brachten den Sex-Gangster von Cambridge zur Strecke, der seit Herbst sieben alleinstehende Frauen vergewaltigt hatte.

Jane Sproul sollte das achte Opfer werden. Sonntag früh um 2 Uhr klopfte der Verbrecher an ihre Tür. Die Studentin öffnete einen Spaltbreit. Die Tür war mit einer Sperrkette gesichert.

Wütend stach der ganz schwarz gekleidete Unhold mit seinem langen Messer durch den Türspalt und verletzte die Studentin am linken Handgelenk. "Hilfe, Hilfe!" schrie Jane, "der Sex-Gangster!"

Zwei Männer, die 200 Meter entfernt an einem Flußufer nach Aalen angelten, hörten Janes Schreie. Sie riefen die Polizei an.

Ein Kripobeamter stürzte sich auf den flüchtenden schwarzen Mann mit dem Fahrrad und kämpfte zehn Minuten lang mit ihm. Erst mit Hilfe eines 1,85 Meter

großen Nachbarn konnte der Maskierte überwältigt werden.

Es war der 47 Jahre alte Lieferwagen-Fahrer Peter Cook, 1,61 Meter klein, verheiratet, ohne Kinder. Er lebte mit seiner Frau in einem Wohnwagen. Margaret Cook schlief, als ihr Mann sich an fremden Frauen verging.

In der Nähe der Stelle, wo Cook verhaftet wurde, fanden die Beamten zwei Plastikbeutel. Sie enthielten die Ausrüstung des Sex-Verbrechers: eine Maske aus schwarzem Leder mit angeklebtem Bart und dem weiß aufgepinselten Wort "Rabist" (Vergewaltiger), eine blonde Perücke, einen Dolch, ein langes Wurfmesser an einer Schnur, Ätherbausch, Taschenlampe, Drahtschere, Dietriche und schwarze Handschuhe. Außerdem lagen vier Damen-Strumpfhosen darin – die Trophäen des schwarzen Zwerges.

(BILD = Bild-Zeitung, 10.6.75)

### **Frauen schrien: "Lyncht ihn!"**

In dieser schrecklichen Ledermaske tauchte der Sex-Verbrecher in der Nacht auf: Schlitze für die Augen, ein Reißverschluss vor dem Mund. Cook hatte diese Maske für 55 Mark in einem Sexshop in Soho gekauft. Als er gestern dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurde, trug er einen dezenten grauen Anzug. 200 wütende Frauen schrien: "Lyncht ihn!"

(BILD = Bild-Zeitung, 10.6.75)

### **Bessere Zeiten für "ehrbare" Einbrecher**

#### **Sexgangster in Cambridge "geangelt"**

Von Wolfgang Prott C a m b r i d g e . (dpa) Drei schrille Schreie einer Frau durchbrachen die Stille der lauen Sommernacht in Cambridge. Zwei junge Männer, die am Ufer des Flusses Cam nach Aalen angelten, sprangen auf. Einer lief zur nächsten Telefonzelle und gab den Polizeinotruf 999, der andere rannte zum 200 Meter entfernten Tatort, einem von Krankenhauspersonal bewohnten Haus.

So begann am Sonntagmorgen der vermutlich letzte Akt eines Terrorsdramas, das die Frauen und Mädchen der beschaulichen Universitätsstadt seit acht Monaten in Angst und Schrecken versetzt hatte. Am Montagvormittag stand in Cambridge der 47 Jahre alte Lastwagenfahrer Peter Cook, verheiratet, kinderlos, 160 cm groß, in grauem Anzug vor dem Untersuchungsrichter. Die Anklagepunkte lauten: sieben Vergewaltigungen, eine Körperverletzung.

Cook mußte durch einen Seiteneingang ins Gerichtsgebäude geschleust werden. Mehrere dutzend zornige Frauen machten Anstalten, sich auf den Angeklagten zu stürzen. Die Menge rief: "Hängt ihn auf" und "Schwein". Cook wurde nach Verlesung der Anklage für zunächst acht Tage in Untersuchungshaft geschickt.

Der Geistesgegenwart und Schnelligkeit der beiden jungen Angler ist es zu verdanken, daß der gefährliche Sittlichkeitsverbrecher in einer nächtlichen Suchaktion unter Beteiligung von 90 Polizisten gefaßt wurde. Als sein letztes Opfer hatte er die 27 Jahre alte kanadische Krankenhausangestellte Jane Sproul gewählt.

Jane, die ihre Zimmertür durch eine Sperrkette gesichert hatte, wurde von dem wütenden Angreifer durch einen Messerstich am Handgelenk leicht verletzt. Ihre Schreie trieben den Mann in die Flucht. Eine halbe Stunde später war er jedoch in den Händen der Polizei.

Radfahrer Cook, der in einem Dorf in der Nachbarschaft wohnt, hatte beweisträchtiges Material bei sich, als die Polizisten ihn vom Fahrrad rissen: eine selbstgebastelte Maske mit daran befestigtem falschem Bart und der Aufschrift "Vergewaltiger", zwei scharfe Messer, zwei Eisenstangen, Äther zum Betäuben und vier Strumpfhosen.

Aus übereinstimmenden Berichten der Opfer der seit Oktober 1974 anhaltenden Vergewaltigungsserie in Cambridge ergibt sich ein starrer und fast ritueller Ablauf der Verbrechen. Der Unhold fesselte die stets jungen und immer in möblierten Zimmern oder Wohnheimen lebenden Mädchen, bedrohte sie mit Stichwaffen und beschimpfte sie in sadistischer Weise.

Die dann folgende Vergewaltigung war schnell vorbei – nach Auskunft eines der jungen Mädchen "fast nur eine Formalität". Seine abartigen Neigungen hatte der Verbrecher offensichtlich bereits weitgehend durch die vorbereitenden Handlungen abreagiert.

Zwei Gruppen von Einwohnern in Cambridge und Umgebung haben ganz besonders guten Grund, nun erleichtert aufzuatmen. Die Angst der jungen und alleinlebenden Mädchen ist vorbei. Aber auch die kleingewachsenen Männer der Stadt sind nun vor schiefen und mißtrauischen Blicken sicher. Da eine Körpergröße des Verbrechers unter 163 cm feststand, wurden Hunderte von kleinwüchsigen Männern verhört und zu Speicheltests veranlaßt.

Es mag paradox klingen, aber von nun an wird es wieder mehr Verbrechen in Cambridge geben als in den letzten Wochen. Die Zahl der Einbrüche war drastisch gesunken. Wie ein Profi in diesen Tagen einem Journalisten anvertraute: "Es traute sich doch keiner von uns noch, irgendwo einzusteigen. Wer will schon in den Verdacht der Vergewaltigung geraten?"  
(RGA = Reutlinger Generalanzeiger, 10.6.1975)

### **Frauenschreck von Cambridge gefaßt**

dpa, Cambridge Der von der Polizei gesuchte Frauenschreck von Cambridge, der innerhalb von acht Monaten in der britischen Universitätsstadt sieben junge Frauen vergewaltigt haben soll, ist gefaßt worden. Er versuchte, in die Wohnung eines Mädchens einzudringen, das jedoch die Tür durch eine Sperrkette gesichert hatte. Als der Mann die Flucht ergriff, verständigte das Mädchen die Polizei.

Von mehreren Dutzend Studenten unterstützt, machten über neunzig Polizisten sofort Jagd auf den Mann, der wenig später festgenommen wurde. Es handelt sich um einen 42jährigen Familienvater, wie die Polizei mitteilte. Er ist 1,60 Meter groß und ein Zwitter. Vor 25 Jahren hatte er sich die Brüste wegoperieren lassen. Die Opfer des Frauenschrecks hatten ihn übereinstimmend als "ungewöhnlich klein" bezeichnet. Daraufhin wurden Tausende kleiner Männer aus der Gegend von Cambridge strengen Verhören unterzogen.  
(WELT = Die Welt, 10.6.1975)

### **Mutmaßlicher Sexualtäter von Cambridge gefaßt**

CAMBRIDGE, 9. Juni (Reuter). Vor einem Gericht in der englischen Universitätsstadt Cambridge ist am Montag Anklage gegen den 47jährigen Peter Samuel Cook wegen Vergewaltigung in sieben Fällen erhoben worden. Cook war am Sonntag im Verlauf einer Fahndung festgenommen worden, die durch einen Überfall auf

eine kanadische Studentin ausgelöst worden war. Ein maskierter Mann hatte das Mädchen mit einem Messer bedroht und in die Hand gestochen. Seit dem Oktober waren in Cambridge sieben Studentinnen von einem Maskierten vergewaltigt und dabei stets mit einem Messer bedroht worden. Der verdächtige Cook ist ein verheirateter Lastwagenfahrer, der in einem nahe gelegenen Dorf lebt. Er ist 1,60 Meter groß, und die Opfer hatten den Täter übereinstimmend als "ungewöhnlich klein" bezeichnet. Darauf waren viele tausend kleine Männer aus der Gegend von Cambridge überprüft worden. Zahlreiche alleinstehende Frauen hatten sich mit Waffen ausgerüstet, vom Messer bis zum Hammer.  
(FAZ = Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.6.1975)

### **Cambridges "Kleine" atmen auf**

Mutmaßlicher "Frauenscheck der Stadt" seit Sonntag in Haft

CAMBRIDGE, 9. Juni (ddp). Der seit langem gesuchte "Frauenscheck" von Cambridge, der seit Oktober vergangenen Jahres die Schlafzimmer junger Frauen in der ansonsten ruhigen und beschaulichen englischen Universitätsstadt unsicher gemacht hat, ist allem Anschein nach hinter Schloß und Riegel.

Am Montag ordnete ein Haftrichter in Cambridge die Einweisung des am Vortag gefaßten Peter Samuel Cook in Untersuchungshaft an. Dem 47jährigen verheirateten Mann werden sieben Notzuchtverbrechen, ein Fall von versuchter Notzucht sowie vorsätzliche Körperverletzung zur Last gelegt. Die Polizei ist nach eigenen Angaben sicher, daß sie den richtigen Mann erwischt hat.

Die Verhaftung Cooks ließ nicht nur die rund 10 000 Studentinnen und anderen jungen Frauen in Cambridge aufatmen, sondern auch alle Männer, die nicht größer als 1,60 Meter sind. Da nach Zeugenbeschreibungen der Täter etwa diese Größe haben sollte, konzentrierte die Polizei ihre Bemühungen auf diesen Personenkreis.

Speichelspuren, die vom Täter sichergestellt worden waren, sollten bei der Identifizierung helfen. Hunderte von kleinen Männern, unter ihnen Jockeys von dem nahegelegenen Rennplatz Newmarket, stellten sich freiwillig zu Speicheluntersuchungen zur Verfügung, um sich von jedem falschen Verdacht zu befreien.

Cook war am Wochenende nach einem neuen Überfallversuch als dringend verdächtig festgenommen worden. Die Notzuchtserie hatte am 18. Oktober 1974 in Cambridge begonnen, als eine 20jährige beim Bad überrascht und vergewaltigt wurde. Die meisten Opfer wurden in ihren Wohnungen überfallen, eine sogar beim Cellospiel im Musiksaal des Nomerton College. Am 6. Mai war das siebte Opfer durch Messerstiche am Bauch schwer verletzt worden.

(FR = Frankfurter Rundschau, 10.6.1975)

## **ZU ANALYSE 3 : DER TOD VON KATHARINA HAMMERSCHMIDT**

### **Brustkrebs: Baader-Meinhof-Mädchen tot**

"Cat" Hammerschmidt lehnte ärztliche Hilfe ab — dann zeigte sie die Ärzte an  
rb. Berlin, 1. Juli Auf Station 010 des Klinikums Berlin-Steglitz ist am Sonntag die 31jährige Katharina ("Cat") Hammerschmidt, Mitglied der Baader-Meinhof-Bande, an Krebs gestorben.

Wegen der Krankheit war vor eineinhalb Jahren der Haftbefehl (es ging um Waffenschmuggel) aufgehoben worden. "Cat" Hammerschmidt, einst eine Schönheit mit feinen Gesichtszügen und großen blauen Augen, litt an einem sogenannten Sarkom: einer bösartigen Geschwulst in der Brust, die sich blitzschnell ausbreitete und schließlich zu schweren Erstickungsanfällen führte.

Die Ärzte in Steglitz und Experten in Paris hatten alles versucht, Katharina Hammerschmidt zu helfen. Sie wurde monatelang bestrahlt. Vergeblich: Die Geschwulst war zuletzt so groß wie ein Kinderkopf.

Sie starb – zuletzt künstlich beatmet – am Sonntag um 16.35 Uhr: Wenige Stunden später stürmten 80 linksradikale Demonstranten eine Aufführung der Berliner Filmfestspiele in der Akademie der Künste. Sie verteilten Flugblätter: "Justizmord an Katharina Hammerschmidt!"

Der Dokumentarfilm "Mai 68" (über die Pariser Studentenunruhen) wurde abgebrochen.

Katharina Hammerschmidt, Studentin aus guter Familie, hinterläßt aus Ihrer geschiedenen Ehe eine neunjährige Tochter.

(BILD = Bild-Zeitung, 1.7.1975)

### **BM-Mädchen tot: Brustkrebs!**

Das Radikale an "Cat" Hammerschmidt hatten schon ihre Lehrer erkannt. "Nicht erträglich für die Gemeinschaft", hatten sie der Tochter eines politischen WDR-Redakteurs ins Schulzeugnis geschrieben.

Ende der 60er Jahre zog die Studentin der Soziologie und Pädagogik mit ihrem Mann, dem Architekturstudenten Max ("Jojo") Hammerschmidt, nach Berlin. Dort lernte sie – in einem linksradikalen Kinderladen – Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin kennen.

"Jetzt kenne ich meinen politischen Standpunkt", sagte die Hammerschmidt damals. Sie plante mit der Ensslin, Kaufhäuser auszurauben und holte als "Kurier" 11 Waffenpakete für die Bande bei der Post ab. Nebenbei suchte sie nach schweren Auseinandersetzungen mit ihrem Mann Liebe bei Frauen.

Im November 1971 verließ "Cat" Hammerschmidt – inzwischen per Steckbrief gesucht – Mann und Kind in Berlin. Sie hielt sich unerkannt in fünf europäischen Ländern auf.

Dann, im Juni 1972, stellte sie sich und kehrte mit ihrem Anwalt Schily aus dem Elsaß nach Berlin zurück.

Im Gefängnis lehnte es die Hammerschmidt lange ab, sich ärztlich untersuchen zu lassen. Als ihre tödliche Krankheit erkannt wurde, war es zu spät. Katharina Hammerschmidt wurde entlassen – und zeigte die Ärzte wegen "versuchten Totschlags" an.

(BILD = Bild-Zeitung, 1.7.1975)

### **Todesursache war ein Tumor**

Mutmaßliche Baader-Meinhof-Helferin Hammerschmidt tot

BERLIN, 30. Juni (Reuter/dpa). Die der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung verdächtige ehemalige Studentin Katharina Hammerschmidt (Bild) ist am

Sonntag im Westberliner Klinikum Steglitz an den Folgen eines Krebsleidens gestorben, Ihr Rechtsanwalt Otto Schily teilte am Montag mit, die 31 Jahre alte Frau habe an einem bösartigen Tumor im Brustkorb gelitten. Sie hatte sich im Juni 1972 freiwillig gestellt, nachdem gegen sie Haftbefehl wegen Unterstützung der Baader-Meinhof-Gruppe erlassen worden war.

Nach Auskunft ihres Anwalts läuft noch ein Zivilverfahren Katharina Hammerschmidt gegen das Land Berlin. Den Behörden wird vorgeworfen, die Diagnose ihres Leidens in der Untersuchungshaft verzögert zu haben. Wegen ihres Zustandes war sie im November 1973 aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Seither wurde sie in Berlin und Paris regelmäßig behandelt. Die Staatsanwaltschaft hatte Frau Hammerschmidt vorgeworfen, für die Baader-Meinhof-Gruppe Unterkünfte besorgt und Post weitergeleitet zu haben.

Am Sonntagabend wurde eine Filmvorführung des "5. Internationalen Forums des jungen Films" im Rahmen der Berliner Filmfestspiele abgebrochen, nachdem etwa 80 Demonstranten die Vorführung des französischen Dokumentarbeitrages "Mai 68" gestört hatten. Die Demonstranten verteilten Flugblätter und protestierten gegen den angeblichen "Justizmord an Katharina Hammerschmidt". (FR = Frankfurter Rundschau, 1.7.1975)

#### **Mutmaßliches Mitglied der Baader-Meinhof-Bande in Berliner Krankenhaus gestorben**

E.L. BERLIN, 30. Juni. Die der Zugehörigkeit zur Baader-Meinhof-Gruppe verdächtige und deswegen zeitweilig in Untersuchungshaft gehaltene Katharina Hammerschmidt ist, wie am Montag ihr Anwalt Schily mitteilte, am Vortag in einem Berliner Krankenhaus gestorben. Sie erlag seinen Angaben zufolge einem Tumor im Brustbereich. Katharina Hammerschmidt, die der Unterstützung der Baader-Meinhof-Gruppe und der Urkundenfälschung verdächtigt worden war, hatte sich im Sommer 1972 selbst den Justizbehörden gestellt und befand sich nach dem 30. Juni 1972 zunächst in einem Berliner Gefängnis. Am 30. November 1973 wurde vom Landgericht Berlin der Haftbefehl außer Kraft gesetzt und Katharina Hammerschmidt aus der Anstalt entlassen. Bei ihr war der Verdacht einer schweren Erkrankung aufgetaucht. Sie wurde anschließend in einer Berliner Klinik und später auch in Paris behandelt.

Im Zusammenhang mit ihrer Erkrankung und dem Zeitpunkt der Haftentlassung war von ihrem Verteidiger Schily im Januar 1974 gegen Ärzte der Berliner Strafvollzugsanstalten Anzeige wegen versuchten Totschlags, mangelnder ärztlicher Sorgfalt und Freiheitsberaubung im Amt erstattet worden.

Schily hatte unter anderem den behandelnden Gefängnisärzten vorgeworfen, sie hätten nichts aus eigener Initiative unternommen, um zu einer einwandfreien Diagnose und Therapie zu gelangen, obwohl bei seiner Mandantin seit Ende September erste Anzeichen auf die gefährliche Erkrankung hingedeutet hätten und sich ihr Zustand in den beiden darauffolgenden Monaten drastisch verschlimmert habe. Eine Untersuchung in einer Klinik, die von einem von der Verteidigung hinzugezogenen Arzt als umgehend erforderlich angesehen wurde, sei von dem Gericht zunächst wegen des damit verbundenen Sicherheitsrisikos abgelehnt worden. Der Haftbefehl sei erst am 30. November 1973 außer Vollzug gesetzt worden, nachdem Katharina Hammerschmidt in der Nacht vom 28. zum 29. November einen Erstickenisanfall erlitten habe.



Das aufgrund dieser Anzeige eingeleitete Ermittlungsverfahren gegen die Gefängnis-ärzte wie auch gegen die Anstaltsleitung war im Herbst letzten Jahres eingestellt worden, da, wie damals von der Justizpressestelle mitgeteilt wurde, sich die Vorwürfe als unberechtigt erwiesen hätten. Zuvor hatte die Berliner Justizverwaltung im Zusammenhang mit diesen Vorwürfen mitgeteilt, schon während eines Hungerstreiks und auch nach dem Auftreten erster Beschwerden habe Katharina Hammerschmidt wiederholt ärztliche Behandlung abgelehnt.

Erst am 8. November sei sie wieder untersucht worden. Diese Untersuchung unter Hinzuziehung eines Arztes ihrer Wahl habe die Verdachtsdiagnose einer Schilddrüsenerkrankung bestätigt. Während des Aufenthaltes in der Klinik wurde dann im Dezember der rasch wachsende Tumor festgestellt. Zwei behandelnde Ärzte hatten seinerzeit erklärt, daß sich die Lebensaussichten der Patientin infolge verspäteter Behandlung entscheidend verschlechtert hätten.

(FAZ = Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.7.1975)

### Protest gegen "Justizmord"

BERLIN, 30. Juni (dpa). Im Zusammenhang mit dem Tod von Katharina Hammerschmidt wurde am Sonntagabend eine Filmvorführung des "5. Internationalen Forums des jungen Films" im Rahmen der Berliner Filmfestspiele abgebrochen, nachdem etwa 80 linksgerichtete Demonstranten die Vorführung des französischen Dokumentarbeitrages "Mai 68" gestört hatten. Die Demonstranten verteilten Flugblätter und protestierten gegen "Justizmord an Katharina Hammerschmidt". Nach Angaben des Büros des Forums war etwa die Hälfte des über dreistündigen Films gelaufen. Das Publikum habe gegen den Abbruch nicht protestiert.

(FAZ = Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.7.1975)

### Anarchistin Hammerschmidt in Berlin gestorben

Berlin (dpa) Katharina Hammerschmidt, die wegen des Verdachts der Unterstützung der Baader-Meinhof-Gruppe zeitweilig in Haft saß, ist am Sonntag in einem Berliner Krankenhaus gestorben, wie am Montag ihr Verteidiger Otto Schily mitteilte.

Die 31jährige erlag nach Angaben ihres Anwalts einem bösartigen Tumor im Brustbereich. Sie hatte sich im Sommer 1972 freiwillig der Polizei gestellt, als gegen sie ein Haftbefehl vorlag. Gegen sie war Anklage wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung erhoben worden. Im November 1973 erhielt sie auf wiederholte Anträge ihrer Verteidiger nach längeren juristischen Auseinandersetzungen Haftverschonung, um ihre Erkrankung durch Ärzte eigener Wahl behandeln zu lassen. Nach damaligen Angaben der Berliner Justizverwaltung hatte sie eine ärztliche Untersuchung und Behandlung in der Frauenhaftanstalt mehrfach abgelehnt. Im Herbst vergangenen Jahres war ein Ermittlungsverfahren auf Grund einer Anzeige ihres Anwalts gegen Ärzte der Berliner Strafvollzugsanstalten wegen versuchten Totschlags und mangelnder ärztlicher Sorgfalt eingestellt worden. Nach damaligen Angaben der Justizpressestelle haben sich diese Vorwürfe bei den von der Staatsanwaltschaft eingeleiteten Ermittlungen als unberechtigt erwiesen.

(WELT = Die Welt, 1.7.1975)

### **Baader/Meinhof-Sympathisantin Hammerschmidt starb an Krebs**

dpa/Reuter, Berlin Die wegen Unterstützung der Baader/Meinhof-Bande verdächtige ehemalige Studentin Katharina Hammerschmidt ist am Sonntag in einem Berliner Krankenhaus an den Folgen eines Krebsleidens gestorben. Wie ihr Verteidiger Otto Schily gestern mitteilte, erlag die 31jährige einem bösartigen Tumor im Brustbereich.

Katharina Hammerschmidt hatte sich am 22. Juni 1972 der Polizei gestellt, nachdem gegen sie Haftbefehl wegen Unterstützung der Baader/Meinhof-Bande erlassen worden war. Die Staatsanwaltschaft hatte ihr vorgeworfen, für die Bande Post weitergeleitet zu haben.

Nach Anklageerhebung wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung im November 1973 erhielt Katharina Hammerschmidt Haftverschonung, um ihre Erkrankung durch Ärzte eigener Wahl behandeln zu lassen. Seither wurde sie in Berlin und Paris regelmäßig behandelt.

Nach Angaben der Berliner Justizverwaltung hatte sie eine ärztliche Untersuchung und Behandlung in der Frauenhaftanstalt abgelehnt. Im Herbst vergangenen Jahres war ein Ermittlungsverfahren aufgrund einer Anzeige ihres Anwalts gegen Ärzte der Berliner Strafvollzugsanstalten wegen versuchten Totschlags und mangelnder ärztlicher Sorgfalt eingestellt worden.

Im Zusammenhang mit dem Tod von Katharina Hammerschmidt wurde am Sonntagabend die Filmvorführung des französischen Dokumentarbeitrages "Mai 68" im Rahmen der Berliner Filmfestspiele abgebrochen. Etwa 80 linksgerichtete Demonstranten protestierten gegen den "Justizmord".

(SZ = Süddeutsche Zeitung, 1.7.1975)

### **ZU ANALYSE 4 : GEISTESGESTÖRTER ODER PENNER?**

Spuk im Schloß Charlottenburg

Nächtlicher Raubzug bei Kerzenschein

Geistesgestörter zertrümmerte Spiegel – Dann brachte er eine kostbare Vase zur Polizei

Von unserem Korrespondenten BERLIN (erz). "Das ist ein Geschenk für sie. Ich war soeben im Schloß Charlottenburg." Mit diesen Worten übergab Donnerstag früh der 34jährige Arbeiter Reinhard W. aus Berlin in einem Polizeirevier den Beamten eine chinesische Vase aus der Ming-Dynastie von unschätzbarem Wert. Durch den Besuch des Mannes, der sofort festgenommen wurde, erfuhren sie von einem spektakulären Einbruch in dem berühmten Schloß, in dem Berlin seine Staatsgäste empfängt, von der englischen Königin bis vor kurzem noch US-Außenminister Kissinger.

Der offenbar geistig verwirrte und angetrunkene Mann hatte sich über eine Stunde im Schloß aufgehalten und dabei mit brennenden Kerzen eine Art "Messe" zelebriert.

In mehreren Räumen, darunter im Schlafzimmer des Großen Kurfürsten richtete der Eindringling große Schäden an. Bei den zuständigen Stellen in Berlin, vor allem bei der Verwaltung der staatlichen Schlösser und Gärten, hat der nächtliche Ein-

bruch, der von dem kontrollierenden Wachbeamten nicht bemerkt wurde, großes Erschrecken auslöst.

In sinnloser Zerstörungswut hatte der Mann, der gegen zwei Uhr früh durch ein eingeschlagenes Fenster ins Schloß gelangt war, einen Leuchter und eine chinesische Vase zertrümmert und bei Kerzenschein — er hatte sechs Kerzen in einem Leuchter angezündet und zwei weitere auf einen Eichentisch gestellt — bei seinen Besuchen im Gobelinzimmer und im Gartensaal sieben Scheiben sowie einen Kristallspiegel mit einem Kerzenhalter zerschlagen.

Bevor der 34jährige das Schloß wieder verließ, dachte er offenbar an die gegenüber vom Schloß diensttuenden Polizeibeamten und nahm eine der drei auf einem Kamin stehenden kostbaren Vasen als "Gastgeschenk" mit.

(SWP = Südwestpresse, 15. August 1975)

### **Penner hauste im Berliner Schloß, Schwere Schäden**

kajo. Berlin, 15. August Es geschah im schönsten Gebäude Berlins, dem Charlottenburger Schloß: Am Schreibtisch des Großen Kurfürsten (1620-1688) in der herrlichen Eichengalerie saß ein Penner — der Stadstreicher Reinhard W. (34).

Achtlos legte er eine 500 Jahre alte chinesische Ming-Vase im Wert von 250 000 Mark auf den Parkettboden. Klirrend gingen auch andere Kostbarkeiten zu Bruch: ein Kristall-Lüster von Königin Sophie Charlotte, ein venezianischer Spiegel im Gobelinsaal.

Niemand machte dem Treiben des Einbrechers, der durch ein Fenster geklettert war, ein Ende: Die Wächter schliefen, die Alarmanlage blieb stumm.

Zuletzt ging der angetrunkene Penner mit einer wundervollen chinesischen Vase zum benachbarten Polizeirevier, stellte sie auf den Tisch und sagte: "Hier, damit euer Bullenstall endlich gemütlich wird!"

(BILD = Bild-Zeitung, 15. August 1975)

### **ZU ANALYSE 5 : REAGAN-BESUCH IN BERLIN**

#### **2100 Chaoten kamen aus dem Bundesgebiet**

Polizei und Staatsschutz zählten rund 2100 Chaoten, die aus dem Bundesgebiet zu den Anti-Reagan-Demonstrationen nach Berlin gekommen waren. Ein Sprecher vom Staatsschutz: "Wir sind überzeugt, daß die meisten Demonstranten bewußt zu gewalttätigen Auseinandersetzungen nach Berlin gekommen sind. Zusammen mit dem harten Kern der Berliner Hausbesetzerzone sind diese Gewalttaten, die sich dann abgespielt haben, möglich gewesen."

(BILD = Bild-Zeitung, 12.6.1982)

#### **Barrikaden aus Stilmöbeln**

Eine schwärzliche stinkende Qualmwolke hängt über dem Nollendorfplatz.

Durch den Rauch schlagen Flammen. Ein heller umgeworfener Mercedes 450 SL brennt. Tränengasschwaden treiben über den Asphalt — Straßenschlacht Nollendorfplatz, Berlin-Schöneberg, gestern 10.30 Uhr. Auf ein Haus haben Chaoten gesprüht "Kill Reagan now!"

Alle Zufahrtstraßen wurden gesperrt

Polizisten haben mit Stacheldrahtrollen alle sechs Zufahrtstraßen gesperrt.

2000 Demonstranten sind eingekesselt, viele verummmt. Das Gericht hatte die Demo (von der Alternativen Liste beantragt) verboten.

Um 10.15 Uhr prasselt der erste Steinhagel gegen Schutzschilder, Polizeiwagen, Privatautos.

Dann fliegen Molotow-Cocktails. Der harte Kern, knapp 1000 Mann, will blutige Gewalt.

Die Fassade vom "Möbelhaus Roland", ein Berliner Traditionshaus, ist ein Trümmerhaufen. Von 60 Scheiben sind 30 kaputt. Flammen züngeln davor. Die Polizei muß mit Wasserwerfern löschen, weil die Chaoten die Feuerwehr nicht durchlassen, mit Steinen bewerfen.

"Meine Verkäuferinnen saßen weinend in der Ecke, als die Chaoten kamen", sagt Geschäftsführer Hartmann. "Die haben die Holzverschalungen runtergerissen, teure Stilmöbel rausgeplündert, daraus Barrikaden gemacht und angesteckt."

12.30 Uhr: Am Eingang zum U-Bahnhof eine große Blutlache. Polizisten wurden von Steinen am Kopf getroffen, auch viele Demonstranten sind verletzt.

Der U-Bahnhof ist seit Stunden geschlossen, der Verkehr eingestellt, Busse fahren nicht mehr nach Schöneberg.

Ecke Bülow-/Zietenstraße brennt ein umgekippter Mannschaftswagen der Polizei. "Hoffentlich schmoren die Bullen da drin mit", schreit ein Mädchen.

Dampf bersten die Autoscheiben in der Feuerhitze. Das schrille Gebrüll der verummmten Demonstranten hallt von den Hauswänden wider. Auf dem Boden ein zeretztes Pappschild: "Unser Empfang: Das hat Reagan davon, daß er herkommt."

Überall Pflastersteine

Auf seinem Balkon im dritten Stock der Mackensenstraße 16 sagt Heinz Rieck (55): "Schon um 10 Uhr war alles dicht. Aber die Polizei hat den Chaoten ja eine halbe Stunde Zeit gelassen, Pflastersteine auszugraben. Da war es dann zu spät."

Um 14.30 versammeln sich erneut 2000 Demonstranten, diesmal zur "genehmigten" Anti-Reagan-Demonstration.

Und wieder fliegen die Steine ...

(BILD = Bild-Zeitung, 12.6.1982)

So verlief der Reagan-Besuch in Westberlin

**Demonstrationen gegen NATO-Hochrüstung  
Brutaler Polizeiterror und Stacheldraht  
Show unter Ausschluß der Öffentlichkeit**

● Schwere Zusammenstöße zwischen Demonstranten und der Senatspolizei auf dem Wittenbergplatz ● Barrikaden zum Schutz gegen die Polizei errichtet ● Zeitweilig Ausnahmezustand über Teile Westberlins ● Viele Verhaftungen, zahlreiche Verletzte

Westberlin (ADN). In hiesigen Kreisen besteht trotz des zur Schau getragenen Op-

timismus anlässlich des Besuchs des USA-Präsidenten am Freitag in Berlin-West kein Zweifel, daß Ronald Reagan den Erfolg seiner Vorgänger bei den Westberlinern nicht wiederholen konnte. Faktisch verlief der Besuch trotz aller Anstrengungen der hiesigen Administration unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Als der USA-Präsident gegen zehn Uhr auf dem amerikanischen Flugplatz in Berlin-Tempelhof landete, wurde er von über 5000 Mitgliedern der USA-Kolonie begrüßt. Bei einer Rede auf dem Flugplatz war Reagan bemüht, den anwesenden USA-Bürgern klarzumachen, daß die USA-Soldaten für die Freiheit in Westberlin stünden.

Nur USA-Soldaten und dreimal Gesiebte dabei

Bei seinem Besuch am Checkpoint Charlie, dem amerikanischen Kontrollpunkt, an dem durch ein Schild darauf hingewiesen wird, daß man jetzt den amerikanischen Sektor verläßt, waren nur Journalisten, Sicherheitsbeamte und einige USA-Soldaten zugelassen. Sonst sah man weder Leute auf den Straßen noch in den Fenstern.

So sehr sich auch Fernsehjournalisten bemühten, war der Präsident nicht bereit, den weißen Strich, der die Grenze zwischen Westberlin und der Deutschen Demokratischen Republik markiert, zu überschreiten.

Da in der Westberliner Innenstadt heftige Auseinandersetzungen zwischen mehreren tausend Demonstranten und starken Polizeikräften im Gange waren, flog Ronald Reagan vom Flugplatz Tempelhof zum Charlottenburger Schloß im Hubschrauber. Von den dorthin Eingeladenen, dreimal gesiebten "Bürgern Westberlins" und Angehörigen der USA-Kolonie, waren etwa 20 000 erschienen. Angesichts der Tatsache, daß am Donnerstag weit über 100 000 Westberliner gegen die Anwesenheit des USA-Präsidenten in Westberlin und gegen seine Hochrüstungspolitik demonstrierten, eine kleine Versammlung.

Während dieser Versammlung im Charlottenburger Schloßpark gingen die Demonstrationen weiter. Die Teilnehmer widersetzten sich damit dem Versuch des Senats, während des Präsidentenbesuchs Demonstrationen nicht zuzulassen. Die Polizei ging mit Tränengas, Wasserwerfern und Schlagstöcken gegen die Demonstranten vor, die zu ihrem Schutz Barrikaden bauten. Zeitweilig wurde der Ausnahmezustand über Teile Westberlins verhängt.

Seit Tagen wurden Friedensplakate abgerissen

Unter einem großen Transparent "Frieden schaffen ohne Waffen" zogen Tausende von Demonstranten am frühen Nachmittag über den Kurfürstendamm. Der von starken Polizeieinheiten eskortierte Zug bewegte sich in Richtung Nollendorfplatz. An anderen Stellen Westberlins protestierten Jugendliche in Sprechchören gegen das brutale Vorgehen der Polizei gegen Demonstranten am Vormittag.

In den frühen Nachmittagsstunden kam es auf dem Wittenbergplatz zu neuen schweren Zusammenstößen zwischen der Westberliner Polizei und Demonstranten. Auch hier mußten die Demonstranten sich durch Straßenbarrikaden vor den Angriffen der Polizei schützen. Erneut setzte die Polizei Tränengas und Wasserwerfer ein.

Kennzeichnend für die Situation vor- und während des Reagan-Besuches war die Tatsache, daß seit Tagen zahlreiche Polizeitrupps unablässig im Einsatz waren, um Protestlosungen, Plakate und Transparente, die sich gegen die Hochrüstungspolitik der USA richteten, aus dem Straßenbild zu entfernen, von Balkonen abzureißen und an Häusermauern zu überpinseln.

Laut Angaben der Westberliner Polizei wurden im Citybereich Westberlins zahlreiche Personen festgenommen. Bei von Polizeikräften inszenierten Schlägereien gab es zahlreiche Verletzte, unter anderem an Stellen, an denen die Polizei versuchte, die Demonstrationen mit Stacheldraht aufzuhalten.

Aus dem Bericht der Westberliner Polizei geht hervor, daß zum erstenmal seit ihrer Gründung anlässlich des Reagan-Besuches auch die Polizeireserve zum Einsatz gebracht wurde, um die "regulären Einheiten" zu verstärken. Bereits im Vorfeld des Reagan-Besuches seien über 80 Personen verhaftet und Hunderte von Autos einer Sonderkontrolle unterzogen worden.

Mit Kolonnen von Einsatzfahrzeugen und Wasserwerfern jagte die Polizei die Demonstranten über den Winterfeldtplatz. Auch in den benachbarten Straßenzügen kam es zu Zusammenstößen, wobei der Einsatz der Polizei auch hier zu zahlreichen Verletzten führte. Zahlreiche Ambulanzen waren im Einsatz. Ein Polizeisprecher weigerte sich, über die Anzahl der Verletzten Angaben zu machen. Allein am Nollendorfplatz seien über 1000 Polizeibeamte im Einsatz gewesen. Die über den Bahnhof Nollendorfplatz verlaufenden U-Bahn-Linien stellten auf Befehl der Polizei den Verkehr ein.

In den Mittagsstunden kam es auch in anderen Bereichen des Westberliner Stadtgebietes, vor allem in Schöneberg und Charlottenburg, zu Auseinandersetzungen. Am Nollendorfplatz waren Barrikaden errichtet worden.

Der ganze Nollendorfplatz war in ein Massengefangenenlager verwandelt worden, das von zwei Meter hohem Stacheldraht umgeben war. In die dort zusammengepferchte Menschenmenge wurden Salven von Tränengasgranaten geschossen. Etwa 500 Demonstranten gelang es, den Polizeiring zu durchbrechen. Die in die Nebenstraßen Flüchtenden wurden mit Tränengas und Schlagstöcken gejagt. Auch gegen einzelne Demonstranten, die in Lokalen Schutz suchten, wurde, ohne Rücksicht auf die Gäste, Tränengas eingesetzt. Zur Polizeitaktik gehörte auch der Einsatz von Trupps in Zivil, die Häuser stürmten und Demonstranten, die dort Zuflucht gesucht hatten, herauszerrten und abtransportierten. Selbst in den Polizeifahrzeugen wurden die Festgenommenen weiter geprügelt.

Die bürgerkriegsähnlichen Zustände, bei denen insgesamt 12 000 Polizisten mobilisiert wurden, setzten sich bis in die Abendstunden fort.

Am späten Abend sprach die Westberliner Polizei von 271 verhafteten Demonstranten.

(ND = Neues Deutschland, 12./13.6.1982)

Die ganze Stadt ist voller Wut und Empörung über den Straßen-Terror mit Feuer, Blut und Plünderungen:

**"Das sind eingereiste Profi-Schläger! Abkommandierte Verbrecher! Hergelaufene Killer-Trupps, die uns ins Chaos stürzen wollen!"**

Berlin, 12. Juni BZ Telefonsturm bei der BZ nach dem blutigen Straßenterror in Schöneberg, bei dem 87 Berliner Polizisten durch Steinwürfe zum Teil schwer verletzt wurden. Alle Anrufer waren voller Wut, voller Empörung.

Eine Frau am Telefon: "Diese brutalen Steinewerfer – das sind für mich abkommandierte Verbrecher, die nur das Chaos suchen".

Ein Mann am Telefon: "Fängt denn das schon wieder an, daß wir es bei uns mit

hergelaufenen Killertrupps zu tun haben, die in der Stadt alles kurz und klein schlagen?"

Die Polizei bestätigte: Das sind eingereiste Profi-Schläger, die immer dorthin fahren, wo sie die Möglichkeit haben, blutige Krawalle anzuzetteln.

Senatssprecher Meinhard Ade nannte Zahlen: In den letzten Tagen kamen mehr als 2100 "reisende Demonstranten" in die Stadt, um hier Krawall zu machen.

CDU, SPD, FDP verurteilten die Ausschreitungen.

Innensenator Lummer machte für die Krawalle die AL verantwortlich: Sie hat ein gerichtliches Demo-Verbot mißachtet, so daß die Krawalle entstehen konnten.

(BeZ = Berliner Zeitung, 12.6.1982)

### **Blut und Schmerz! Einer von 87 Berliner Polizisten**

Berlin, 12. Juni Blut und Schmerzen! Ein junger Berliner Polizist — einer von 87 Berliner Polizisten, die gestern das Opfer des brutalen Straßenterrors wurden.

Die Männer in Uniform, die unsere Stadt vor dem Straßenmob schützen wollten, gerieten in das Steinbombardement maskierter Terroristen.

Viele der Polizisten erlitten schwere Verletzungen. Die ganze Stadt wünscht allen verletzten Polizisten, daß sie bald wieder gesund werden.

Trotz richterlichen Verbots wollten 2500 Chaoten vom Nollendorfplatz aus eine Demonstration durch die City erzwingen. Die Polizei forderte zur Räumung des Platzes auf — da flogen die ersten Steine. Autos gingen in Flammen auf — darunter der Wagen eines Fernsehteams — ein Möbelhaus wurde geplündert, die Möbel wurden in die Flammen geworfen.

Senatssprecher Meinhard Ade: Mehr als 2100 "reisende Demonstranten" beteiligten sich an den kriminellen Handlungen. 1972 kamen in 704 Autos, die anderen mit Eisenbahn, Bus, Flugzeug nach Berlin.

Die Polizei: Viele Profi-Schläger trugen volle Benzinkanister und Molotowcocktails bei sich — wir mußten Schlagstöcke, Wasserwerfer, Tränengas einsetzen. 271 Chaoten, darunter 78 Frauen, wurden festgenommen.

Innensenator Lummer: Für die Krawalle ist die AL verantwortlich. Sie hat das Demo-Verbot mißachtet.

(BeZ = Berliner Zeitung, 12.6.1982)

### **Vermummte Schläger lieferten der Polizei eine Straßenschlacht**

W.H. RUEB/P. PHILIPPS, Berlin Mit schweren Ausschreitungen haben gewalttätige Demonstranten gestern auf den Besuch des amerikanischen Präsidenten Reagan in Berlin reagiert. Bei der Durchsetzung des vom Oberverwaltungsgerichts bestätigten Demonstrationsverbots während der Reagan-Visite wurden zahlreiche Beamte verletzt. Die Ordnungskräfte meldeten außerdem hohen Materialschaden.

Die Maschine des Präsidenten war kaum gelandet, da kam es am Sammelplatz der Demonstranten zu einer Auseinandersetzung zwischen Polizei und Krawallmachern, wie sie Berlin selten erlebt hat.

Die Polizei überraschte die 2000 Demonstranten auf dem Nollendorf-Platz mit einer Einkesselungs-Taktik. Weiträumig wurden der Platz und seine Zugänge mit Stachel-

draht abgeriegelt: Der geplante Demonstrationszug zur City und von dort zum Schloß Bellevue war dadurch unmöglich. Der Aufforderung der Polizei, durch Bülowstraße und Mackensenstraße friedlich abziehen, folgte nur ein Teil der Versammelten. Der harte Kern aber suchte die Konfrontation.

Dabei gingen die teilweise verummten und mit Helmen geschützten Demonstranten mit einer derartigen Brutalität vor, daß die Polizei in der Bülowstraße unter dem Jubelgeheul von Chaoten und Zuschauern zunächst den Rückzug antreten mußte. Erst als Wasserwerfer und Tränengas eingesetzt wurden, glich sich das erbitterte Ringen aus.

Schon nach Minuten waren die Schaufensterscheiben des Einrichtungshauses Roland beiderseits der Mackensenstraße eingeschlagen, Möbel, Lampen, Lederkostbarkeiten und anderes wurden auf die Straße geworfen und angezündet. Mehrere geparkte Pkws brannten lichterloh, von den Hochbauten der früheren U-Bahn herab verfolgten Sympathisanten die Aktivitäten ihrer Gesinnungsgenossen.

Die taktischen Anweisungen aber bekamen die Täter aus Wohnungen rund um den Platz, die offenbar von Angehörigen der linksextremistischen Szene bewohnt werden oder ihnen mindestens zugänglich sind. Bei der Polizei klappte die Verbindung zwischen Einsatzzentrale und Front weniger gut: immer wieder behinderten sich die schweren Fahrzeuge in der Enge der Straßen, der Nachschub an Tränengasgranaten ließ sichtlich auf sich warten. In der Aufregung verfehlte um 10.40 Uhr ein Beamter sein Ziel und feuerte eine Tränengasgranate in das gläserne Treppenhaus eines Geschäftes. Feuer brach aus.

Nach 20 Minuten war im weiten Rund keine Schaufensterscheibe mehr heil, und der Erdboden war bedeckt mit Steinen und anderen Wurfgeschossen. Die Feuerwehrmänner löschten unter Einsatz ihres Lebens zahlreiche Brände, an zahlreichen Stellen mußten Verletzte verarztet und in Krankenhäuser gebracht werden, zwischen Journalisten und Polizisten kam es da und dort zu Gerangel und Zwistigkeiten. Am leichtesten hatte es bei seiner Arbeit das "DDR"-Fernsehen: Sein Team war stets von einem Begleitschutz gesichert und umringt. Da flogen keine Steine, keine Rauchbomben. Kein Wunder: Den Begleitschutz bildeten verummte Demonstranten.

Nachdem die Polizei endlich die zur Gewalt bereiten Chaoten in kleine Gruppen aufgesplittert und vertrieben hatte, sammelte sich der eine Teil von neuem im Rücken der Beamten, skandierte mit haßerfüllten Gesichtern "Polizei-SA-SS" und warf mit Pflastersteinen. Ein Polizeiwagen wurde unter Gejohle umringt und umgeworfen.

Die größere Gruppe bildete sich allerdings wenige hundert Meter weiter auf dem Winterfeldplatz, errichtete wieder Straßensperren. Wieder wurden private Autos, die am Straßenrand parkten, umgeworfen und in Brand gesteckt. Ein dichter Korridor vorrückender Polizisten, Wasserwerfer und Tränengas waren wieder die Antwort.

Freitag mittag in der Berliner Innenstadt: ausgebrannte Autowracks, aufgerissene Straßen, zerstörte Fensterscheiben, Straßensperren aus Stacheldraht und herumliegende Pflastersteine. In der Luft Tränengas.

Der gesamte öffentliche Personen-Nahverkehr war zusammengebrochen. Kein Bus, keine U-Bahn fuhr ins Zentrum. Selbst Taxis waren nur selten anzutreffen. Doch die legendären Berliner "Droschkenkutscher" wußten sich ihrer Haut zu wehren: Als einer langsam am Rande der Straßenschlacht zu seinem Ziel rollte



und ein Vermummter schon den Arm mit dem Stein gehoben hatte, kam die Warnung aus dem heruntergelassenen Fenster: "Wenn du wirfst, dann steige ich so schnell aus, daß du es kaum siehst, und mache dich alle."

Die Schlacht der Polizei gegen die Krawall-Macher wurde immer nur von kurzen Pausen unterbrochen. Für die Beamten im Ausnahmezustand gab es gestern keine Entwarnung. Immer wieder brannten Autos lichterloh, prasselten Steine auf die Beamten nieder.

Reagan hatte nichts davon bemerkt, daß es während seines Aufenthaltes zu bürgerkriegsartigen Krawallen in der Berliner City gekommen war. Etwa 2000 gewalttätige Demonstranten gingen mit Steinen gegen die Polizei vor, zündeten geparkte Autos an und schlugen Fensterscheiben ein. Auch ein Möbelgeschäft geriet in Brand. Läden wurden geplündert. Aufgrund der Tumulte am Nollendorfplatz, derer die Polizei zeitweise kaum Herr werden konnte, kam der gesamte öffentliche Nahverkehr zum Erliegen. Später zogen zahlreiche Demonstranten schreiend und klatschend über den Kurfürstendamm.  
(WELT = Die Welt, 12.6.1982)

### **Schwere Tumulte beim Besuch in Berlin**

Plünderungen, Brandstiftungen und Zusammenstöße mit der Polizei im Zentrum

Von unserer Berliner Redaktion vsk. Berlin, 11. Juni Zu schweren Ausschreitungen in der Berliner Innenstadt hat am Freitag der Besuch des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan geführt. Mehrere hundert jugendliche Teilnehmer einer Demonstration der Alternativen Liste, die stattfand, obwohl sie am Vortag vom Oberverwaltungsgericht verboten worden war, zogen in kleineren Gruppen, zum Teil vermummt, randalierend, plündernd und brennend durch das Zentrum. Polizeipräsident Klaus Hübner erklärte, man sei auf die Heftigkeit der Zusammenstöße nach den Einreisen zahlreicher militanter Gruppen aus der Bundesrepublik gefaßt gewesen. Es sei der Polizei gelungen, einen "Flächenbrand" zu verhindern und einen störungsfreien Ablauf des Präsidentenbesuches zu garantieren.

Zunächst hatten sich am Vormittag etwa 10 Kilometer vom Schloß Charlottenburg entfernt am Nollendorfplatz etwa 2000 junge Menschen versammelt, die dem Demonstrationsaufruf der Alternativen Liste und autonomer Gruppen gefolgt waren. Sie wurden von starken Polizeikräften umringt. Bereits wenig später gab es erste Ausbrüche, wobei die Polizei zum Teil von hinten mit Steinwürfen eingedeckt wurde. Mit Pflastersteinen und Molotow-Cocktails durchbrachen sie auch Stacheldrahtabsperungen. Die Polizei ging mit Tränengas und Wasserwerfern gegen die militante Menge vor. Zeitweise wurde in der Umgebung des Einsatzortes der U-Bahn-Verkehr eingestellt. Es gab zahlreiche Verletzte. Die Polizei forderte Krankenwagen an. Wenig später stürmten Demonstranten Möbelgeschäfte, zertrümmerten die Scheiben, schleppten Möbelstücke auf die Straße und zündeten sie an. Auch in einem Möbelhaus wurde Feuer gelegt.  
(SZ = Süddeutsche Zeitung, 12.6.1982)

### **Straßenschlacht mit Polizei**

Gewalttätige Demonstranten zündeten in Berlin auch Autos an

BERLIN, 11. Juni (AP / Reuter). Gewalttätige Ausschreitungen am Rande verbotener Demonstrationen begleiteten am Freitag den Besuch von US-Präsidenten

Ronald Reagan in Berlin. Trotz eines Verbots sammelten sich Tausende Demonstranten, die sich mit der Polizei teilweise regelrechte Straßenschlachten lieferten. Bei den Auseinandersetzungen wurden Barrikaden aus Baumaterial und Privatautos errichtet und in Brand gesteckt. Hauptschauplatz der Gewalttätigkeiten war am Mittag der Adenauerplatz auf dem Kurfürstendamm und der Nollendorfplatz in Schöneberg. Am Nollendorfplatz wurde ein Möbelgeschäft in Brand gesteckt. Für die Berliner Feuerwehr wurde der Ausnahmezustand ausgerufen. Die Polizei setzte Tränengas, Wasserwerfer und Schlagstöcke ein. 137 Demonstranten wurden festgenommen, 80 "mutmaßliche" Demonstranten bereits vorbeugend am Vortage.

Die Auseinandersetzungen hatten am Nollendorfplatz begonnen, wo sich rund 2000 Demonstranten versammelt hatten. Die Polizei riegelte den Platz mit Stacheldrahtrollen ab und kreiste die Demonstranten ein. Die Demonstranten stürzten vier Autos um und setzten sie in Brand. Über dem Platz hing stundenlang eine etwa 30 Meter hohe schwarze Rauchwolke.

Nachdem einige hundert Demonstranten die Polizeiketten durchbrochen hatten, bildete sich ein neuer Demonstrationsschwerpunkt in der Fußgängerzone im Bezirk Charlottenburg. Die Polizei bildete Ketten, um einen "Durchbruch" zum Schloß zu verhindern.

(FR = Frankfurter Rundschau, 12.6.1982)

## **ZU ANALYSE 6 : DIE GESCHICHTE EINES 'ÖLUNFALLS'**

### **Geliebte mit heißem Salatöl übergossen – verbrannt**

Erst auf dem Sterbebett rief sie die Polizei

Von der Frankfurter BILD-Redaktion Wiesbaden, 2. Juni Eine Nacht und einen Tag lang ertrug die 18jährige Christine rasende Schmerzen: Ihr Gesicht und ihr Oberkörper waren durch siedend heißes Salatöl verbrüht und entstellt worden. Als sie ihren Tod ahnte, ließ sie die Polizei kommen.

"Es war kein Unfall ... Walter hat mich mit dem Öl überschüttet!" flüsterte Christine, als sich der Beamte über ihr Bett in der Intensivstation der Wiesbadener Klinik beugte. Dann verlor sie das Bewußtsein, zwei Stunden später war sie tot.

Vor vier Wochen war das lebenslustige Mädchen zu dem ehemaligen Bundeswehrgefreiten Walter B. (21) gezogen: In eine kleine Mansardenwohnung im dritten Stock eines Wiesbadener Mietshauses.

Mit Mehl wollte er die Wunden kühlen

Der Walter, gelernter Autoschlosser, hatte gerade von der Bundeswehr 1800 Mark Übergangsgeld bekommen. "Sie zogen von Kneipe zu Kneipe und Christine bekam von ihm teure Geschenke", berichtet ein Freund des Paares. "Anfang der Woche war das Geld wohl alle." Die beiden hatten seit Montag Streit. Mittwoch nacht passierte es dann.

"Ich wollte mir etwas braten, und dabei habe ich das Öl aus der Pfanne aus Versehen über mich geschüttet", sagte das Mädchen schwach, als ihr Freund 15 Stunden nach dem schrecklichen Ereignis den Krankenwagen rief. Bis dahin hatte er versucht, die Wunden mit Mehl zu kühlen. Auch vor der Polizei sprach Christine erst von einem Unglück, obwohl ein Beamter feststellte: "Der Ölfleck auf dem Teppichboden war viel zu weit weg vom Herd!" Jetzt, nach Christines Geständnis auf dem

Sterbebett, wurde ihr Freund verhaftet. Gestanden hat er noch nicht.  
(BILD = Bild-Zeitung, 2.6.1975)

### **Freundin mit siedendem Speiseöl übergossen**

Wiesbaden. (dpa/lh) Unter dem dringenden Verdacht, seine 18jährige Freundin mit heißem Speiseöl übergossen und getötet zu haben, ist Haftbefehl gegen einen 21jährigen Wiesbadener Einwohner erlassen worden. Nach Darstellung der Polizei war das Mädchen mit lebensgefährlichen Brandverletzungen und einer Prellung am Hinterkopf in ein Wiesbadener Krankenhaus eingeliefert worden, wo es am folgenden Tag starb. Der 21jährige bestreitet jede Tötungsabsicht.  
(RGA = Reutlinger Generalanzeiger, 3.6.1975)

### **Mädchen mit heißem Öl übergossen**

Brandverletzungen führten zum Tode / Haftbefehl gegen 21jährigen

WIESBADEN. 62 Stunden dauerte das Märtyrium einer 18jährigen aus dem Wiesbadener Stadtteil Biebrich, die am Freitagnachmittag in den Städtischen Kliniken schweren Brandverletzungen am ganzen Körper erlag.

Erst kurz vor ihrem Tod lüftete das zwei Tage lang hartnäckig leugnende Mädchen die schreckliche Ursache ihrer Qualen. Flüsternd gestand die 18jährige, daß ihr 21jähriger Freund aus Wiesbaden sie am frühen Mittwochmorgen nach einem Streit in der gemeinsamen Wohnung mit heißem Speiseöl übergossen habe.

Bis dahin hatte das Mädchen behauptet, beim Zubereiten einer Mahlzeit gegen 2 Uhr nachts ausgerutscht und in das erhitzte Fett gefallen zu sein. Die 18jährige hatte mit den lebensgefährlichen Brandverletzungen noch 13 Stunden in der Mansardenwohnung gelegen, ohne daß Nachbarn ihre Schmerzensschreie hörten. Erst am Mittwochnachmittag alarmierte ihr Freund einen Krankenwagen.

Gegenüber der vom Krankenhaus verständigten Kriminalpolizei, die die Schilderung des Unfalls nicht glauben mochte, behauptete der 21jährige, seine Freundin verletzt "aufgefunden" zu haben. Er konnte mangels Beweisen deshalb zunächst nicht festgenommen werden. Erst nach dem Geständnis des Mädchens auf dem Sterbebett wurde eine Fahndung in Wiesbaden eingeleitet, die am Abend zur Festnahme des 21jährigen führte.

Trotz intensiver Verhöre ist der 21jährige seither nicht von seiner Darstellung des "Ölunfalls" abgewichen: weder vor der Kriminalpolizei noch vor der Justizbehörde, nachdem ein Haftrichter am Samstagmorgen Haftbefehl erlassen hatte. Über den Verlauf der Verhöre bewahrt die ermittelnde Staatsanwaltschaft Stillschweigen. Bekannte des Pärchens sagten aus, daß die beiden jungen Leute ausgiebig in mehreren Lokalen gefeiert hätten, ehe es zu dem verhängnisvollen Streit in der Mansardenwohnung kam.

(FR = Frankfurter Rundschau, 3.6.1975)

### **ZU ANALYSE 7 : EINE ABHÖRAFFÄRE**

**Agenten zapften CDU-Chef Kohls Telefon an!**

Wahrscheinlich der amerikanische Geheimdienst

rb, Bonn, 13. Juni Ein beispielloser Abhör-Skandal schlägt Wellen in Bonn: CDU-Chef Helmut Kohl und sein Generalsekretär Kurt Biedenkopf wurden im Herbst 1974 offenbar von einem amerikanischen Geheimdienst bespitzelt.

Beim Magazin "Stern" gingen fotokopierte Niederschriften eines Telefongesprächs ein, das Kohl und Biedenkopf am 3. Oktober 1974 miteinander geführt hatten. Es ist die Fotokopie eines Formblattes, wie es vom amerikanischen Geheimdienst verwendet wird. Es hat den Aufdruck "Agent Report". Format DIN A 4.

Biedenkopf zu BILD: "Ich habe ein solches Gespräch geführt. Der Text ist authentisch."

Und darum ging es bei dem abgehörten Gespräch: Am 3. Oktober 1974 hatte Kohl auf der Fahrt nach Bremen im "Stern" einen Artikel mit angeblich kritischen Bemerkungen Biedenkopfs über ihn gelesen. Von der Hansestadt aus rief der CDU-Chef mittags seinen Generalsekretär in Bonn an und fragte ihn, was es mit der "Stern"-Geschichte auf sich habe. Biedenkopf beruhigte Kohl und widersprach dieser Darstellung.

Biedenkopf: "Ich bin tief getroffen, das ganze ist ein Riesenskandal. Die Opposition arbeitet ohnehin schon unter erschwerten Bedingungen, und jetzt kommt noch dieses dazu!"

(BILD = Bild-Zeitung, 13. Juni 1975)

### **Kohl wurde abgehört**

HAMBURG (ddp). Telefongespräche, die der CDU-Vorsitzende und rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kohl von der Mainzer Staatskanzlei aus mit CDU-Generalsekretär Biedenkopf in der Bonner CDU-Zentrale geführt hat, sollen nach einem Bericht der Hamburger Illustrierten "Stern" von einem noch unbekannten Nachrichtendienst abgehört worden sein.

Als Beweis für diese Abhöraffäre will das Magazin die Niederschrift eines Telefonats zwischen Kohl und Biedenkopf vom 3. Oktober 1974 veröffentlichen.

Die "Stern"-Redaktion berichtete am Donnerstag weiter, Biedenkopf habe die Echtheit der dem "Stern" anonym zugeleiteten Abschrift bestätigt: "Dieses Gespräch habe ich tatsächlich geführt. Der Wortlaut der Abschrift stimmt."

Kohl und Biedenkopf haben nach Angaben des Blattes die Sicherheitsbehörden eingeschaltet. Auch der Sicherungsgruppe Bonn des Bundeskriminalamtes liege die Abschrift eines Telefonats zwischen Kohl und Biedenkopf vor.

(SWP = Südwestpresse, 13.6.1975)

### **Kohls Telefon angezapft**

Hamburg/Bonn, 12. Juni (dpa) Offenbar ein Geheimdienst hat nach Angaben des Magazins "Stern" Telefongespräche des CDU-Parteivorsitzenden Helmut Kohl abgehört. Das Magazin veröffentlicht in seiner nächsten Nummer die ihm anonym zugeleitete Niederschrift eines Telefonats vom 3. Oktober 1974, das Kohl, rheinland-pfälzischer Ministerpräsident, aus seiner Mainzer Staatskanzlei mit CDU-Generalsekretär Kurt Biedenkopf im Bonner Parteihochhaus führte. Nach Angaben des Blattes reagierte Biedenkopf auf die Vorlage der Aufzeichnung mit der Bemerkung: "Dieses Gespräch habe ich tatsächlich geführt, der Wortlaut der Abschrift stimmt." Nach Darstellung des Magazins stammen die ihm zugeleiteten Fotokopien

von einem Vordruck, wie ihn der amerikanische Armee-Geheimdienst bei der Niederschrift abgehörter Telefongespräche verwende.  
(RGA = Reutlinger Generalanzeiger, 13.6.1975)

### **Kohl und Biedenkopf wurden angeblich abgehört**

Hamburg (ddp) Ein noch unbekannter Nachrichtendienst soll nach einem Bericht des Hamburger Magazins "Stern" Telephongespräche abgehört haben, die der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl von seiner Staatskanzlei in Mainz aus mit CDU-Generalsekretär Kurt Biedenkopf in der Bonner CDU-Zentrale gehört hat.

Als Beweis für diesen "Abhörskandal" will das Blatt in seiner nächsten Ausgabe die Niederschrift eines Telefonats zwischen Kohl und Biedenkopf vom 3. Oktober 1974 veröffentlichen. Die Stern-Redaktion berichtete, Biedenkopf habe die Echtheit der der Zeitschrift anonym zugeleiteten Abschrift bestätigt: "Dieses Gespräch habe ich tatsächlich geführt. Der Wortlaut der Abschrift stimmt." Kohl und Biedenkopf sollen inzwischen die Sicherheitsbehörden eingeschaltet haben. Nach Angaben des Blattes liegen auch der Sicherungsgruppe Bonn des Bundeskriminalamtes die Niederschrift eines Telefongesprächs zwischen Kohl und Biedenkopf vor.

(SZ = Süddeutsche Zeitung, 13.6.1975)

### **ZU ANALYSE 8 : ATTENTAT AUF BENDA**

#### **Karry-Munition gefunden**

#### **Attentat auf höchsten deutschen Richter vereitelt**

Karlsruhe, 20. Mai Wollte der Karry-Mörder auch Ernst Benda (56), Deutschlands höchsten Richter, umbringen? Vor dem Büro des Bundesverfassungsgerichts-Präsidenten, in Karlsruhe, wurde ein Pistolenmagazin gefunden. Kaliber 22. Mit Kugeln aus dem gleichen Kaliber ist Hessens Wirtschaftsminister im Bett erschossen worden.

Richter-Attentat: Ein Mann auf dem Dach

Am 13. Mai, zwei Tage nach dem Attentat auf Karry, beobachteten Beamte des Bundesgrenzschutzes gegen 15 Uhr einen jungen Mann: Er kletterte über das Dach der "Badischen Weinstuben" — nur 30 Meter vom Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe entfernt.

Die Wachleute schlugen Alarm, denn vom "Weinstuben"-Dach aus kann man ins Fenster des Verfassungsgerichts-Präsidenten sehen, direkt auf die große Bücherwand.

Gegen 15 Uhr hält sich Benda meistens in seinem Büro auf — auch an diesem Tag. Als die Grenzschutz-Männer das gegenüberliegende Haus stürmten, war der unbekannte Mann verschwunden. Zwei Tage später fanden die Beamten unterhalb des zwölf Meter hohen, schrägen Schieferdachs das Pistolen-Magazin. Es lag in einem Torfhaufen, offenbar bei der Flucht hastig weggeworfen.

Als nach den Todes-Schüssen auf Karry zwei Schüler die Waffe fanden, fehlte das Magazin — Kaliber 22, mit Hochgeschwindigkeits-Geschossen! Die Frankfurter Karry-Sonderkommission ist in die Ermittlungen eingeschaltet worden.

(BILD = Bild-Zeitung, 20. Mai 1981)

## **Attentat auf Benda geplant?**

DW. Karlsruhe In Karlsruhe gibt es Hinweise dafür, daß von Terroristen möglicherweise ein Attentat auf den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda, vorbereitet wird. In der Nähe des Gerichts hat ein Angehöriger des Bundesgrenzschutzes in der vergangenen Woche ein Pistolenmagazin mit Munition des Kalibers 5,56 mm gefunden.

Wie die "Bild"-Zeitung berichtet, soll es sich um "Hochgeschwindigkeits-Munition" handeln und das Magazin in Waffen vom Typ "High Standard" passen. Mit einer solchen Waffe wurde der hessische Wirtschaftsminister Heinz Herbert Karry ermordet.

Die Polizei in Karlsruhe hat darüber hinaus festgestellt, daß der Blitzableiter an den "Badischen Weinstuben im Botanischen Garten", die etwa 30 Meter von Bendas Dienstsitz entfernt stehen, aus der Verankerung gerissen wurde. Er könnte zur Besteigung des Daches benützt worden sein. Vom Dach der Weinstube aus kann man direkt in Bendas Fenster sehen.

Während die zuständigen Behörden die Vorkommnisse nicht bestätigen wollen, berichtet die "Bild"-Zeitung, daß am 13. Mai – zwei Tage nach den tödlichen Schüssen auf Minister Karry – sogar ein Mann auf dem Dach der Weinstuben beobachtet worden sei. Er sei unerkannt entkommen.

(WELT = Die Welt, 20. Mai 1981)

## **Todesgefahr**

Karry: Richter Benda auf Mordliste?

exp Karlsruhe – Stand der Chef des Bundesverfassungsgerichts, Professor Benda, auch auf der Todesliste der Karry-Mörder.

Anlaß zu dieser Vermutung gibt der Polizei ein Kleinkalibermagazin, das vier Tage nach dem Karry-Attentat im Hinterhof der "Badischen Weinstube" in Karlsruhe gefunden wurde. Rund um dieses Lokal, das vis-à-vis vom Verfassungsgericht liegt, war zwei Tage zuvor eine Fahndung ausgelöst worden: Objektschützern war ein Mann auf dem Lokaldach aufgefallen.

(Express, 20. Mai 1981)

AP-195 4 pl 180

"Bild": Geplantes Attentat auf BVG-Präsident Benda

Utl: Bundesanwaltschaft weiß von nichts

Karlsruhe, 19. Mai (AP) Die Bundesanwaltschaft weiß nichts von einem angeblichen geplanten Attentat auf den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes, Ernst Benda, über das die "Bild"-Zeitung in ihrer Ausgabe vom Mittwoch berichten will. Danach soll am 13. Mai ein Mann auf dem Dach eines Gebäudes beobachtet worden sein, von dem man das 30 Meter entfernte Büro Bendas gut einsehen könne. Als sich zwei Grenzschutzbeamte genähert hätten, sei der Unbekannte geflohen. Später habe man in einem Torfhaufen ein Pistolen-Magazin des Kalibers 22 (5,6 mm) gefunden.

Mit einer Pistole dieses Kalibers war der hessische Wirtschaftsminister Heinz Herbert Karry am 11. Mai erschossen worden. Das Magazin der Waffe ist bisher nicht gefunden worden.

Bei der Bundesanwaltschaft hieß es am Dienstag, an dem fraglichen Tag sei auf dem Dach lediglich ein Schatten gesehen worden. Die Bundesanwaltschaft sei "mit der Sache nicht befaßt". Bestätigt wurde der Fund des Magazins.

Ende

AP/hs

<191819 MSZ MAI 81<

(AP, 19.8.81)

zczc xwa291 192207

terrorismus

auf bvg-praesident benda war angeblich attentat geplant

karlsruhe, 19. mai 81 (ddp). — auf den praesidenten des bundesverfassungsgerichts, ernst benda, war moeglicherweise ein terroranschlag geplant. wie die bundesanwaltschaft am dienstag in karlsruhe gegenueber ddp bestaetigte, wurde am 13. mai auf dem dach der badischen weinstuben unmittelbar beim bundesverfassungsgericht (bvg) eine person in auffaelliger haltung beobachtet. als beamte des bundesgrenzschutzes, die das bvg bewachen, erschienen, war die person verschwunden. zwei tage darauf wurde in einem torfhaufen im botanischen garten, der unmittelbar am bvg liegt, das waffenmagazin einer pistole gefunden. spezialisten des bundeskriminalamtes untersuchen zur zeit, ob das magazin zu der pistole passt, mit der vor wenigen tagen der hessische wirtschaftsminister heinz herbert karry (fdp) erschossen wurde. nach angaben der bundesanwaltschaft wurde bisher kein ermittlungsverfahren wegen eines moeglichen attentatsversuchs auf benda eingeleitet.

ddp wo nnnn

(DDP, 19.5.81)

bas364 3 pl 180 vvvvb dpa 320

Anschlag

Attentat auf Benda geplant? — Pistolenmagazin gefunden = Hamburg/Karlsruhe (dpa) —

In der Nähe des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe ist zwei Tage nach der Ermordung des hessischen Wirtschaftsministers Heinz Herbert Karry (FDP) ein Pistolenmagazin gefunden worden. Es soll in denselben Typ von Waffe passen, mit dem Karry erschossen wurde. Ein entsprechender Bericht der "Bild"-Zeitung wurde am Dienstag inoffiziell bestätigt.

In der Mittwoch-Ausgabe von "Bild" heißt es, es sei ein Anschlag auf den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Ernst Benda geplant gewesen. Dies wurde aber von der Bundesanwaltschaft nicht bestätigt. Es hieß lediglich, die Bundesanwaltschaft sei vom Bundeskriminalamt über den in "Bild" beschriebenen Vorgang informiert worden.

Ein Sprecher der Behörde sagte: "Wir werden neben Hunderten von anderen Spuren überprüfen, ob eine Relevanz zu Minister Karry überhaupt denkbar ist."

Nach Angaben der "Bild"-Zeitung war auf dem Dach eines Hauses, das dem Bundesverfassungsgericht gegenüberliegt, ein Mann entdeckt worden, der flüchtete, als sich zwei Beamte des Bundesgrenzschutzes näherten. Bei einer genaueren Durchsuchung des Geländes hätten Beamte in einem Torf-Haufen das Pistolenmagazin, gefüllt mit Hochgeschwindigkeitsmunition, gefunden. Laut "Bild" wurde die "Sonderkommis-

sion Karry" in die Ermittlungen eingeschaltet.

dpa el kn sh

191834 mai 81 nnnn

(DPA, 19.5.81)



## ANMERKUNGEN

### Erster Teil: Sprache – Ideologie – Presse

- 1 Fowler 1980, 4.
- 2 Vgl. Heringer 1982a, 161.
- 3 Vgl. Heringer 1982a, 164.
- 4 Vgl. Lüger 1983.
- 5 Vgl. Beutin 1976, 99.
- 6 Weisgerber 1975, 48.
- 7 Weisgerber 1975, 48.
- 8 Alberts 1972, 33; die Kritik gilt Mittelberg 1967.
- 9 Krippendorf 1980, 17.
- 10 Mittelberg 1979, 19.
- 11 Mittelberg 1979, 15.
- 12 Pelster 1974; Weisgerber 1975.
- 13 Pelster 1974, 83, 106, 132.
- 14 Weisgerber 1975, 83.
- 15 Weisgerber 1975, 74 ff. Das mit dem Begriff 'Satzfiguren' bezeichnete Verfahren der syntaktischen Analyse ist besonders von Erika Essen entwickelt worden (Essen 1956).
- 16 Der Vorwurf war in Funkkolleg Sprache: Studienbegleitbrief 4 erhoben worden (s. Baumgärtner 1971, 22).
- 17 Weisgerber 1975, 75.
- 18 Hartig/Kurz 1971, 7.
- 19 Beutin 1976, 10 ff.
- 20 Marcuse 1964, 86.
- 21 Winckler 1970, 42.
- 22 Uhlig 1972, 181.
- 23 Marcuse 1964, 80.
- 24 Karsch 1968, Schumann 1966.
- 25 Weisgerber 1975, 72.
- 26 Mittelberg 1967, 245.
- 27 Mittelberg 1967, 246.
- 28 Weisgerber 1975, 74.
- 29 Alberts 1972, 33.

- 30 z.B. Sternberger/Storz/Süskind 1957.
- 31 Schumann 1979, 34.
- 32 Jung 1974, 63.
- 33 Zitiert nach Eigenwald 1974, 101.
- 34 Wimmer 1982, 303.
- 35 Heringer 1982a.
- 36 Es kann hier lediglich auf die zahlreichen Publikationen von Michael R. Halliday hingewiesen werden. Es sei insbesondere auf den zweiten Anhang (Appendix II) bei Kress 1976 verwiesen, der eine bis 1976 vollständige Bibliographie der Publikationen Hallidays enthält.
- 37 Titel zweier wichtiger Werke im Rahmen der critical linguistics (s. Kress/Hodge 1979; Fowler/Hodge/Kress/Trew 1979). Andere wichtige Publikationen stellen die Aufsätze dar, die von Zeit zu Zeit in der Zeitschrift UEA Publications in Linguistics erscheinen.
- 38 Trew 1979, 94; dieser Auszug sowie alle folgenden englischen Auszüge sind vom Verf. übersetzt worden.
- 39 Frese 1972, 109.
- 40 Es kann hier lediglich auf die bundesweiten Kontroversen um Axel Springer, sowie um die aus dem Springer-Verlag hervorgehenden Publikationen (z.B. die Bild-Zeitung) hingewiesen werden.
- 41 z.B. Obländer/Reinhard 1971; Weisgerber 1975, 37-83.
- 42 Vgl. Lang 1980.
- 43 Fowler/Hodge/Kress/Trew 1979, 17.
- 44 Fowler/Hodge/Kress/Trew 1979, 196.
- 45 Beutin 1976, 45.
- 46 Bröder 1976, 24.
- 47 Fowler/Hodge/Kress/Trew 1979.
- 48 Fowler/Hodge/Kress/Trew 1979.
- 49 Winckler 1970, 24.
- 50 Arnold 1975, 109.
- 51 Wimmer 1982.
- 52 Meyn 1965, 413.
- 53 Fowler/Hodge/Kress/Trew 1979.
- 54 Brown/Gilman 1960.
- 55 Vgl. Fowler 1979, 197.
- 56 Lübke 1982, 62.
- 57 Halliday 1970, 146.
- 58 Vgl. Anmerkung 36.

- 59 Halliday 1970, 150.
- 60 Fowler/Hodge/Kress/Trew 1979, 31.
- 61 Trew 1979, 122-123.
- 62 Kress/Hodge 1979, 19.
- 63 Lyons 1968, 351.
- 64 Trew 1979, 123.
- 65 Mittelberg 1979, 25.
- 66 Harris 1957.
- 67 Hodge/Kress 1974b, 17.
- 68 Beutin 1976, 108-110.
- 69 Vgl. Trew 1979, 129.
- 70 Meng 1972, 131.
- 71 Fowler 1980, 10.
- 72 Arnold 1975, 105.
- 73 Arnold 1975, 106.
- 74 Arnold 1975, 106.
- 75 Pelster 1974, 52.
- 76 Kress/Hodge 1979, 26.
- 77 Mittelberg 1979, 17.
- 78 Fowler/Hodge/Kress/Trew 1979, 34.
- 79 Kress/Hodge 1979, 162.
- 80 Arnold 1975, 104.
- 81 In einer BBC-Sendung vom 20.7.1984.
- 82 Winckler 1970, 84 ff.
- 83 Lakoff/Johnson 1980, 163.
- 84 Weisgerber 1975, 67.
- 85 Karsch 1968, 223.
- 86 Gemeint ist in erster Linie die von der Rechten gestartete Initiative zur Bekämpfung der vermeintlich von der Linken verursachten 'Entfremdung der politischen Sprache von den Normen und Begriffen unserer Verfassung und unserer politischen Ordnung' (Biedenkopf 1982, 189). Vgl. die in Heringer 1982 abgedruckten Aufsätze von Maier, Biedenkopf, Betz, Gründler, Behrens u.a. (179-265).
- 87 Edelmann 1977, 23.
- 88 Trew 1979, 134.
- 89 Vgl. Römer 1970.
- 90 Heringer 1982, 301.

- 91 Wimmer 1979, 1.
- 92 Heringer 1982, 299.
- 93 Wimmer 1982.
- 94 Vgl. Wimmer 1979, 110 ff.
- 95 s. Analyse 3 im zweiten Teil dieser Arbeit.
- 96 Beutin 1976, 117.
- 97 Kempson 1977, 23.
- 98 Vgl. Fodor 1977; Kempson 1977; Sampson 1975.
- 99 Vgl. Kempson 1977, Kapitel 9.
- 100 Franck 1973, 11.
- 101 Wimmer 1979, 134.
- 102 Du Crot 1973, 248.
- 103 Schlieben-Lange 1973, 59.
- 104 Heringer 1974, 142 (zitiert nach Wimmer 1979, 135).
- 105 s. Analyse 6 im zweiten Teil dieser Arbeit.
- 106 Vgl. Quine 1953a.
- 107 Kempson 1977, 52-53.
- 108 Wunderlich 1976, 51.
- 109 Searle 1975.
- 110 Searle 1975, 75.
- 111 Grice 1975.
- 112 Vgl. Abelson 1973; Colby 1973; Minsky 1975.
- 113 Downes 1978, 3.
- 114 Downes 1978, 6.
- 115 Downes 1978, 17.
- 116 Winograd 1975 (zitiert nach Downes 1978, 43).
- 117 Downes 1978, 72.
- 118 Downes 1978, 21.
- 119 Downes 1978, 21.
- 120 s. Analyse 5 im zweiten Teil dieser Arbeit.
- 121 Vgl. Halliday 1970, 159-160.
- 122 Kress 1976, 197.
- 123 Kress 1976, 197.
- 124 Kress 1976, 198.
- 125 Hofmann 1968, 61.

- 126 Hofmann 1968, 61-62.
- 127 Jung 1974, 64.
- 128 Fowler/Hodge/Kress/Trew 1979, 204-205.
- 129 Pelster 1966, 56.
- 130 "Die Urteile, die eine Handlung z.B. als notwendig zu erweisen suchen, sind häufig subjektiver bedingt als die Redner zugeben wollen" (Pelster 1966, 56).
- 131 Kress/Hodge 1979, 122.
- 132 Vgl. Kress/Hodge 1979, 7. Kapitel.
- 133 Karsch 1968, 228.
- 134 Karsch 1968, 228.
- 135 Vgl. Kress/Hodge 1979, 7. Kapitel.
- 136 Pelster 1969, 33.
- 137 Vgl. Brown/Gilman 1960; Schramm 1981.
- 138 Hodge/Kress 1974a, Kapitel 5, 8.
- 139 Hodge/Kress 1974a, Kapitel 5, 8.
- 140 Halliday 1970, 160-161.
- 141 Vgl. Mathesius 1928; Firbas 1959; Svoboda 1968.
- 142 "'Given' and 'New' thus differ from theme and rheme, though both are textual functions, in that 'given' means 'here is a point of contact with what you know' (and thus is not tied to elements in clause structure), whereas 'theme' means 'here is the heading for what I am saying'" (Halliday 1970, 163).
- 143 Vgl. Halliday 1976, 4.
- 144 Vgl. Drach 1940.
- 145 Vgl. Mittelberg 1981.
- 146 Fawcett 1973, 36.
- 147 Lee 1977, 5.
- 148 Halliday 1976, 163.
- 149 Kress/Hodge 1979.
- 150 Halliday 1974, 45.
- 151 Halliday 1968, 206.
- 152 Halliday 1976, 293-294.
- 153 Bröder 1976, 134.
- 154 Alberts 1972, 91.
- 155 Lüger 1983, 9.
- 156 Bröder 1976, 9.

- 157 Mittelberg 1979, 25.
- 158 Lakoff/Johnson 1980, 170.
- 159 Ludz 1980, 17.
- 160 Podewils 1975, 47.
- 161 Dröge 1960, 345.

## **Zweiter Teil: Analysen**

### **1. Ein Prozeß – sieben Darstellungen**

- 162 Diese Analyse ist zuerst als Aufsatz in Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht (51, 1983, 15-29) erschienen: für die Erlaubnis, ihn hier ab-zudrucken, sei den Herausgebern gedankt.
- 163 Halliday.
- 164 Vgl. Ostermeyer 1976.
- 165 Vgl. "that to use the single word like 'bed-maker' rather than the phrase like 'person who makes beds' involves the recognition of a category (here a category of person whose business or role it is to make beds)" (Leech 1974, 193).
- 166 Werlich 1975, 22.

### **2. 'The Cambridge Rapist'**

- 167 Dofivat 1965.
- 168 Walraff 1977, 188.
- 169 Walraff 1977, 191.

### **3. Der Tod von Katharina Hammerschmidt**

- 170 Vgl. Betz 1982.
- 171 Edelmann 1977, 39.
- 172 Hoppenkamps 1977, 76.
- 173 Wimmer 1982, 308.
- 174 Aufermann 1979, 367.
- 175 Vgl. folgender Auszug gibt einen Eindruck vom Tenor der Auseinander-setzungen:

"Den Politikern fiel die Wandlung der Magazine früher auf. Und so begann das Gerede von der Ausgewogenheit, ergänzt durch die Frage nach der Legitimation der Magazinmacher, für die es eine allgemeingültige Antwort nicht gibt. Mit welchem Recht, so wurde weiter immer deutlicher gefragt, benutzen Magazinmacher den Bildschirm, um missionierender Präceptor Germaniae oder Gesellschaftsveränderer zu sein. Gegenstand und Zielscheiben dieser Fragen, hinter denen Urteile oder bereits Verurteilungen steckten, waren in der ARD vor allem die auf einen Vierwochen-Rhythmus reduzierten

Reihen "Panorama" und "Monitor" sowie das im ZDF im Wochenrhythmus erscheinende ZDF-Magazin. Permanente öffentliche oder interne Beschwerden der Politiker oder Interessenvertreter in den Aufsichtsgremien haben die Magazine nicht verändert, aber nach und nach zu einer veränderten Magazinlandschaft auf beiden Kanälen geführt. Gewiß wird von den Anstalten versichert, all dies sei ohne jeden Druck von außen aus eigener Einsicht geschehen. Und der Versuch, ihnen das Gegenteil zu beweisen, wäre schwer. Denn es gehört zu den Spielregeln unserer Gesellschaft, sich für unabhängig zu erklären und für Druck von außen scheinbar unempfindlich zu sein. Ebenso gehört es zu den Spielregeln derer, die Druck ausüben, dies zu leugnen und permanent zu versichern, daß ihnen Einflußversuche fernlägen und für sie Presse- und Rundfunkfreiheit heilige Kühe seien." (Schwarze 1979, 184-185)

- 176 Betz 1982, 198.
- 177 Betz 1982, 199.
- 178 Betz 1982, 200.

#### 4. Geistesgestörter oder Penner?

- 179 Edelmann 1977, 10.
- 180 Edelmann 1977, 29.
- 181 Trew 1979, 141.

#### 5. Reagan-Besuch in Berlin

- 182 Stoetzel 1982, 277.
- 183 Sabin 1893, 45.
- 184 Edelmann 1977, 110.
- 185 Jung 1974, 53.
- 186 s. den ersten Teil dieser Arbeit.

#### 7. Eine Abhör-Affäre

- 187 Lang 1980, 80.

#### 8. Attentat auf Benda

- 188 Vgl. Beutin 1976, 117.
- 189 Duden, Das große Wörterbuch der deutschen Sprache.
- 190 Vgl. "So konnte man in der Berichterstattung [es geht um Berichte, in denen sich laut Alberts Studenten diffamiert wurden: CG] häufig Sätze wie die folgenden finden: (--) 'Diese jungen Leute, die alles besser wissen und nur noch sich selbst zuhören, haben natürlich auch ein Patentrezept für den nahen Osten'" (Alberts 1972, 96)

### **Zusammenfassung**

- 191 Fowler 1980, 1.
- 192 Typische Beispiele für den Korrelationsgedanken in der Soziolinguistik stellen folgende Werke dar: Labov 1972; Trudgill 1974.
- 193 Berger/Luckmann 1976.



## LITERATUR

- Abelson, R.P. (1973): The Structure of Belief Systems. In Schank/Colby 1973, 287-339.
- Alberts, J. (1972): Massenpresse als Ideologiefabrik. Am Beispiel BILD. Frankfurt/M.
- Arnold, V. (1975): Kritische Analyse des Sprachgebrauchs der Wirtschaftsjournalistik in Tageszeitungen. In Ide 1975, 94-119.
- Auermann, J. (Hrsg.) (1979a): Fernseh und Hörfunk für die Demokratie. Ein Handbuch in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen.
- — (1979b): Rundfunkfreiheit und Programmausgewogenheit. In Auermann, J. (1979a), 364-394.
- Baumgärtner, K. et al. (1971): Funkkolleg Sprache: Studienbegleitbrief 4.
- Berger, P./Luckmann, T. (1976): The Social Constructions of Reality. Harmondsworth, England.
- Betz, W. (1982): 'Gruppe' oder 'Bande'. In Heringer 1982, 198-202.
- Beutin, W. (1976): Sprachkritik, Stilkritik: eine Einführung. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz.
- Biedenkopf, K.H. (1982): Politik und Sprache. In Heringer 1982, 189-197.
- Bobrow, D.G./Collins, A. (Hrsg.) (1975): Representation and Understanding. New York.
- Bröder, F.T. (1976): Presse und Politik. Erlangen.
- Brown, R./Gilman, A. (1960): The pronouns of solidarity and power. In Sebeok 1960, 253-276.
- Colby, K.H. (1973): Simulations of Belief Systems. In Schank/Colby 1973, 251-286.
- Cole, P./Morgan, J.L. (1975): Syntax and Semantics, Vol. 3; Speech Acts. New York.
- Daneš, F. (Hrsg.) (1974): Papers on Functional Sentence Perspective. Prague.
- Dovifat, E. (1965): Zeitungslehre I und II. Berlin.
- Downes, W.J. (1978): Language, belief and verbal action in an historic process. In UEA Papers in Linguistics 8, September, 1-43.
- Drach, E. (1940): Grundgedanken der deutschen Satzlehre. Frankfurt/M. (Photomechanischer Nachdruck 1963, Frankfurt/M.)
- Dröge, F. (1960): Konzepte einer emanzipatorischen Stereotypenforschung. In Publizistik, 340-347.
- Duden. (1976): Das große Wörterbuch der deutschen Sprache. Mannheim.
- Du Croit. (1973): Präsuppositionen und Mißverständnisse. In Petöfi/Franck 1973, 241-260.

- Edelmann, M. (1977): *Political Language. Words that succeed and policies that fail.* New York, London.
- Eigenwald, R. (1974): Überredungstechniken – Zum Sprachgebrauch in politischen, journalistischen und ökonomischen Texten. In Ide 1974, 101-126.
- Essen, E. (1956): *Methodik des Deutschunterrichts.* Heidelberg.
- Fawcett, R. (1973): *Generating a sentence in systemic functional grammar.* Unveröffentlichtes Manuskript. (Vgl. Fawcett 1980.)
- – (1980): *Cognitive Linguistics and Social Interaction.* Heidelberg.
- Firbas, J. (1959): Thoughts on the Communicative Function of the Verb in English, German and Czech. In BSE, 1, 39-63.
- Fodor, J.D. (1977): *Semantics: Theories of Meaning in Generative Grammar.* Sussex, U.S.A.
- Fowler, R./Hodge, B./Kress, G./Trew, T. (1979): *Language and Control,* London.
- Fowler, R. (1980): Linguistic Criticism, UEA Papers in Linguistics, 11, 1-26.
- Franck, D. (1973): Zur Problematik der Präsuppositionsdiskussion. In Petöfi/Franck 1973, 7-41.
- Frese, J. (1972): Politisches Sprechen. In Rucktäschel 1972, 102-114.
- Grice, P. (1975): Logic and Conversation. In Cole/Morgan 1975, 41-58.
- Halliday, M. (1967/1968): Notes on transitivity and theme in English (parts 1-3). In *Journal of Linguistics* 3, 1, 1967, 37-81; 3, 2, 1967, 199-244; 4, 2, 1968, 179-215.
- – (1970): Language Structure and Language Function. In Lyons 1970, 140-165.
- – (1974): The place of 'functional sentence perspective' in the system of linguistic description. In Daneš 1974, 43-53.
- Halliday, M./Hassan, R. (1976): *Cohesion in English.* London.
- Harris, Z.S. (1957): Co-occurrence and transformation in linguistic structure. In *Language* 33, 283-340.
- Hartig, M./Kurz, U. (1971): *Sprache als soziale Kontrolle.* Frankfurt/M.
- Heringer, H.J. (1974): *Praktische Semantik.* Stuttgart.
- – (1982a): Holzfeuer im hölzernen Ofen. Tübingen.
- – (1982b): Der Streit um die Sprachkritik: Dialog mit Peter von Polenz. In Heringer 1982a, 161-178.
- Hodge, R./Kress, G. (1974a): *Language as Ideology.* Manuskript. University of East Anglia, England.
- – (1974b): Transformations, models and processes: towards a useable linguistics. In *Journal of Literary Semantics* 3, 5-21.
- Hofmann, W. (1968): *Universität, Ideologie, Gesellschaft.* Frankfurt/M.

- Hoppenkamps, H. (1976): Information oder Manipulation. Untersuchungen zur Zeitungsberichterstattung über eine Debatte des Deutschen Bundestags. Tübingen.
- Ide, H. (Hrsg.) (1974): Projekt deutschunterricht 2. Stuttgart.
- — (1975): Projekt deutschunterricht 4. Stuttgart.
- Jung, P. (1974): Sprachgebrauch, Sprachautorität, Sprachideologie. Heidelberg.
- Karsch, F. (1968): Die Sprache der politischen Propaganda. In *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 19, 4, 218-229.
- Kempson, R. (1977): *Semantic Theory*. Cambridge.
- Kötterheinrich, M. et al. (Hrsg.) (1976): *Rundfunk-politische Kontroversen*. Frankfurt/M., Köln.
- Kress, G. (1976): *Halliday: System and Function in Language. Selected Papers*, London.
- Kress, G./Hodge, R. (1978): *Language as Ideology*. London.
- Krippendorf, K. (1980): *Content Analysis: an introduction to its methodology*. Beverly Hills/California.
- Labov, W. (1972): *Sociolinguistic Patterns*. Philadelphia.
- Lakoff, G./Johnson, M. (1980): *Metaphors we live by*. Chicago, London.
- Lang, H.J. (1980): Parteipressemitteilungen im Kommunikationsfluß politischer Nachrichten. Frankfurt/M.
- Lee, D. (1977): *Language and Perspective: a textual analysis*. In *UEA Papers in Linguistics* 5, September, 1-17.
- Leech, G. (1974): *Semantics*. Harmondsworth, England.
- Lübbe, H. (1982): Der Streit um Worte. Sprache und Politik. In *Heringer 1982a*, 48-69.
- Ludz, P.C. (1980): *Mechanismen der Herrschaftssicherung. Eine sprachpolitische Analyse gesellschaftlichen Wandels in der DDR*. München.
- Lüger, H.H. (1983): *Pressesprache*. Tübingen.
- Lyons, J. (1968): *Introduction to Theoretical Linguistics*. Cambridge.
- — (Hrsg.) (1970): *New Horizons in Linguistics*. Harmondsworth, England.
- Marcuse, H. (1964): *One Dimensional Man*. London.
- — (1970): *Der eindimensionale Mensch*. Neuwied.
- Mathesius, V. (1928): On linguistic characterology with illustrations from modern English. In *Actes du premierecongrès international de linguistes à la Haye* (abgedruckt in Vachek 1964).
- Meng, K. (1972): Sprachliche Mittel zur Realisierung der Funktionen der Nachrichten. In *Schmidt 1972*, 123-144.
- Meyn, P. (1965): Politische Tendenzen überregionaler Tageszeitungen in der BRD. *Publizistik* 3, 412-423.

- Minsky, M. (1975): A framework for representing knowledge. In Winston, P. 1975.
- Mittelberg, E. (1967): Wortschatz und Syntax der Bild-Zeitung, Marburg.
- — (1970): Sprache in der Boulevardpresse. Stuttgart.
- — (1979): Stundenblätter Boulevardpresse: Erscheinungsform und Wirkung. Stuttgart.
- Obländer, H./Reinhard, K. (Bearbeiter) (1971): Arbeitsmaterialien Deutsch. Presse-Sprache. Stuttgart.
- Ostermeyer, H. (1976): Straflust statt Rechtsbewußtsein. Die Gerichtsreportage a regressives Ritual. In Winterling 1976, 52-55.
- Pelster, Th. (1966): Die politische Rede im Westen und Osten Deutschlands. Düsseldorf.
- — (1969): Der Sprachgebrauch Bonner Politiker. Stuttgart.
- — (1974): Massenmedien I: Presse. Düsseldorf.
- Petöfi, J. /Franck, D. (Hrsg.) (1973): Präsuppositionen in Philosophie und Linguistik. Frankfurt/M.
- Podewils, C. (Hrsg.) (1975): Tendenzwende? Zur geistigen Situation in der Bundesrepublik. Stuttgart.
- Quine, W. (1953a): From a logical point of view. Harvard.
- — (1953b): Two dogmas of empiricism. In Quine 1953a.
- Römer, R. (1970): Gibt es Mißbrauch der Sprache? In Muttersprache 80, 73-85.
- Rucktäschel, A. (Hrsg.) (1972): Sprache und Gesellschaft. München.
- Sabin, J. (1893): Die Sprache der Presse und des Parlaments. In Deutsche Schriften für Literatur und Kunst, 2. Reihe, H. 6. Kiel, Leipzig.
- Sampson, G. (1975): The form of language. London.
- Schank, R./Colby, K. (Hrsg.) (1973): Computer Models of Thought and Language. San Francisco.
- Schlieben-Lange, B. (1973): Soziolinguistik. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz.
- Schmidt, W. (Hrsg.) (1972): Sprache und Ideologie. Halle (Saale).
- Schramm, H. (Hrsg.) (1981): Frauensprache — Männersprache. Frankfurt/M., Berlin, München.
- Schumann, H.G. (1966): Die ideologische Handhabung der Sprache. In Politische Vierteljahresschrift VII, 646-650.
- Schumann, J. (1979): Politischer Konflikt und sprachliche Kommunikation. Frankfurt/M.
- Schwarze, H.-W. (1976): Politische Fernsehmagazine und Unausgewogenheit programmiert? In Kötterheinrich 1976.
- Searle, J. (1975): Indirect Speech Acts. In Cole/Morgan 1975, 59-82.
- Sebeok, T. (Hrsg.) (1960): Style in Language. MIT Press.

- Sternberger, D./Storz, G./Süskind, W.E. (1957): Aus dem Wörterbuch des Unmenschen. Hamburg.
- Stötzl, G. (1982): Konkurrierender Sprachgebrauch in der deutschen Presse. In Heringer 1982, 277-289.
- Svoboda, A. (1968): The hierarchy of communicative units and fields as illustrated by English attributive constructions. BSE 7, 49-101.
- Trew, T. (1979): What the papers say. Linguistic variation and ideological difference. In Fowler 1979, 117-156.
- Trudgill, P. (1974): Sociolinguistics: An Entroduction. Harmondsworth, England. UEA Papers in Linguistics. University of East Anglia, Norwich, England.
- Uhlig, F. (1972): Studien zur Grammatik und Syntax der gesprochenen politischen Sprache des deutschen Bundestags. Marburg.
- Vachek, J. (Hrsg.) (1964): A Prague School Reader in Linguistics. Bloomington, Indiana.
- Walraff, G. (1977): Der Aufmacher. Köln.
- Weisgerber, B. (1975): Elemente eines emanzipatorischen Sprachunterrichts. Heidelberg.
- Werlich, E. (1975): Typologie der Texte. Heidelberg.
- Wimmer, R. (1979): Referenzsemantik. Tübingen.
- — (1982): Überlegungen zu den Aufgaben und Methoden einer linguistisch begründeten Sprachkritik. In Heringer 1982a, 290-313.
- Winckler, L. (1970): Studie zur gesellschaftlichen Funktion faschistischer Sprache. Frankfurt/M.
- Winograd, T. (1975): Frame Representations. In Bobrow/Collins, 1975.
- Winston, P. (Hrsg.) (1975): The Psychology of Computer Vision. New York.
- Winterling, F. (Hrsg.) (1976): Sprachnorm und Gesellschaft. Frankfurt/M., Berlin, München.
- Wunderlich, D. (1976): Studien zur Sprechaktttheorie. Frankfurt/M.

**Fachsprache und Sprachgebrauch  
in der Politik, in Technik und Wirtschaft**

**Bibliographie  
zum öffentlichen Sprachgebrauch  
in der Bundesrepublik Deutschland  
und in der DDR**

Zusammengestellt und kommentiert  
von einer Arbeitsgruppe  
unter der Leitung von Manfred W. Hellmann  
Sprache der Gegenwart 16 – ISBN 3-590-15616-2

**Wortschatz der Mode**  
Von Hanspeter Ortner  
Sprache der Gegenwart 52 – ISBN 3-590-15652-X

**Wortschatz und Verständigungsprobleme**  
Was sind „schwere Wörter“ im Deutschen?  
Jahrbuch 1982  
Sprache der Gegenwart 57 – ISBN 3-590-15657-0

**Schwann**

... die große Darstellung  
von Gestalt und Leistung der deutschen Sprache:

Hennig Brinkmann  
**Die deutsche Sprache**  
Gestalt und Leistung

2., neubearbeitete und erweiterte Auflage  
XXXI, 939 Seiten, Leinen – ISBN 3-590-15011-4

Aus Besprechungen der ersten Auflage  
„Brinkmanns Werk ist für unsere Zeit zweifellos  
die große Darstellung von Gestalt und Leistung  
der deutschen Sprache. Das Buch hebt alle neuen  
Ansätze grammatischer Betrachtung in sich auf,  
stellt sie aber nicht kompilatorisch zusammen,  
sondern führt sie weiter.“

(Mitteilungen des Deutschen Germanisten-Verbandes)

Die innere Geschlossenheit und methodische Stärke  
des Buches macht das ständig zu beobachtende gute  
Einvernehmen aus, das zwischen Deskription und  
Sinndeutung herrscht. Auch die alten Gegensätze zwischen  
dem Inhalts- und dem Formgesichtspunkt der Sprache  
werden methodisch geschickt ausgeglichen. Das  
fundamentale Werk ist Zeugnis einer eindrucksvollen  
gedanklichen Leistung des Verfassers.“

(wissenschaftlicher literaturanzeiger)

**Schwann**